

Das Verhältnis von Reichsregierung und Reichs-
wehrrührung in den Jahren von 1920-1926 und seine
Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Philosophischen Fakultät
der

Westfälischen Wilhelms-Universität zu
Münster (Westf.)

Vorgelegt
von
Götz Kamps
aus
Essen

1957

Tag der mündlichen Prüfung: 31.8.1957

Dekan: Professor Dr. Edgar Mertner, M.A.

Referent: Professor Dr. Werner Conze

Korreferent: Professor Dr. Kurt von Raumer

Inhalt

Einleitung

I. Die Wehrverfassung nach 1918 - Entstehung, Aufbau, Zielsetzung

1) Die Grundlagen

- a) Das Gesetz über die Bildung der Vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919
- b) Der Versailler Vertrag vom 26. Juni 1919
- c) Die Reichsverfassung vom 11. August 1919
- d) Das Wehrgesetz vom 21. März 1921

2) Die Spitzengliederung der Reichswehr

3) Zusammenfassung

II. Reichswehrführung und Innenpolitik 1920-1926

1) Politische und militärische Gewalt in der Übergangszeit vom Zusammenbruch des alten bis zum Aufbau des neuen Heeres

2) Reichswehrführung und Innenpolitik im Jahr 1920

3) Die Reichswehrführung vor und während des Ausnahmezustands 1923/1924

- a) Seeckts Stellung zur Diktaturfrage
- b) Die Reichswehrführung und die Aktion gegen Sachsen und Thüringen
- c) Die Reichswehrführung im Konflikt mit Bayern
- d) Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt

4) Die Haltung der Reichswehrführung bis zur Verabschiedung Seeckts

Zusammenfassung

Quellen- und Literaturverzeichnis

Vorbemerkung

Das Erlebnis zweier verlorenen Kriege hat im heutigen Deutschland eine besonders lebhaft Diskussions über das Verhältnis von Staat und Wehrmacht und seine Auswirkungen auf die Politik aufkommen lassen. Die Problematik als solche ist jedoch nicht neu,¹⁾ und sie ist auch keineswegs eine spezifisch deutsche. Die Geschichte bietet Beispiele genug, daß politische und militärische Denkweise, politisches und militärisches Handeln, sich in den verschiedenen Ländern und Zeiten immer wieder gegenüber standen und daß militärische Einmischungsversuche in den Verlauf der inneren und äußeren Politik Krisen für das Staatsganze heraufbeschworen.²⁾ Auch innerlich gefestigte Demokratien haben das in den letzten Jahren erfahren müssen, wie die Kontrollversen um die Generale Mc Arthur und Juin in den Vereinigten Staaten und in Frankreich beweisen.

- 1) In seinem Werk "Vom Kriege" entwickelte Carl von Clausewitz Grundsätze für die Gestaltung des Verhältnisses von politischer und militärischer Gewalt, deren Beachtung und Einhaltung durch den Staatsmann wie durch den führenden Militär die Gefahr militärischer Suprematie in der Politik herabmindert. Vgl. Carl von Clausewitz, Vom Kriege, 16. Aufl., hrsg. von Werner Hahlweg, Bonn 1952.
- 2) vgl. Rudolf von Albertini, Politik und Kriegführung in der deutschen Kriegstheorie von Clausewitz bis Ludendorff, in: "Schweizerische Monatsschrift für Offiziere aller Waffen", 59. Jg., Heft 1 und 2, Frauenfeld 1947 - Gordon A. Craig, The Politics of the Prussian Army 1640-1945, Oxford 1955 - Pierre Naville, Carl von Clausewitz et la théorie de la guerre, in: Carl von Clausewitz, De la guerre, Paris 1955, S. 35 ff. - Hermann Oncken, Politik und Kriegführung, Berlin 1948 - Hans Rothfels, Carl von Clausewitz, Politik und Kriegführung, Berlin 1920 - Alfred Vagts, History of Militarism, London 1938 - Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, 1. Bd., München 1954

Die vorliegende Arbeit setzt sich das Ziel, das Verhältnis der Reichswehrführung zur politischen Leitung der Weimarer Republik in den Jahren, in denen Seeckt an der Spitze der Heeresleitung stand, darzustellen und damit einen Beitrag zur Geschichtsforschung über die erste Hälfte der Weimarer Republik zu leisten.

Zur Quellenlage und Methodik der Arbeit. Dem Verhältnis des Heeres zur Weimarer Republik und den Auswirkungen dieses Verhältnisses auf das innenpolitische Geschehen ist in der deutschen geschichtswissenschaftlichen Literatur lange Zeit nicht die Beachtung gewidmet worden, die ihm als einem Kernproblem jener Jahre gebührt. Der deutschen Wissenschaft war der Zugang zu den entsprechenden Archiven und Nachlässen jahrelang versperrt geblieben. Die von 1933 bis 1945 erschienenen Darstellungen, Dokumentationen und Erinnerungswerke – hier wäre vor allem Rabenaus Seeckt-Buch zu nennen – wurden vielfach zu sehr im Hinblick auf die politischen Erfordernisse und Ziele des damaligen Regimes veröffentlicht. Auf der anderen Seite ist kaum eines der seit 1945 von Ausländern über die Geschichte der Weimarer Republik und der Reichswehr verfaßten Werke völlig frei von einseitigen Stellungnahmen, auch die Bücher von Carr und Wheeler-Bennett bilden keine Ausnahme.¹⁾ Darüber hinaus ergeben sich aus dem Umstand, daß viele Quellenunterlagen verloren gingen und daher der historischen Forschung für immer entzogen bleiben werden, Lücken im Geschichtsbild,²⁾ die sich auch in naher Zukunft nicht schließen lassen werden.

- 1) vgl. Hans Herzfeld, Zur neueren Literatur über das Heeresproblem in der deutschen Geschichte, in: "Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte", H.4, Okt.1956, S.561ff.
- 2) vgl. Wilhelm Mommsen, Die schriftlichen Nachlässe in den zentralen deutschen und preußischen Archiven, Bd.1 der Schriften des Bundesarchivs, Koblenz 1955, Einleitung

Die vorliegende Darstellung stützt sich vor allem auf die 1953 im Institut für Zeitgeschichte, München, eingesehenen Mikrofilme der Nachlässe von Seeckt und Groener sowie auf die teils dort, teilweise im Bundesarchiv liegenden Aufzeichnungen Schleichers und Noskes, ferner auf Befragungsprotokolle des Instituts für Zeitgeschichte und im Nürnberger Staatsarchiv vorliegende unveröffentlichte Handakten zum IMT- und OKW-Prozeß sowie auf die Durchsicht von Zeitungsbeständen, Berichten über die Verhandlungen der Nationalversammlung und des Reichstages und die Veröffentlichungen der Parteien der Weimarer Koalition. Im Rahmen einer Aussprache mit dem ehemaligen Reichswehrminister Dr. Otto Gessler suchte der Verfasser Einzelfragen wie die der Stellung des Ministers zum Chef der Heeresleitung und der Verabschiedung Seeckts zu klären. Die geschichtliche Bedeutung des Generals und der Umstand, daß dem Historiker heute im Nachlaß Seeckts ein Schlüssel zum Verständnis der Persönlichkeit des ehemaligen Chefs der Heeresleitung zur Verfügung steht, ließ es geraten erscheinen, ihn und sein Handeln in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu stellen und dabei eine bewußte Beschränkung auf die innenpolitischen Auswirkungen der Tätigkeit der Reichswehrführung in den Jahren von 1920 bis 1926 vorzunehmen.

Einleitung

Die preußisch-deutsche Geschichte der letzten 150 Jahre ist reich an Kämpfen um die Gestaltung des Verhältnisses von politischer und militärischer Gewalt und um die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen politischer und militärischer Spitze.¹⁾ Am Beginn dieser Periode des Umbruchs stehen die französische Revolution und die Freiheitskriege, in denen zum ersten Male Völker und Nationen in ihrer Gesamtheit in das kriegerische Geschehen einbezogen wurden und die das Ende der Kabinettsdiplomatie und der Kabinettskriege einleiteten. Damals vermehrte sich nicht nur das außenpolitische Gewicht des Heeres, sondern auch, angesichts des Erstarkens der liberalen und demokratischen Kräfte, seine innenpolitische Bedeutung.

Neben der allgemeinen, auch aus der Geschichte anderer Staaten bekannten Problematik, die sich aus dem immer vorhandenen Spannungsverhältnis zwischen politischen und militärischen Instanzen ergibt, läßt sich im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland eine spezifisch preußisch-deutsche Variante dieser Problematik feststellen: Die preußische Armee verharrete, allen Versuchen von Staats- und Heeresreformern nach Jena zum Trotz, in ihrer exklusiven Rolle als Hort monarchischer Staatsautorität und als Bollwerk gegen Liberalismus und Demokratie. Der Umstand, daß es 1848 die Armee gewesen war, die den Hohenzollern den

1) vgl. Gerhard Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, München 1954, Lothar Ambrosius, Die historische Entwicklung des militärischen Oberbefehls, Hildesheim 1933, Rudolf v. Albertini, Politik und Kriegführung in der deutschen Kriegstheorie von Clausewitz bis Ludendorff, in: "Schweizerische Monatsschrift für Offiziere aller Waffen", Frauenfeld 1947, Hans Brauweiler, Wehrverfassung und Gewaltenteilung, in: Jahrbuch der politischen Forschung, Bd.1, 1933, Werner Picht, Der Begriff "Militarismus", in: "Geschichte in Wissenschaft und Unterricht", 5.Jg. 1954, S.455 ff., E.Obermann, Vom preußischen zum deutschen Militarismus, phil.Diss. Heidelberg 1950, S.17, Hermann Oncken, Politik und Kriegführung, Berlin 1948, vom Standpunkt der marxistischen Gesellschaftswissenschaft: K.Weber, Zur Geschichte des deutschen Militarismus, in: "Neue Welt", Heft 13, 9.Jg., Juli 1954, Berlin (Ost)

Königsthron gerettet hatte, steigerte ihre Bedeutung für die preußische Innenpolitik so, daß es der Militärpartei am Berliner Hofe beispielsweise möglich war, die Berufung Bismarcks an die Spitze der preußischen Regierung durchzusetzen.¹⁾ Bismarck ist in den Jahrzehnten seiner Regierungstätigkeit zwar stets entschieden gegen militärische Einmischungsversuche in die Politik aufgetreten, auch war es seiner Staatskunst zu verdanken, daß die Einigungskriege bereits im voraus außenpolitisch entschieden waren. Darüber hinaus zeigte sich der Monarch, der als schiedsrichterliche Spitze über Bismarck und Moltke stand, ehrlich bemüht, der Armee keine unangemessene Vorzugsstellung im Staat einzuräumen. Bismarck war es allerdings nicht gelungen, den Vorrang der politischen Leitung so in der Reichsverfassung festzulegen, daß er auch von seinen Nachfolgern gegenüber militärischen Einmischungsversuchen behauptet werden konnte. So trat die Armee auch auf Grund ihres Anteils am Entstehen des Reiches im politischen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands stärker als in den meisten westlichen Ländern hervor, ohne daß Bismarck, der im Heer stets nur das Hilfsmittel der Staatskunst erblickt hatte, diesen Ansätzen dynamischer Eigengesetzlichkeit des Militärischen genügend entgegengearbeitet hätte. So konnte es schon Moltkes Nachfolger gelingen, das durch Bismarcks Abgang entstandene politische Vakuum auszunutzen und beim jungen Kaiser, der den politischen Ehrgeiz seiner Generalität nicht einmal ungern sah, sogar in rein politischen Fragen Gehör zu finden. Den Reichskanzlern der Jahre nach 1890 war es nicht mehr gegeben, derartigen militärischen Übergriffen mit der bei Bismarck gewohnten Entschiedenheit zu begegnen. Es bahnte sich, auf außenpolitischem

1) Aus der umfangreichen Literatur seien hier nur genannt: Hans Hass, Der Kanzler und das Heer. Bismarcks Wehrpolitik in den Grundzügen, Berlin 1939; Rudolf Stadelmann; Moltke und der Staat, Krefeld 1950; Paul B. von Schellendorff, Geheimen Kabinettsstabsbuch 1870-1871, hrsg. von Peter Rassow, Berlin 1955; Ritter, Staatskunst, a.a.O.; Gordon A. Craig, The Politics of the Prussian Army, Oxford 1955

Gebiet gefördert durch die steigende Bedeutung des Heeres im allgemeinen Rüstungswettlauf der Weltmächte, eine zunehmende Kräfteverschiebung von der zur Führung berufenen politischen auf die zur Unterordnung bestimmte militärische Gewalt an. Zwischen den führenden Köpfen der Armee und den Männern, die für die Politik des Reiches verantwortlich waren, klappte schon damals ein Gegensatz. Das Heer selbst verkapselte sich in seiner militärischen Ordnung und fühlte sich dem monarchischen Staatsgedanken, der die militärischen Auffassungen so augenscheinlich vertrat, verpflichtet. Mit vollem Bewußtsein glaubten große Teile des niederen und mittleren Offizierskorps daher, auf eine eigene politische Meinung verzichten und eine sogenannte "überparteiliche" Haltung einnehmen zu können.

Als Schutzmacht eines bestimmten politischen und gesellschaftlichen Systems wurde das kaiserliche Heer mehr als lediglich staatliches Exekutivorgan und staatlicher Ordnungsfaktor und ganz in der Art Sonderstellung neben dem übrigen Staatsorganismus.¹⁾ Obwohl die gefährdete Lage Deutschlands den deutschen Staatsmännern die Verpflichtung auferlegen mußte, der Möglichkeit eines Konfliktes durch Koordination aller Kräfte im Inneren vorzubeugen, war der Zusammenarbeit von politischen und militärischen Instanzen für den Kriegsfall kaum Beachtung geschenkt worden: Politiker und Militärs waren zu sehr gewohnt, sich amtlich und persönlich voneinander abzuschließen.²⁾ Im Kriege geriet die politische Leitung Deutschlands gegenüber den auf größere Selbständigkeit drängenden militärischen Stellen zunehmend ins Hintertreffen. Als Folge dieser Entwicklung wurde die Politik zunehmend nicht nur in ihren Methoden,

1) vgl. Ernst Huber, Heer und Staat in der deutschen Geschichte, Hamburg 1941, S.421. ff. - Obermann, a.a.O. S.69 und 178f.

2) vgl. Curt Liebmann, Zur Frage der einheitlichen Kriegsführung, in: "Wissen und Wehr", 5.Jg., Berlin 1924, S.200 ff. - Ambrosius, a.a.O. S.73f.

sondern auch in ihren Zielen militärisch bestimmt.¹⁾ Ludendorffs spätere Betrachtungen stellten dementsprechend den Feldherrn und seine Funktionen in den Vordergrund und ordneten die politische Gewalt regelrecht der militärischen unter.²⁾ Der diktaturähnliche Zustand unter der dritten OHL blieb jedoch auf die Mittel äußeren Zwanges beschränkt und brachte keine Überbrückung der politischen und militärischen Gegensätze zustande. Der Weg zur Diktatur, Mitte 1918 vielleicht der einzig mögliche Ausweg aus dem politischen und militärischen Dilemma, war Ludendorff durch die Monarchie versperrt, abgesehen davon, daß eine solche absolute Militärdiktatur keine Lösung des Verhältnisses von politischer und militärischer Gewalt auf längere Zeit dargestellt hätte. Der Waffenstillstand und die November-Ereignisse hätten unter anderen Verhältnissen vielleicht das Ende des militärischen Einflusses vor allem auf die Innenpolitik bringen können, es sollte sich jedoch erweisen, daß das militärische Element kraft seines starken Traditionsbewußtseins und vermöge der ihm innewohnenden Stabilität den Schock der Niederlage eher und leichter verwand, als das politische, das eine jahrzehntelange Periode nachhaltiger Durchdringung aller staatlichen Lebensbereiche mit militärischen Anschauungen und Zielsetzungen hinter sich hatte.

-
- 1) vgl. Wolfgang Muff, Was muß bleiben? in: "Wehrgedanken", Hamburg 1935, S.43 - Dorothea Groener-Goyer, General Groener, Frankfurt 1954, S.83; Erich Ludendorff, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär, München 1940, S.97; Werner Conze, Das Erbe des Kaiserreiches (1817-1914), in: "Politisch-soziale Korrespondenz", 4.Jg. Nr.14, Bonn 1955, S.7.
- 2) vgl. Erich Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935, S.9 ff.

Die Wehrverfassung nach 1918

Entstehung, Aufbau, Zielsetzung

In demokratischen Staaten wie Großbritannien und den Vereinigten Staaten ist das Heeresressort rein äußerlich ein Verwaltungszweig unter vielen anderen, trotzdem nimmt es auch dort eine gewisse Sonderstellung ein. Sie ist dadurch bedingt, daß die Aufgabe des Heeres als staatliches Machtinstrument in der steten Bereitschaft für den Ausnahmezustand im Fall kriegerischer Verwickelungen besteht. Nur dann tritt die Wehrmacht auf Geheiß der politischen Gewalt und unter Ausschaltung eigener politischer Initiative in Aktion. "Ein Staat steht oder fällt mit der Bewahrung des instrumentalen Charakters des Militärs."¹⁾ Aus diesem Grunde überlassen die demokratischen Verfassungswerke den politischen Instanzen regelmäßig die Entscheidung der großen wehrpolitischen Fragen. Das gilt namentlich für den Beschluß über Krieg und Frieden. Dazu bedarf es der Abgrenzung von politischen und militärischen Kompetenzen. Wie diese verfassungsrechtliche Ordnung im einzelnen rechtlich begründet ist, hängt von der inneren und äußeren Situation des betreffenden Staatswesens ab. So wird das Heer in positiver wie negativer Hinsicht zum Abbild des gesamten Staatswesens.

Die Festlegung des Wehrsystems, die Grundzüge der Wehrorganisation und Spitzengliederung und nicht zuletzt die Beziehungen des einzelnen Staatsbürgers zur Wehrmacht sind diejenigen Punkte, deren Regelung der Wehrverfassung vorbehalten bleibt. In der konstitutionellen und mehr noch in der absoluten Monarchie gestalteten sich die Beziehungen zwischen politischer und militärischer Gewalt verhältnismäßig einfach: Der Monarch war in der Regel nicht allein und in erster Linie politisches Staatsoberhaupt, sondern auch Oberster Kriegsherr. Dieser Umstand trug später in Preußen-Deutschland, namentlich unter Wilhelm II, zu der unange-

1) vgl. K.D. Bracher, Die Auflösung einer Demokratie, in: "Schriften des Instituts für politische Wissenschaften", Bd. 2, Berlin 1952, S. 63.

maßen einflußreichen Stellung des Heeres und seines Führerkorps in Staat und Gesellschaft sowie zur Überschätzung des Militärischen überhaupt bei.¹⁾ Eine regelrechte allen Möglichkeiten nach seinem Abgang angepasste Unterordnung der militärischen unter die politische Gewalt hatte auch Bismarck nicht erreichen können, da die von ihm selbst mitgeschaffene Wehrverfassung eine solche nicht vorsah. Diese verfassungsrechtlichen und organisatorischen Mängel trugen schließlich zum "völligen Auseinanderfallen von politischer und militärischer Kriegsleitung im ersten Weltkrieg" bei.²⁾ Demgegenüber haben England und die Vereinigten Staaten schon sehr früh, Frankreich und die erste österreichische Republik später, Machtkonzentrationen in der Hand des Einzelnen, namentlich eines Militärs, auf verfassungspolitische Weise zu vermeiden gesucht. Sie beschränkten die Militärgewalt so weit, wie es zur steten Verfügungsbereitschaft über die Wehrmacht unerläßlich schien.

1) Die Grundlagen der deutschen Wehrverfassung nach 1918

Der Zusammenbruch Deutschlands im Spätherbst 1918 und die damit verbundene Staatsumwälzung erschütterten auch die Grundlagen des deutschen Heerwesens: Die Wehrverfassung des kaiserlichen Deutschland brach ebenfalls zusammen. Besonders nachhaltig wirkte sich auf die Gestaltung der Wehrpolitik nach dem 9. November 1918 das Fehlen einer überragenden staatsmännischen Persönlichkeit an der Spitze des Reiches aus. Als weiteres Erschwernis kam hinzu, daß sowohl die Volksbeauftragten wie auch die ihnen nachfolgenden Regierungen versuchen mußten, den neuen Staat und die Armee ohne die Mithilfe breiter Bevölkerungsschichten aufzubauen.

-
- 1) vgl. Gerhard Ritter, Das Verhältnis von Politik und Kriegführung im bismarckischen Reich, in: Deutschland und Europa, Hist. Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes, Düsseldorf 1951, S.73ff. - Obermann, a.a.O. S.82ff. - L.Ambrosius, Die historische Entwicklung des militärischen Oberbefehls, Hildesheim 1939, S.44ff. - H.Hass, Der Kanzler und das Heer, Bismarcks Wehrpolitik in den Grundzügen, Berlin 1939, S.21ff. - R.Stadelmann, Moltke und der Staat, Krefeld 1950
- 2) vgl. Ritter, Das Verhältnis von Politik und Kriegführung, a.a.O. S.96

Dabei hätte sich der von außen herbeigeführte Regimewechsel in Deutschland gerade auf militärischem Gebiet auswirken müssen, auf keinem anderen Sektor staatlichen Lebens wäre so tiefgreifende Neuorientierung und Umbildung nötig gewesen.¹⁾ Die Arbeit an der neuen Wehrverfassung stand von Anfang an unter dem doppelten Druck einschneidenden politischen Zwanges von außen und innen. Bereits Ende 1918 hatten die auf Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen gerichteten Drohungen der Alliierten ebenso wie das sowohl auf militärischer wie ziviler Seite starke Gefühl gegenseitiger Abhängigkeit²⁾ den Fortbestand des "Bündnisses" zwischen Ebert und Groener erzwungen. So ergab sich für die tatsächlich machtlosen Vertreter der Regierungsgewalt keine Möglichkeit, jene Teile des Aktionsprogramms der Regierung Scheidemann vom 13. Februar 1919 zu verwirklichen, die die Liquidation des Kaiserheeres und die "Schaffung eines auf demokratischer Grundlage aufgebauten Volksheeres" erstrebten.³⁾

-
- 1) "Entscheidend für die Behauptung nach dem Umsturz war die Verfügungsgewalt über den staatlichen Machtapparat", schreibt der sozialdemokratische Politiker und Theoretiker Julius Deutsch später rückblickend. Vgl. Julius Deutsch, Wehrmacht und Sozialdemokratie, Berlin 1927, S.14f. - Scheidemann hatte am 9. November tatsächlich gefordert, daß die führenden militärischen Stellen mit Sozialdemokraten besetzt werden sollten, was aber mit dieser Forderung nur insofern durchgedrungen, als dem preussischen Kriegeminister der Sozialdemokrat Paul Gohre als Unterstaatssekretär beigegeben wurde. Vgl. Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin, Leipzig, 1928, S.639.
 - 2) vgl. Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen u. Jugend-Generalstab-Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S.473, B.O. Volkmann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S.149f. - Anlässlich der ersten Beratung des Wehrgesetzes von 1921 konnten die Abgeordneten Scheidemann und Hermann Müller von der SPD daher mit einiger Berechtigung feststellen, daß sich der Aufbau der Reichswehr von Anfang an unter "inneren Zwangsläufigkeiten" vollzogen habe. Vgl. die Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte und Anlagen, Bd.347, S.2335.
 - 3) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.326, S.44ff. - Das Aktionsprogramm sah außerdem den Ersatz der Soldatenräte durch lediglich für materielle Belange der Truppe zuständige "Vertrauensausschüsse" vor. Als Ganzes, so führte Scheidemann damals aus, dürfe das Heer niemals mehr in die Lage versetzt werden, eine eigene Politik zu betreiben. - Vgl. ferner die Ausführungen des Abg. Stücklen anlässlich der ersten Haushaltsberatung nach dem Krieg am 29.10.1919, Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.330, S.35; A. Rosenberg, Geschichte der deutschen Republik, Karlsruhe 1935, S.88f.

Darüber hinaus ergaben sich auch folgenschwere ideologische Belastungen: Die Republik war von den Parteien und Gruppen ins Leben gerufen worden, die seit Jahrzehnten in Opposition zur Monarchie und ihrem Heer verharren hatten. Besonders die Sozialdemokratie hatte seit ihrer Gründung das preußisch-deutsche Heer den "Machtfaktor der deutschen Innenpolitik" und den Krieg überhaupt als "Konsequenz des Kapitalismus"¹⁾ propagandistisch bekämpft.

In der Republik stellte die Sozialdemokratie anfangs Volksbeauftragte, dann den Regierungschef und schließlich sogar den Reichspräsidenten, also diejenigen Persönlichkeiten, die für die Neugestaltung des Verhältnisses von Staat und Heer sowie für dessen Aufbau verantwortlich waren. Sie trafen ihre Entscheidungen zu grundsätzlichen Fragen der Wehrpolitik sicherlich im Einvernehmen mit den zuständigen Parteigremien. Partei und Parteiführung waren, nachdem ihnen die Macht im neuen Staat so unversehens überantwortet worden war, während der ersten Jahre nach der Revolution kaum willens oder fähig, eine Revision ihrer langjährigen wehrpolitischen Auffassungen herbeizuführen. "Aus Mangel an geistiger Elastizität oder aus doktrinär verengter, letztlich wirklichkeitsfremder Perspektive heraus"²⁾ vermochte die Sozialdemokratie 1918/1919 keine positive Wehrpolitik zu entwickeln, geschweige denn auf dieser Grundlage einen eigenen militärischen Führungsapparat aufzustellen. Sachliche Notwendigkeiten standen in scharfem Gegensatz zu Tradition und Stimmung in der Partei. Die Chance, sich zugleich mit der notwendigen Heeresneuorganisation ein eigenes Machtinstrument zu schaffen, konnte nicht wahrgenommen werden. Wie übrigens auch in den Gründungsaufrufen und Parteiprogrammen der anderen Parteien weisen auch die entsprechenden offiziellen Verlautbarungen der SPD nach 1918 keine Empfehlungen für eine zukünftige deutsche Wehrpolitik und

1) vgl. H.J. Langenbach, Sozialdemokratie und Wehrpolitik, in: "Die neue Gesellschaft", 2.Jg., H.1, Frankfurt 1955, S.38

2) W.Hahlweg, Sozialdemokratie und Wehrfrage, in: "Politische Literatur", Heft 10/11, Offenbach 1953, S.372, L.Jedlicka, Ein Heer im Schatten der Parteien, Die militärpolitische Lage Österreichs 1918-1938, Graz-Köln, 1955, S.9ff. - J.Deutsch, Wehrmacht und Sozialdemokratie, Berlin 1927, S.5ff.

Wehrverfassung auf.¹⁾ 1918 war die Partei an der Regierung beteiligt, aber sie war, unter anderem durch die Konkurrenz der Linksradikalen unsicher gemacht und daher auf die Annäherung an die militärische Führung angewiesen, nicht "mächtig" genug, ihre Anhänger zum Eintritt in das werdende Heer zu veranlassen²⁾ und ihm durch eine demokratische Wehrverfassung eine eigene Prägung zu geben. "Da unsere Parteigenossen dem Ruf nicht folgten, so mußte die Regierung die Hilfe nehmen, woher sie sie bekam", erklärte Wels auf dem sozialdemokratischen Parteitag im Juni 1919.³⁾

- 1) vgl. Sozialistische Dokumente, Das Erfurter Programm, Sein Werden und seine Kritik, Offenbach 1947, S.16 - Ferner: W.Mommsen, Die deutschen Parteiprogramme 1918-1930, Leipzig 1931. - Nur die Bayrische Volkspartei und das Zentrum erwähnten das Heerwesen im Gründungsauftrag, bzw. im Parteiprogramm, bezeichnenderweise allerdings lediglich in der Erörterung der Zuständigkeit von Reich und Ländern.
- 2) vgl. K.Severing, Randbemerkungen zu den Richtlinien, in: "Die Gesellschaft", Jg.1929, H.1, S.205 - J.Lieber, Ein Mann geht seinen Weg, Berlin 1952, S.143f. - G.Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S.289 - A.Kehr, Zur Soziologie der Reichswehr, in: "Neue Blätter für den Sozialismus", 1.Jg., Potsdam 1930, S.156 - O.Mosbach, Sozialdemokratie und Wehrpolitik, in: "Die Neue Gesellschaft", 2.Jg., H.4/5, Bielefeld 1955, S.63 - Hermann Heidegger, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920, Göttingen 1956, S.220ff., 280ff. - Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und 23.März 1919, Berlin 1919, S.20. Noske erklärte damals, nur der Not gehorchend habe er auf die Freikorps zurückgegriffen, nachdem der Aufruf an die 200 000 Berliner Mehrheitssozialisten ungehört verhallt sei. - Selbst der "Vorwärts" erkannte am 9.April 1919 an, daß weder die Soldatenräte noch die Regierung in der Lage seien, ein republikanisches Volksheer aufzustellen. - Friedrich Stampfer führte am 7.4.1919 im "Vorwärts" u.a. aus: "Die Arbeiterklasse zeigte sich nicht fähig, die Demokratie zu schützen, weil sie nicht einig und geschlossen für sie eintrat. Die revolutionäre Arbeiterwehr wurde unmöglich, weil die Arbeiterschaft selbst in kämpfende Gruppen zerfiel." - Georg Schöpflin, "Regierungstruppen und Arbeiterschaft", "Vorwärts" vom 4.6.1919, Morgenausgabe. - Einzelne Gewerkschaftsorganisationen, so die Gewerkschaft der Metallarbeiter, verlangten von ihren Mitgliedern nachdrücklich den Austritt aus der vorläufigen Reichswehr. Vgl. G.A. Caspar, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, phil.Diss. Berlin 1954, S.58f.
- 3) vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, abgehalten in Weimar vom 10.-15.Juni 1919, Berlin 1919, S.155

Der Grund für diese Fehlschläge waren gleichermaßen der Mangel an Regierungspraxis¹⁾ und die traditionell wehrfeindliche Einstellung der Partei, die ihre Wurzel in ihrer Theorie hatte. 1918/1919 sah sich die Partei vor allem auf wehrpolitischem Gebiet Aufgaben gegenüber, die sie nicht allein zu lösen in der Lage war. Die sozialdemokratische Konzeptionslosigkeit auf wehrpolitischem Gebiet während der entscheidenden Anfangsjahre der Republik kommt in den wenigen überlieferten Äußerungen Eberts und Noskes zum Ausdruck, deren Aufgabe es hätte sein müssen, maßgeblich dazu beizutragen, daß die entstehende Wehrverfassung demokratisches Gepräge erhielt. Zwar kann Ebert als einer der geistigen Urheber des sogenannten "Volkswehrgesetzes" vom 12. Dezember 1918 gelten, durch das, wie Dittmann am 16. Dezember vor dem Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ausführte, der Kern des zukünftigen republikanischen Heeres gebildet werden sollte.²⁾ Abgesehen davon aber, daß dieses Gesetz in der Praxis keinerlei Bedeutung erlangte, zeugen die entsprechenden Vorschläge des späteren Reichspräsidenten davon, daß er nicht daran dachte, revolutionär neue Wege zu beschreiten, sondern höchstens beabsichtigte, eine Art Einwohnerwehr mit hilfspolizeilichen Funktionen aufzustellen.³⁾ Wahrscheinlich war Ebert in seinen Entschlüssen damals auch durch die Forderungen eines großen Teils seiner Parteifreunde nach Abschaffung des Heeres gehemmt und konnte daher, selbst wenn er gewollt hätte, nicht mit selbständigen Ideen für ein neues Heeresprogramm hervortreten,

1) vgl. T. Heuss, Friedrich Naumann, Stuttgart 1937, S. 603 - Heuss erwähnt in diesem Zusammenhang den Ausspruch eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten aus dem Frühsommer 1919 (wahrscheinlich Scheidemann - d. Verf.), "daß er, in sein Amt berufen, zunächst die alten Parteitageprotokolle durchgesehen und dann beruhigt mit dem Regieren begonnen" habe. Er hatte sich überzeugen wollen, daß er keine Parteientschließung über die Regierungspraxis verletzen konnte, da eine solche nicht vorhanden war.

2) vgl. Kurt Caro und Walter Ochme, Schleichers Aufstieg, Berlin 1933, S. 27f.

3) vgl. Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2. Bd., Dresden 1926, S. 110.

nachdem er bereits in seinem ersten Rechenschaftsbericht vom 25. November die Auffassung vertreten hatte, daß die Republik während einer Übergangszeit nicht auf den militärischen Führungsapparat verzichten könne.¹⁾

Von Gustav Noske, dem langjährigen Wehrexponenten der sozialdemokratischen Partei hätte man noch mehr als von Ebert Aktivität bei den Vorarbeiten an der neuen Wehrverfassung erwarten können. In dem Bestreben, die Zwangslage der ersten republikanischen Regierungen hervorzuheben und sein eigenes Handeln zu rechtfertigen, verweilt Noske in seinen Memoiren ausführlicher bei der Schilderung der Beweggründe, die ihn als Reichswehrminister 1918/1919 veranlaßten, auf die Kräfte der alten Armee zurückzugreifen.²⁾ Noske sah sich später zu dem Eingeständnis genötigt, daß er als Minister oft das Gegenteil von dem durchsetzen mußte, was er als Sozialdemokrat für richtig hielt.³⁾ Was vor allem deutlich wird, ist sein Bemühen, die grundlegende Heeresreform und damit auch die verfassungsrechtliche Neuorganisation solange hinauszuschieben, bis sich die innerdeutschen Verhältnisse konsolidiert hatten,⁴⁾ d.h. zu versuchen, mittels eines keineswegs zuverlässigen und das politische Primat nicht anerkennenden militärischen Instruments

1) vgl. Friedrich Ebert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2. Bd., Dresden 1926, S. 119 - Das Vertrauen in das auch nach der Revolution für die Neuorganisation des Heeres noch unentbehrliche Fachwissen der bisherigen militärischen Führung brachte auch der sozialdemokratische Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Paul Göhre in einer Ansprache vor den Korps-Soldatenräten deutlich zum Ausdruck. Vgl. "Vorwärts" vom 28.1.1919 und vom 19.3.1919.

2) vgl. Noske, Erlebtes, a.a.O. S. 266, G. Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 51f. Vor den Berliner Soldatenräten erklärte Noske nach einem Bericht des "Vorwärts" vom 28.1.1919: "Wir wissen nicht, welche Armee Deutschland nach dem Frieden haben wird."

3) vgl. Noske, Erlebtes, a.a.O. S. 114

4) Daß Noske mit dieser Auffassung auch um die Jahresmitte 1919 in führenden Parteikreisen nicht alleine stand, beweist ein Leitartikel der Abendausgabe des "Vorwärts" vom 30.6.19, als dessen Verfasser Erich Kuttner zeichnete.

die Position des Regimes und damit der politischen Leitung zu befestigen.¹⁾ Es ist bezeichnend für den ersten und einzigen sozialdemokratischen Reichswehrminister, daß er stets von seinen militärischen Ratgebern abhängig blieb und, nicht zuletzt ebenso unter dem Einfluß dieser Ratgeber wie auch aus persönlichen Gründen, die Verstärkung der politischen Spitze im Reichswehrministerium, etwa durch die Einrichtung eines politischen Staatssekretariates, verschiedentlich abgelehnt²⁾ und den Abbau demokratischer Kontrollinstanzen wie der Soldatenräte und sogar der Heereskammer selbst befürwortet hat.³⁾

An eine durchgreifende Heeresreform, auf Grund deren das Heer der Republik zu einem zuverlässigen, demokratischen Machtinstrument umgestaltet werden konnte - Demokratisierung des Heeres ist nicht notwendig gleichzusetzen mit seiner Politisierung, durch die es, wie im damaligen Österreich, zum Instrument einer einzigen Partei werden kann - war unter diesen Umständen kaum zu denken, wenn man das Reich nicht der Gefahr inneren Chaos' aussetzen und schutzlos den Angriffen der äußeren Feinde preisgeben wollte. Der Rückgriff auf System und Organisation des alten Heeres und die Weiterverwendung seiner Führerschicht war kaum zu umgehen.⁴⁾ Damit erhob sich die Frage, wie der geringe

1) Die Sozialdemokratie habe das "verworrene Knäuel der Wehrfragen" immer wieder vor sich "hergeschoben in der Hoffnung auf eine bessere Zeit", anstatt es zu entwirren, solange sie als Regierungspartei noch über politischen Einfluß verfügte. Vgl. Leber, Lin Mann, a.a.O. S.146.

2) vgl. Rabenau, Friedrich von, Seeckt - Aus seinem Leben 1918-1936, Leipzig 1940, S.467, Noskes Ansprache vor den Berliner Korps-Soldatenräten, "Vorwärts" vom 28.1.1919. Bereits damals äußerte Noske, daß das System der Soldatenräte keine dauernde Einrichtung bleiben dürfe. Unterstaatssekretär Göhre (SPD) erläuterte die Ziele der Regierung im "Vorwärts" vom 19.3.1919 dahingehend, daß die Tätigkeit der Soldatenräte nur in der Vertretung wirtschaftlicher Belange bestehen könne. "In der Truppe kann nur einer befehlen, sonst ist Befehlsgebung überhaupt nicht möglich, und die Truppe wird eine Hammelherde.", "Vorwärts" vom 6.2.1919.

3) vgl. Noske, Von Kiel, a.a.O. S.94

4) "Wir haben im wesentlichen in den alten Formen unseres staatlichen Lebens regiert. Neuen Geist haben wir diesen Formen nur wenig einhauchen können", gestand der sozialdemokratische Reichsminister Wissel auf dem Parteitag in Weimar im Juni 1919, vgl. Rosenberg, Weimarer Republik, a.a.O. S.105f.

Spielraum, der den ersten republikanischen Regierungen hinsichtlich der Gestaltung der neuen Wehrverfassung belassen blieb, sinnvoll ausgenutzt werden konnte, d.h. wie der selbst nach der Niederlage organisationsmäßig noch intakte Militärapparat an den werdenden Staat gebunden werden konnte. In dieser Beziehung erwies sich die Republik jedoch als Notlösung und nicht als das Ergebnis einer revolutionären Kraftanstrengung: Der neue Staat und seine Repräsentanten gelangten zu keinem "positiven und damit auch begrenzten und bestimmten Verhältnis zur militärischen Gewalt".¹⁾ Das Regime baute, im Glauben an den provisorischen Charakter dieser Lösung, auf der bereits vorhandenen institutionellen Grundlage auf, und wechselte, ähnlich wie bei der Bürokratie des Kaiserstaates, auch beim Heer nur die obersten Spitzen aus,²⁾ ohne gleichzeitig verfassungsmäßig Vorgehensregeln gegen ein Überhandnehmen des militärischen Einflusses zu treffen.

Grundlegend für den Aufbau der späteren Reichswehr wurden das Gesetz über die Bildung der Vorläufigen Reichswehr vom 6.März 1919³⁾, der Friedensvertrag vom 28.Juni 1919, die Reichsverfassung vom 11.August 1919 und das Wehrgesetz vom 23.März 1921.

a) Das Gesetz über die Bildung der Vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919

Als der durch die Koalitionsparteien eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über die Bildung der vorläufigen Reichswehr am 25. und 27.Februar 1919⁴⁾ in der Nationalversammlung beraten wurde, waren sich sowohl die Anhänger der Regierung wie auch diejenigen der Opposition darin einig, daß es sich bei dem geplanten Gesetz nur um einen durch die Zeitumstände erzwungenen "Notbehelf", keineswegs aber um die gesetzliche Grundlage für den Aufbau der späteren militäri-

1) vgl. T.Haubach, Militärische und politische Gewalt, in: "Die Gesellschaft", 1.Jg., Nr.7, 1924, S.39, T.Haubach, Richtlinien zur Wehrfrage, in: "Die Gesellschaft", 6.Jg. 1929, S.111

2) vgl. T.Ellwein, Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise, München 1954, S.313f., T.schenburg, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, Laupheim 1954, S.34ff.

3) analog dazu für die Vorl.Reichsmarine vom 6.4.1919

4) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.365, S.924



schon Macht handeln dürfte.¹⁾ Noskes Bemühungen um ein Kompromiß zwischen den zu erwartenden alliierten Forderungen im Friedensvertrag und Rücksichtnahme auf die Stimmung im sozialistischen Lager auf der einen und der Erkenntnis militärischer Notwendigkeiten auf der anderen Seite waren bereits in dem Erlaß vom 19. Januar 1919 zum Ausdruck gekommen.²⁾

Mit Ausnahme der USPD-Vertreter hatte Noske die Parteien hinter sich, als er im Reichstag erklärte, es sei notwendig, so rasch wie möglich wieder ein gewisses Maß an Wehrhaftigkeit zu erringen, um so "das Durcheinander auf militärischem Gebiet einigermaßen in Ordnung zu bringen."³⁾

Die meisten Fraktionssprecher standen unter dem Eindruck

-
- 1) vgl. u. a. die Ausführungen des Abg. Schöpplin (SPD), Die Verhandlungen der verfassunggebenden Nationalversammlung Stenographische Berichte, Berlin 1919 f., Bd. 326, S. 295ff. des Abg. Sieber (Zentrum), dto. S. 299, und des Abg. Baerocke (Deutsch-Nationale), dto. S. 303. Auch der preussische Kriegsminister Reinhardt sprach sich in ähnlichem Sinn aus. Vgl. Nationalversammlung a. a. O. Bd. 326, S. 177, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10.-15. Juni 1919, Berlin 1919, S. 61 (Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung des Deutschen Reiches, Februar bis Mai 1919). Die "Frankfurter Zeitung", in der die Auseinandersetzung um die Wehrfrage 1919 keine bedeutende Rolle spielte, brachte verschiedentlich die Einstellung der Demokratischen Partei zum Ausdruck, als sie ausführte: "Aus den Trümmern des alten Heeres läßt sich nichts mehr entwickeln", gleichzeitig aber vor Übereilung bei der Neuorganisation warnte. Vgl. "Frankfurter Zeitung", Morgenblatt vom 16. 2. 1919. Reichlich zwiespältig im Hinblick auf die Ziele des Neuaufbaues war zunächst die Haltung der der DVP nahestehenden "Kölnischen Zeitung". In ihrer ersten Morgenausgabe vom 5. 1. 1919 forderte das Blatt unter der Überschrift: "Das Heer im neuen Deutschland" einen "zeitgemäßen" Aufbau auf der "bewährten alten Grundlage". Aber schon in der Morgenausgabe vom 25. 2. 1919 wurde die Säuberung unzuverlässiger Truppenteile gefordert, ein Zeichen dafür, daß auch bei der Opposition eine nüchterne Beurteilung der Lage einsetzte.
 - 2) vgl. R. Maercker, Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1922, Anhang 5b) - "Vorwärts" vom 28. 1. 1919, 6. 2. 1919, 19. 3. 1919
 - 3) vgl. Nationalversammlung, a. a. O., Bd. 326, S. 308

der aus dem Osten drohenden Gefahren, ohne sich gleichzeitig der besonderen Problematik bewußt gewesen zu sein, die sich mit der Übernahme antirepublikanischer Kräfte und dem Umstand verband, daß die, wenn auch nur "provisorisch" gedachte Neuordnung des Heerwesens bereits in ihren Anfängen unter Zeitdruck vor sich gehen sollte. Scharfe Kritik an dem Entwurf übte, wahrscheinlich mehr aus parteitaktischen Erwägungen als aus der Erkenntnis der Notwendigkeit heraus, der Abgeordnete Henke von der USPD. Er bemängelte vor allem die übermäßigen Machtbefugnisse, die dem Reichspräsidenten als Oberbefehlshaber der vorläufigen Reichswehr eingeräumt werden sollten.¹⁾ Henke befürchtete "konterrevolutionäre" Bestrebungen innerhalb der Truppe und bezeichnete den Entwurf insgesamt als einen "Rückschritt" verglichen mit dem "Volkswehrgesetz" vom 12.Dezember 1918. Er forderte darum vor allem eine Definition des Terminus "Bildung der Reichswehr auf demokratischer Grundlage".²⁾ Die Forderungen der USPD gipfelten in dem Antrag, der Reichswehrminister solle gesetzlich verpflichtet werden, über die Lage in der Reichswehr "öffentlich" Bericht zu erstatten.³⁾ In seiner Entgegnung bat der Reichswehrminister, diesem Antrag nicht stattzugeben, und führte als Begründung bezeichnenderweise aus: "Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß dieses Gesetz nur bis zum 31.3.1920 Geltung haben soll. Das hat zur Folge, daß wir nicht die Zeit haben, um in sehr sorgsamer Arbeit und nach langwieriger Überlegung ein neues System aufzuziehen, sondern wir müssen so rasch wie möglich etwas Verwendbares haben."⁴⁾ Die weitere Entwicklung vermochte der Reichswehrminister zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen, wie seine Ausführungen anläßlich der Beratungen über das Gesetz zur Bildung einer Vorläufigen Reichsmarine am 28.Mai 1919 beweisen.⁵⁾

1) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.326, S.315. Ähnliche Einwände hatte die USPD bereits anläßlich der Beratung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Reichsgewalt am 10.Februar 1919 geäußert. vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.326, S.23ff.

2) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.326, S.305f.

3) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.326, S.315

4) dto. S.316

5) dto. Bd.327, S.864

Das in dritter Lesung gegen die Stimmen der USPD angenommene Gesetz ermächtigte den Reichspräsidenten, die Reste des kaiserlichen Heeres aufzulösen und die Bildung einer, v o r l ä u f i g e n Reichswehr zu veranlassen, die die Reichsgrenzen schützen und die Ordnung im Inneren aufrechterhalten sollte. Es regelte ferner die Zusammensetzung dieses ersten weitgehend unter parlamentarischer Kontrolle stehenden deutschen Einheitsheeres. Geeignete Persönlichkeiten und bereits bestehende Truppenverbände (also z.B. auch republikanische Volkswehren) k o n n t e n in die neue Wehrmacht übernommen werden, eine Bestimmung, die der Reichswehrführung später eine Handhabe lieferte, um allen Forderungen der Linksparteien auf Übernahme von republikanischen Verbänden beharrlich auszuweichen.²⁾ Das Gesetz verriet, allerdings unter ausdrücklicher Berufung auf noch ausstehende Regelungen staats- und verfassungsrechtlicher Art, im Vergleich zu dem späteren Wehrgesetz noch das deutliche Bestreben, den endgültigen Bruch mit der Tradition und Geschichte des preußisch-deutschen Heeres zu vollziehen und das Wiedererstehen eines monarchistisch gesinnten Heeres für die Zukunft unmöglich zu machen.³⁾ Das demokratische Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht wurde beibehalten,⁴⁾ die Truppen sollten jede vom Volk eingesetzte Regierung schützen, ihre Angehörigen verfügten über das aktive und passive Wahlrecht. In den einzelnen Truppenteilen sah das Gesetz die Bildung von Vertrauensräten vor. Neben derartigen Demokratisierungsmaßnahmen beließ es jedoch die militärische Befehlsgewalt den militärischen Vorgesetzten. Dem an die Stelle des monarchischen Staatsoberhauptes getretenen republikanischen Reichspräsidenten blieb der Oberbefehl und das Offiziersernennungsrecht vorbehalten. Angesichts der innenpolitischen Lage konnte das Gesetz dem Freikorps-System kein Ende bereiten, es konnte auch nicht verhindern,

1) vgl. § 1 des Gesetzes v. 6.3.1919

2) vgl. R. Nord, Die deutsche Heeresverfassung nach den Gewaltfrieden von Tilsit und Versailles, in: "Wehrrechtliche Abhandlungen", Heft 2, Berlin 1936, S.27f.

3) vgl. Nord, a.a.O. S.27f. - Ambrosius, a.a.O. S.85

4) vgl. Willibalt Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946, S.117

daß unzuverlässige Truppenteile übernommen und vielfach die Freikorps zur Kerntruppe des neuen Heeres gemacht wurden, von denen Noske am 15. Februar 1919 erklärt hatte:

"Unser wertvollster Bestand an Wehrmacht sind jetzt in der Hauptsache die Verbände an Freiwilligen."¹⁾ Für die Übernahme eines Teils der Freikorps hatte sich das republikanische Regime erst entschieden, nachdem eine Reihe von Versuchen, republikanisch gesinnte Verbände aufzustellen, gescheitert waren, und reguläre Einheiten der alten Armee während der Berliner Kämpfe gegen die Aufständischen in den Weihnachtstagen des Jahres 1918 versagt hatten.²⁾

Gegen die Aufstellung sogenannter "Roter Garden" bestanden dagegen von Anfang an berechtigte Bedenken, wie Ebert in seiner Rede vor den Berliner Soldatenräten am 14. November 1918 ausführte.³⁾

b) Der Versailler Vertrag⁴⁾

"Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen...", wie es in der Einleitung zum fünften Teil des Versailler Vertrages hieß, der die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages enthält, sollte Deutschland mit der Entwaffnung seines Heeres und der Zerstörung seines Rüstungspotentials den Beginn einer allgemeinen Abrüstung einleiten. So, wie der Inhalt dieser Präambel unverkennbar Grundgedanken des Wilsonschen 14-Punkte-Programms und insbesondere des vierten Punktes wiedergibt, so kommen in den eigentlichen "Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt" fast ausnahmslos die von einander abweichenden Konzeptionen des Führers der französischen Militärdelegation, des Marschalls Ferdinand Foch,

1) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd. 326, S. 111.

2) vgl. Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen, Jugend-Generalstab-Weltkrieg, Göttingen 1957, S. 474ff., Benoist-Méchin, a.a.O. S. 65ff.

3) vgl. Müller, a.a.O. S. 117ff.

4) vgl. Der Friedensvertrag von Versailles nebst Schlußprotokoll und Rheinlandstatut, Neue durchgesehene Ausgabe in der durch das Londoner Protokoll vom 30. August 1924 revidierten Fassung, Berlin 1925, S. 90ff., J. Benoist-Méchin, Geschichte der deutschen Armee nach dem Waffenstillstand, 1. Band, Berlin 1939, S. 238ff., Fritz Berber, Das Diktat von Versailles, Entstehung, Inhalt, Zerfall, Essen 1939.

und der englischen Vertreter im alliierten Militärausschuß, des Marschalls Sir Henry Wilson und des Generals Sir William Thwaites, zum Ausdruck.¹⁾ Einig waren sich die englischen und französischen Generale nur in der Zielsetzung: Das deutsche Heer sollte niemals mehr die Stellung im Staate einnehmen, die es nach Ansicht der Alliierten bis zu seiner Niederlage innegehabt hatte. Um das zu erreichen, sollte es demokratisiert werden.

Über die Methoden, mit denen man dieses Ziel zu verwirklichen hoffte, gingen die englischen und französischen Auffassungen auseinander. Während es den Engländern über den britischen Premierminister David Lloyd George und mit Unterstützung des französischen Ministerpräsidenten George Clemenceau gelang, ihre Ansicht von der Notwendigkeit eines deutschen Berufsheeres nach englischem Muster gegen den Willen Fochs im Vertragstext festzulegen und damit die Gestaltung der zukünftigen deutschen Heeresverfassung entscheidend zu beeinflussen, wenn nicht gar vorwegzunehmen, setzte sich Foch dafür hinsichtlich der Effektivstärke des deutschen Heeres und der Rheinlandbesetzung durch. Vom Anfang der Beratungen des Militärausschusses an hatte er sich im Gedanken an die Sicherheit Frankreichs dem Aufbau eines deutschen Berufsheeres widersetzt und stattdessen ein Milizheer, das von den demokratischen Kräften in Deutschland getragen werden sollte, vorgeschlagen.²⁾

1) Für die Ausführungen im Text vgl. Benoist-Méchin, a.a.O. S. 237-250

2) Foch hielt gerade für die deutschen Verhältnisse das System des Berufsheeres für gefährlich, weil dadurch nicht verhindert werde, "daß Reste der alten kaiserlichen Armee im neuen deutschen Heer Zuflucht finden." Ein Berufsheer werde "das Deutschland der Überlieferung in sich aufnehmen und schließlich der Regierung seine Bedingungen stellen." Vgl. Benoist-Méchin, a.a.O. S. 239 - Foch hatte demnach die Problematik richtig erkannt und an die möglichen historischen Konsequenzen gedacht. Rabenau kommentiert die Bestrebungen des französischen Marschalls so: "Foch hatte sich, als Soldat sehr viel weiterblickend, die Dinge anders gedacht. Er wußte, daß man im Augenblick Deutschland beinahe einen Gefallen tat, wenn man ihm ein Berufsheer aufzwang, das bei geringer Zahl wohl in der Lage war, das geistige Erbe zu erhalten. Ließ man Deutschland ein kurzdienendes Heer mit allgemeiner Verpflichtung und relativ größerer Zahl, dann durfte man hoffen, daß der Krankheitskeim pazifistischer Ideen vielleicht selbst in Deutschland doch noch auf die Armee übersprang. Clemenceau hat das zu unserem Glück nicht erkannt. Er hat Foch nicht einmal verstanden." Vgl. Rabenau, a.a.O. S. 166f.

Als Ergebnis des englisch-französischen Meinungsstreites gestanden die Alliierten Deutschland ein Heer zu, das "nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt" war (Art.160/1 des Versailler Vertrages).¹⁾ Damit waren der Reichswehr entgegen ihrer eigentlichen Funktion als "Wehr des Reiches" in erster Linie polizeiliche, also wesensfremde Funktionen anvertraut.²⁾ Die Erfüllung der zweiten im Versailler Vertrag wiedergegebenen Aufgabe, der Schutz der deutschen Grenzen, war der Reichswehr infolge der ihr auferlegten Beschränkungen von vornherein unmöglich gemacht.³⁾

Der Friedensvertrag veränderte auf diese Weise im Vergleich zur Zeit vor 1918 die Aufgabe des deutschen Heeres grundlegend: Hatte das kaiserliche Heer den Willen der Reichsleitung nach außen zu unterstützen, so sollte die republikanische Reichswehr dieser Aufgabe enthoben werden.⁴⁾

In ähnlicher Weise wie für das Wehrsystem enthielt der Vertrag bindende Bestimmungen über die Spitzenorganisation, die Gliederung und das Ausbildungswesen des zukünftigen deutschen Heeres. Die Schaffung eines militärischen Ober-

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S.448: Zwischen Deutschland und den Alliierten blieb es strittig, ob die deutsche Übersetzung "Grenzpolizei" oder "Schutz der Grenzen" richtig war.
 - 2) Ihre Lösung war der Reichswehr durch unzweckmäßige Bewaffnung und Ausrüstung erschwert. Vgl. Otto Gessler, Der Aufbau der neuen Wehrmacht, in: Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928, Berlin o.J., S.87f.
 - 3) Vgl. die Artikel 160, 164-170, 171, 173, 178, 198-202 des Versailler Vertrages, die die Beschränkung der Führungsorganisation, die Kontingentierung von Waffen, Munition und Material, das Verbot moderner Kriegswaffen, Mobilmachungsvorbereitungen sowie einer Luftwaffe betrafen. - Seeckt sprach später davon, daß es in der Absicht der Alliierten gelegen habe, das deutsche Heer zu einer Art Polizeireserve werden zu lassen. Vgl. Hans von Seeckt, Die Reichswehr, Leipzig 1933, S.23f.
 - 4) vgl. A.Maier, Die verfassungsrechtliche und staatspolitische Stellung der deutschen Wehrmacht, in: "Verwaltungsarchiv", Jg.1933, S.289ff. - Maier verneint die Frage, ob die Aufstellung eines Wehrpflichtheeres angesichts der damals in Deutschland herrschenden Verhältnisse angebracht oder auch nur möglich gewesen wäre.

kommandos sowie die Bildung anderer als der durch den Friedensvertrag eigens zugewilligten militärischen Behörden wurde ausdrücklich verboten.¹⁾

Der Artikel 211 des Vertragswerks schrieb vor, daß Deutschland binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Friedensvertrages die deutsche Verfassung und Wehrgesetzgebung den militärischen Bestimmungen des Teils V entsprechend zu koordinieren und während der gleichen Frist alle zur Ausführung der Vertragsbestimmungen nötigen Maßnahmen zu treffen hatte.

Der innerdeutschen, vor allem der parlamentarischen Auseinandersetzung über Wehrsystem, Stärke, Gliederung und Erziehungswesen des republikanischen Heeres war durch den Versailler Vertrag zumindest eine bestimmte Richtung gegeben. Es kam, soweit es die innenpolitische Seite des Wehrproblems in der Weimarer Republik betrifft, darauf an, in welchem Ausmaß es den Schöpfern der Verfassung und der Wehrgesetzgebung gemeinsam mit den deutschen Politikern trotzdem gelang, selbst innerhalb der ihnen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages noch verbliebenen Möglichkeiten zur Demokratisierung des Heerwesens dessen Bindung an die Republik durchzusetzen und das politische Primat zu verwirklichen.

c) Die Weimarer Verfassung²⁾

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 wies dem Reichspräsidenten als dem republikanischen Staatsoberhaupt den Oberbefehl über die gesamten Streitkräfte des Reiches zu (Artikel 47 der Reichsverfassung).³⁾

1) vgl. Artikel 160/3 des Friedensvertrages, wonach die Divisionen "unter nicht mehr als zwei Armeekorps-Kommandos zusammengefaßt" werden durften und "das Halten oder die Bildung... von anderen Behörden für den Truppenbefehl" verboten wurde.

2) vgl. Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, mit Erläuterungen und Sachregister von Gerhard Anschütz, Berlin 1921

3) vgl. das Kapitel "Die Spitzengliederung in der Weimarer Republik" - K.R. Blenk, Der militärische Oberbefehl, München 1931, S. 13: Blenk definiert den Begriff "Oberbefehl" als "das einem Organ des Staates durch Gesetz übertragene Recht zur Führung der Truppe, d.h., auf dem Wege des dienstlichen Befehls über die Truppe zu verfügen."

Damit war der Oberbefehl über die bewaffnete Macht ausschließlich einem Zivilisten übertragen.¹⁾ Ähnlich wie in der konstitutionellen Monarchie bedurften die Anordnungen des republikanischen Staatsoberhauptes in Heeresangelegenheiten der Gegenzeichnung des Ressortministers oder des Reichskanzlers (Art. 50 RV). In der Republik übernahmen die Minister so die parlamentarische Verantwortung für die politische und militärische Zweckmäßigkeit. Der Artikel 50 der Verfassung war sogar ausdrücklich durch den Zusatz, daß die Gegenzeichnung für alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiet des Heerwesens erforderlich sei, erweitert, ein deutliches Zeichen dafür, daß man die Gefahr militärischer Eingriffe in die politische Sphäre erkannt hatte und ihr auf diese Weise zu begegnen versuchte.²⁾ Formal war erreicht, daß die Befehlsgewalt des Staatsoberhauptes der mittelbaren Kontrolle des Parlaments unterlag. Die Entscheidung über Krieg und Frieden lag, da sie nach Art. 45 RV durch ein Gesetz geregelt werden mußte, bei der

-
- 1) Die Nationalversammlung ging in ihrer Mehrheit zunächst von der Voraussetzung aus, daß die oberste politische und militärische Gewalt in der Hand des Staatsoberhauptes vereinigt bleiben müsse. Erst später entschieden sich die Verfassungsgeber dafür, daß der Reichskanzler auch für das Wehressort zuständig sein sollte, soweit es sich um die Bestimmung der allgemeinen politischen Richtlinien handelte. Vgl. Otto Kühl, Die Entwicklung des militärischen Oberbefehls im preußischen und deutschen Heer vom Jahr 1850 bis zur Gegenwart in staatsrechtlicher Hinsicht betrachtet, jur. Diss., Erlangen 1929, S. 50ff., Apelt, a.a.O. S. 206 - Im Artikel 178/2 der Verfassung heißt es über den Friedensvertrag u.a.: "Die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles geschlossenen Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht berührt."
- 2) vgl. Ambrosius, a.a.O. S. 87 - Im Wehrgesetz von 1921 wurde kein Unterschied zwischen Verordnungen verwaltungstechnischer und Befehlen militärischer Art gemacht. So blieb es bis zum Ende der Weimarer Republik umstritten, ob rein militärische Anordnungen des Reichspräsidenten nicht auch ohne ministerielle Gegenzeichnung, allein auf Grund der militärischen Gehorsamspflicht, wirksam wurde. Vgl. auch Blenk, a.a.O. S. 37ff. - Kühl, a.a.O. S. 71. Der Reichspräsident konnte sich - verfassungsmäßig - durch Auflösung des Reichstages einige Handlungsfreiheit gegenüber Ministern und Volksvertretung verschaffen. - ferner: H. Foertsch, Schuld und Verhängnis, Stuttgart 1951, S. 15

Volksvertretung.¹⁾ Die Befugnisse des republikanischen Staatsoberhauptes waren, soweit sie Bezug auf das Heer hatten, wesentlich beschränktere als die des monarchischen Obersten Kriegsherren. Andererseits erwies sich der Art.48 RV in der innenpolitischen Praxis als eine Art Zweitverfassung,²⁾ die das Streben der Reichswehrführung nach einer von der Parlamentskontrolle unabhängigen Stellung des Heeres fördern konnte.

Angesichts der bürgerkriegsähnlichen Zustände hatten die Schöpfer der Verfassung in erster Linie an Friedensstörungen und Aufstände revolutionärer oder reaktionärer Gruppen gedacht, zu deren Unterdrückung die Kräfte der Polizei nicht ausreichten, als sie im Frühjahr 1919 über die Gestaltung des späteren Artikels 48 berieten.³⁾ In Notzeiten und Krisensituationen sollte dem Staatsoberhaupt eine starke Exekutivgewalt zur Verfügung stehen. Ursprünglich war demnach der Artikel 48 als Instrument zum Schutze der Verfassung in den Verfassungstext eingebaut worden. Als ultima ratio konnte der Reichspräsident und Oberbefehlshaber der Reichswehr nach Artikel 48 über die bewaffneten Mittel des Reiches verfügen. Sobald "ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten" nicht erfüllte (Art.48/1 RV) oder "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet" war (Art.48/2 RV), konnte der Reichspräsident die in

1) vgl. Willibalt Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946, S.197

2) vgl. Friedrich Glum, Das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland, Großbritannien und Frankreich, München - Berlin 1950, S.229. Glum spricht in diesem Zusammenhang von einer "Art Notgesetzgebung des Reichspräsidenten".

3) vgl. Apelt, a.a.O. S.260, Fritz Stier-Somlo, Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Bonn 1920 S.19ff., Richard Grau, Die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, 2.Bd. Tübingen 1932, S.274, Otto Gessler, Träger der Reichsgewalt, Hamburg 1931, S.74. "Immer, wenn seine Existenz von außen oder innen bedroht ist, hat jeder lebenskräftige Staat seiner Führung außerordentliche Vollmachten gegeben", mit diesen Worten begründete Gessler nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett die Notwendigkeit des Artikels 48. Vgl. Gessler, a.a.O. S.70.

sein Ermessen gestellten "nötigen Maßnahmen" ergreifen.¹⁾ Stützte er sich dabei auf die Reichswehr, so war die Befugnis zu deren Einsatz "Ausfluß der Regierungsgewalt, nicht der Kommandogewalt". Nach der Verfassung waren Diktatur- und Kommandogewalt allerdings in einer Hand vereinigt.²⁾ Zum Vollzug des Artikels 48 bedurfte das Staatsoberhaupt in jedem Falle der ministeriellen Gegenzeichnung. Es war außerdem verpflichtet, die Verhängung des Ausnahmezustands³⁾ oder die mit der Durchführung der Reichsexekution zusammenhängenden Maßnahmen dem Reichstag, der sie nachträglich außer Kraft setzen konnte, unverzüglich anzuzeigen (Art.48/3 RV). Formal suchte so die Verfassung die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten zu beschränken und die während eines Ausnahmezustands stets latent drohende Gefahr militärischer Suprematie möglichst auszuschließen.

In der Verfassungswirklichkeit vollzog sich jedoch eine Entwicklung, die aus dem Artikel 48 als einem Instrument zum Schutze der Verfassung unter Umständen sogar ein gegen diese Verfassung gerichtetes Instrument machen konnte. Bezeichnend dafür und für die Anschauungen damals bereits maßgebender Reichswehroffiziere ist der Kommentar, den der Seeckt-Biograph Friedrich von Rabenau, allerdings erst Jahre nach dem Ende der Weimarer Republik, dem Artikel 48 widmete: "Das Brauchbarste an der Verfassung war jener Paragraph (sic!), mit dem man sie außer Kraft setzen konnte, der Paragraph 48."⁴⁾ Tatsächlich wurde in den vierzehn Jah-

1) Apelt spricht davon, daß diese im Verfassungstext enthaltene Wendung von "elastischer Unbestimmtheit" gewesen sei, und die Regierungspraxis ihren Nutzen daraus gezogen habe. Vgl. Apelt, a.a.O. S.264f., Grau, a.a.O. S.278f.

2) vgl. Blenk, a.a.O. S.44

3) Einen "militärischen Ausnahmezustand" kannte die Verfassung nicht. Vgl. Gessler, a.a.O. S.72

4) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S.257 - Über Seeckts Stellungnahme zum Ausnahmezustand als "Ausgangspunkt einer neuen positiven Innenpolitik" und als Mittel zur "organischen Weiterbildung der Reichsverfassung" vgl. die Abschnitte "Seeckts Stellung zur Diktaturfrage", "Die Reichswehr im Konflikt mit Bayern" und "Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt" im zweiten Teil dieser Arbeit.



ren von 1919 bis 1933 nicht weniger als achteinhalb Jahre mit Hilfe des Artikels 48 RV. regiert,¹⁾ wenn die Anwendung des Artikels 48 dabei vielfach auch nur auf einzelne Gebiete Deutschlands beschränkt blieb. Als folgenschwere Unterlassung erwies sich der Umstand, daß der Gesetzgeber es bewußt versäumt, die abschließende Forderung des Artikels 48/5 ("Das Nähere regelt ein Reichsgesetz") zu erfüllen und die dem Reichspräsidenten überantworteten Vollmachten zusammen mit dem Vollzug des Ausnahmezustands gesetzlich zu definieren und abzugrenzen.²⁾ Offenbar ist der Artikel 48 allzusehr auf den ersten Reichspräsidenten Hart zugeschritten gewesen, dessen demokratische Überzeugung zweifelsfrei feststand. Aber auch schon während seiner Amtstätigkeit konnten sich für die Reichswehrführung auf Grund der gesetzlich nicht geklärten Ausnahmebefugnisse und eigener Interpretation des Artikels 48 leicht Möglichkeiten ergeben, um auf das Staatsoberhaupt in einem Sinne einzuwirken, der ihren Interessen zu entsprechen schien.³⁾

Ansätze zu demokratischer Kontrolle über das Staatsoberhaupt eröffneten die Artikel 41, 43 und 59, die die Wahl- und vorläufigen Abberufungsmöglichkeiten des Reichspräsidenten betrafen, sowie vor allem der Artikel 34, der dem

-
- 1) vgl. F.R.Huber, Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, Bd.2, Tübingen 1951, S.126f. - In der zweiten Hälfte der Weimarer Republik blieb die Anwendung des Ausnahme Regimes nicht mehr auf "Polizeiwidrigkeiten großen Ausmaßes" beschränkt, die Regierungen gingen dazu über, mit Hilfe des Reichspräsidenten und seiner Diktaturgewalt auch wirtschafts- und finanzpolitische Schwierigkeiten meistern zu wollen. Vgl. Apelt, a.a.O. S.261 - Wohin diese Entwicklung führte, beleuchten die Ausführungen Gessler aus dem Jahr 1931. Angesichts des Notverordnungs-Systems der Jahre nach 1930 sah er günstige Vorbedingungen gegeben, daß dem Reichspräsidenten "die Führeraufgabe zufällt..., die Richtung des Weges in die deutsche Zukunft zu bestimmen." Vgl. Gessler, Träger der Reichsgewalt, a.a.O. S.78 - Über die zeitliche Aufeinanderfolge der militärischen Ausnahmemaßnahmen vgl. das Kapitel "Politische und militärische Gewalt in der Übergangszeit".
 - 2) "Es ist aus guten Gründen nicht dazu gekommen, weil der Ernst der Abwehr sich immer der Größe der Gefahr anpassen muß, diese aber vom Gesetzgeber nie normiert werden kann", erklärte Gessler als Begründung dafür, daß eine eingehende gesetzliche Regelung unterblieb. Vgl. Gessler, Träger der Reichsgewalt, a.a.O. S.77.
 - 3) vgl. den Abschnitt über die Ereignisse während des Ausnahmezustands 1923/1924

Reichstag das Recht verlieh, auch in militärischen Angelegenheiten parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Von diesem wichtigen Kontrollmittel der politischen Leitung über das Heer machte die Volksvertretung allerdings kaum oder nur ungenügenden Gebrauch.¹⁾ Auch der Etat des Reichswehrministeriums war namentlich in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik zunehmend der parlamentarischen Kontrolle entzogen, da die Vielzahl der der Reichswehrführung zur Verfügung stehenden geheimen Fonds den Volksvertretern keinen Überblick mehr gestatteten.²⁾

d) Das Wehrgesetz vom 23. März 1921

Die das Heerwesen betreffenden Teile des Friedensvertrages und die entsprechenden Verfassungsartikel wurden in der deutschen Gesetzgebung durch das Wehrgesetz von 1921 berücksichtigt. Es wurde, nachdem ihm auch die SPD trotz innerer

-
- 1) Ein derartiger Ausschuss wurde zum ersten Male eingesetzt nach dem Kapp-Putsch. (Vgl. das entsprechende Kapitel dieser Arbeit sowie den Abschnitt über "Das Staatssekretariat und die Politische Abteilung".) Im Sommer 1922 wurde wieder ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss gebildet. Dieses Mal scheint es sich jedoch mehr um ein taktisches Manöver Gosslers gehandelt zu haben, der auf diese Weise hoffte, die Angriffe der Öffentlichkeit auf die Reichswehr wegen des Rathenauermordes abfangen und ihnen die Spitze nehmen zu können. Der Reichswehrminister selbst hatte den Einsatz der Kommission angeregt. Vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 274f. - Symbolhaft beinahe für die beginnende Machteinbuße Seeckts ist die Bildung des Untersuchungsausschusses, der sich im Februar 1926 mit den Vorgängen innerhalb der Reichswehr während des Jahres 1923 (!) beschäftigen sollte. "Wirklich etwas herausgekommen ist bei diesen Untersuchungen niemals...", kommentiert Rabenau. Vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 432
- 2) vgl. A. Rosenberg, a.a.O. S. 122, Nürnberger Dokumente Bd. 34, S. 569ff., Helm Speidel, Reichswehr und Rote Armee, in: "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 1. Jg. H. 1, 1953, S. 22ff., G. Thomée, Wiederaufstieg, a.a.O. S. 74



Vorbehalte gegen die Stellung des Offizierskorps und die Organisation ihre Zustimmung nicht hatte versagen wollen,¹⁾ fast genau ein Jahr nach dem Kapp-Putsch verkündet. "Nur wenn Heer und Staat eins sind und eins werden, wird es auch möglich sein, die verfassungsmäßigen Zustände und die verfassungsmäßige Entwicklung unseres Volkes sicherzustellen", hatte Gessler bereits am 20. Juli 1920 im Reichstag erklärt.²⁾ Am 28. Oktober 1920 hatte Scheidemann während der Reichshaushaltsberatungen demgegenüber Kritik geübt, daß die Vorarbeiten zum Wehrgesetz noch auf Noske zurückgingen, ohne daß Gessler trotz des Kapp-Putsches wesentliche Änderungen vorgenommen habe. Der Redner erklärte damals für seine Partei: "Bis hierher und nicht weiter! Wir haben keinerlei Vertrauen weder in die Verfassungstreue noch in den Verfassungswillen des Herrn von Seeckt."³⁾

In der Begründung des Reichswehrministers zum ersten Entwurf des Wehrgesetzes wurde am 19. Januar 1921 ausgeführt, man habe das naturgegebene System der allgemeinen Wehrpflicht durch ein veraltetes System ersetzen müssen. Den dadurch entstandenen Gefahren müsse entgegengewirkt werden.⁴⁾ "Ziel der Wehrverfassung muß es sein, dem deutschen Volke die zu seinem Schutze im Inneren und an den Grenzen nötige Wehrmacht zu geben."⁵⁾

1) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.347, S.2337ff.

2) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.344, S.446

3) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.345, S.807ff. Scheidemann verlas am 28. Oktober 1920 im Reichstag ein angebliches Schreiben des Generals von Seeckt vom 19. August 1920, in dem es u.a. hieß: "Es ist mit Strenge darauf zu halten, daß alle parlamentarischen Formen eingeschränkt oder verhindert werden." - Gessler nahm in seiner Antwort den Chef der Heeresleitung in Schutz und sprach vom mangelnden Verständnis für die Reichswehr, ein Verhalten, das er als "Unterlassungssünde der Republik" bezeichnete. - vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.345, S.813ff.

4) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.347, S.2218 - Während der Beratung des Wehretats am 28.1.1921 erklärte Gessler noch: "Unser Ziel muß ein Milizheer sein."

5) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.365, S.923f.

Stärke, Gliederung und Ausbildung der neuen Wehrmacht waren durch den Friedensvertrag bereits vorbestimmt. Im Zusammenhang mit dem Thema dieser Arbeit interessiert vor allem der Paragraph 8 des Gesetzes: "Die Befehlsführung liegt ausschließlich in der Hand der gesetzmäßigen Vorgesetzten. Der Reichspräsident ist oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht. Unter ihm übt der Reichswehrminister die Befehlsgewalt über die gesamte Wehrmacht aus. An der Spitze des Heeres steht ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Reichsmarine ein Admiral als Chef der Marineleitung. Befehls- und Kommandogewalt, also die Befugnis, Befehle in Dienstangelegenheiten zu erteilen, steht außer den militärischen Vorgesetzten nur dem zivilen Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister zu. Sie sind auch dann militärische Vorgesetzte, wenn sie nicht dem Soldatenstande angehören."¹⁾ Als Oberbefehlshaber verfügte der Reichspräsident u.a. über das Inspektionsrecht, das Offiziersernennungsrecht und im Einvernehmen mit den Länderregierungen auch über das Dislokationsrecht.²⁾ Der dem Reichspräsidenten innerhalb der militärischen Hierarchie unterstellte Reichswehrminister hatte den Anordnungen des Oberbefehlshabers nachzukommen, wenn seine Gehorsamspflicht auch durch die Gegenzeichnungsbestimmungen keine unbedingte mehr war.³⁾ Die Paragraphen 9 und 10 des Wehrgesetzes, auf deren Aufnahme in das Gesetz vor allem die Sozialdemokraten bestanden hatten, sahen die Bildung von Vertrauensräten und

1) vgl. Wehrgesetz vom 23.3.1921 in der Fassung zur Abänderung des Gesetzes vom 18.6.1921, mit Erläuterungen herausgegeben von Paul Semler, Berlin 1921, S.27 - Der entsprechende Regierungsentwurf war schon vom zuständigen Reichstagsausschuß "debatteilos" angenommen worden. Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O., Bd.366, S.1290, Drucksache 1679

2) vgl. O.Koenigsbeck, Der militärische Oberbefehl im Deutschen Reich, seine hist. Entwicklung und seine Bedeutung nach geltendem Reichsrecht, jur.Diss., Breslau 1932, S.62

3) vgl. Semler, a.a.O. S.29 - Der Reichspräsident konnte zur Gegenzeichnung in militärischen Angelegenheiten auch den Reichskanzler an Stelle des Reichswehrministers heranziehen, eine Übertragung von Befehlsbefugnissen an diesen war jedoch nicht möglich.

Heeres- und Zivilkammern vor. Bezeichnenderweise erlangten gerade diese Institutionen in den Jahren der Weimarer Republik in der Reichswehr keine Bedeutung, weil sie von den maßgebenden militärischen Führern abgelehnt und selbst vom zivilen Reichswehrminister nicht gefördert wurden.¹⁾

Die Bestimmungen des Wehrgesetzes über das Verhältnis von Soldat und Politik im dritten Abschnitt nahmen erstmalig nach dem Zusammenbruch den Versuch einer Scheidung zwischen den politischen Freikorps und den regulären Truppen vor. Ganz im Sinn der Absichten der Reichswehrführung aber auch der demokratischen Kräfte hieß es in der Begründung zum Gesetz: "Eine politische Freiwilligentruppe bildet für Reich und Volk keinen zuverlässigen Schutz, sondern eine stete Gefahr."²⁾

Zu den demokratischen Bindungen im Wehrgesetz, die einer solchen Gefahr vorzubeugen suchten, zählten jene Paragraphen, die sich auf die Beförderungsverhältnisse, die staatsbürgerliche Unterweisung und die politische Betätigung der Soldaten bezogen, sowie das den Reichswehrangehörigen zugestandene Wahlrecht und die umfassend geregelte

-
- 1) Scheidemann warf bereits am 28.10.1920 anlässlich der ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes dem neuernannten Reichswehrminister vor, daß er die im kommenden Wehrgesetz vorgesehene Heereskammern dadurch zu sabotieren versuche, daß er ihre Berufung und die Tagesordnung ihrer Sitzungen von der Entscheidung des Chefs der Heeresleitung abhängig machte. Als Beweis für seine Behauptung verlas er ein Schreiben Gesslers. Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.345, S.807f. - Gessler wollte die Aufgaben der Kammern auf "wesentlich wirtschaftliche" Belange beschränkt wissen. Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.366, S.1290 und 1303.
 - 2) vgl. "Germania" vom 3.März 1921. Bei den vorbereitenden Lesungen des Gesetzes fanden diese Paragraphen die Zustimmung der Rechtsparteien. - Auch die sozialdemokratischen Sprecher hatten während der Beratungen im Reichstag anerkannt, daß "zur Zeit" weder ein völlig entpolitisiertes noch ein im demokratischen Sinn absolut zuverlässig politisiertes Heer möglich sei. Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.366, S.1295, Drucksache 1679

Beschwerdeordnung.¹⁾ Die Frage, ob die Wehrverfassung des Staates von Weimar, zumindest formal, eine Basis für das Primat des Politischen schuf, d.h. ob sie die Einflußnahme militärischer Stellen auf die deutsche Innenpolitik gesetzlich zu verhindern suchte, läßt sich zusammenfassend dahingehend beantworten, daß Verfassung und Wehrgesetzgebung dem Sinn nach eindeutig darauf ausgerichtet waren, die Führung des Staates wie des Heeres der politischen Gewalt anzuvertrauen. Die Inhaber des militärischen Oberbefehls, Reichspräsident und Reichswehrminister waren dem Ante nach zivile Politiker, beide unterlagen in ihrer Amtsführung direkt oder indirekt der Kontrolle der Volksvertretung, die gleichfalls über Krieg und Frieden entschied. Die in der Wehrverfassung enthaltenen Sicherungen gegen militärische Übergriffe und Einmischungsversuche in die Politik reichten in der Verfassungswirklichkeit des krisengeschwächten Staatswesens nicht aus. Obwohl noch die ersten dem Reichstag vorgelegten Entwürfe zum Wehrgesetz eine Reihe von Änderungen und Zusätzen erfahren hatten, die deutlich die

1) vgl. Wehrgesetz vom 23. März 1921, §§ 24, 35, 36 und 37 - Semler, a.a.O. S. 103: Hinsichtlich des Verbotes von politischer Betätigung hielt sich die Reichswehrführung an den Grundsatz, daß nur die Betätigung einer politischen Gesinnung mit dem Ziel, auf andere einen bestimmten politischen Einfluß auszuüben, unzulässig sei. Eine politische Betätigung als solche müsse dem einzelnen Soldaten freigestellt bleiben. Selbst derjenige, der sich innerlich nicht zur Verfassung bekenne, dürfe von der Zugehörigkeit zur republikanischen Reichswehr nicht ausgeschlossen werden, wenn er sonst seine Dienstpflichten loyal erfülle. - Reichswehrminister Gessler selbst hatte dazu, nach einem Auszug aus den Beratungsprotokollen zum Wehrgesetz, die für die spätere Haltung der Reichswehr und insbesondere ihre Einstellung zum Nationalsozialismus bezeichnende Erklärung gegeben: "Die politische Gesinnung sei frei, es sei jedem unbenommen, die Veränderung der Staatsform auf verfassungsmäßigem Wege zu wünschen. Auch mit monarchistischer Gesinnung sei loyaler Dienst in der Reichswehr vereinbar, genau wie unter der alten Regierungsform Sozialdemokraten trotz ihrer republikanischen Gesinnung gute Soldaten hatten sein können." Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd. 366, S. 1301.

Besorgnis der Volksvertretung verriet, starke Sicherungen gegen politische Interventionen des Heeres oder einzelner seiner Angehörigen im Gesetzestext zu verankern,¹⁾ blieben doch in der politischen Praxis noch Möglichkeiten offen zur Überwindung des politischen Primates. Mit der in die Reichsverfassung aufgenommenen Form des Artikels 48 hatte die Mehrheit der Nationalversammlung selbst die Voraussetzungen für die Vorbereitung einer "legalen" Militärdiktatur, die die Staatsführung weitgehend der politischen Kontrolle entziehen konnte, geschaffen. Der Artikel 48 verstärkte überdies noch die Rolle der Reichswehr als ausgesprochen innerstaatliches Machtinstrument des Reiches gegen aufsässige Gliedstaaten und als "Hausmacht des Reiches"²⁾, anstatt die allgemeinen polizeilichen Funktionen von denen der Landesverteidigung zu trennen.

Obwohl die Debatten über den Wehretat ein Mittel der politischen Leitung und der Volksvertretung zur Kontrolle der allgemeinen Entwicklung des Heeres sein können, wurde diese Kontrollmöglichkeit in den für den Aufbau der Reichswehr entscheidenden Jahren von 1919 - 1921 von den demokratischen Parteien wohl vor allem in Anbetracht der Notwendigkeit, daß es galt, die geringen zur Verfügung stehenden Etatmittel bis zur Höchstgrenze auszunutzen, kaum angewendet. Bis 1923 stimmte auch ihre Fraktion im Reichstag für die Annahme der Haushaltspläne des Reichswehrministeriums. Erst anlässlich der Beratung des Wehretats der Jahre 1924 und 1925 im Frühjahr 1925 sprach sie dem Reichswehrminister ihr Mißtrauen aus.³⁾ Begründet wurde

-
- 1) vgl. Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, hrsg. von H. Franke, 1. Bd.: Wehrpolitik und Kriegführung, Berlin-Leipzig 1936, S. 722
 - 2) vgl. Rudolf Fischer, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1933, S. 39ff. Aus einer Denkschrift Seeckts über den Ausnahmezustand 1923/1924 vom 12. August 1924, zitiert bei Schüddekopf, a.a.O. S. 202.
 - 3) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd. 385, S. 2020 ff. Am 26. Mai 1925 führte der sozialdemokratische Abgeordnete Schöpflin aus: "Die Ablehnung richtet sich nicht gegen die Reichswehr, denn wir wissen, daß jeder Staat ein Machtinstrument braucht." Vgl. S. 2026.

diese Ablehnung mit den steigenden Ausgaben der Reichswehr, hervorgerufen durch eine großzügige Personalpolitik und aufwendige Rüstungsmaßnahmen.¹⁾ Die mit dieser Ablehnung verbundene Kritik, die weniger eine Kritik am Etat als an der Reichswehr im allgemeinen und an antirepublikanischen Vorgängen in der Truppe sein sollte,²⁾ blieb ohne Nachhall: Zu diesem Zeitpunkt war der Aufbau des Heeres so gut wie abgeschlossen.³⁾ Als weiteres parlamentarisches Überwachungsmittel konnte der Reichstag auch Untersuchungsausschüsse zur Prüfung von Vorkommnissen im Heer einsetzen. Das geschah nach den März-Ereignissen des Jahres 1920,⁴⁾ mit dem Erfolg, daß der Leiter des damals gebildeten Untersuchungsausschusses, der sozialdemokratische Staatssekretär Christian Stock, ebenso wie sein Stellvertreter, der Sozialdemokrat Bernhard Reusch, schon nach kurzer Zeit ihre Ämter wegen des ihrer Tätigkeit durch die militärische Führung entgegengesetzten Widerstandes niederlegen mußten. Auch die von der SPD durchgesetzte Regelung, den Truppen zivile Regierungskommissare beizugeben, sobald sie bei Anwendung des Artikels 48 im Inneren des Reiches eingesetzt wurden, wurde nicht lange beibehalten.⁵⁾

Zu den bisher besprochenen Mängeln und Lücken in der Wehrverfassung gesellten sich weitere und noch folgenschwerere: Die notwendige Eingliederung des Heeres in den staatlichen

-
- 1) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.385, S.2021
 - 2) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.385, S.2022ff. - Schöpflin wandte sich besonders gegen die Haltung der Truppe in der Flaggenfrage, ihre Verbindungen mit der schwarzen Reichswehr, die Ausbildung von Zeitfreiwilligen und die unkontrollierbare Verwendung von Geldspenden der Wirtschaft durch Reichswehrdienststellen.
 - 3) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.385, S.2048: In seiner Erwiderung auf die Angriffe Schöpflins erinnerte der Reichswehrminister daran, daß die SPD die Mitverantwortung für den Aufbau der Reichswehr in den Anfangsjahren die SPD treffe.
 - 4) vgl. den Abschnitt über das Staatssekretariat und die Politische Abteilung im Reichswehrministerium
 - 5) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S.258, Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.347, S.2338, "Vorwärts", Abendausgabe vom 24. Januar 1921, (Aufsatz: "Das überlackierte Wehrgesetz")

Organismus war durch die Wehrverfassung nicht garantiert. Die gesetzmäßigen Vorkehrungen dagegen, daß Heerführung und Truppe dem alten Staat näherstanden als der demokratischen Republik, waren unzulänglich, ja, restaurative Tendenzen im Heer wurden, wie etwa durch den zweiten Abschnitt des Wehrgesetzes, der dem landsmannschaftlichen und traditionsgebundenen Denken weitere Kreise in Bevölkerung und Reichswehr entgegenkam, sogar indirekt gefördert, wie überhaupt die in der Reichswehr betriebene Traditionspflege vielfach zur antirepublikanischen Kundgebung ausartete. Demokratische Ansätze im Gesetz über die Bildung der Vorläufigen Reichswehr wie die Institution der Vertrauensräte in den einzelnen Truppenteilen waren im Wehrgesetz von 1921 fallen gelassen oder wesentlich reduziert worden.¹⁾ Ein anderer Umstand, der die so notwendige umfassende Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Heer erschwerte, war in der der Republik aufgezwungenen langdienenden Berufswehrmacht begründet, die der demokratischen Staatsidee der jungen Republik nicht entsprach. Die Gefahr eines Mißbrauches der bewaffneten Macht ist meist dann am geringsten, wenn das Heer einen Querschnitt des gesamten Volkes darstellt und die Waffen nicht nur denjenigen anvertraut sind, die sich zum Soldatenberuf drängen.²⁾ Staats- und Wehrordnung stimmten nicht mehr überein. Der Rückgriff auf das Berufsheer ersparte der Republik zwar manche Unruhe innerhalb des Heeres, verhinderte aber endgültig die Schaffung einer der Staats-

1) vgl. den Abschnitt über das Gesetz zur Bildung der Vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 in dieser Arbeit.

2) Die deutsche Sozialdemokratie gab auch nach dem Abschluß des Friedensvertrages den Milizgedanken noch nicht grundsätzlich auf, aber sie trat auch nicht mehr mit der früheren Aktivität dafür ein. Vgl. Nationalversammlung a.a.O. Bd. 330, S. 3519, Rede des Abg. Stücklen auf der Haushaltsdebatte vom 28. 10. 1919. - Wie sich aus der anlässlich der Beratungen über das Gesetz zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht im Juli 1920 gehaltenen Rede des Abg. Schöbflin ergibt, waren maßgebende sozialdemokratische Kreise durchaus nicht prinzipiell gegen die allgemeine Wehrpflicht, sondern wandten sich nur gegen die Art ihrer Durchführung im Kaiserreich. Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd. 344, S. 438ff. - Immerhin hätte es möglich sein müssen, durch entsprechende Führerauswahl diese Mängel des Berufsheeres wenigstens zu einem Teil wieder wettzumachen.

form gemäßen demokratischen Wehrverfassung.¹⁾ Die sogenannte "entpolitisierung" intensivierte diese Entwicklung zusätzlich. Hinter dem Schlagwort verbarg sich die Problematik jeder Wehrmacht im Parteienstaat und die Frage nach dem Vorhandensein eines alle Parteien erfassenden Staatsbewußtseins, aus dem das Heer leben kann und muß. Die Hoffnung der politischen Staatsleitung, das Heer durch entpolitisierungsmaßnahmen fester in die Hand zu bekommen,²⁾ und der durch Berufsinteressen und antiparlamentarische Tendenzen diktierte Wunsch der Reichswehrführung, den militärischen Bereich möglichst gegen politische und zivile Einflüsse abzuschirmen,³⁾ trafen zusammen. Um so mehr sprach aus der Wehrverfassung die Tendenz, die Reichswehr dem politischen Tagesstreit zu entziehen. Auf keinen Fall sollte sie das von einer Partei allein beherrschte Instrument

- 1) vgl. W.M. Marcks, Staat und Wehrmacht, in: "Wissen und Wehr", Heft 5, Berlin 1930, S.74 - P. Erler, Demokratie und bewaffnete Macht, in: "Gewerkschaftliche Monatshefte", Jg. 1954, Heft 6, S.57
- 2) vgl. die Reichstagsreden hr.Gosslers am 22.4.1920 und am 18.3.1921, Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.333, S.3349 und Bd.348, S.3216
- 3) Seeckt unterscheidet in seinen Schriften nachdrücklich zwischen der parteipolitischen Neutralität der Truppe, die nur hinsichtlich des Erfassens des "Staatsbegriffes" politisch zu sein habe (vgl. Seeckt, Die Reichswehr, Leipzig 1933, S.93), und der politischen Einflußnahme ihrer obersten Führung. Von einzelnen Offizieren verlangt Seeckt als Voraussetzung beruflicher Eignung Interesse an politischen und wirtschaftlichen Fragen, nur auf dieser Basis werde die Reichswehrführung in den Stand gesetzt, bei der Behandlung derartiger Fragen in Parlament und Regierung die Berücksichtigung militärischer Gesichtspunkte durchzusetzen und nicht "ohne Einfluß" auf die Lage im Inneren bleiben zu müssen. (vgl. Seeckt, Reichswehr, a.a.O., S.79) Ganz im Rahmen dieser Seecktschen Konzeption sind die Schriften gehalten, deren Verfasser dem Offizierskorps oder der Reichswehr nahestanden den Kreisen entstammten. (vgl. u.a. K.L. v.Oertzen, Politik und Wehrmacht, in: "Wissen und Wehr", S.58, Berlin 1928, Heft 5, vor allem S.264 - ferner: K.L. v. Oertzen, Bekenntnis verpflichtet zur Erkenntnis, in: "Wehrgedanken", hrsg. von Friedrich von Cochenhausen, Hamburg 1933, S.542ff., H. von Rabenau, Die alte Armee und die junge Generation, Berlin 1925, S.94ff. - ferner E.Marcks, Clausewitz' Lehre vom Kriege, in: "Wissen und Wehr", 11.Jg., Berlin 1930, S.262ff.)

zur Unterdrückung der anderen Parteien werden. Unter diesen Umständen wurde die Republikanisierung der Reichswehr selbst von überzeugten Demokraten in Regierung und Parlament lange Zeit nicht für unbedingt vordringlich gehalten und zunächst in dieser Richtung aufgenommene Versuche bald aufgegeben.¹⁾ Im Gegensatz zur Heeresreform nach 1866, die die Armee der politischen Entwicklung gemäß neu organisierte und sowohl das politische Primat wahrte als auch den militärischen Erfordernissen und den Ansichten der öffentlichen Meinung entsprach, wurde die Reichswehr infolge der politischen Neutralisation in bewußter Distanz von der allgemeinen Entwicklung des Volkes gehalten. Vielleicht hätte die entstehende Kluft zwischen Heer und Volksvertretung durch die Ernennung eines Parlamentsbeauftragten teilweise noch überbrückt werden können, so aber hing alles davon ab, daß sich die "Überparteilichkeit" der Reichswehr nicht als Parteinarbeit gegen den Staat auswirkte.²⁾ In der Praxis war die oft verkündete Loyalität der Reichswehr gegenüber der Republik nicht innerlich begründet, oft nur dem Anschein nach vorhanden und daher fragwürdig: Die von der Reichswehr proklamierte Staatstreue galt zum wenigsten dem Weimarer Staat. Unter Seeckt erstrebte die Reichswehrrführung auf der Basis eines neutralisierten, allen inneren Meinungskämpfen des Volkes ferngehaltenen Heeres eine Art Ideal - Staat mit einer staatlichen Stabilität, wie sie die Weimarer Republik auf Grund fehlender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Voraussetzungen nur sehr bedingt und auch dann nur von Wahl zu Wahl bieten konnte.

In diesem Zusammenhang bemerkenswert sind die Ausführungen Seeckts über den "Staatsbegriff", der nach seinem Willen in der Weimarer Republik als eine Hilfskonstruktion für die

1) vgl. H. Vorwerk, Die Wehrverfassung des Zweiten und Dritten Reiches, Berlin 1938, S.51

2) vgl. Bracher, a.a.O. S.83 - ferner: H.Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: "Das Parlament", Beilage vom 24.11.1954, Bonn 1954, S.611, F.Friedensburg, Die Weimarer Republik, Berlin 1946, S.241.

Reichswehr das fehlende Staatsbewußtsein ersetzen sollte.¹⁾ Dieser Staatsbegriff sollte darüber hinaus die innerhalb der Truppe bestehenden Spannungen überbrücken. Nur soweit es sich um das Erfassen dieses Staatsbegriffes handelte, dürfe das Heer politisch sein, "doch ganz gewiß nicht parteipolitisch. Das Heer dient dem Staat, nur dem Staat, denn es ist der Staat"²⁾ oder das "Abbild des Staates".³⁾ Seeckt sah in der Reichswehr demnach den Treuhänder der nationalen Interessen und eine Art Unterpfand des von ihm angestrebten Staates,⁴⁾ denn daß dieser und derjenige von Weimar nichts miteinander gemein hatten, hat Seeckt bewußt hervorgehoben.⁵⁾

Nur solange, wie sich der Chef der Heeresleitung als der eigentliche Führer der Reichswehr der Republik und ihrer Verfassung verpflichtet fühlte, blieb auch das Heer neutral. Allerdings bekam auch diese Neutralität im Laufe der Jahre, während sich die Reichswehr unter Seeckt zum selbständigen Machtfaktor entwickelte, einen zunehmend negativen Sinn. Diese Entwicklung wurde durch die Abhängigkeit des republikanischen Regimes in den politischen Krisenjahren bis 1924 erleichtert und beschleunigt. Unter der Präsidentschaft des ehemaligen Heerführers und Generalfeldmarschalls von Hindenburg wurde die Funktion der Reichswehr als "objektivierter Staatsgewalt" und letztlich doch zutiefst politischer Faktor noch beherrschender.⁶⁾

2) Die Spitzengliederung in der Weimarer Republik

In der Weimarer Republik gehörten dem "Stab der obersten Führung"⁷⁾ neben dem Reichspräsidenten und dem Reichswehr-

-
- 1) vgl. Hans von Seeckt, Gedanken eines Soldaten, Berlin-Leipzig 1935, S.27
 - 2) vgl. Hans von Seeckt, Die Reichswehr, Leipzig 1933, S.93
 - 3) vgl. Seeckt, Gedanken, a.a.O. S.92
 - 4) vgl. die Schrift des damaligen jungen Truppenoffiziers Curt Hesse mit dem bezeichnenden Titel "Von der nahen Ära der jungen Armee", Berlin 1925, S.20
 - 5) vgl. Hans von Seeckt, Die Zukunft des Reiches, Berlin 1929, S.11
 - 6) vgl. Wilhelm Greener, Abrüstungsbestimmungen, in: "Zeitschrift für Politik", 21.Band, Heft 12, Berlin 1932, S.767, A.Maier, a.a.O. S.294
 - 7) vgl. E.Mueller-Hillebrand, Das Heer 1933-1945, Darmstadt 1954, S.97f.

minister auch die Chefs der Heeres- und Marineleitung samt den ihnen nachgeordneten Ämtern an.

a) Der Reichspräsident - Oberbefehlshaber

Nachdem namentlich Abgeordnete der demokratischen Parteien in der Nationalversammlung, die mit dem Oberbefehl des Reichspräsidenten über die Reichswehr verbundenen Befugnisse und Vollmachten für zu weitgehend gehalten hatten, fand sich in der Volksvertretung schließlich doch eine Mehrheit, die dem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt auch den Oberbefehl über die bewaffnete Macht anzuvertrauen bereit war. Einhellige Zustimmung hatte die Betrauung des Reichspräsidenten mit dem Oberbefehl jedoch nur bei den Deutschnationalen gefunden, während die Sprecher der USPD immer wieder schärfste Kritik übten.¹⁾ Vorschläge, denen zufolge die verschiedenen Funktionen des Oberbefehls auch jeweils verschiedenen Organen übertragen werden sollten, waren nicht berücksichtigt worden.²⁾

1) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.326, S.299ff., 305f., Bd.327, S.868

2) Der erste Verfassungsentwurf vom 20. Januar 1919 brachte noch nicht eindeutig zum Ausdruck, daß der Reichspräsident auch Träger der obersten militärischen Befehlsgewalt sein sollte. - Vgl. O.Koenigsbeck, Der militärische Oberbefehl im Deutschen Reich, seine historische Entwicklung und seine Bedeutung nach geltendem Reichsrecht, jur.Diss., Breslau 1932, S.60.

Vgl. D.Groener-Goyer, Eine Denkschrift Groeners - Zur Organisation der Obersten Militärbehörden, in: "Die Gegenwart", 9.Jg., Heft 201, Frankfurt 1954, S.108ff. - General Groener war in seinem Entwurf vom 4. Mai 1919, der allerdings verständlicherweise noch unter Voraussetzungen entstand, die durch den Friedensvertrag nicht bestätigt wurden, davon ausgegangen, daß aus dem früheren Kaiserheer im neuen Staat kein Präsidentenheer werden dürfte. In seiner an den Reichswehrausschuß der Nationalversammlung gerichteten Stellungnahme legte er eingehend dar, wie er sich die Stellung des Oberbefehlshabers in einer parlamentarischen Demokratie vorstellte. Den Reichspräsidenten wollte er auf rein repräsentative Aufgaben beschränkt wissen. Die eigentliche Befehlsgewalt und die parlamentarische Vertretung der Reichswehr sollte beim politischen Reichswehrminister liegen. Groener ging in seinen zuverlässigen demokratischen Bindungen fordernden Vorschlägen sogar soweit, als zusätzliches demokratisches Element der neuen Wehrverfassung die Bildung eines kollegialen Landesverteidigungsrates anzulegen. Über diese Institution sollte die politische Leitung, ähnlich wie über den Reichswehrminister, einen vermehrten Einfluß auf die Stellenbesetzung der dem zivilen Minister unmittelbar unterstellten obersten Militärgremien - bei Groener Reichsgeneralstab, Reichswehramt, Personalamt und Chef der Admiralität genannt - erhalten. Es ist erstaunlich, daß gerade diese Vorschläge bei den Mehrheits-

Pläne Groeners aus dem Jahre 1919 zur Schaffung einer parlamentarisch gebundenen Spitze scheiterten allerdings nicht allein am Unverständnis der Politiker, sondern auch am Widerspruch der mit der Neuorganisation befaßten hohen Offiziere, namentlich Seeckt und Reinhardts, und am Willen der Siegermächte.¹⁾ Vorschläge zur Bildung eines "obersten Landesverteidigungsrates", der "die Frage Staatsmann und Feldherr ausschalten und klare Verhältnisse schaffen" sollte,²⁾ und hinsichtlich der Aufstellung eines für die Landesverteidigung verantwortlichen "Armeerates"³⁾ wiederholten sich zwar bei Reinhardt und Seeckt, aber sie waren in beiden Fällen gepaart mit der Forderung nach Einsetzung eines Generalissimus.

Die Schöpfer der Verfassung und des Wehrgesetzes gingen davon aus, daß dem Reichspräsidenten, wenn er den Staat völkerrechtlich vertreten sollte, die bewaffnete Macht zur Verfügung stehen mußte. Sie hielten sich demnach an das in einer Anzahl von Demokratien bewährte Muster, als sie dem Staatsoberhaupt den nominellen Oberbefehl überließen. Eines der wichtigsten dem Reichspräsidenten und Oberbefehlshaber durch Verfassung und Wehrgesetz zugesprochenen Rechte war das Offiziersernennungsrecht, das vor allem unter Hindenburg für das innere Gefüge des Heeres Bedeutung erlangte. Allerdings verfügte das Staatsoberhaupt der Republik als militärischer Oberbefehlshaber über keinen eigenen militärischen Stab, sein Oberbefehl war außerdem entziehbar, befristet und durch die ministerielle Gegenzeichnungspflicht stark eingeschränkt.

-
- 1) vgl. Groener-Geyer, a.a.O. S.109 - ferner: F.von Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918-1936, Leipzig 1940, S.466ff.
 - 2) vgl. W.Reinhardt, Wehrkraft und Wehrwille, Berlin 1932, S.186
 - 3) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Entwurf zur Spitzengliederung der Reichswehr vom 9.Juli 1919
 - 4) vgl. Ambrosius, a.a.O. S.87 - Der Reichswehrminister hat von dieser ihm verfassungsmäßig zustehenden Möglichkeit in der Praxis nicht Gebrauch gemacht. Umgekehrt hat auch der Reichspräsident von seinem Recht, eine vom Reichswehrminister vorgeschlagene Maßnahme dadurch zu vereiteln daß er die ihm vorgelegten Anordnungen nicht unterfertigte, keinen Gebrauch gemacht. - Über die Bedeutung des Offiziersernennungsrechts siehe Gessler, Träger der Reichsgewalt, a.a.O. S.69.

Im Gegensatz zur Zeit vor 1918 wurde dem Republikanischen Staatsoberhaupt als dem Oberbefehlshaber des Heeres kein Eid mehr geleistet (Art. 176 RV.). Auch war seine Autorität, wenigstens solange ein Zivilist als Reichspräsident amtierte, durch die Gegenzeichnungspflicht eingeschränkt. Aber schon 1931 stellte Gessler dazu fest: "Wie weit sich diese Schranken politisch auswirken, ist eine Sache der handelnden Persönlichkeiten, aber auch der Umstände, unter denen sie handeln müssen."¹⁾ Tatsächlich war allein dadurch, daß der Reichspräsident den Oberbefehl über das Heer inne hatte, die Reichswehr aus dem Einflußbereich der ständig wechselnden Koalitionsregierungen ausgeklammert.²⁾

1) O. Gessler, Träger der Reichsgewalt, a.a.O. S. 66

2) Mit ähnlichen Schwierigkeiten in bezug auf die Regelung des Oberbefehls hatte auch Österreich nach 1918 zu kämpfen. Dort ging man jedoch einen anderen Weg als die deutsche Nachbarrepublik. Daß auch dieser Weg einer bewußten Demokratisierung des Heerwesens nicht geeignet war, alle Konflikte zwischen politischer Leitung und militärischer Führung zu umgehen, bewies die geschichtliche Entwicklung der frühen dreißiger Jahre. Die österreichische Verfassung vom 1. Oktober 1920 bestimmte in Artikel 80, daß die Verfügungsgewalt über das Heer dem Nationalrat, also einem demokratischen Gremium, zustehe. Verfassungsmäßig übernahm im Fall bewaffneter Auseinandersetzungen die Bundesregierung oder der durch sie ermächtigte Ressortminister die militärische Befehlsführung. Der Nationalrat fungierte in der Praxis als Kontrollorgan, während die Bundesregierung in allen entscheidenden Fragen den Ausschlag geben konnte, also das eigentlich verfügende Staatsorgan war. (Vgl. Rothfuchs, a.a.O. S. 172ff.) Die österreichische Verfassungsnovelle vom 11. Dezember 1929 verstärkte die Exekutivgewalt des österreichischen Bundespräsidenten, auf den die Truppen von nun an vereidigt wurden. Von der persönlichen Truppenführung war der Bundespräsident aber nach wie vor ausgeschlossen. Die Neuordnung übertrug dem Staatsoberhaupt also keine weitergehenden Befugnisse als in anderen parlamentarisch-demokratischen Staaten, wenn man von der Entscheidungsfreiheit absieht, die der österreichische Bundespräsident bei der Vollstreckung von Urteilen des Bundesgerichtshofes oder bei Aktionen gegen den Bund und seine Organe besaß. (Vgl. Rothfuchs, a.a.O. S. 157 - ferner: Kundt, Der Weg des österreichischen Bundesheeres, in: "Wissen und Wehr", Berlin 1928, S. 565ff.)

b) Der Reichswehrminister

Die gewiß auffällige Feststellung, daß sich in den vierzehn Jahren des Bestehens der Republik zwanzig verschiedene Kabinette in der Regierung ablösten, daß aber im gleichen Zeitraum die Wehrminister nur insgesamt viermal wechselten, lenkt die Aufmerksamkeit auf die damalige Sonderstellung des Wehressorts. Um die Wehrpolitik zu stabilisieren und den politischen Tageskämpfen zu entziehen, wurde es nach 1918 zur Gewohnheit, den Wehrminister nicht in die zahllosen Regierungswechsel miteinzubeziehen. Noske und vor allem Gessler, der sich später sogar von allen parteipolitischen Bindungen löste, suchten sich durch ihre Tätigkeit als Fachminister auszuweisen.¹⁾ Die vermittelnde Funktion zwischen militärischer und politischer Sphäre übertrug die Weimarer Verfassung dem Reichswehrminister. Als ziviles, dem Reichstag verantwortliches Mitglied der Reichsregierung stand er "auf der Schwelle vom nichtmilitärischen zum militärischen Bereich."²⁾ Der Reichswehr gegenüber hätte er zum Symbol des politischen Primates und der politischen Autorität werden sollen und müssen, hätte innerhalb der Reichswehrführung die Konzentration auf die Politik der Reichsregierung durchführen müssen, umgekehrt hatte er die Reichswehr gegenüber allen anderen staatlichen Belangen zu vertreten und die Öffentlichkeit über die Aufgaben und Erfordernisse des Heeres aufzuklären. Von seinen übrigen Ministerkollegen unterschied sich der Inhaber des Wehressorts vor allem dadurch, daß er u n t e r dem Reichspräsidenten-Oberbefehlshaber - Ebert hatte den Oberbefehl allerdings zu wesentlichen Teilen an den Wehrminister delegiert³⁾ - die volle Befehlsgewalt über die be-

1) vgl. O.Meissner, Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler, Hamburg 1950, S.263 - Hindenburg behielt sich die Besetzung des Außenministeriums und des Reichswehrministeriums selbst vor.

2) vgl. Mueller-Hillebrand, a.a.O. S.98

3) vgl. "Verordnung betreffend die Übertragung des Oberbefehls über die Wehrmacht des deutschen Reiches auf den Reichswehrminister" vom 20.August 1919

waffnete Macht ausübte. Damit war zwischen ihm und dem Staatsoberhaupt eine Art besonderes, parlamentarisch schwer kontrollierbares Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis geschaffen.¹⁾

Die Auslegungsmöglichkeiten, die Verfassung und Wehrgesetz der Reichswehrführung erlaubten, entsprachen weder den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die auf eine Dezentralisation des Oberkommandos gerichtet waren,²⁾ noch standen sie mit der auch in der deutschen Wehrverfassung nach 1919 zum Ausdruck kommenden Tendenz, den Vorrang des politischen Primates zu gewährleisten, im Einklang.³⁾ Da die Stellung des Ministers nicht nur hinsichtlich ihrer Kompetenzen gegenüber dem Reichspräsidenten, sondern auch gegenüber dem Chef der Heeresleitung gesetzlich ungenügend definiert war, bestand die politische und militärische Machtkonzentration in der Hand des Wehrministers nur theoretisch. In der Praxis verstieß die Stellung des Reichswehrministers gegen die Forderung nach einer zwar elastischen, aber klaren Spitzengliederung mit eindeutigen Befugnissen und Unterstellungsverhältnissen, darüber hinaus lähmten die fehlenden Kompetenzabgrenzungen an dieser ersten Nahtstelle zwischen politischer und militärischer Spitze die Arbeit vor allem der ersten beiden Reichswehrminister. Alle Planungen zur Spitzenorganisation standen vor Abschluß des Friedensvertrages im Zeichen des Provisoriums. Einig waren sich Zivilisten und Militärs, wie aus dem Protokoll einer Sitzung in der OHL am 22.3.1919⁴⁾ hervorgeht, von Anfang an darin, daß an der Spitze der künftigen Reichswehr ein politisch-ziviler Minister stehen sollte. Bei den Vorarbeiten zur Verfassung

1) "Es handelt sich also um ein Vorgesetztenverhältnis, bei dem der Untergebene die erteilten Befehle nicht nur nachzuprüfen hat, sondern bei dem auch die Wirksamkeit der Befehle von dem Willen des Untergebenen abhängt und bei dem für die Folgen des Befehls nicht der Befehlende, sondern der Befehlsempfänger verantwortlich ist", heißt es in einer nicht datierten Stellungnahme der Rechtsabteilung im Reichswehrministerium, die aus der Zeit nach Seeckts Verabschiedung stammen dürfte, vgl. Groener-Geyer, Eine Denkschrift, a.a.O. S.119f.

2) vgl. den Abschnitt über den Versailler Vertrag

3) vgl. in dieser Arbeit S. 55ff., besonders S. 58

4) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Sitzungsprotokoll vom 22. März 1922

hatten sowohl die Mitglieder des Reichswehrausschusses in der Nationalversammlung wie auch Noske selbst und die meisten der mit der Neuorganisation des Heeres beschäftigten Offiziere, wenn auch aus sehr verschiedenen Gründen, diese Stellung des Reichswehrministers befürwortet.¹⁾

- 1) Daß man in der Volksvertretung schon frühzeitig die verhältnismäßig schwache Position des Reichswehrministers durchschaut hatte, beweisen die heftigen Angriffe, die von den sozialdemokratischen Sprechern während der Beratungen über den Haushalt des Reichswehrministeriums am 27. Januar 1919 für entsprechende Neuregelungen im Wehrgesetz geführt wurden. Der Abgeordnete Stücklen forderte, der Reichswehrminister müsse über klare Verwaltungs- und Kommandobefugnisse verfügen. (Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd. 347, S. 2189.) Noch deutlichere Befürchtungen drückte der Abgeordnete Schöpflin (SPD) aus. Er erklärte, das Reichswehrministerium habe sich zu einer "Art bürokratischen Wasserkopfes" entwickelt. (vgl. dto. S. 2191) "Eine Entschloßung des Hauptausschusses fordert... eine Vereinfachung beim Reichsheer... Ich erachte die jetzige Organisation der Reichswehr an der Spitze für äußerst gefährlich. Die Spitze sieht jetzt so aus, daß der Herr Reichswehrminister neben den Chefs der Heeresleitung und der Marineleitung die Spitze ist." Damit habe man nur den alten Gegensatz zwischen Kriegsminister und Chef des Generalstabes in die Republik übernommen und den Reichswehrminister zum "parlamentarischen Prügelknaben" gemacht. (vgl. dto. S. 2193) "Bei einem nicht sehr energischen Reichswehrminister ist dieser Zustand für die Herren Militärs ein sehr angenehmer. Sie haben einen Zivilisten, der in den Reichstag geht und dort als Kugelfang dient. Sie selbst aber, die die eigentlichen Befehlshaber sind, sitzen draußen und freuen sich, daß es wenigstens nur ein Zivilist ist, der diese Kritik aushalten muß." (vgl. dto. S. 2193) Gegen die sozialdemokratischen Vorwürfe wandte der Zentrums-Abgeordnete Ersing ein, daß man für ein kleines Heer zwangsläufig einen relativ großen Apparat benötige. Auch ein soldatischer Fachmann "neben dem Reichswehrminister" sei notwendig. "Darüber kann man keine gesetzlichen Abgrenzungen treffen, wie weit der eine, wie weit der andere gehen darf. Das sind letzten Endes Personenfragen." (vgl. dto. S. 2199) Mit Ausnahme des DVP-Abgeordneten Brüninghaus, der vorschlug, das Parlament solle dem Reichswehrminister keine Fesseln anlegen, sondern die Entwicklung allmählich vor sich gehen lassen, nahmen die Abgeordneten anderer Parteien zu dem Problem nicht Stellung. (vgl. dto. S. 2213)

Den Politikern war im Sommer 1919 an einem schnellen Kompromiß gelegen, außerdem sah Noske in den Organisations-Entwürfen der Militärs einen Teil seiner eigenen Wünsche erfüllt: kein zweiter Parlamentarier sollte als parlamentarischer Staatssekretär neben ihm ins Ministerium einziehen.¹⁾ Da sich in dieser Beziehung die Wünsche des Ressortministers mit denen Seeckts und Reinhardts deckten, ist es nicht verwunderlich, daß die Verarbeitung der Grundsätze für die Neuorganisation des Heeres in der für diesen Zweck eigens gebildeten Kommission nicht, wie an sich notwendig, in den Händen der Politiker und der sie fachlich beratenden Militärs, sondern vorbehaltlos allein bei den Offizieren lag. Der zivile Einfluß war so von Beginn an völlig ausgeschaltet, besonders nachdem der Reichswehrminister glaubte, Reinhardt "volle Freiheit" in der Organisationsfrage gewähren zu müssen, wie Noske im August 1919 Groener durch einen Mittelsmann eingestand.²⁾ In seinen verschiedenen Stellungen als Chef des Generalstabes, Chef des Truppenamtes und Vorsitzender der Organisationskommission war Seeckt am Zustandekommen des Wehrgesetzes führend beteiligt. Sein erster ausführlicher Entwurf zur Spitzengliederung der Reichswehr datiert vom 9. Juli 1919.³⁾ Vorgesehen war darin an der Spitze des Heeres noch ein parlamentarisch verantwortlicher Minister, zu dessen unmittelbarer Verfügung lediglich ein sehr kleiner Mitarbeiterstab stehen sollte. In einer Erläuterung dazu führte Seeckt ausdrücklich aus: "Der Reichswehrminister ist die eigentliche persönliche Spitze der Armee in allen Fragen der Kommandoführung und der Verwaltung... Ihm sind unmittelbar unterstellt die höchsten Truppenführer."⁴⁾

1) vgl. Grzesinski, Inside Germany, New York 1939, S. 92

2) vgl. Groener-Nachlaß, Mikrofilm, Tagebucheinträge vom 24.8.1919 - ferner: Gesslers Erwiderung auf sozialdemokratische Vorwürfe während der Reichshaushaltsberatungen am 27.1.1921. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd. 347, S. 220.

3) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Organisationsentwurf Seeckts vom 9. Juli 1919, Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 467, 470.

4) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Organisationsentwurf Seeckts mit Erläuterungen vom 9. Juli 1919, Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 467

Der Entwurf wurde vor allem von dem Preussischen Kriegsminister General Reinhardt angefochten, der darin eine von ihm nicht gewünschte Beschneidung der Kompetenzen des Chefs der Heeresleitung erblickte, die den Befugnissen des Chefs des Truppenamtes zugute gekommen wäre. Der nächste Entwurf Seeckts versuchte den Minister schon mehr auf die Funktion des politisch-parlamentarischen Vertreters der Reichswehr zu beschränken, die militärische Kommandogewalt sollte ausschließlich in der Hand eines Berufssoldaten liegen.¹⁾

Dem Sinn nach wurde Seeckts Plan im Wehrgesetz von 1921 verwirklicht, der Minister wurde dadurch tatsächlich nur auf die Vertretung der Reichswehr vor der Volksvertretung beschränkt, war aber nicht in der Lage, das politische Programm der Regierungen, deren Mitglied er war, in bezug auf sein Ressort aktiv in die Tat umzusetzen und durch die Schaffung einer entsprechend fruchtbaren Atmosphäre im

1) Seeckt wollte keinen General als Reichswehrminister. Er sah richtig voraus, daß ein Militär als parlamentarischer Minister allzu schnell Schiffbruch erlitten haben würde. Ein Zivilist auf diesem Posten konnte als Aushänge- und Schutzschild für den ungestörten Aufbau des Heeres dienen. - vgl. Labenau, Aus seinem Leben, a.a.O. S.468

Ministerium die Voraussetzungen dafür zu erzwingen.¹⁾

- 1) Seeckt übte noch im Januar 1920 scharfe Kritik an der Organisation des Reichswehrministeriums und insbesondere an der Stellung des Ministers. Inzwischen hatte der Kampf um die Generalissimus-Stellung eingesetzt. Reinhardt beanspruchte sie für den Posten des Chefs der Heeresleitung, Seeckt für den des Chefs des Truppenamtes. Seeckt hatte seine entsprechenden Pläne zwar zurückstellen müssen, aber er dachte nicht daran, es für immer zu tun. "Meine im Nachstehenden kurz dargelegten Vorschläge decken sich nicht ganz mit meinen früheren", hieß es einleitend in dem Schreiben Seeckts an Moske vom 16. Januar 1920.
- "Die Organisation des Ministeriums hat sich nicht bewährt... Das Ministerium krankt an der engen Vermischung zweier notwendig zu trennender Begriffe: einer Verwaltungsbehörde und eines Kommando führenden Stabes. Das Ministerium als solches kann ein Kommando nicht führen. Das kann nur eine Persönlichkeit, das Ministerium gibt aber in seinem jetzigen Aufbau keinen arbeitenden Stab für den Oberkommando führenden Reichswehrminister ab. Die Einrichtung des parlamentarisch verantwortlichen, parlamentarisch gebundenen, an den verfassungsmäßigen Aufgaben des Gesamtkabinetts voll beteiligten Reichswehrministers ergibt bis auf weiteres die Notwendigkeit, unter ihm als Spitze der Armee eine kommandoführende Persönlichkeit, einen Fachmann, also einen General zu stellen... Die Reichswehr hat zum Reichswehrministerium kein Vertrauen... Die Truppe hat das Gefühl, daß ihre Interessen im Ministerium nicht genügend vertreten sind, sondern politischen und allgemeinen Interessen mehr als zulässig geopfert werden. Das ist gar kein Wunder, solange die an leitender Stelle stehenden Männer oft sehr sichtbar in die politische Arbeit hineingezogen werden. Die Reichswehr verlangt in der obersten Spitze eine Persönlichkeit, von der sie sicher ist, daß sie unbedingt und ganz allein ihre Interessen vertritt, ohne jede politische Bindung, die über die selbstverständliche verfassungsmäßige hinausgeht." - vgl. die unvollständige Wiedergabe des Schreibens an Rabenau, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 47lf. - ferner: Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. - Das Schreiben stellt als Ganzes einen kaum verschleierten Vorstoß Seeckts gegen den Minister und für die Ernennung eines Generalissimus, zugleich aber auch eine Reaktion Seeckts auf die Forderungen der demokratischen Parteien hinsichtlich der Ernennung eines parlamentarischen Unterstaats- oder Staatssekretärs dar.



Die an sich verständliche Besorgnis der Parlamentarier vor der bei Anwendung des Artikels 48 in Erscheinung tretenden, mit einer militärischen Vorherrschaft verbundenen übermächtigen Präsidialgewalt bewirkte in der politischen Praxis, daß Reichswehrminister und Reichspräsident in ihrer Amtsführung gehemmt waren.¹⁾ Nur aus dieser Sorge der Politiker erscheint es auch erklärlich, daß, obwohl Verfassung und Wehrgesetz die Notwendigkeit des Zusammenwirkens von politischer Leitung und militärischer Führung zu entsprechen suchten, weder Reichspräsident noch Reichskanzler dem Reichswehrminister eindeutig genug übergeordnet waren, daß aber selbst bezüglich der rein technischen Befehlsgebung die militärische Führung an ein Organ der politischen Leitung förmlich gekettet war, ein Umstand, der sich während eines kriegerischen Einsatzes der Reichswehr sehr störend hätte bemerkbar machen können.²⁾ Auf der Suche nach einer unfehlbar wirkenden Kontrollmöglichkeit über die militärische Führung hatte man diese und die politische Leitung an der falschen Stelle und zudem unelastisch miteinander verzahnt. Die Dienstaufsicht des Ministers über Reichswehrministerium und Truppe blieb zumindest während der ersten Jahre, in denen Seeckt an der Spitze der Heeresleitung stand, bedeutungslos und vom Willen des Chefs der Heeresleitung abhängig. Auf der anderen Seite mußte der Reichswehrminister dazu herhalten, um die ständigen Angriffe in Öffentlichkeit und Parlament von der Reichswehr abzuwehren. Die Stellung des Reichswehrministers ähnelte infolge der verhängnisvollen verfassungsmäßigen Konstruktionsfehler, die die Eigeninitiative des zivilen Ministers behinderten, viel eher der eines Leiters der Ministerialbürokratie denn der des ver-

1) vgl. Foertsch, Schuld und Verhängnis, a.a.O. S.151 - Den Vorteil daraus zog der Chef der Heeresleitung, dessen Befugnisse nicht gesetzmäßig festgelegt waren.

2) vgl. Heckel, a.a.O. S.297

antwortlichen Ressortministern.¹⁾ Seeckt hatte erfolgreich gegen die ursprünglich von Groener befürwortete direkte Unterstellung des wichtigen Heerespersonalamtes unter den Minister opponiert und so den maßgebenden Einfluß auf die Gestalt des werdenden Heeres erhalten. Jahrelang waren lediglich die Adjutantur und die Nachrichtenstelle samt dem Hauptbüro dem Minister unmittelbar untergeordnet.

c) Der Chef der Heeresleitung

Der Gegensatz zwischen politischer und militärischer Sphäre wurde nicht so sehr in der ersten und zweiten Instanz, vertreten durch den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister, als erst in der dritten Instanz, die der Chef der Heeresleitung repräsentierte, offenbar und wirksam. Da weder Reichspräsident noch Ressortminister amtsmäßig Berufssoldaten waren, mußte man den Vollzug des Oberbefehls einem Militär anvertrauen. Dieser, der Chef der Heeresleitung, hatte eine weder in der Verfassung noch im Wehrgesetz kompetenzmäßig begrenzte Stellung inne, ein Umstand, der ihm eine namentlich auch in die Innenpolitik hineinreichende Bewegungsfreiheit verschaffte. Über die Stellung der Chöfs von Heeres- und Marineleitung²⁾ bestimmte das Wehrgesetz lediglich: "An der Spitze der Reichswehr steht ein General als Chef der Heeresleitung, an der Spitze der Marine ein Admiral als Chef der Marineleitung." (§ 8 WG) Formell besaßen also weder der Chef der Heeresleitung noch der Chef der Marineleitung Befehlsgewalt. Das entsprach dem militärischen

- 1) Im letzten Drittel der Weimarer Republik verschoben sich die Verhältnisse wieder etwas. Die politische Initiative ging von den Kanzlern, die hinter sich nur den schwachen Reichstag als Stütze hatte, zusehends auf den Reichspräsidenten über, der sich auf das starke Instrument der Reichswehr verlassen konnte. Dadurch gewann in der Periode der Präsidialkabinette auch die Stellung des Reichswehrministers an politischem Gewicht.
- 2) Traditionsgemäß und infolge ihrer relativ geringen Bedeutung stand die neue Reichsmarine der innenpolitischen Problematik namentlich nach dem Kapp-Putsch nicht so nahe wie die Reichswehr.



Brauch, demzufolge der "Chef" nur erster Berater des Befehlshabers ist; nur diesem steht die Entscheidungsbefugnis zu. Bestimmend für das Fehlen eindeutiger Kompetenzabgrenzungen war in erster Linie die Entschlossenheit der Alliierten, die als Chef der Heeresleitung nur einen militärisch-fachlichen Berater mit den Funktionen eines Staatssekretärs und keinen kommandoführenden Generalissimus zuließen. Die eigentlich militärische Befehlsführung sollte dezentralisiert den Befehlshabern der beiden Gruppenkommandos zufallen.¹⁾ So unterblieb die Festlegung der Befugnisse auch aus diesem Grunde gerade an einer Stelle der militärischen Hierarchie, wo die gegensätzlichen Interessen von politischer und militärischer Gewalt aufeinanderstießen und wo sich in der Republik das Kernproblem des Verhältnisses von Staat und Heer ergab.

Im Mai 1919 hatte Groener in einer für den Reichswehrausschuß der Nationalversammlung ausgearbeiteten Stellungnahme die Ernennung eines Generalissimus oder Generalinspektors ausdrücklich abgelehnt, weil er darin eine organisatorische Fehlentwicklung erblickte.²⁾ Groener hatte auch als einziger unter den Verantwortlichen frühzeitig die Gefahr vorausgesehen, "daß eine bedeutende, in der Schule des Heeres gebildete Persönlichkeit als Generalissimus sehr leicht in eine gegensätzliche Stellung zum Reichswehrminister geraten konnte, und hatte daher nach englischem Vorbild die Bildung eines Landesverteidigungsrates empfohlen. Groeners damalige Haltung war konsequent und entsprach den Folgerungen, die er aus der militärischen und politischen Niederlage des Weltkrieges gezogen hatte.³⁾ Demgegenüber verfolgte

-
- 1) vgl. Seeckts Schreiben an Noske vom 16. Januar 1920, das die von Seeckt für notwendig gehaltene Reorganisation des Reichswehrministeriums betrifft, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, weitere Angaben im Abschnitt "Der Versailler Vertrag".
 - 2) Groener selbst hatte zuvor Eberts Antrag, einen ähnlich gestalteten Posten im neuen Heer anzunehmen, abgelehnt - vgl. Groener-Geyer, Eine Denkschrift, a.a.O. S. 109, Groener, Lebensbild, a.a.O. S. 515f.
 - 3) vgl. "Germania" vom 21.2.1920. Unter der Überschrift "Befehlsbefugnisse in der Reichswehr" berichtet Generalmajor a.D. Kobbe, daß beabsichtigt gewesen sei, einen "Generalinspekteur" der Truppen zu ernennen, der die einheitliche Ausbildung überwachen sollte.

Seeckt von Anfang an eine andere Konzeption. Sein erster an den damaligen Generalquartiermeister Groener gerichteter Entwurf datiert vom 17. Februar 1919.¹⁾ Er enthält kurze, aber Seeckts grundsätzliche Einstellung offenbarende skizzenhafte Aufzeichnungen, die erkennen lassen, daß seine Pläne zunächst nicht soweit gingen, dem Heer offen eine eigene politische Selbständigkeit zu überantworten, daß er aber andererseits bereits die Auffassung von Regierung und Heerführung als gleichberechtigten Partnern hatte.²⁾ Dem allgemeiner gehaltenen ersten Entwurf folgte schon am 1. März 1919 ein zweiter, dem ein Organisationsvorschlag beigelegt war. Bemerkenswert daran war vor allem die Rücksichtnahme, die Seeckt den partikularistischen Neigungen der ehemaligen deutschen Bundesstaaten noch zubilligte. Im Prinzip glichen sich die beiden Entwürfe: Seeckt hielt am Einheitsheer fest. Seine Anschauungen über die Form der Spitzengliederung in der zukünftigen Reichswehr faßte Seeckt zwei Tage nach einer Besprechung bei der OHL zum ersten Male am 24. März 1919 in wenigen stichwortartigen Notizen zusammen. Ausdrücklich war dort bereits die Rede von einer "Kommandoführenden Spitze (Chef des Heeres)". Eine aktivere Einflußnahme der obersten militärischen Führung auf die politische Entwicklung gehörte gleichfalls zu den Programmpunkten Seeckts, der der Republik keine erfolgreiche Politik zutraute und daher das Mitspracherecht des

-
- 1) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - "Der Staat, der Weltgeltung haben, auswärtige Politik führen will", hieß es in diesem Entwurf kaum 4 Monate nach dem deutschen Zusammenbruch, "gebraucht ein zuverlässiges, also ausgebildetes und ausgerüstetes Heer... Den Gebrauch dieses Heeres entscheidet die Staatspolitik, ist sie schlecht, wird sie einen falschen Gebrauch vom Heer machen, eine gute Politik einen richtigen... Staatsgewalt im Inneren muß sich auf Macht stützen. Diese Macht verleiht nur eine stets bereite, zuverlässige, disziplinierte Truppe."
 - 2) vgl. Rabenau, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 463 - In einem der Briefe an seine Frau vom 19. 2. 1919 nimmt Seeckt auf seine Arbeiten Bezug: "...Ich habe auf Wunsch der OHL einen Organisationsplan für ein neues Heer aufgestellt und vorgelegt, ob es zur Ausführung kommt, ist mir mehr als zweifelhaft, und doch wäre es ein Weg, kein Ideal, aber entwicklungsfähig..." Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 147

Parlaments und der Regierung auf ein Mindestmaß beschränkt wissen wollte.¹⁾ Soweit war sich Seeckt auch mit Reinhardt einig, der ebenfalls verstärkten Einfluß für den höchsten militärischen Stab gefordert hatte.²⁾ Unterschiedliche Auffassungen herrschten bei beiden vornehmlich hinsichtlich der Stellung der dem Reichswehrminister nachgeordneten einzelnen Stäbe. Maßgeblich dafür scheinen sowohl sachliche wie aber auch persönliche Gründe gewesen zu sein.³⁾ Seeckt scheint dabei allerdings auch schon vorausgesehen zu haben, daß jede unklare Kompromißlösung bei der Gestaltung der kommandoführenden Spitze eine schwere Belastung für die Neuorganisation bedeutete, ging bei seinen Überlegungen hierüber jedoch auch von außenpolitischen Voraussetzungen aus: "Die neue Organisation muß so kristallklar sein, daß jeder Franzose und Engländer sie lesen und verstehen kann...", verlangte er auf einer Sitzung der Organisationskommission.⁴⁾ Ausführlicher noch äußerte sich Seeckt nach längerer, durch die kritische politische und militärische Situation hervorgerufener Pause über die Stellung des Chefs des Truppenamtes am 9. Juli 1919⁵⁾: Der Chef des Truppenamtes sollte innerhalb des Wehramtes⁶⁾ als "primus inter pares" fungieren. In handschriftlichen Erläuterungen zur Gliederung des Wehramtes, das aus vier

-
- 1) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Rabenau, Aus seinem Leben, a.a.O. S.466 - Auch Seeckt war sich damals noch nicht einmal in großen Zügen über die Gestalt des künftigen Heeres klar, wie sein Satz "Allgemeine Richtung: Los vom Söldnerherr!" beweist.
 - 2) vgl. Protokoll der Besprechung in der Kolberger OHL vom 22.3.1919, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm
 - 3) vgl. Hans Meier-Wolcker, Die Stellung des Chefs der Heeresleitung in den Anfängen der Republik, in: "Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte", 4.Jg. 1956, Heft 2, S.146 und S.152
 - 4) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S.466
 - 5) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S.467
 - 6) Seeckt verwendet in seiner Organisations-skizze und den beige-fügten Erläuterungen abwechselnd die Bezeichnungen "Wehramt" und "Heeresamt" - vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.467

Abteilungen (Chef des Truppenamtes -- Quartiermeister -- Feldzeugmeister -- Intendant) und zusätzlich je einem militärischen Sekretär als beratendem Fachmann des Kabinetts sowie einem parlamentarischen als Vertreter des Ministers im Reichstag bestehen sollte, führte er aus: "...Stellvertreter der Vorsitzender des Heeresamtes ist der Chef des Truppenamtes. Der dauernde Berater des Kabinetts in allen militärischen Fragen ist unter dem Reichswehrminister und ohne Mitgliedschaft im Kabinett der militärische Staatssekretär..."¹⁾

In Weimar verteidigt Seeckt, von Groener, der seinen Landsmann Reinhardt nicht sehr schätzte, unterstützt,²⁾ am 10. Juli seine Vorschläge gegen die Einwände General Reinhardts, die vor allem gegen den von Seeckt vorgeschlagenen Vorsitz des Chefs des Truppenamtes im Wehramt und die Ausweitung der Befugnisse der obersten Truppenführer gerichtet waren.³⁾

Reinhardt setzte sich durch: der Chef der Heeresleitung erhielt die Selbständigkeit, die Seeckt für den Chef des Truppenamtes gefordert hatte, Groeners Eintreten für eine Stärkung der Position des Ministers war erfolglos geblieben.⁴⁾

Als der Kampf um die Kommandogewalt im Sinne eines verstärkten militärischen Einflusses auf die Arbeit des Ministeriums

1) Entwurf vom 9. Juli 1919, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

2) vgl. H. Meier-Welcker, Die Stellung des Chefs der Heeresleitung, a.a.O. S. 153

3) vgl. Reinhardt, a.a.O. S. 51 -- In der Forderung nach einem kommandogewaltigen Generalissimus waren sich Reinhardt und Seeckt weitgehend einig gewesen, nur hatte Seeckt diese einflußmächtige Position dem Chef des Truppenamtes, Reinhardt aber dem Chef der Heeresleitung zukommen lassen wollen. Seeckts Krankheit hatte ihn gehindert, seine Pläne bei den Besprechungen selbst zu vertreten, so daß er ins Hintertreffen geriet. -- vgl. ferner: H. Meier-Welcker, Die Stellung des Chefs der Heeresleitung, a.a.O. S. 152

4) vgl. Groener-Nachlaß, Mikrofilm: In einem Schreiben Groeners an Hindenburg vom 5. August 1919 berichtet der Briefschreiber, wie er anlässlich eines Besuches beim Reichspräsidenten dafür eingetreten sei, daß nicht Reinhardt, der Groener unsympathisch war, sondern Seeckt zum Chef der Heeresleitung ernannt würde. Vgl. auch Groener, Lebensbild, a.a.O. S. 514

aber für Reinhardt und gegen Seeckt entschieden war, sah sich dieser gezwungen, einen Teil seiner organisatorischen Planungen zunächst zurückzustellen, um dafür wenigstens den Rest zu verwirklichen.¹⁾ Das Ergebnis dieser Versuche war u.a. die getarnte Übernahme des durch den Friedensvertrag verbotenen Generalstabes, dessen Aufgaben teilweise von der Heeresleitung, teilweise vom Truppenamt fortgeführt wurden, in die neue Reichswehr und die Vereinheitlichung der Kommandogewalt. Der Chef der Heeresleitung verfügte in der Praxis über die Kompetenzen, die Seeckt selbst in allen seinen Entwürfen für den obersten Truppenführer verlangt hatte. Dadurch, daß dem Inhaber dieser Stellung außer dem Heerespersonalamt später auch die Heeresverwaltung unterstellt wurde und daß ihm über den Dienstweg sogar ein direkter Kontakt mit dem Staatsoberhaupt und gleichzeitigen Oberbefehlshaber geboten wurde, war eine Schlüsselposition geschaffen worden, die den Ressortminister in der Praxis vom guten Willen seines einflußreichen Untergebenen abhängig machte.²⁾ Auch nach der Bildung des Reichswehrministeriums Ende 1919 setzte sich Seeckt weiter

-
- 1) vgl. Groener-Nachlaß, Mikrofilm. Über die Auseinandersetzungen zwischen Reinhardt und Seeckt berichtete Groener dem Generalfeldmarschall von Hindenburg am 5. August 1919 u.a.: "Leider ist es dem General von Seeckt, mit dem ich eine eingehende Besprechung über unsere militärische Lage, den Aufbau des Reichswehrministeriums und die Neugestaltung des Heeres hatte, nicht gelungen, die gegensätzlichen Auffassungen des Kriegsministers zu überwinden. Es war zu einem scharfen Gegensatz zwischen Seeckt und Reinhardt gekommen, der durch die plötzliche Erkrankung des Generals von Seeckt zugunsten von Reinhardt entschieden wurde." Reinhardt solle im Reichswehrministerium "eine Art Unterstaatssekretärsstelle bekommen" und habe gefordert, daß Seeckt ihm untergeordnet würde. Auf Bitten Groeners habe sich Seeckt trotzdem entschlossen, die ihm angebotene Stellung anzunehmen. "Ob er sich bei den Regierungsmännern durchsetzen können, muß die Zeit lehren. Wenn auch Noske den besten Willen hat,...so fehlt ihm doch die Vorkenntnis der militärischen Dinge... Ich hätte gewünscht, er hätte sich den General von Seeckt als ersten Berater gewählt, und hatte auch in diesem Sinne gewirkt. Noske war nicht abgeneigt, durch Seeckts Erkrankung und den Einfluß Reinhardts ist es anders gekommen."
- 2) Seeckt bediente sich des Personalamtes u.a. auch, um zu verhindern, daß dem Reichswehrminister Adjutanten beigegeben wurden, die der Heeresleitung nicht genehm waren. Vgl. Görnitz, a.a.O. S.369

für die "persönliche, sachkundige Führung"¹⁾ der Reichswehr durch einen Generalissimus ein, da der Minister nicht fachkundig genug sei, um Führer und Ausbilder des Heeres zu sein. "Die Reichswehr verlangt in der obersten Spitze eine Persönlichkeit, von der sie sicher ist, daß sie unbedingt und ganz allein ihre Interessen vertritt, ohne jede politische Bindung, die über die selbstverständliche verfassungsmäßige hinausgeht..." Dieser Mann, der Kommandierende General der Reichswehr, ist dem Minister für beides verantwortlich (für Führung und Ausbildung), er selbst ist der höchste militärische Vorgesetzte aller Truppen und Einrichtungen der Reichswehr sowie aller Offiziere derselben. Ihm steht unter Wahrung der Rechte des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers der entscheidende Einfluß auf die Personalien der Offiziere zu. Er hat keinerlei politische Betätigung, erscheint nicht im Parlament,²⁾ vertritt nicht den Minister... Seine Stellung wäre klarer, wenn er außerhalb des Reichswehrministeriums stände, wenn auch unter dem Minister. In Rücksicht auf den Friedensvertrag, der die Bildung einer besonderen obersten Kommandobehörde neben den beiden Gruppenkommandos nicht zuläßt, muß der Kommandierende General formell ein Teil des Reichswehrministeriums sein...."

Es ist bemerkenswert, daß sich Seeckt diesen Organisationsproblemen zwei Monate vor dem Kapp-Putsch und zwei Monate, bevor er selbst an die Spitze der Heeresleitung trat, wieder zuwandte. Wahrscheinlich hatte er nie die Hoffnung auf-

-
- 1) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Schreiben Seeckts an den Reichswehrminister Noske vom 16.1.1920 - ferner: Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.471
 - 2) Diese Auffassung Seeckts entsprach auch derjenigen Gesslers, der auf Vorwürfe des SPD-Abgeordneten Schöpfelin am 18.3.1921 im Reichstag dem Kritiker antwortete, er sei als Minister der Auffassung, "daß der Chef der Heeresleitung hier im Hause nur zu erscheinen hat, wenn das vom Minister für notwendig gehalten wird oder der Reichstag einen diesbezüglichen Wunsch äußert... Ich darf den Chef der Heeresleitung nicht in das politische Getriebe hineinbringen. Der Chef der Heeresleitung hat andere Aufgaben." Vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.348, S.3217

gegeben, selbst in der Position zu antizipieren, für deren erweiterte Vollmachten er sich so beharrlich eingesetzt hatte. Indem Seeckt den Minister hier offensichtlich auf die parlamentarische Vertretung der Reichswehr beschränken wollte, die Dienststelle des Generalissimus aber nur formell dem Reichswehrministerium anzugliedern wünschte, verschaffte er dem obersten Truppenführer oder Chef der Heeresleitung die von ihm immer wieder geforderte Bewegungsfreiheit, deren Möglichkeiten er selbst nach dem Kapp-Putsch ausnutzte, als er seine Vorstellungen vom Inhalt der Befugnisse des Generalissimus auf seine Stellung als neuer Chef der Heeresleitung übertrug.

Ende März 1920 entstand bereits der dritte Entwurf über die Befugnisse des Chefs der Heeresleitung, ein Zeichen dafür, daß im Reichswehrministerium, aber auch bei Seeckt selbst, noch immer keine Klarheit über die endgültige Gestaltung der Spitzengliederung bestand, zugleich aber auch ein Symptom dafür, daß Seeckt von der Notwendigkeit, die Kompetenzen zugunsten des Chefs der Heeresleitung gesetzlich zu definieren und doch den Alliierten gegenüber den Schein zu wahren, überzeugt war. "Der Chef der Heeresleitung ist unter dem Reichswehrminister die höchste militärische Dienst- und Kommando-stelle des Heeres", begann der neue Entwurf vieldeutig.¹⁾

Es folgte eine vorläufige und interne Festlegung der Kompetenzen am 22. Juni 1920. Erst am 1. Februar 1922 wurden die Aufgaben der Heeresleitung und ihres Chefs nur auf dem Verordnungsweg "endgültig festgelegt",²⁾ eine gesetzliche Regelung war damit immer noch nicht erfolgt. Seeckts Vorstellungen von der beherrschenden Position eines "Kommandierenden Generals" waren verwirklicht, mehr als Seeckt das selbst erhofft hatte, wenn man bedenkt, daß dem Chef der Heeresleitung nun auch das für den personellen Aufbau der Reichswehr zuständige Personalamt unterstellt wurde. Schon im Juni 1923

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.479

2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.479

war das Reichswehrministerium wieder damit beschäftigt, die Befugnisse des Chefs der Heeresleitung zu regeln.¹⁾ "Der Chef der Heeresleitung ist dem Reichswehrminister unmittelbar unterstellt. Er ist der verantwortliche Ratgeber des Reichswehrministers auf allen Gebieten seines Geschäftsbereiches. Der Chef der Heeresleitung vertritt den Reichswehrminister in Ausübung der Kommandogewalt. Die Oberbefehlshaber der Gruppen und die Divisionskommandeure sind ihm unterstellt."²⁾ Die Idee Seeckts war in der Praxis strikt durchgeführt: der Chef der Heeresleitung war keinem politischen Staatssekretär verantwortlich und nur dem Reichswehrminister untergeben. Er vertrat den Minister ständig auf allen Gebieten des ministeriellen Geschäftsbereiches, zumindest war die Vertretung in politischen Angelegenheiten nicht mehr ausdrücklich ausgenommen, und übte die Kommandogewalt in ständiger Stellvertretung des Ministers aus. Im Gegensatz zur Regelung unter General Reinhardt waren zwar vorübergehend einige Verwaltungsabteilungen dem Kompetenzbereich des Chefs der Heeresleitung entzogen, dafür war ihm jedoch auf der anderen Seite von nun an die Kommandogewalt ausdrücklich übertragen. Gessler hatte zu dieser Regelung seine Einwilligung gegeben,³⁾ und Seeckt konnte sich mehr denn je auf die Position stützen, die er benötigte, um dort, wo es ihm nötig erschien - Seeckt dachte dabei damals wohl weniger an die Innen- als an die Außenpolitik -, seinen Einfluß auszuüben.

Die einzigartige Stellung der Deutschland aufgenötigten Berufswehrmacht im Staat und der Umstand, daß das republikanische Regime auf die Unterstützung der Reichswehrführung angewiesen war, hatten dazu beigetragen, daß die politische Gewalt in dieser Frage verschiedentlich nachgeben mußte.

-
- 1) Inzwischen hatte Seeckt, obwohl doch nur militärischer Berater des Ministers, regelmäßig an den Sitzungen des Kabinetts Cuno teilgenommen und die dort gefaßten Entschlüsse maßgeblich beeinflussen.
 - 2) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - ferner: vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.472f.
 - 3) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.347, S.222o

Die zentrale Kommandogewalt des Chefs der Heeresleitung blieb bis 1925 nahezu uneingeschränkt erhalten. Seeckt erkannte den Ressortminister außer in den reinen Verwaltungsangelegenheiten nur insoweit als Vorgesetzten an, wie der Reichspräsident und Oberbefehlshaber dem Minister weitere Befugnisse eigens übertrug.¹⁾ Hinzu kam, daß die militärischen Immediatvorträge beim Staatsoberhaupt auch in der Republik beibehalten wurden. Jeder Ressortminister mußte angesichts einer solchen Situation einem energischen Soldaten gegenüber ins Hintertreffen geraten. In einem als "Geheim" geführten Rundschreiben der Heeresstatistischen Abteilung im Ministerium vom 16. Juni 1924 wurde das besonders deutlich: "...Den Oberbefehl führt der Reichspräsident, welchem der Reichswehrminister verantwortlich ist. Der Oberbefehlshaber ist General von Seeckt, der zwar dem Reichswehrminister verantwortlich ist, aber nur durch den Reichspräsidenten abgesetzt werden kann."²⁾ In diesen Sätzen wurde außer acht gelassen, daß der Reichswehrminister als Kabinettsmitglied dem Reichskanzler und dem Reichstag für die Tätigkeit Seeckts verantwortlich war, und dem Chef der Heeresleitung eine besondere Kommandostellung als Vertreter und Berater des Reichswehrministers zugesprochen.³⁾

Eine allerdings rein äußerliche Änderung erfolgte erst auf energische alliierte Vorstellungen hin. Der Druck der alliierten Überwachungsstellen auf die Reichsregierung, der sich gegen die de-facto-Generalissimus-Stellung des Chefs der Heeresleitung richtete, hat seit 1919 nicht nachgelassen, blieb aber erfolglos, weil man sich deutschseits lange darauf berufen konnte, daß das deutsche Wehrgesetz erst nach Billigung durch den Chef der Interalliierten Kontrollkommission

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 471

2) vgl. Schleicher-Nachlaß, Bundesarchiv Koblenz

3) vgl. Groener-Geyer, Eine Denkschrift, a.a.O. S. 110

in Kraft getreten sei.¹⁾ Reichswehrministerium, Reichswehrminister und Chef der Heeresleitung bildeten, so hieß es in einer Stellungnahme des Ministeriums zum dritten Teil der alliierten Kollektivnote vom 30. Mai 1925, eine Einheit. Jeweils der rangälteste General stehe als Chef der Heeresleitung an der Spitze des Heeres. Er sei berechtigt, die Truppe im Rahmen der ihm vom Reichspräsidenten und Oberbefehlshaber verliehenen Befugnisse zu führen. Daraufhin verlangten die Alliierten am 4. Juni 1925 die Abänderung des Erlasses vom 11. August 1920, der die Stellung des Chefs der Heeresleitung betraf. Der Chef der Heeresleitung sollte sein Amt als Chef des Stabes beim Reichswehrminister und nicht als Chef eines in anderer Form wieder erstandenen Großen Generalstabes ausüben.²⁾ Die deutsche Regierung sah sich nun, wenn auch zögernd³⁾, gezwungen, auf die alliierten Einsprüche einzugehen. Die auf Veranlassung Strossemanns zustande gekommene Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Januar 1926 unterstellte Heeresleitung, Gruppen- und Divisionskommandos direkt dem Reichswehrminister. An den tatsächlichen Verhältnissen änderte sich zunächst jedoch nichts. In einer für den internen Dienstgebrauch des Reichswehrministeriums bestimmten Geschäftsordnung, die nach diesem Termin herausgegeben wurde, hieß es unter § 5 nach wie vor, daß die beiden Gruppen- und die sieben Divisionskommandos als "unmittelbar nachgeordnete

-
- 1) Die gleiche Stellungnahme weist darauf hin, daß das Amt des Chefs der Marineleitung, obwohl ähnlich organisiert, von der I.M.K.K. niemals beanstandet wurde. - vgl. das Schreiben General Heyes an Reichswehrminister Groener vom 23.11.1929. "Die Entente wünschte keine oberste militärische Spitze. Die Kommandostellung des Chefs der Heeresleitung wurde daher nach außen möglichst verschleiert. (Auch ein Antrag meines Vorgängers, den Chef der Heeresleitung höher zu besolden als die unterstellten Befehlshaber der Gruppen, mußte deshalb fallen.) Die Folge ist, daß die Stelle des Chefs der Heeresleitung einer klaren gesetzmäßigen Abgrenzung bezüglich ihrer Rechte und Pflichten entbehrt." Schleicher-Nachlaß
 - 2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.421f., S.453 und 560.
 - 3) vgl. H.W. Gatzke, Strossemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954

Behörden" unter dem Chef der Heeresleitung arbeiteten.¹⁾ Seeckt, wenig später sogar zum Generaloberst befördert, übte die Kommandogewalt weiter über alle Offiziere und Soldaten sowie alle nicht dem Ministerium angehörenden Militärbeamten aus, der Reichswehrminister begnügte sich mit der durch die Reichstagskontrolle erheblich eingeschränkten Befehlsgewalt.²⁾ Tatsächlich war das Einlenken Seeckts, der vorher auf die alliierten Forderungen hin verschiedentlich mit dem Rücktritt gedroht hatte, eines der ersten Anzeichen dafür, daß sein politischer Einfluß nachließ und daß sich seine Position an

-
- 1) vgl. Groener-Geyer, Eine Denkschrift, a.a. . S.110 - "In der Tat war die Aufhebung der Befehlsgewalt eine reine Formsache", schreibt Seeckts Biograph. "Man behalf sich damit, daß die Kommandogewalt im Gegensatz zur Befehlsgewalt nicht aufgehoben wäre... Es blieb in der Wirkung alles beim alten... Die Truppe hat die Änderung der Stellung Seeckts kaum erfahren." vgl. Rabenau, Seeckt- Aus seinem Leben, a.a.O. S.422
 - 2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.560 - Seeckt selbst beschrieb seine damaligen Empfindungen so: "Immerhin blieb es nach außen eine Stärkung der Stellung des Ministers auf Kosten des Chefs der Heeresleitung."

der Spitze der Reichswehr seit 1924 nicht verstärkt hatte.¹⁾

- 1) Demgegenüber sah man in Österreich keine Notwendigkeit, eine mit derartig umfangreichen Befugnissen ausgestattete Position wie die des deutschen Chefs der Heeresleitung zu schaffen. Das österreichische Wehrgesetz vom 18.3.1920 strebte eine möglichst enge Verknüpfung des Bundesheeres mit Staat und Volk an. Hinzu kam, daß sich die österreichischen Parteien im wesentlichen darüber einig waren, daß es galt, eine im demokratischen Sinne zuverlässige Wehrmacht aufzustellen. Auch die österreichische Sozialdemokratie bekannte sich durch ihre Führer zum Prinzip der Wehrhaftigkeit. (vgl. Jaspar Kundt, Der Weg des österreichischen Bundesheeres, in: "Wissen und Wehr", Berlin 1928, S.565 - ferner: J. Deutsch, Wehrmacht und Sozialdemokratie, Berlin 1927, S.20ff. und 46) Ständige Parlamentskommissionen kontrollierten die Entwicklung des Bundesheeres. Der Bundesminister für das Heerwesen als Exekutivorgan des zivil-kollegialen Wahloberbefehlshabers übte seine Befugnisse ausschließlich durch die Führer und Vorstände der Truppenteile und Dienststellen aus. Der dem Chef der Heeresleitung etwa gleichgestellte Heeresinspektor des österreichischen Heeres war, wie die Inspektoren der einzelnen Waffengattungen, bloßes Hilfsorgan des Ministers und für die Ausbildung der Truppe zwar verantwortlich, aber ohne Kommandogewalt und dem Bundesminister unmittelbar unterstellt. (vgl. K.H. Rothfuchs, Militärischer Oberbefehl und Zivilstaatsverfassung, jur.Diss., Breslau 1941, S.172ff.) Theoretisch waren in Österreich also, da auch die Heerespersonalausschüsse in den Truppenteilen von Kompaniestärke an aufwärts über große Befugnisse verfügten und dem österreichischen Soldaten die staatsbürgerlichen Rechte erhalten blieben, auf verfassungsmäßigem und gesetzmäßigem Gebiet alle Vorkehrungen getroffen worden, um eine Demokratisierung des Heerwesens zu garantieren und das Heer in den Staatsorganismus einzuordnen. In der Praxis zeigte sich allerdings, daß die Machtkämpfe der drei großen Parteien ins Heer getragen wurden, eine Erscheinung, die im Ernstfall wahrscheinlich die vollständige Lähmung des Instrumentes "Heer" zur Folge gehabt hätte. (Über die Unterschiede zwischen der deutschen und österreichischen Wehrverfassung siehe auch: Ludwig Jodlicka, Ein Heer im Schatten der Parteien, Die militärpolitische Lage Österreichs 1918-1938, Graz-Köln, S.51ff. und 68f.

d) Das Staatssekretariat und die Politische Abteilung
(später Wehrmachtsabteilung und Ministeramt)
im Reichswehrministerium

Bei allen Bestrebungen, die Reichswehr politisch zu kontrollieren, hat der Ruf nach der Einsetzung eines zivilen Staatssekretärs für das Reichswehrministerium immer wieder eine Rolle gespielt. Vor allen die der SPD nahestehenden oder ihr angehörenden Gruppen erhoben stets die Forderung nach der Verstärkung der zivilen Spitze im Reichswehrministerium, weil sie befürchteten, daß sonst die Stellvertretung des Ressortministers einem General überlassen bliebe. Die Stelle dieses politischen Staatssekretärs war jahrelang im Haushaltsplan aufgeführt. Einer der Gründe dafür, daß der Posten trotzdem nur für wenige Wochen anlässlich der Liquidierung des Kapp-Putsches besetzt wurde, war der, daß Noske, ebenso wie später auch Gessler, nicht bereit war, einen politischen oder parlamentarischen Staatssekretär neben sich arbeiten zu lassen und sich mit ihm in die Führung des Ministeriums zu teilen. Der Leiter des nach dem Kapp-Putsch gebildeten Untersuchungsausschusses im Reichswehrministerium im Range eines Staatssekretärs war der Sozialdemokrat Christian Stock. Nach Abschluß der Arbeiten des Ausschusses trat Stock bereits am 1. Oktober 1920 wegen der Widerstände im Ministerium zurück.¹⁾ Der von den demokratischen Kräften erkämpfte Posten eines zivilen Staatssekretärs wurde bald darauf von Seeckt in ironischer Überlegenheit in den eines "Chefs der Heeresverwaltung" verwandelt.²⁾ Im Gegensatz zur Gepflogenheit in den übrigen

1) vgl. Cuno Horkenbach, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 1930, S. 117 und 755 - ferner: Friedrich Stampfer, Die ersten vierzehn Jahre der Deutschen Republik, Offenbach 1947, S. 203f. - ferner: J. Benoist-Mechin, Histoire de l'Armée allemande depuis l'armistice, 1938, S. 131.

2) vgl. Heeresverordnungsblatt vom 1.12.1920; Denkschrift des Leiters der T 2 an den Chef des Truppenamtes vom 21.12.1925, Schleicher-Nachlaß: Das für die Aufstellung des Haushaltsplanes zuständige Reichsfinanzministerium ist danach verschiedentlich für die Wiederbesetzung des Sekretärpostens eingetreten, um nicht selbst die Entscheidung über die Verteilung der Etatmittel an Heeres- und Marineleitung treffen zu müssen.

Ministerien hielten die Reichswehrminister Noske¹⁾ und Gessler -- dieser wurde in seiner ablehnenden Haltung wahrscheinlich vor allem durch seinen Berater Schleicher bestärkt -- den Staatssekretärsposten in ihrem Ministerium für überflüssig.²⁾ So wurde diese Planstelle auf Gesslers Empfehlung hin dann im Jahr 1926 endgültig aus dem Haushaltsplan gestrichen. Nach verschiedenen sozialdemokratischen Interpellationen im Reichstag kam es während des zweiten Kabinetts Luther noch einmal zu einem ernsthaften Vorstoß in dieser Sache. Wahrscheinlich war gerade die zur gleichen Zeit erfolgende Gründung der Politischen Abteilung ein geschickter Schachzug Schleichers, des langjährigen Leiters der politischen Gruppe in der Abteilung I 1 des Truppenamtes und politischen Beraters Seeckts, um die von ihm als wichtige Schlüsselposition erkannte Stellung für immer in die militärische Organisation einzugliedern, nach militärischen Gesichtspunkten zu führen und aus der parlamentarischen Kontrolle auszuklammern. Als Ministeramt unter Schleicher, der damit den Staatssekretären anderer Ministerien gleichgestellt wurde, erlangte die Politische Abteilung in den letzten Jahren der Republik größte Bedeutung und politischen Einfluß, da Schleicher zunehmend das Vertrauen des Reichspräsidenten errang.³⁾

Wenn die zivilen Minister Noske und Gessler die Einsetzung eines zivilen parlamentarischen Staatssekretärs ablehnten,⁴⁾ weil sie darin eine übermäßige Beschneidung der ministeriellen Kompetenzen erblickten, so mag das andererseits gerade für Seeckt ein Grund gewesen sein, diesem parlamentarischen Staatssekretär verschiedentlich in seine eigenen organisatorischen Planungen einzubeziehen.⁵⁾ In einer Denkschrift

1) vgl. Rabenau, a.a.O. S.467

2) vgl. Bracher, Faktoren, a.a.O. S.66 Anm.62, und: Bracher, Auflösung, a.a.O. S.248

3) vgl. Werner Conze, Zum Sturz Brünnings, in: "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", 1.Jg. H.3, 1953, S.273

4) vgl. Caro-Oehme, a.a.O. S.249

5) vgl. Denkschrift Seeckts v.9.7.1919, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, wo noch ausdrücklich der "militärische Sekretär" als der "sachverständige Berater des Kabinetts" bezeichnet wurde, während der "politische Sekretär" als der "politische Vertreter des Reichswehrministers" fungieren sollte.

zur Organisation des Reichswehrministeriums vom 16. Januar 1920 sprach Seeckt jedoch nur noch von einem Soldaten als "Unterstaatssekretär des Heeres":¹⁾ "Der Unterstaatssekretär ist der militärische Berater und Vertreter des Ministers im Kabinett und Parlament. Er steht neben dem Kommandierenden General, der auf seine Tätigkeit nicht einwirkt. Die Wehrkreiskommandos unterstehen in allen Verwaltungsfragen unmittelbar dem Unterstaatssekretär..." Zur Zeit der endgültigen Organisation des Reichswehrministeriums (1. Juni 1920) war von einer Staatssekretärsstelle schon nicht mehr die Rede.²⁾

Bei Gessler, der seit 1920 den Seeckt-Kurs im wesentlichen geduldet und vor dem Reichstag gedeckt hatte, machte sich eine zunehmende Verstimmung gegen Seeckt bemerkbar, als die parlamentarischen Angriffe auf die Reichswehr ihm dauernde Ungelagenheiten bereiteten. Die Bildung einer Koordinierungsstelle, der Politischen Abteilung, die, von der Heeresleitung unabhängig, dem Minister direkt unterstellt war, sollte dem Reichswehrminister deshalb besseren Überblick über alle wichtigen Vorgänge bei der Truppe und außerdem einen

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 472, Anm. 1. "Seeckt schreibt noch die alte Bezeichnung. Gemeint ist ein Staatssekretär." - ferner: Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 471f.
 - 2) vgl. Caro, Kurt, und Oehme, Walter, Schleichers Aufstieg, Berlin 1933, S. 120ff. und S. 248f. - Der spätere Chef der Heeresleitung General Heye berichtete Groener am 23. 11. 1929 über die Wünsche von Regierung und Parlament, dem Reichswehrministerium einen Staatssekretär beizugeben. "... Ich habe diese Gedanken nie für ganz abwegig gehalten. Nur müßte dieser Staatssekretär zugleich der Älteste Offizier der ganzen Wehrmacht sein und unter ihm, wie unter dem Minister alle Stellen des Hauses, der Armee und der Marine, stehen. Zur Zeit sind aber noch die Chefs der Heeres- und Marineleitung die Staatssekretäre des Reichswehrministeriums, wenn sie auch diese Bezeichnung nicht haben. Sie könnten ruhig diese Bezeichnung zur Hebung ihrer Stellung erhalten..." Vgl. Schreiben des Chefs der Heeresleitung an Reichswehrminister Groener vom 23. 11. 1929, Groener-Nachlaß, Mikrofilm.

verstärkten Einfluß auf ihre Haltung verschaffen.¹⁾ Entscheidend fiel bei dieser Umorganisation ins Gewicht, daß ein Mann wie Schleicher an die Spitze der neuen Dienststelle trat. Vor allem nach Einbeziehung der Adjutantur in seinen Geschäftsbereich konnte er sich mit Recht als der Berater und Stellvertreter des Ministers fühlen.²⁾ Ursprünglich sollte die Wehrmacht- oder Politische Abteilung lediglich als Koordinierungsorgan zwischen dem Minister und den obersten Dienststellen der Reichswehr fungieren. Schleicher verstand es in der Folgezeit jedoch, zunächst den Chef der Heeresleitung kalt zu stellen, den Ressortbereich der politischen Abteilung weiter auszudehnen und seinen eigenen bisher nur hinter den Kulissen wirksam gewordenen politischen Einfluß mit Hilfe seiner Dienststellung zu legalisieren. Ganz offenbar begann mit der Bildung der Wehrmachtsabteilung die Verlagerung des politischen Schwergewichts, das die Heeresleitung seit 1920 zunehmend besessen hatte, auf den Kreis um Schleicher und auf die Persönlichkeiten, die er zu stützen für notwendig befand. Seeckt konstatierte sehr genau die Schlappe, die sein einstiger Vertrauter Schleicher ihm beigebracht hatte,³⁾ denn Schleichers Angabe, die viel-

1) Reichswehrminister Gessler ordnete am 28. Januar 1926 an: "1) Mit dem 1.2.1926 scheidet die bisherige Gruppe für militärpolitische Angelegenheiten (T 1 III) aus dem Truppenamt aus. 2) Das Arbeitsgebiet der T 1 III für das Heer und das entsprechende für die Marine wird von der Nachrichtenstelle (N) übernommen. Letztere erhält ab 1.2. die Bezeichnung (W) Wehrmacht-Abteilung und ist mir unbeschadet der Ziffer 5 unmittelbar unterstellt. 3) Die Leitung der Abteilung W übernimmt der Oberstleutnant von Schleicher. 4) Sämtliche Angehörigen der bisherigen N und T 1 III treten zu W über, ebenso die entsprechenden Bearbeiter der Marineleitung nach Anweisung des Chefs der Marineleitung. Die W bearbeitet außer den in Ziffer 2 genannten Arbeitsgebieten alle politisch-parlamentarischen Angelegenheiten und alle politischen Fragen, die meine Tätigkeit als Kabinettsmitglied betreffen, soweit die sachliche und formelle Bearbeitung nicht in das Gebiet der Fachabteilungen, der Adjutantur oder des Hauptbüros, fällt. 5) Die W ist gleichzeitig die bearbeitende und mitprüfende Stelle des Chefs der Heeresleitung und des Chefs der Marineleitung für alle das Heer oder die Marine betreffenden Angelegenheiten..." (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm)

2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.559

3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.559

beschäftigte Heeresleitung sollte auf diesem Wege von der Überfülle politischer Aufgaben entlastet werden, war ein Vorwand.¹⁾ Schleichers Eintritt in die Politische Abteilung zeitigte noch ein anderes Ergebnis: den Versuchen, vor allem der SPD, eine politische Kontrolle durch einen parlamentarischen Staatssekretär auszuüben, war von militärischer Seite endgültig begegnet.²⁾ Die Bildung einer derartigen politisch bedeutsamen Zentralstelle im Ministerium bedeutete je nach der Persönlichkeit ihres Leiters die mehr oder minder enge Einbeziehung rein politischer Sachgebiete und somit von dem Minister allein zustehenden Belangen in den Rahmen der militärischen Organisation und damit ihre Ausgliederung aus der parlamentarischen Kontrolle. Die Truppe war insoweit in die Machtkämpfe innerhalb des Ministeriums einbezogen, als sie sich von da an in einer unklaren Teilerunterstellung unter dem Reichswehrminister einerseits und unter dem Chef der Heeresleitung, dessen nicht festgelegte Kompetenzen dadurch zusätzlich kompliziert wurden, befand. Die bis zu diesem Zeitpunkt einheitliche Kommandogewalt in der Reichswehr bestand nicht mehr.³⁾

Die Bildung der Politischen Abteilung leitete eine neue Phase und sogar eine Wende im Verhältnis von Reichswehrführung und politischer Leitung ein. Die Nachfolger Seeckts waren, ebenso wie dieser seit dem Frühjahr 1926, von der politischen Entwicklung ausgeschlossen.⁴⁾ In dem gleichen Maße, wie der politische Einfluß der Heeresleitung schwand, vermehrte sich, wenigstens dem Anschein nach, der militäri-

1) vgl. Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S.146

2) vgl. das von Seeckt für Noske am 16.1.1920 verfaßte Memorandum, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

3) vgl. Friedrich Hoßbach, a.a.O. S.89

4) vgl. Friedrich Hoßbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler*, Wolfenbüttel 1949, S.88 - ferner: Die Aussagen des Generaladmirals Raeder vor dem Nürnberger Tribunal, in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd.13, ed. S.P. A.Joosten, Nürnberg 1947, S.685 ff.

sche Einfluß des Reichswehrministers auf das Heer. Schleicher überspielte jedoch sowohl Gessler wie Groener. So blieb Gesslers Absicht, über die politische Abteilung den ministeriellen Einfluß auf das Heer zu verstärken, der Erfolg versagt. Zudem war der Reichswehrminister für gewöhnlich gar nicht in der Lage, neben seinen vielfältigen politischen Obliegenheiten und Pflichten als Kabinettsmitglied und im Reichstag auch im politischen Sinne seinen Einfluß auf die Truppe geltend zu machen. Die beiden Minister gewöhnten sich daher zu ihrem Schaden daran, Schleichers gute Dienste anzunehmen.

Zusammenfassung

Die Vorstellung von einer "Wehrverfassung nach Maß" ist sicherlich unrealistisch. Selbst relativ vollkommen verfassungsmäßige Regelungen werden Konflikte zwischen politischer und militärischer Gewalt höchstens auf ein Mindestmaß beschränken können, und auch das nur unter der Voraussetzung, daß sich diese Regelungen in einem fest gegründeten demokratischen Staatswesen auszuwirken vermögen. Versucht man aus dieser Sicht einen zusammenfassenden Überblick über die Wesensmerkmale der Wehrverfassung und Spitzengliederung in der Weimarer Republik sowie die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik zu gewinnen, so ergibt sich: Die Schaffung der Wehrverfassung und der Spitzengliederung eines Heeres sind in erster Linie politische Aufgaben. Während der Anfangsjahre der Republik verfügten jedoch weder die für die Legislative noch die für die Exekutive Verantwortlichen über das nur durch die politische Praxis erwerbbar einschlägige Wissen und ein klares wehrpolitisches Konzept.¹⁾

Angesichts des äußeren Zwanges durch die Bestimmungen des Friedensvertrages und infolge des Umstandes, daß man 1919 und 1920 nicht von einer funktionierenden, durch gemeinsame Grundüberzeugungen geeinten staatlichen Ordnung sprechen konnte, erwiesen sich die formalen verfassungsmäßigen Vorkehrungen dafür, daß das Regime von Heer und seinen Führern den Schutz der Verfassung verlangen, notfalls erzwingen konnte, und die Sicherung gegen politische Übergriffe militärischer Führer als zu schwach. Diese Tatsache stand spätestens nach den März-Ereignissen des Jahres 1920 fest. Das Wehrgesetz von 1921 ließ die im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch gemachten Erfahrungen jedoch unberücksichtigt -- ein besonders schwerwiegendes Versäumnis.

Die wenigen in der Verfassung vorgesehenen Kontrollmöglichkeiten, vornehmlich dazu bestimmt, die Innenpolitik vor

1) vgl. Groener-Nachlaß, Mikrofilm -- Tagebucheinträge vom 24.8.1919, Groener-Geyer, General Groener, a.a.O. S.169



militärischen Vermischungsversuchen zu schützen, waren, wie die Kämpfe um die Einsetzung eines zivilen Staatssekretärs, die Beratungen des Reichswehr-Stats und die Art der Verwendung von Regierungskommissaren bei Truppeneinsätzen im Innern beweisen, den Repräsentanten des demokratischen Regimes zu ungewohnt, als daß sie sich ihrer ausreichend und mit Nutzen bedient hätten. Die Schaffung der militärischen Spitzengliederung wurde allein in militärische Hände gelegt.

Die Kompetenzen des kommandogewaltigen Chefs der Heeresleitung, der als militärischer Führer der Reichswehr eine für die deutsche Innenpolitik bedeutsame Position bekleidete¹⁾ und diejenige des Leiters der Politischen Abteilung im Reichswehrministerium waren im Gegensatz zu denjenigen des zivilen Reichspräsidenten und Oberbefehlshabers und des Reichswehrministers gesetz- und verfassungsmäßig nicht definiert, damit war an dieser Nahtstelle des Verhältnisses von politischer Leitung und militärischer Führung die unerläßliche Abgrenzung der Befugnisse versäumt worden. Starke militärische Führerpersönlichkeiten waren von vornherein der Versuchung ausgesetzt, auch die restlichen verfassungspolitischen Bindungen beiseitezuschieben und über das rein Militärische hinaus ihren Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung geltend zu machen. So besahen führt die Untersuchung der militärischen Spitzenorganisation unmittelbar an die Bruchstellen im Aufbau der Wehrverfassung und -organisation heran. Seckts generalissimusähnliche Stellung, durch die dem General das gesamte militärische Potential der Republik anvertraut wurde, forderte die Verselbständigungs-tendenzen bei der Reichswehr und war eine der Grundursachen dafür, daß die politische Kontrolle selbst nach der inneren Konsolidierung nicht mehr voll wirksam werden konnte.

1) Durch den Friedensvertrag war also indirekt das Gegenteil der alliierten Bestrebungen erreicht worden: Nur in einer kleinen Berufswehrmacht war die Schaffung einer derart zentralisierten Spitzengliederung überhaupt denkbar.



Politische und militärische Gewalt in der Übergangszeit vom Zusammenbruch des alten bis zum Entstehen des neuen Heeres

Als sich im November 1918 die beiden rivalisierenden Führungsgruppen - provisorische Regierung und Vollzugsrat - in dem noch formlosen Staatswesen die Vorherrschaft streitig zu machen begannen, da repräsentierte, wenigstens bis zur Rückführung der Frontgruppen, nur eine dritte Führungsgruppe tatsächlich eine organisierte Macht: die OHL. Sie hatte die Waffenstillstandsverhandlungen zwar eingeleitet; als dem Vertreter des Auswärtigen Amtes in Spa, Legationsrat von Borsner jedoch Bedenken über die politische Zweckmäßigkeit der Entsendung eines prominenten deutschen Generals als Delegationschef gekommen waren,¹⁾ da wurde diese Haltung von Groener begrüßt. Auf diese Weise war es, wie Groener mitteilt, der OHL möglich, "die Verantwortung für den Waffenstillstand und alle späteren Schritte von sich zu weisen"²⁾, das heißt, sie auf die zivilen Unterhändler des neuen Regimes abzuwälzen, was der OHL auch aus außenpolitischen Gründen wünschenswert sein mußte.³⁾

In Berlin begannen bereits kurz darauf sowohl die Regierung der Volksbeauftragten wie auch der Vollzugsrat und die im Spartakusbund zusammengefaßten radikaleren Elemente mit der Aufstellung eigener militärischer Verbände, mit denen sie sich zu behaupten und ihre Ziele durchzusetzen suchten.⁴⁾ Die provisorische Regierung, deren Mitglied Scheidemann noch am 9. November zuversichtlich überzeugt war, die Truppe sei "ausnahmslos" zur neuen Regierung "übergegangen"⁵⁾, sollte bald erkennen, daß den eigenen Versuchen zur Aufrichtung einer republikanischen Volkswehr in Anbetracht der innerpolitischen Verhältnisse nur auf lange Sicht beschieden sein konnte. Aus diesem Grunde ergaben sich für Ebert und

-
- 1) vgl. Bernh. Poll, Die Reichsleitung, die Oberste Heeresleitung und der Abschluß des Waffenstillstands November 1918, in: "Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1954, Köln 1955, S. 43ff.
 - 2) Groener, Lebenserinnerungen, a.a.O. S. 466
 - 3) vgl. Schüddkopf, a.a.O. S. 15
 - 4) vgl. in dieser Arbeit S. 10 ff.
 - 5) vgl. das Schreiben Scheidemanns an Noske, Berlin, 9. November 1918, Noske-Nachlaß, Bundesarchiv Koblenz

seine Mitarbeiter, zu denen der in Kiel weilende Noske in diesen Wochen noch nicht zählte, nur die Alternativen: Demobilisation des Heeres und Wiederherstellung der Ordnung im Reich unter Führung der OHL, mit den Resten der Fronttruppe oder aber dem Vollzugsrat die Initiative zu überlassen, der die Aufstellung einer Volkswehr durch Bewaffnung der Arbeitermassen beabsichtigte. Die Arbeiter- und Soldatenräte zeigten sich dieser Aufgabe nicht gewachsen. Um nicht das Schicksal der Keranskij-Regierung zu erleben, entschieden sich die gemäßigten Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, das Groenersche Hilfsangebot anzunehmen.¹⁾

Für die oberste Heeresleitung waren Thörl und die Mehrheitssozialisten in den Tagen nach dem Zusammenbruch die einzigen koalitionsfähigen Partner, wollte man nicht tatenlos zusehen, wie das Reich dem Bolschewismus in die Arme getrieben wurde.²⁾ Groener, dem von Hindenburg freie Hand gelassen wurde,³⁾ strebte zunächst nichts anderes an als das "Auffangen und Unschädlichmachen der revolutionären Strömungen... Es auf Kraftproben ankommen zu lassen, war nicht die Zeit".⁴⁾

Durch ein Bündnis mit der provisorischen Regierung hoffte die OHL die Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen, die sich im Kriege bewährt hatte, fortzusetzen und vielleicht sogar auf längere Sicht eine Verbindung zwischen dem zukünftigen Heer und der Masse des Volkes herzustellen, d.h. der neuen Wehrmacht so eine Basis im neuen Staat zu verschaffen und ihrer Führung die politische Position auch über den Zusammenbruch hinaus zu erhalten.⁵⁾ Für die der Regierung gewährte Hilfe erwartete die OHL den moralischen Bei-

-
- 1) vgl. Noskes Ansprache vor den Berliner Soldatenräten, "Vorwärts" vom 28.1.1919 - ferner: Aufsätze des ehemaligen Obersten Richard Gädke, im "Vorwärts" vom 6. und 24.2.1919, denen die Redaktion "grundsätzlich" beipflichtete - "Kölnische Zeitung", Morgenausgabe vom 29.1.1919.
 - 2) vgl. D.Groener-Geyer, Eine Denkschrift, a.a.O. S.117. Damit "der Karren nicht noch weiter nach links rutscht", wollte Groener damals Thörl stützen. - Auch außenpolitische Gründe mögen mitgespielt haben. Vgl. Schüddekopf, a.a.O. S.15, Groener, Lebensbild, a.a.O. S.469
 - 3) vgl. Groener, Lebensbild, a.a.O. S.468
 - 4) Groener, Lebensbild, a.a.O. S.469
 - 5) vgl. Groener, Lebensbild, a.a.O. S.468f., 346

stand des Ebert-Regimes bei der Abwehr des Bolschewismus und die Zusicherung, daß die Armee vor der Revolutionierung bewahrt bliebe. An der Wiege des neuen Staatswesens stand demnach ein reines Zweckbündnis zwischen Regierung und Heerführung, bei dem jeder der Partner seine eigenen Ziele verfolgte, eine Art Pakt unter Gleichen, von ideologisch jedoch sehr verschieden gearteten Kräften in einer Ausnahme-situation geschlossen, um eine beide Teile bedrohende Katastrophe zu verhindern. Dieses unvermeidliche Bündnis mit dem alten Militär- und Verwaltungsapparat barg eine große Gefahr in sich. Es gab der noch formlosen jungen auf die militärische Hilfe angewiesenen Demokratie eine Richtung, die die politische Initiative gegenüber der Führung des Heeres immer wieder lähmte. Solange ein Mann wie Groener in der obersten Heeresleitung die Initiative behielt, war die Demokratisierung Deutschlands kaum gefährdet, obgleich auch er darauf hinarbeitete, "seinen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen."¹⁾

Entscheidend war, woher die Kräfte kamen, deren sich die Regierung bei ihren Versuchen, sich zu behaupten, bediente. Die Ereignisse nach dem 9. November 1918 hatten nicht wie in Frankreich 1789 oder Rußland 1917/18 Revolutionsheere entstehen lassen, die für die revolutionären Errungenschaften zu kämpfen bereit gewesen wären. Die Volksbeauftragten hatten geglaubt, sich notgedrungen dem Schutz des alten Heeres anvertrauen zu müssen. Die Furcht vor dem Bolschewismus war stärker gewesen als der Gedanke an eine drohende militärische Suprematie. Der vom auch erfolglose Einsatz von der Republik indifferent oder sogar feindlich gegenüberstehenden Resten des alten Heeres während der Kämpfe um Berlin im Dezember 1918 schuf den Präzedenzfall für die spätere Regierungspraxis:²⁾ Alle folgenden Krisen der Republik von Weimar standen im Zeichen des militärischen Ausnahmezu-

1) Groener, Lebensbild, a.a.O. S. 468

2) vgl. Volkmann, a.a.O. S. 68ff. Benoist-Mechin, a.a.O. S. 33f.

stands.¹⁾ In der Periode der unentschieden hin und her wogenden Bürgerkriegskämpfe und einer in ihren Entschlüssen unsicher zögernden, durch Uneinigkeit geschwächten politischen Leitung verstärkte sich die Position der OHL um die Jahreswende wieder.²⁾ Diese Entwicklung war weniger durch eine tatsächliche Machtsteigerung als viel mehr durch die Machteinbuße des Rates der Volksbeauftragten bedingt.

Der Rat der Volksbeauftragten mußte sich von den konkret geäußerten militärischen und politischen Forderungen der

- 1) bei Huber, Quellen zum Staatsrecht, a.a.O. S.126ff., findet sich eine Zusammenstellung über die Anwendung des Artikels 48 (bis 11. August 1919 des Artikels 68 der alten Reichsverfassung) in den Jahren von 1919 bis 1933. Danach wurde der militärische Ausnahmezustand erklärt am 13. April 1919 für das Gebiet des Freistaates Braunschweig, aufgehoben am 5. Juni 1919, am 23. April 1919 für das Gebiet des Freistaates Sachsen, aufgehoben am 16. März 1920, am 23. April 1919 für Bremen und Vegesack, aufgehoben am 7. September 1919, am 24. April 1919 für Hamburg, Altona und Wandsbek, (Angaben über die Aufhebung fehlen) am 17. Mai 1919 für den Regierungsbezirk Stettin, aufgehoben am 6. August 1919, für Eisenach und Ruhla vom 18. Mai bis 17. September 1919, im Oktober und November 1919 für verschiedene kleinere Gebiete Thüringens, am 11. Januar 1920 für Rheinland und Westfalen für das gesamte Reichsgebiet durch die "Erste Reichsgebiet-Verordnung" vom 13. Januar 1920, die während des Kapp-Putsches noch in Gültigkeit war, so daß keine neuen Maßnahmen nach Artikel 48 erforderlich waren. Sie wurde aufgehoben am 11. April 1920, vom 23. Juli 1920 bis 30. August 1921 für den Raum des Wehrkreiskommandos I (Ostpreußen), für das gesamte Reichsgebiet durch die "Dritte Reichsgebiets-Verordnung" vom 26. September 1923 bis 28. Februar 1924 und für Berlin-Brandenburg vom 20. bis 26. Juli 1932.
- 2) vgl. I.E. Pollmüller, Die Rolle der Reichswehr von 1918-1933, in: "Frankfurter Hefte" Nr. 8, Jg. 1946, S. 748f. Eine Reihe von Anzeichen sprechen für die Richtigkeit der Pollmüllerschen Annahme, die OHL habe sich um die Wende des Jahres 1918 bemüht, die ihr noch verbliebene Truppenmacht noch möglichst lange zur eigenen Verfügung zu behalten und sich auf diese Weise gegenüber den Volksbeauftragten als der stärkere Partner zu erweisen.

Heeresleitung bedrängt fühlen,¹⁾ deren Erfüllung die Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft verschärft hätten. Als Arbeiterführer bediente sich Thert nur ungern der Armee im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Wahrscheinlich hat er auch die besondere Problematik erkannt, die sich aus der Verwendung von Militär im Innern ergab. Am 20. Dezember sah er sich gezwungen, den militärischen Wünschen nachzugeben.²⁾ Nachdem sich das Regime bis zu diesem Zeitpunkt nicht anders zu helfen gewußt hatte, als die Aufstellung immer neuer regierungsfeindlicher Formationen aller Parteirichtungen zuzulassen und sogar zu finanzieren, erneuerte Thert die Vereinbarung mit der DVL vom 10. November 1918 und vertraute der militärischen Führung damit erneut den Schutz der Republik an.

Wie zielbewußt man sich währenddessen in Generalstabskreisen mit den Problemen einer zukünftigen deutschen Militärpolitik beschäftigte, beweist das Treffen prominenter Offiziere am 16. und 20. Dezember in Berlin. Im Mittelpunkt der Gespräche, in denen Kritik am neuen Regime geübt wurde, stand das Verhältnis der alten Armee zur Republik.³⁾ Als Vertreter der Obersten Heeresleitung sprach der damalige Major von Schleicher. Nach dem Zusammenbruch gehörte er zu der kleinen Gruppe derjenigen Offiziere, die sich der Notwendigkeit bewußt waren, daß die Reste der Armee und das neue Regime innerlich miteinander versöhnt werden mußten.

1) Hindenburg forderte in einem bei Schüdddekopf, a.a.O. S. 34ff., wiedergegebenen Schreiben an Thert am 8. Dezember 1918 u.a. die Wiederherstellung der Kommandogewalt und Disziplin im Heer, den Fortfall des Rátesystems im Heer und, in politischer Hinsicht, die Einberufung der Nationalversammlung "noch im Dezember", Ersetzung der Arbeiterräte durch aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Persönlichkeiten mit lediglich beratenden Funktionen und Durchführung des Sicherheitsdienstes allein durch die Polizeiorgane.

2) vgl. Volkmann, a.a.O. S. 149ff.

3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 117f., W. Görnitz, Der deutsche Generalstab, Frankfurt o.J., S. 297f., H.R. Berndorff, General zwischen Ost und West, Hamburg o.J., S. 52ff.

Zu dieser Zeit war Schleicher noch entschiedener Gegner politischer Pronunziamentos und verpöbte militärische Verstöße in zivile Bereiche, solange die bewaffnete Macht noch nicht in sich gefestigt war. Schleicher zeichnete in Berlin die eine Generallinie einer möglichen deutschen Militärpolitik auf, an der er selbst bis 1933 unbeirrt festhielt: zunächst sollte im Inneren die Regierungsgewalt durch den sofortigen Aufbau eines Blitheeeres gesichert werden, anschließend die wirtschaftliche Gesundung des Reiches forciert werden, und erst, wenn diese beiden Ziele erreicht waren, hielt er eine aktive Außenpolitik und die Wiedererrichtung äußerer Macht für möglich. Schleichers Programm war das des Realpolitikers, der sogar hinsichtlich des Heeresaufbaues die Bildung neuer militärischer Formen durch Demokratisierungsmaßnahmen für unumgänglich hielt.¹⁾ Im Ganzen gesehen liefen seine Vorschläge auf die Anerkennung der provisorischen Regierung als Trägerin der Staatsautorität hinaus. Demgegenüber entwickelte ein im Kreise der Anwesenden ziemlich Unbekannter, der letzte Generalstabschef des türkischen Heeres, Hans von Seeckt, seine Anschauung über die andere Linie einer zukünftigen Wehrpolitik. Sein Programm unterschied sich in grundsätzlichen Zügen von dem Schleichers. Es verriet den konservativen und im traditionellen, preußisch-machtstaatlichen Denken befangenen Generalstäbler, der Machtpolitik als Voraussetzung staatlicher

1) Im Nachlaß des Generals v. Schleicher befindet sich die Gliederung zu einer Denkschrift vom Anfang des Jahres 1919. Schleicher fordert hinsichtlich der Stellung der zukünftigen Wehrmacht im Staate darin unter anderem: Zur Wiederherstellung von Disziplin und Ordnung im Heer die Ersetzung der überalterten Generalität durch energische und modern denkende Führer, die Übernahme einer möglichst großen Anzahl befähigter Generalstäbler in das neue Heer, die rücksichtslose Verabschiedung von revoltierenden Offizieren und militärischen Abenteurern, das Verbot der Politik im Heer und die aktive Unterstützung und Förderung des kommenden Heeres durch eine zielbewusste Regierung. Der künftige deutsche Einheitsstaat müsse vor allem über das Finanz- und Heerwesen verfügen. Unter Punkt IV heißt es bei Schleicher: "Regierungsform; diktatorisches Dreimännersystem - Erzberger?"

Existenz überhaupt ansah. Nicht die Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern die baldige Wiedergewinnung der Bündnisfähigkeit galt Seeckt als wichtigste Voraussetzung für die Wiedergesundung des Reiches. Der Kampf dieser beiden Richtungen, der realpolitischen Schleichers, und der traditionellen Seeckts, um die zukünftige deutsche Militärpolitik und damit um die Einordnung der alten Armee in den neuen Staat hatte begonnen.-

Die "Revolution" war Ende 1918 in ihre entscheidende Phase getreten. Auf dem Höhepunkt der Krise, als erbitterte, jedoch desorganisierte Arbeitermassen in Berlin bereit waren, die Volksbeauftragten davonzujagen, berief Ebert den ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Gustav Noske, der in seiner Partei als Fachmann für Heeresfragen galt, mit Einwilligung Groenegers am 27. Dezember nach Berlin und übertrug ihm in der Regierung der Volksbeauftragten das Referat Verteidigung. Anfang Januar 1919 übernahm Noske den Oberbefehl in Berlin und den Marken und am 17. Februar das Amt des Reichswehrministers,¹⁾ ohne daß er allerdings zunächst an die Einrichtung eines eigenen Ministeriums hätte denken können. Noske schien für seine neue Stellung prädestiniert. Die Aufgabe des ersten demokratischen Wehrministers mußte darin bestehen, der Republik das militärische Machtinstrument zu verschaffen, dessen sie in jener Periode vollkommener Autoritätslosigkeit so dringend bedurfte. Aus den gleichlaufenden Interessen von Regierung und oberster militärischer Führung in Bezug auf die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung hätte sich leicht eine Zusammenarbeit auf Dauer ergeben können, wenn es Noske von vornherein gelungen wäre, seinem und damit auch dem politischen Einfluß innerhalb der militärischen Führung nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Der sonst so energische, über parteitheore-

1) vgl. Gustav Noske, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920, S. 63ff., 67ff., Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.) Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1919 - 1920, Berlin 1940, S. 34 ff., Benoist, a.a.O. S. 78f.

tischen Erwägungen stehende, nüchterne, aber allzu vertrauensselige Mann scheiterte an dieser schweren Aufgabe.¹⁾ Das bewies seine verfehlte Personalpolitik in den höchsten Führungsstellen, aber auch seine freiwillige Selbstausschaltung in allen Fragen des organisatorischen Aufbaues.²⁾

Als die Nationalversammlung Ende Januar in Weimar unter dem Schutz der neu aufgestellten Brigade Maercker - ein beredtes Zeichen dafür, wie sehr die Nationalversammlung auch fern der Reichshauptstadt des militärischen Schutzes bedurfte und gleichzeitig, wie sehr sich die Position der Militärs verstärkt hatte - über das Gesetz zur Bildung der vorläufigen Reichswehr debattierte, da war sich der größte Teil der Abgeordneten bewußt, daß es notwendig war, die bei der Aufstellung der Grenzschutztruppen begangenen Fehler zu vermeiden³⁾ und die Vielzahl von Freikorps und Selbstschutzorganisationen zu demobilisieren oder wenigstens wieder unter die politische Kontrolle zu bekommen. Gleichzeitig war die Nationalversammlung allerdings bereit, den alten Offizieren und Beamten Führung und Verwaltung im Heer zu überlassen.⁴⁾

Der Gegensatz zwischen politischer und militärischer Gewalt entzündete sich an der Frage der Unterzeichnung des Friedens-

1) vgl. "Vorwärts" vom 31.5.1919. In einem nicht gezeichneten Leitartikel "Demokratie und Militarismus" führt der Verfasser u.a. aus: "Es ist nicht wahr, daß der militaristische Geist... die deutsche Politik heute noch bestimmt, es ist aber wahr, daß er sie stellenweise immer noch in der unheilvollsten Weise beeinflusst." Es dürfe im zukünftigen Deutschland keine antirepublikanischen Soldaten mehr geben, alle anderen täten gut daran, die "Uniform so rasch wie möglich auszuziehen". Bereits am 28.1.1919 brachte der "Vorwärts" einen Bericht über eine Ansprache Noskes vor Berliner Soldatenräten, in welcher der neue Reichswehrminister u.a. geäußert hatte: "Es geht nicht an, daß man die gesamten Offiziere, die sich uns zur Verfügung gestellt haben, als ehrlose Kerle hinstellt. Sie arbeiten heute ganz in unserem Sinn und haben nicht den geringsten Wunsch nach einer Konterrevolution." - ferner: "Vorwärts" vom 24.4.1919 über ein Presseinterview Noskes, in dem er ebenfalls sein Vertrauen in die Loyalität des Offizierskorps erklärt hatte.

2) vgl. S. 45

3) vgl. Nationalversammlung a.a.O. Bd.326, S.323 (27.2.1919)

4) vgl. Nord, a.a.O. S.27 - Benoist, a.a.O. S.114f. u.lo7 - G.Thomé, Der Wiederaufstieg des deutschen Heeres 1918-1938, Berlin 1939, S.27f. - G.A.Craig, The Politics of the Prussian Army, a.a.O. S.361

vertrages.¹⁾ Das schwankende und in sich gespaltene Kabinett Scheidemann sah sich angesichts des schwindenden Widerstands willens im Volke genötigt, die Ansicht der OHL über Annahme oder Ablehnung einzuholen. Hindenburgs Telegramm vom 17. Juni, in dem er einen für Deutschland günstigen Ausgang bei Wiederaufnahme des Kampfes für "sehr fraglich" hielt,²⁾ und die pessimistische Lagebeurteilung Groeners vom 23. Juni³⁾ legten den Politikern wieder die volle Verantwortung auf. Die Haltung des Reichswehrministers in den Tagen und Wochen vor dem 23. Juni 1919, als sich die Nationalversammlung zur Annahme des Friedensvertrages entschloß, war eigentümlich schwankend und von Rücksichtnahme auf die Stimmung im Heer und Offizierskorps geleitet. Noske, der sich weder den politischen noch dem starken Druck der militärischen Argumentationen zu entziehen vermochte⁴⁾ und, nach seinen eigenen Worten⁵⁾, angesichts der zahlreichen Rücktrittsdrohungen hoher militärischer Führer für den Bestand des Heeres fürchtete, blieb, nur dem Drängen zahlreicher Parteifreunde nachgebend, im Amt. Von seiner militärischen Umgebung, die ihre Hoffnung in eine mit diktatorischen Vollmachten ausgestattete Regierung Noske setzte, beeinflusst, erwog Noske zeitweise den Gedanken einer Volkserhebung in den Ostgebieten des Reiches und drohte für den Fall der Unterzeichnung der

-
- 1) Einerseits lag der OHL daran, nicht mit den Vorbereitungen für den zukünftigen "Schmachtfrieden" in Verbindung gebracht zu werden, andererseits fürchteten Generale wie Seeckt, daß die Politiker die Militärs bei den Beratungen über den Friedensvertrag übergangen, ja, daß manche Politiker froh darüber wären, durch den Friedensvertrag der Furcht vor einer Armee, die dem republikanischen Staat hätte gefährlich werden können, für immer enthoben zu sein. Vgl. Benoist, a.a.O. S.227ff., Görlitz, a.a.O. S.311 - Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.159ff und 237 - Erzberger, a.a.O. S.376ff.
 - 2) Schulthess, Europäischer Geschichtskalender, 35.Jg., 1.Bd. 1919, S.263f., Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.181
 - 3) vgl. Volkmann, a.a.O. S.303ff.
 - 4) vgl. Noske, Von Kiel, a.a.O. S.153
 - 5) vgl. "Reichswehr und Kapp-Putsch" von G.Noske, "Vorwärts" vom 2.4.1920

Regierung mit dem Rücktritt.¹⁾ Nur die Tatsache, daß die militärische Führung nicht mehr einheitlich reagierte, scheint damals das Zustandekommen einer neuen Militärdiktatur ähnlich der der Ludendorffschen dritten Obersten Heeresleitung, verhindert zu haben.²⁾ Im Gegensatz zu einem großen Teil des Offizierskorps lehnte Groener damals im Namen der OHL jede Mitwirkung an derartigen Plänen ab. Nur als Organ der Reichsregierung werde die OHL im Fall der Ablehnung des Friedensvertrages selbst in einem aussichtslosen Kampf die Führung übernehmen.³⁾ Damit sagte sich Groener von jeder einseitig militärischen Betrachtungsweise los und setzte sich für die Unterordnung der militärischen unter die politische Gewalt ein.

- 1) vgl. Protokoll einer Besprechung Groeners mit den Verbindungsoffizieren der OHL am 12.7.1919, Groener-Nachlaß, Mikrofilm. Die OHL verzichtete danach damals auf Noskes Ernennung zum Ministerpräsidenten und Reichswehrminister, weil man befürchtete, dadurch die Arbeiterschaft unnötig zu provozieren.
- 2) vgl. Brauweiler, Generale, a.a.O. S.16 - Benoist, a.a.O. S.245 - Görlitz, a.a.O. S.313 - Noske, Erlebtes, a.a.O. S.110 - Vgl. dagegen den Aufsatz Noskes "Reichswehr und Kapp-Putsch" im "Vorwärts" vom 2.4.1920, wo Noske jede Diktaturabsicht bestreitet.
- 3) Groeners damalige Einstellung ist bezeichnend für die Auffassung, die er von der Rolle des Heeres als Faktor der Innenpolitik hegte. Wie wenige andere Offiziere sah er voraus, daß Nation und Reich eine Periode permanenter Krisen durchleben würden, während deren die Reichswehr dazu bestimmt war, die Reichseinheit zu bewahren. Als Groener die Annahme der Friedensbedingungen vor der Generalität befürwortete, stellte er fest, daß sich die OHL niemals an einem Aufstand gegen die Regierung beteiligen werde. Der Heerführer habe sich in jedem Fall den Entscheidungen der politischen Leitung zu beugen. "Der Gedanke, daß die Generale selbst die politische Führung übernehmen könnten, ist abwegig, sie gerieten dabei staatsrechtlich und völkerrechtlich in die Rolle von Rebellen." vgl. Benoist, a.a.O. S.248ff. - ferner: G. Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947, S.110 - ferner: Groener-Geyer, General Groener, a.a.O. S.155 - Craig, The Politics, a.a.O. S.366f.

Als es in letzter Stunde trotz Noskes Zaudern und trotz militärischer Einwände, vor allem von Lüttwitz und Maercker, die einen Volksaufstand in Ostdeutschland ausrufen wollten,¹⁾ unter dem Eindruck der alliierten Drohungen zur Unterzeichnung des Friedensvertrages kam, der die Neuordnung Deutschlands für die Zukunft belastete, schien die innere Einheit des Heeres bereits zu Beginn der Neuorganisation aufgespalten zu sein.²⁾ Die Haltung großer Teile des Heeres gegenüber Staat und Regierung war mehr als ungewiß, die Gefahr eines Militärputsches nicht beigelegt, der Putsch lediglich um Monate hinausgeschoben.³⁾ Die Spannungen zwischen politischer und militärischer Gewalt hatten sich durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages, dessen militärischer Teil nach Seeckts Ansicht von zahlreichen Politikern beinahe mit Erleichterung aufgenommen wurde, weil sie sich durch die Bedingungen des Friedensvertrages der Furcht vor einer dem republikanischen Regime gefährlich werdenden Armee enthoben fühlten,⁴⁾ vergrößert. Die Forderung nach Mitwirkung des Heeres "bei allen richtungsgebenden staatspolitischen Entscheidungen" und damit nach militärischer Einflußnahme auf die Politik war im Offizierskorps allgemein.⁵⁾ Die Vorgänge im Heer, die der Unterzeichnung des Friedensvertrages vor-

1) vgl. "Vorwärts" vom 2.4.1920 ("Reichswehr und Kapp-Putsch" von G.Noske), Volkmann, a.a.O. S.300ff.

2) vgl. Maercker, a.a.O. S.288 - Maercker sieht sich in seinen Erinnerungen genötigt, einige entschuldigende Worte über seine damaligen Versuche, auf die Nichtunterzeichnung einzuwirken, und für seine sonstige politische Aktivität zu finden. ferner: B.Jacob, Das neue deutsche Heer und seine Führer, Paris 1936, S.8, Benoist, a.a.O. S.238ff.

3) Bezeichnend für die bedrohliche Situation innerhalb des Heeres ist ein Telegramm, das der Oberkommandierende der deutschen Südarmerie damals an die Reichsregierung richtete: "Dem Vaterland halten die Offiziere die Treue. Sie schützen es vor dem inneren Zusammenbruch. Das Vertrauen zu einer Regierung, die dem Volk und der Armee solche Schmach angetan hat, hat das Offizierskorps aber verloren." vgl. L.v.Volkmann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, S.98f.

4) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.173ff., bes. S.178

5) vgl. Benoist, a.a.O. S.115

ausgingen, hätten Moske, der nur auf Drängen seiner Partei-
freunde im Amte blieb, zu Bewußtsein bringen müssen, wie ge-
fährlich es war, sich auf militärische Verbände und deren
Führer stützen zu müssen, über deren Gesinnung dem Regime
gegenüber vielfach kein Zweifel bestehen konnte, und daß die
bisherige Personalpolitik ebenso wenig angebracht gewesen
war wie die Zurückhaltung der politischen Leitung in allen
den Aufbau des neuen Heeres betreffenden Fragen.

Reichswehrführung und Innenpolitik im Jahre 1920

Die Geschichte des Kapp-Putsches begann bereits mit dem Konflikt um die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Schon damals zeugte die Kampfstimmung innerhalb von Generalität und Offizierskorps von der im Heer schwelenden Unruhe¹⁾: Seitdem sich erwiesen hatte, daß das neue Regime nur mit Unterstützung des Heeres gegen seine inneren Widersacher bestehen konnte, war dieses Heer viel eher gewillt, den Rang eines Partners, denn den eines vom politischen Willen abhängigen Instrumentes einzunehmen. Der soldatische Gehorsam des Offizierskorps gegenüber dem Wehrminister war seit den Sommermonaten des Jahres 1919 kein bedingungsloser Gehorsam mehr, sondern wurde nur unter Vorbehalten geleistet.²⁾

Die allgemeine psychologische Situation von Truppe und Offizierskorps stand nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages viel weniger im Zeichen der militärischen Niederlage als unter dem Eindruck der den Bestand des Heeres bedrohenden Revolutionierung und des Angewohns gegen das politische System. Das vom Heer bereitwillig aufgenommene Wort vom Dolchstoß, von der Niederlage durch Verrat hinter dem Rücken der kämpfenden Front und damit auch der wieder erstarkende Glaube an die traditionelle Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen leisteten dieser Entwicklung Vorschub.³⁾ Dagegen wurden die Revolution und ihre Begleiterscheinungen namentlich für die im aktiven Truppendienst stehende Masse des Offizierskorps zum bestimmenden Erlebnis. Die aus dem unmittelbaren Erleben geschriebenen "Lagebeurteilungen" des späteren Generalobersten Werner von Fritsch aus den Jahren 1919/20, eines damals zwar monarchistischen, aber durchaus

1) vgl. Schüddekopf, a.a.O. S.95

2) vgl. Reinhardt, a.a.O. S.111

3) vgl. J.Beckmann, Der Dolchstoßprozeß in München vom 19.10. bis 20.11.1925, München 1925 - Selbstverständlich war sich die militärische Führung über die wirklichen Umstände, die zur militärischen Niederlage geführt hatten, klar, wie u.a. auch aus Äußerungen Seeckts vom Sommer 1919 hervorgeht. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.187ff.

nicht reaktionären Offiziers, sind bezeichnend für das Denken eines Großteils der gebildeten militärischen Führungsschicht, der sie nach Fritsch' Worten "besonders" gelten.¹⁾ Wie große Teile der Truppe, so stand auch das Offizierskorps geneigt, die Interessen des Heeres mit denen des nationalen Bürgertums gleichzusetzen, nach den harten bürgerkriegsähnlichen Kämpfen des Jahres 1919 dem demokratischen Regime erst recht kühl und distanziert gegenüber.²⁾ Enttäuschung und Skepsis nach dem militärischen Zusammenbruch hatten sich vielfach in grundsätzliches Mißtrauen gegen die aus der Niederlage hervorgegangene Staatsform gewandelt. Dazu kam das sozial und geistig bedingte Unvermögen, in einen Gegensatz zur nationalen Vergangenheit zu treten und den Verlust des Führungsanspruches anzuerkennen. Selbsterhaltungspflicht und Standesbewußtsein nötigten in gewisser Weise zur Aversion der Republik gegenüber. Trotzdem tolerierte das Offizierskorps in seiner Masse die Republik und verpflichtete sich ihr formell durch den Eid. Die Grundlagen des traditionellen Gehorsams aber waren erschüttert, seitdem der

-
- 1) vgl. Fritsch-Nachlaß, Bundesarchiv Koblenz, "Lagebeurteilung", wahrscheinlich im Herbst 1919 aufgezeichnet. "...Ein Teil ihrer Vertreter (der Vertreter der Regierung - d.V.) huldigt selbst pazifistischen Ansichten, und wäre es auch nur, um den Gegensatz zum verhaßten Militarismus zu betonen, vor dessen Überlegenheit man sich innerlich fürchtet... Schieber usw. sind die schlechten Stützen der jetzigen Regierung, da sie die einzigen sind, die mit den bestehenden Zuständen in Deutschland zufrieden sind." Die Regierung, die "anscheinend zu feige und unentschlossen" sei, solle "wenigstens nichts gegen diejenigen unternehmen, die für die Pflege vaterländischen Sinnes und Hebung der Volksmoral eintreten." Auch in einer "Lagebeurteilung" vom 28.3. 1920(!) fehlt nicht der ausdrückliche Hinweis: "Der... hauptsächlich in Betracht kommende Feind ist der innere und äußere Bolschewismus." Eine der Hauptthesen der Fritsch'schen "Lagebeurteilungen" ist die Empfehlung an das Bürgertum, die Zersplitterung zu überwinden und zusammen mit dem Heer alle Abwehrkräfte gegen den Bolschewismus zu mobilisieren. Vgl. ferner die von Seeckt konzipierten Richtlinien für Offiziere vom April 1919, die der General von Quast für das AOK Nord herausgab. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.132ff.
- 2) vgl. auch die ausführliche Schilderung bei Sauer, Die Reichswehr, a.a.O. S.240ff., S.245

deutsche Offizier zum ersten Male ohne Souverän und damit ohne eigentlichen Oberbefehlshaber und die persönlichen Bindungen an ihn seinen Dienst versah. Der erste republikanische Reichswehrminister glaubte daher, dem Traditionsbedürfnis des Heeres entgegenkommen zu müssen,¹⁾ anstatt die geschwächte Stellung der militärischen Führungsschicht im Sinne des neuen Regimes auszunutzen.²⁾ Nach seiner wie auch nach Seeckts Ansicht sollte das Heer und sein Offizierskorps an den meisten traditionellen Bindungen festhalten, zur gleichen Zeit aber bereit sein, den der Republik geleisteten Eid, der für die Reichswehr niemals ein "Eid des Herzens, sondern des Verstandes und der Resignation" wurde,³⁾ anzuerkennen und nötigenfalls auch einzulösen. "Eine Armee lebt für die Zukunft. Sie muß ihre Kraft in der Gegenwart aus der Vergangenheit nehmen. Tradition ist die Summe der als richtig erkannten und darum überlieferten geistigen und seelischen Begriffe. Keine Generation kann und darf ihre Kräfte dazu vergeuden, diese Begriffe stets von neuem zu erwerben."⁴⁾ Diese aus der Feder des Seeckt-Biographen Rabenau stammenden Formulierungen dürften sich mit Seeckts Stellung zur Traditionsfrage decken. Ohne an dieser Stelle erschöpfend auf das

-
- 1) In einem von Seeckt redigierten Armeebefehl vom 16.4.1919 heißt es: "Niemand verlangt vom Offizier das Aufgeben seiner Überzeugung... Überzeugungslosigkeit macht auch in den Augen des Gegners nur verächtlich. Wohl aber hat sich der Offizier bereits durch das Verbleiben in seiner Stellung dem neugeformten Staat zu Treue und Gehorsam verpflichtet. Das ist geschehen aus der allgemeinen Erkenntnis der harten Notwendigkeit der Stunde heraus." vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.133 - Aus diesen Sätzen Seeckts spricht unverhohlen die problematische Einstellung eines überwiegenden Teils des Offizierskorps. In wenigen Sätzen finden wir hier die innere Zwiespältigkeit in der Haltung der Reichswehr dem neuen Staat gegenüber verankert.
 - 2) vgl. Rosenberg, a.a.O. S.110. Nach Rosenberg hätte die Masse der Weltkriegsteilnehmer unter den überzeugten Republikanern die Erhaltung der ehrenvollen und beständigen soldatischen Tradition zu ihrer Aufgabe machen müssen, anstatt auf diesem wichtigen Gebiet die Initiative den "Nationalen" zu überlassen.
 - 3) vgl. H.Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: "Das Parlament", Beilage vom 24.11.1954, S.611
 - 4) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.485

komplexe Problem der Tradition einzugehen, läßt sich dazu feststellen: der konservative Teil des Offizierskorps hielt sich an die Grundsätze der preußisch-deutschen Militärtradition, weil man im Festhalten am scheinbar Bewährten das einzige Unterpfand für die Wahrung eines einheitlichen Geistes im neuen Heer erblickte, wenn es nicht an der Zersplitterung des deutschen Volkes und den unstabilen Verhältnissen im Inneren zugrunde gehen sollte. Daß die Reichswehr dadurch auf dem besten Wege war, sich vom bestehenden politischen System und vom Volk abzusondern,¹⁾ daß sie eine Art Traditionstruppe des kaiserlichen Deutschland wurde, war von den Politikern gewiß nicht, von der militärischen Führung zumindest nicht in diesem Ausmaß beabsichtigt. So hat sich Seeckt später (1935) selbst dagegen gewendet, daß die Wehrmacht zum "Staat im Staat", zur "Kastei" wurde, anstatt als Bestandteil des Volksganzen "im Staat dienend" aufzugehen.²⁾ Schon seit Herbst 1919 hat sich Seeckt mit dem Problem der Traditionspflege beschäftigt.³⁾ Damals setzte demnach bereits das Bestreben ein, durch Anknüpfung an die militärischen Traditionen im Kaiserreich Distanz zwischen Heer und republikanischem Regime und für die Truppe eigene Lebensformen zu schaffen. Seeckt hat dieser Auffassung später noch deutlicher Ausdruck verliehen, als er feststellte: "Das Heer hat seine ganz eigenen Lebensbedingungen und einen Charakter, der es von allen anderen Staatseinrichtungen unterscheidet."⁴⁾ Seeckts die Traditionspflege bejahende Auffassung⁵⁾ scheint sich gegenüber der kritischen General Reinhardts von Beginn an durchgesetzt zu haben. Als Seeckt in Gedankengängen, die Rechten und Pflichten des Heeres ebensolche des Staates

1) vgl. Eschenburg, a.a.O. S.198

2) vgl. Hans von Seeckt: Gedanken eines Soldaten, Berlin-Leipzig 1935, S.92

3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.485

4) vgl. Seeckt, Zukunft des Reiches, a.a.O. S.191

5) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.484f. - Rabenau führt u.a. aus: "Für Seeckt mußte alles darauf ankommen, aus der Tradition heraus zwei wesentliche Dinge zu retten... Es war einmal der Geist der alten Armee... Darüber hinaus mußte von der Tradition ausgehend das kriegerische Ethos überhaupt gerettet werden."

dem Heer gegenüberstellten,¹⁾ u.a. forderte, das Heer könne vom Staat erwarten, daß er ihm einen Anteil am öffentlichen Leben und "volle Freiheit in seiner Entwicklung und in seinem Eigenleben" garantiere, dachte er mit diesen das politische Primat in Frage stellenden Forderungen vor allem an die in der Reichswehr für notwendig gehaltene Traditionspflege. Die auch auf die im Krieg gemachten Erfahrungen gründenden Bestrebungen von Politikern und Militärs, die Reichswehr dem politischen Tagesstreit zu entziehen, förderten die aufgezeigte Entwicklung zum militärischen Eigenleben. Die Entpolitisierung der Truppe reichte vielfach über das Maß notwendiger Zurückhaltung gegenüber parteipolitischen Auseinandersetzungen hinaus und mündete geradewegs in grundsätzlichen Aversionen gegenüber dem gesamten politischen System, während die oberste Führung sich ausdrücklich das Recht vorbehielt, in die politische Entwicklung einzugreifen, wann immer sie es für richtig hielt.²⁾ Das Regime selbst hatte, sei es aus Schwäche, sei es auf der Suche nach Rückendeckung, diese Entwicklung eingeleitet und sogar begünstigt, als es sich während der Kontroversen um den Abschluß des Friedensvertrages von der Entscheidung der OHL abhängig machte.

Wie die maßgebenden Persönlichkeiten an der Spitze des Heeres, hielt die Mehrzahl der Offiziere damals ein zeitbedingtes Faktieren mit Männern des neuen Regimes für durchaus opportun und sogar notwendig,³⁾ solange den Interessen und Wünschen des Heeres damit gedient war.⁴⁾ Im gleichen Maße,

1) vgl. Seeckt, Gedanken, a.a.O. S.92

2) vgl. Hans von Seeckt, Die Reichswehr, Leipzig 1933, S.79

3) vgl. Volkmann, a.a.O. S.328. Nur im Fall eines drohenden Verfassungsbruches waren die Kommandeure im Bereich des Berliner Gruppenkommandos bereit, gegen die Regierung einzuschreiten.

4) Der damalige Oberleutnant und spätere General Walther Rehring führt in einer dem Bundesarchiv Koblenz vorliegenden Stellungnahme vom 15.5.1956 über die Stellung des Offizierskorps zum republikanischen Regime u.a. aus: "Meine Kameraden und ich standen der Weimarer Republik mindestens neutral, wenn nicht wohlwollend gegenüber." - ferner: Reinhardt, a.a.O. S.111, Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.133, Fritz Koch und Walther Reinhardt, Die Reichswehr, in "Handbuch der Politik", Bd.3, Berlin 1921, S.366

wie der nach der Niederlage zunächst hier und da im Offizierskorps ehrlich vertretene demokratische Gedanke in der Reichswehr wieder an Boden verlor, nicht zuletzt, weil sich ein großer Prozentsatz der militärischen Führungskräfte von den Begleit- und Folgerscheinungen des politischen Systemwechsels abgestoßen und vom Regime selbst und den es tragenden Volksschichten angefeindet fühlt, bestimmten zunehmend die so attentistisch gesinnten und die Republik nur unter Vorbehalt anerkennenden Kreise das Gesicht des Offizierskorps und damit das Wesen der sich formierenden Truppenverbände. Geistig und sozial war diese Gruppe, die zum Grundstock des Offiziersbestandes der Reichswehr wurde, aus der alten Armee hervorgegangen. Ihr gehörten auch die meisten in die Reichswehr übernommenen ehemaligen Generalstäbler als geistige Führungselite an. Bewußt oder rein gefühlsmäßig sahen sie in der Monarchie die einzige für Deutschland erstrebenswerte Staatsform,¹⁾ bewußt wurde die traditionelle Exklusivität des Offiziersstandes in die nachrevolutionäre Periode der Weimarer Republik übernommen. Der gesellschaftlichen Exklusivität entsprach die politische, da das demokratische Regime seinerseits auch den Offizieren "die Umstellung nicht leicht machte".²⁾ So verstand man es "als Selbstverständlichkeit", daß die Reichswehr "im Staat von Weimar ein Fremdkörper" zu bleiben hatte.³⁾ Aus dieser Haltung entstand der anhaltende Gewissenskonflikt zwischen

1) vgl. Fritsch's Lagebeurteilung vom 28.3.1920. "Der Schlüsselstein der moralischen Gesundheit" des deutschen Volkes erblickte Fritsch wie viele seiner Kameraden aus dem ehemaligen Generalstab "in der Wiedereinführung der Monarchie. Diese Staatsform halte ich für uns hier am besten geeignet, eine ruhige Weiterentwicklung zu gewährleisten. Eine frühere Einführung der Monarchie käme nur dann in Frage, wenn sich eine überragende Persönlichkeit als Monarch fände." Fritsch-Nachlaß, Bundesarchiv

2) vgl. "Vorwärts" vom 28.3.1920, Noskes Aufsatz: "Reichswehr und Kapp-Putsch"

3) vgl. D.v.Gholtitz, Soldat unter Soldaten, Konstanz, Zürich, Wien, 1951, S.14f. - ferner: W.v.Borstell, Deutsches Soldatentum und deutscher Sozialismus, in "Wissen und Wehr", Jg.1934, S.519

staatsbürgerlicher und militärischer Verpflichtung. Auf der anderen Seite war die Folge der gewollt apolitischen Einstellung der meisten Offiziere¹⁾ jene politische Weltfremdheit, die das Heer zu Ausgang der zwanziger Jahre nur ungenügenden Widerstand leisten ließ, als die verschiedensten politischen Kräfte mit jeweils wechselndem Vorzeichen die eine dieser Verpflichtungen gegen die andere auszuspielen versuchten.

Ein anderer bedeutend kleinerer Teil des militärischen Führungskorps bekundete seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages immer aggressiver seine offen feindselige Haltung gegenüber der Republik. Dieser Gruppe gehörten namentlich auch jene Offiziere an, für die der Zusammenbruch des Kaiserreiches zum Zusammenbruch ihrer Welt geworden war. In diesen Kreisen gab man den "Novemberverbrechern", dem "Lumpengesindel", der "Schandregierung", die alleinige Schuld

1) vgl. die schon zitierten Ausführungen des späteren Generals Mahring. "Politik, M. künft, Religion waren keine Kasinogespräche." Die überwiegende Mehrheit der Offiziere habe "keine politischen Interessen" gehabt, "da sie von der obersten politischen und militärischen Führung in diesem Sinn erzogen wurde." - ferner: die Aussagen des Generalobersten Jodl vor dem alliierten Militärtribunal, der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 15, Nürnberg 1948, S. 313, D. von Goltz, Soldat unter Soldaten, Zürich 1951, vor allem die einleitenden Kapitel, ebenfalls bei K. v. Baber du Faur, Macht und Ohnmacht, Stuttgart 1953, und H. Foertsch, Schuld und Verhängnis, Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der Geschichte der nationalsozialistischen Zeit, Stuttgart 1951.

an der deutschen Niederlage¹⁾ und betrieb die monarchische Restauration um jeden Preis. Daß Generale wie von der Goltz und v. Lüttwitz dabei vor einem Bürgerkrieg nicht zurückschreckten, haben die Vorgänge im Baltikum und später der Staatsstreich vom März 1920 bewiesen.²⁾ Diesen ihren Dienst trotz offenkundig antidemokratischer Gesinnung weiter verschenden, teils ausgesprochenen reaktionären,

- 1) Hier seien nur einige besonders bezeichnende Beispiele genannt: Der Oberst und Berliner Freikorpsführer Wilhelm Reinhard konnte schließlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages ungestraft und von Albert sogar noch gegen Scheidemann in Schutz genommen vor seinen Offizieren erklären "Jetzt unterschreibt das Lumpengesindel den Vertrag, geht auf die Villen in der Schweiz und läßt uns hier sitzen." (vgl. W. Reinhard, 1918/1919, Die Wehen der Republik, Berlin 1932, S.120 und S.44f. - Franke, Helmut, Staat im Staate, Aufzeichnungen eines Militaristen, Magdeburg 1924, S.26 - Scheidemann, Meinungen II, a.a.O. S.384 - Alfred Wiemann, Revolution von oben, Umsturz von unten, Berlin 1920, S.322, mit ähnlichen Äußerungen des Generals von der Schulenburg, der bis zu seinem Tod zu Seeckts Freunden zählte. - vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.356) Als der Befehlshaber der Ostseestation, Admiral von Meurer, im Befehl 215 zum Neujahrstage des Jahres 1920 allerdings die Regierung beschimpfte und die ihm unterstellten Verbände "zur Tat" gegen den "schleichenden Geist der Zersetzung" aufrief, ließ sich auch die sonst erstaunlich langmütige Regierung diesen Angriff auf ihre Autorität nicht gefallen und verabschiedete den Admiral. (vgl. "Vorwärts", Abendausgabe vom 5.1.1920 und Morgenausgabe vom 9.1.1920)
- 2) vgl. Rüdiger Graf v.d.Goltz, Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920, S.237f. - Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.204ff. Wie große Teile des Offizierskorps über die Absichten der "Baltikumer" dachten, geht aus einem am 31. August 1919 geschriebenen Brief des späteren Generalobersten Hermann Freiherr von Fritsch hervor, den dieser an einen vermutlich im Stab der OHL diensttuenden Offizier richtete (Fritsch-Nachlaß). Fritsch schließt hier die Möglichkeit nicht aus, daß von den Baltikum-Truppen "eine Art Gegenrevolution" ausgehen könnte, vorausgesetzt, daß die Aktion zentral gelenkt werde. Wenn sich die Baltikum-Truppen den Weisungen der Regierung nicht unterwerfen wollten, so blieben sie "am besten im Baltikum". Wäre das der Fall, schreibt Fritsch, es könnte "uns das, wenn es nicht mit einer so groben Insubordination verbunden wäre, politisch nur recht sein." Im Prinzip waren also auch Offiziere wie Fritsch mit einem gewaltsamen Systemwandel einverstanden, nur: der Bestand des Heeres durfte nicht durch Verstöße gegen die militärische Disziplin und Ordnung gefährdet werden. - ferner: L. Schumann, Wolfgang Kapp und das März-Unternehmen vom Jahre 1920, München-Berlin 1937, S.128ff.

teils entwurzelten Kräften in hohen und höchsten militärischen Führungsstellen, deren Oberhaupt der von Noske zum Befehlshaber des wichtigen Berliner Gruppenkommandos ernannte General von Lüttwitz war, stand 1919/20 eine zahlenmäßig nicht sonderlich starke Gruppe von meist jüngeren, unerfahrenen Offizieren gegenüber, die die demokratische Staatsform als positive Schöpfung bejahten. Der "Republikanische Führerbund", 1919 gegründet, wurde zum Sammelbecken dieser Kreise um die ehemaligen Offiziere des Kaiserheeres Colin Ross und Franz C. Andres, die von dem Gedanken durchdrungen waren, es müsse, u.a. auch durch eine entsprechende personelle Besetzung der Reichswehrführung, gelingen, das Heer zu demokratisieren und zu einem Instrument gegen Umsturzversuche von links und rechts werden zu lassen.¹⁾ Während der Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestalt des Heeres schwand der Einfluß dieser demokratischen Gruppe im Offizierskorps mehr und mehr.²⁾

Noske förderte die Offiziere, die sich offen zur Republik bekannten, nicht, weil er unter ihnen keine geeigneten militärischen Führungspersönlichkeiten sah.³⁾ Da aber auch die maßgebenden Offiziere des Ministeriums, die, das war Seeckts Streben gewesen,⁴⁾ in ihrer Mehrzahl dem ehemaligen Generalstab entstammten, ähnlich wie der Chef der Heeresleitung dachten,⁵⁾ wurden im Rahmen der Personalpolitik und der Entpolitisiertungsmaßnahmen neben kommunistischen auch demokratische Gedankengänge vom Heer und dem Offizierskorps ferngehalten.

Die Übernahme des relativ intakten Militärapparates aus dem kaiserlichen Deutschland in die Republik barg Gefahren in sich, die auch unter normalen politischen Verhältnissen in einem stabilen Staatswesen Gegenmaßnahmen erforderlich gemacht hätten. Das neue Heer, das nach Gesinnung, Tradition, Aufbau eine Reihe von Wesensmerkmalen der alten Armee in

1) vgl. Andres, a.a.O. S.42f., wo das Programm des Republikanischen Führerbundes wiedergegeben ist. - Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.470 - Maercker, a.a.O. S.325, V.Fhr. v.Lüttwitz, Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934, S.89

2) vgl. Franke, a.a.O. S.170

3) vgl. Noske, Von Kiel, a.a.O. S.199

4) vgl. Seeckts Schreiben an Hindenburg vom 7.Juli 1919, Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.188

5) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.470

sich trug, mußte, das war die Aufgabe des zivilen Ressortministers, über die durch den Friedensvertrag zwangsweise bedingten Abwandlungen hinaus an den neuen Staat gebunden werden: Es galt, dem demokratischen Gedanken im Heer und vor allem im Offizierskorps einen festen Rückhalt zu verschaffen und das Heer als Ganzes aus den Bindungen der Vergangenheit so weit zu lösen, daß militärische Tradition und militärisches Denken nicht mehr im Widerspruch zum neuen Staatsgedanken standen. Diese unerläßliche Demokratisierung selbst gegen den Wortlaut der Bestimmungen des Friedensvertrages durchzusetzen, dazu waren die neuen Machthaber nicht in der Lage. Teils fehlte ihnen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, der klare leidenschaftslose Blick für die militärpolitischen Notwendigkeiten, teils verharrten sie aus traditioneller Weltfremdheit dem Heer gegenüber, begründet in der jahrzehntelangen wehrfeindlichen Propaganda der Sozialdemokratie gegen das Heer als Instrument der herrschenden Klassen, in fruchtloser Negation, anstatt die politische und moralische Berechtigung der Existenz einer bewaffneten Macht anzuerkennen. Die Anhängerschaft der demokratischen Parteien überließ nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs den Gegnern des neuen Regimes die Waffen. Sie war froh, dem Krieg entronnen zu sein und die Uniform wieder mit der Zivilkleidung vertauschen zu können. Namentlich die Arbeiterschaft, durch militärische Übergriffe in der Übergangszeit verbittert, lehnte es konsequent ab, dem Reichswehrminister die von ihm verlangte Unterstützung zu gewähren. Sie blieb dem neuen Heer, von den meisten ihrer Führer darin bestärkt, fern.¹⁾ An dieser Einstellung vermochten auch die Warnungen von Männern wie Ebert und Noske

1) vgl. Richard Bernstein, Der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin 1920 - Bernstein berichtet ausführlich über die Haltung der Arbeiterschaft, die nicht bereit war, sich für das Heer des neuen Staates "herzugeben" (S.4 f.) und deren Organisationen sogar jedem einzelnen in die Reichswehr eintretenden Arbeiter mit dem Boykott drohten. (S.6) - ferner: Caspar, a.a.O. S.57f.

nichts zu ändern.¹⁾ "Die Arbeiterschaft wollte die Macht im Staat mit dem Stimmzettel erkämpfen..."²⁾ Unter den Soldaten und Offizieren der neuen Armee wären daher die wenigsten vorbehaltlos bereit gewesen, die Republik gegen einen Staatsstreich von rechts zu verteidigen. Die Einbeziehung des alten Machtapparates in das demokratische System, die Durchdringung des Heeres, das zudem noch in fortwährenden Kämpfen gegen aufständische Arbeiter stand, mit demokratischen Gedanken und die Auffüllung der einzelnen Verbände mit zuverlässigen Anhängern der Republik war nicht allein Sache des Wehrministers, der später vielfach "zum Lündenbock für die Fehler anderer"³⁾ gemacht wurde, sondern sie war ebenso sehr der gesamten Regierung und den sie tragenden demokratischen Organisationen anvertraut. Selbst als Regierungspartei vermochte die Sozialdemokratie kein neues Verhältnis zum Heeresproblem zu gewinnen. Da sich außerdem die militärpolitischen Ziele der sozialdemokratischen Regierung nicht mit der wehrfeindlichen Haltung eines Großteils der eigenen Anhängerschaft deckten, waren selbst die vieldiskutierten bescheidenen Ansätze zur Aufstellung demokratischer Truppenteile von vornherein zum Scheitern verur-

1) Noch Ende Februar 1920 hatte Noske auf einer Versammlung von Funktionären und Betriebsräten der SPD in Hamburg angekündigt, die Reichswehr werde am 1.4.1920 zum ersten Male wieder 15-16000 Mann als Rekruten einstellen. Die Parteigenossen sollten dafür sorgen, "daß nicht nur wieder die Söhne der Gutsbesitzer und Kapitalisten kämen, sondern sie sollten auch ihre Söhne hinschicken." (vgl. "Vorwärts" vom 20.2.1920, Abendausgabe) - ferner: Schüddkopf, a.a.O. S.75, der einen Aufruf Berts an die Arbeiterschaft aus: "Felden, eines Menschen Weg, Friedrich Berts Leben, Berlin 1927, S.336, zitiert. - ferner: Noske, Von Kiel, a.a.O. S.120f.

2) vgl. Schüddkopf, a.a.O. S.32

3) vgl. Noske, Von Kiel, a.a.O. S.210. - Auch Bert war, wie Noske, "für die Erhaltung eines geschlossenen Offizierskorps" eingetreten. (vgl. Groeners Schreiben an Hindenburg vom 7. August 1919, Groener-Nachlaß, Mikrofilm)

teilt,¹⁾ und der Regierung blieb nur die eine Wahl: Einsatz des Freikorps. Während dem Thert'schen Aufruf zur Bildung einer demokratischen freiwilligen "Volkswehr" vom 12. Dezember 1918 kein Erfolg beschieden war, blieben alle anderen Aufstellungen republikanischer Truppeneinheiten von teilweise allerdings nur sehr bedingtem Kampfwert auf den Raum Berlin beschränkt. Ein größerer Teil der dort zusammengefaßten Mannschaften ging während der spartakistischen Januar- und März-Unruhen zu den Aufständischen über. In Süddeutschland, namentlich in Bayern, versagten die mehrheitssozialistischen Verbände im Frühjahr 1919 vollkommen.²⁾

Selbst wenn man für die Zwangslage, in die die ersten deutschen Regierungen nach dem Zusammenbruch unter dem innen- wie außenpolitischen Doppeldruck geraten waren, Verständnis aufbringt, und wenn man berücksichtigt, daß die deutsche Revolution von 1918 auch auf anderen Gebieten staatlichen Lebens unvollendet blieb, wird man die Bemühungen des neuen Regimes um die Demokratisierung des Heeres unzulänglich finden und in ihrem Mißlingen eine der historischen Fehlleistungen der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik sehen müssen.³⁾ In einem Berufsheer wie dem Deutschland aufgezwungen wurde dem Reichswehrminister die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben schwerer gemacht als in einem demokratischen Gedankengängen gegenüber aufgeschlosseneren Wehrpflicht

-
- 1) vgl. F. Thert, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2.Bd., Dresden 1926, S.110 - ferner: Bernstein, a.a.O. S.6 - Bis zur Gründung des "Reichsbanners" im Februar 1924 betätigten sich die demokratischen Kräfte kaum auf wehrpolitischem Gebiet - Andres, a.a.O. S.85 - Caspar, a.a.O. S.47ff. - Das 1920 veröffentlichte "Handbuch für den sozialdemokratischen Wähler" bedauerte die durch den Friedensvertrag unmöglich gemachte Aufstellung eines "Volksheeres". Man müsse sich mit dem Söldnerheer abfinden und es "dem Wesen und den Zwecken der Demokratie" soweit als möglich anpassen. (Vgl. Sozialdemokratie und Wehrfrage, Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten, zusammengestellt von Karl Drott, Hannover 1956, S. 87ff.)
 - 2) vgl. Harn.Schützinger, Der Kampf um die Republik, Leipzig 1924, S.53ff. - Caspar, a.a.O. S.47ff.
 - 3) vgl. H.Peters, Friedrich Thert, Berlin 1954, S.127f. - ferner: Noske, Von Kiel bis Kapp, a.a.O. S.199

Heer. Auch war die bewaffnete Macht in den ersten einhalb Jahren des Bestehens der Weimarer Republik nahezu ständig in harte innerpolitische Kämpfe verstrickt. Das waren zusätzliche Belastungen, die dem Heer und dem für seine Entwicklung verantwortlichen Minister auferlegt waren. Noskes Hoffnung, das Heer werde später, sobald sich die Verhältnisse in Deutschland konsolidiert hätten, auf den Weg der Demokratisierung einschwenken, zeugte allerdings von einer gerade für den Leiter des Wehrressorts gefährlichen Verkenntung des Beharrungsvermögens einer militärischen Institution und des militärischen Drangs zur Eigenständigkeit. Der 1918/19 lediglich als "vorläufig" proklamierte Verzicht auf die Demokratisierung des Heeres und seine Lösung aus den Bindungen der Tradition war später nur schwer wieder rückgängig zu machen.¹⁾ Nach der inneren Konsolidierung Deutschlands sollte sich erweisen, daß dieser Verzicht ein endgültiger gewesen war und die Urheber der Republik nicht fähig gewesen waren, ein zuverlässiges Heer aufzubauen. Aber noch auf einem anderen Gebiet des Heerwesens rächten sich die Unterlassungen und Fehler des ersten republikanischen Wehrministers während des Kapp-Putsches auf besonders augenscheinliche Art: Auf dem Gebiet der Personalpolitik. Die Regierung konnte sich aus falsch verstandenem Gerechtigkeitsgefühl und innerer Schwäche der militärischen Führung gegenüber nicht dazu verstehen, die Kräfte, die dem Regime bei der Wiederherstellung der Ruhe im Inneren des Reiches halfen, ihm aber dessen ungeachtet feindlich gegenüberstanden, aus den Reihen des neuen Heeres auszuschließen. Noske wie die anderen maßgeblichen Repräsentanten der Regierung verlangten vom Heer und seinem Offizierskorps keinen Gesinnungswandel, sondern lediglich die loyale Erfüllung der dienstlichen Aufgaben.²⁾ So unbestreitbar energisch Noske als Reichswehrminister gegen alle linksradikalen Elemente in der Truppe vorging, so wenig aktiv war er in

1) vgl. K. Severing, Mein Lebensweg, 1. Bd., Köln 1950, S. 332 - Als Severing 1921 fordert, daß sich die demokratischen Organisationen an der Demokratisierung der Reichswehr beteiligten, war die entgegengesetzte Entwicklung in der Truppe selbst schon zu weit fortgeschritten, abgesehen davon, daß selbst damals dem Regime noch nicht die geeigneten Mittel zur Verfolgung derartiger Pläne zur Verfügung standen.

2) vgl. Maercker, a.a.O. S. 50 - Noske, Von Kiel, a.a.O. S. 72f.

seinen Maßnahmen gegen die antirepublikanischen Kräfte auf der Rechten und die mit ihnen sympathisierenden Offiziere.¹⁾ Mit Ausnahme der tausend ehemaligen Berufsunteroffiziere, im Heer verächtlich "Noske-Offiziere" genannt, waren dem Offizierskorps der Reichswehr keine neuen Kräfte zugeführt worden.²⁾ Dabei waren diese Berufsunteroffiziere des alten kaiserlichen Heeres traditionsgemäß in einer sozialen und weltanschaulichen Umgebung aufgewachsen, die der der Republik wenig entsprach. Noske glaubte die Staatsverdrossenheit und sogar Illoyalität großer Teile der militärischen Führungsschicht mit Rücksicht auf die Unterstützung, die das Regime durch das Heer erfuhr, in Kauf nehmen zu müssen.³⁾ Das war, in Anbetracht des Umstandes, daß er das neue Heer ganz bewußt vom Offizierskorps her aufzubauen versuchte, ein verhängnisvoller Fehler, der außerdem durch die allmähliche Ausmerzungen vieler demokratischer Gesinnung verdächtigter Offiziere vonseiten der militärischen Vorgesetzten besonderes Gewicht erhielt und die Position des Regimes dem Heer gegenüber noch schwächer erscheinen ließ.

Die Dinge drängten zur Entscheidung, als die Offizierskreise um Lüttwitz⁴⁾, die im Sommer 1919 nur widerstrebend von ihren Putschabsichten Abstand genommen hatten, Verbündete zum

-
- 1) vgl. Lüttwitz, a.a.O. S.31
 - 2) über Noskes Haltung dem Unteroffiziersstand gegenüber vgl. Noske, Von Kiel, a.a.O. S.51, S.172
 - 3) Offiziere wie General Maercker und Oberst Reinhardt stellten eigene Freikorps unter der Bedingung auf, daß die Regierung ihnen weitgehend Handlungsfreiheit ließ. (vgl. W.Reinhardt, 1918/1919 - Die Wachen der Republik, Berlin 1932, S.76) - Wheeler-Bennett, a.a.O. S.98 - Die bei der Niederwerfung innerer Unruheherde schon zur Gewohnheit gewordene Selbständigkeit des einzelnen militärischen Befehlshabers führte während des Kapp-Putsches dazu, daß eine Reihe von Offizieren glaubte, wiederum selbstherrliche Entscheidungen von politischer Tragweite fällen zu dürfen. Vgl. in dieser Arbeit S. 100ff.
 - 4) Schon am 24.6.1919 richtete der "Vorwärts" in seiner Abendausgabe "ein deutliches Wort der Warnung" an Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, als in der gleichen Ausgabe unter der Schlagzeile "Verschwörung im Korps Lüttwitz" über Putschvorbereitungen berichtet wurde. In durchaus maßvoller Weise forderte der Leitartikel alle unzufriedenen Reichswehrangehörigen auf, den Abschied zu nehmen.

Kampf gegen das "erfüllungswillige" republikanische System fanden. Am 18. August 1919, dem Tag der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten und einem Tag nach einem Vortrag Lüttwitz' beim Reichskanzler, hatten sich Lüttwitz und Kapp zum ersten Male getroffen. Am 1. November fühlte sich Lüttwitz bereits so sicher, daß er den Reichswehrminister in ultimativer Form aufforderte, sich gegen das sozialdemokratische Kabinett für die Durchsetzung der von der Truppe geforderten wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen zu verwenden, im anderen Falle würde der General die Truppe gegen die Regierung führen. Weder Noske noch der Reichspräsident haben damals auf die Drohungen und politischen Inmischungsversuche entsprechend reagiert.¹⁾ Zur eigentlichen militärischen Basis des Unternehmens vom 13. März 1920 wurden die gegen ihre von den Alliierten erzwungene Auflösung meuternden Verbände der Brigade Ehrhardt zusammen mit anderen freikorpsähnlichen Verbänden.²⁾ Die Angehörigen dieser politisierten Truppenteile sympathisierten nicht mit dem attentistischen Kurs Seeckts oder Schleichers. Ihre Führer, zu denen auch Hauptmann Papst gehörte, glaubten aber seit dem Spätsommer 1919 trotzdem auf eine Zusammenarbeit mit der Masse der Reichswehroffiziere im Falle eines nationalen Staatsstreiches rechnen zu können.³⁾ Aus ihrem Einsatz für den Bestand des Reiches leiteten sie einen Anspruch auf die Führung im Reich und im Kampf gegen die Republik ab.⁴⁾ Aber auch in großen Teilen des Offizierskorps der regulären Reichswehr löste die Nachricht von der bevorstehenden Auflösung kampfkraftiger Einheiten zu diesem Zeitpunkt besondere Unruhe aus angesichts der erhöhten Be-

1) vgl. "Vorwärts", Berlin 24.6.1919, ("Verschwörung im Korps Lüttwitz") - ferner: v. Lüttwitz, Im Kampf gegen die Novemberrevolution, Berlin 1934, S. 86ff., 90ff.

2) vgl. A. Bronnen, Loßbach, Berlin 1930, S. 99ff.

3) vgl. Liebe, a.a.O. S. 52ff.

4) vgl. F.W. Heinz, Die Nation greift an, Berlin 1933, S. 85f. - Im "Vorwärts" vom 28.3.1920 führte Noske in seinem Rückblick "Reichswehr und Kapp-Putsch" über die Freiwilligenverbände aus: Diese hätten sich zwar "militärisch" bewährt, "politisch" aber hätten sie dem Reichswehrministerium nichts als Schwierigkeiten bereitet. Er habe als Minister diese Gefahr "nie verkannt" und darum das Freikorpswesen bald eingeschränkt.

drohung der deutschen Ostgebiete durch den Bolschewismus.¹⁾
 General von Lüttwitz war gegen den Sozialdemokraten Noske²⁾
 genauso eingenommen wie gegen Reinhard und Seeckt, denen er
 das Faktieren mit den Regierenden vorwarf. Da Lüttwitz in
 Kapp und der hinter ihm stehenden "Nationalen Vereinigung"
 die im wesentlichen gleichgeartete Bewegung erkannt hatte,
 akzeptierte er um des gemeinsamen Zieles willen sogar Kapps
 Mittelstands- und Siedlungspolitik. Die Forderungen des Gene-
 rallandschaftsdirektors nach Reichstags- und Präsidentschafts-
 wahlen entsprachen ganz seinen eigenen Plänen.³⁾ Im Ernstfall
 hoffte der General auf die Unterstützung der Deutschen Volks-
 partei und der Deutschnationalen, soweit waren seine Ver-
 handlungen mit diesen Parteien bis Anfang März 1920 gedie-
 hen.⁴⁾ Im Heer glaubte Lüttwitz als rangältester General in
 der entscheidenden Stunde auch die übrige Generalität auf
 seiner Seite zu haben.⁵⁾ In dieser Situation hing alles von

-
- 1) vgl. Stampfer, a.a.O. S.164 - Schüddekopf, a.a.O. S.80,
 Noske, Von Kiel bis Kapp, a.a.O. S.203
 - 2) Noske behauptete am 2.4.1920 im "Vorwärts": "Zur Bespre-
 chung von Truppenwünschen ist Lüttwitz oft bei mir gewe-
 sen. Dabei habe ich die Neutralität meines Urteils bewahrt.
 Seine Loyalität mir persönlich gegenüber hat er hundertmal
 betont."
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.218 -
 Ludendorff, Vom Feldherren, a.a.O. S.108: Zeitweise wurde
 im Zusammenhang mit dem Präsidentschaftskandidaten zum
 ersten Male nach dem Kriege bereits der Name Hindenburgs
 erwähnt.
 - 4) Die beiden Abgeordneten der DVP und DNVP Heinze und Mergt
 hatten am 2.3.1920 ein Gespräch mit Lüttwitz gehabt und
 den General von seinem Vorhaben abzubringen versucht.
 Andererseits hatten die beiden Politiker es allerdings auch
 unterlassen, der Regierung oder dem Reichstag während der
 Sitzung am 9.März vom Inhalt dieses Gespräches Mitteilung
 zu machen, ein Umstand, der Wels am 30.3.1920 im Reichstag
 veranlaßte, den beiden Abgeordneten vorzuwerfen, sie hät-
 ten wahrscheinlich nach einem gelungenen Staatsstreich die
 vollzogenen Tatsachen anerkannt. Vgl. Natvers. a.a.O. Bd.332,
 S.5005.
 - 5) Da Kapp auch mit Ludendorff verhandelte, sprach eine große
 Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Glanz dieses Namens etwa
 noch zögernde Generale und Truppenverbände zur Beteiligung
 am Staatsstreich veranlassen würde. Lüttwitz wußte aller-
 dings nicht, daß Ludendorff Kapps Angebot, den zweiten
 Platz in dem geplanten Direktorium anzunehmen, entrüstet
 abgelehnt hatte. - vgl. W.Breucker, Die Tragik Ludendorffs,
 Stollhamm 1953, S.95f. - ferner: Ludendorff, Vom Feld-
 herren, a.a.O. S.99

der Haltung der Wehrkreisbefehlshaber und der Einstellung des Befehlshabers im Gruppenkommando II (Kassel) ab.

Die Verstimmung der in Aufstellung begriffenen Reichswehrverbände über ihre Verwendung zu "Polizeiaktionen", d.h. zur Bekämpfung innerer Unruheherde, gab zusammen mit den die Heeresverminderung, die Kriegsverbrecher-Prozesse und die Amnestierung der Baltikumer betreffenden Auseinandersetzungen den letzten Anstoß zur Rebellion der Militärs um Lüttwitz. Hinzu kam der Unmut gegen das Reichswehrministerium, in welchem die Truppe vielfach das ausführende Organ des mißliebigen Regimes erblickte. Von Mitte Februar 1920 an war es vornehmlich Lüttwitz, der Kapp förmlich zur Entscheidung drängte. Lüttwitz wäre nicht bereit gewesen, von einem Politiker wie Kapp Ratschläge anzunehmen: er und nicht Kapp wurde am Ende zum Initiator des Staatsstreiches, der von den nationalistischen Politikern nicht zu diesem Termin und nicht in einem solchen Ausmaß geplant gewesen war.¹⁾ So zeigte sich im Lager des Staatsstreiches im Frühjahr 1920 das gleiche mangelnde Einvernehmen zwischen politischen und militärischen Stellen, das sich zur gleichen Zeit auch störend auf die Beziehungen von Reichsregierung und militärischer Reichswehrführung auswirkte. Unterschiedliche Auffassungen bestanden auch über die Sicherung der durch den Staatsstreich errungenen Erfolge. Kapp wäre nicht zu einem Zusammengehen mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu bewegen gewesen, während, neben anderen Offizieren, Lüttwitz und Ludendorff zeitweise derartige Pläne hegten.²⁾ Am 10. März offenbarte sich, daß Lüttwitz

1) vgl. Rabenau, Seeckt- Aus seinem Leben, a.a.O. S.218f. - ferner: Werner Liebe: Die Deutsch-Nationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956, S.53, S.150, Anm.233

2) vgl. Volkmann, a.a.O. S.346ff. - ferner: Lüttwitz, a.a.O. S.112f., Koske, Erlebtes, a.a.O. S.158ff., Gevering I, a.a.O. S.256. Im Nachlaß des späteren Generalobersten von Fritsch befindet sich eine "Lagebeurteilung" aus dieser Zeit, in welcher Fritsch die "antinationale Haltung der Arbeiterschaft" beklagt. Nur klarblickende und national denkende Männer könnten die Arbeiterschaft führen, "nicht weltfremde Narren und Schufte, die von der Volksverhetzung leben... Vielleicht, sogar wahrscheinlich werden wir nur durch die Schule der Not zu nationalen Arbeiterführern kommen."

nicht weiter willens war, die Politik den zivilen Instanzen allein zu überlassen, Kapp ebensowenig wie Ebert oder Bauer. Der auf innenpolitischem Gebiet nur mangelhaft vorgebildete Offizier drohte dem Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichswehrministers bei Nichterfüllung seiner die Durchführung allgemeiner Reichstags- und Präsidentenwahlen betreffenden politischen Forderungen mit einem Staatsstreich. Lüttwitz war entschlossen, seine Drohungen in die Tat umzusetzen, auch ohne sich vorher mit Kapp oder anderen zivilen Beteiligten über den günstigsten Termin, geschweige denn über Einzelheiten der von ihm geplanten militärischen Aktion zu beraten. So erfuhr ein Großteil der zivilen Putschisten erst durch die Zeitungen von dem bereits durchgeführten Unternehmen.¹⁾ Den Repräsentanten der Republik fehlte auch in dieser Stunde wieder der Mut zum entscheidenden Entschluß: nur ein solcher wäre geeignet gewesen, den militärischen Übergriff zurückzuweisen, und den Staatsstreich vom 13. März zu verhüten.²⁾ Ebert und seine Ratgeber sahen damals trotz der ihnen in großer Zahl zugegangenen Warnungen³⁾ nur die eine Gefahr: die drohende Zersplitterung der Reichswehr und die Gefahr des Bolschewismus, gegen den sich keine Schutz-

1) vgl. Liebe, a.a.O. S. 53 und S. 150, Anm. 235

2) vgl. Lüttwitz, a.a.O. S. 118 - F. Ebert, Schriften, a.a.O. S. 99ff. - P. Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928, S. 392 - "Über Lüttwitz" Verhältnis zu Ebert siehe auch: Lüttwitz, a.a.O. S. 89f.

3) vgl. Natzeus. Bd. 332, S. 5005 f. - "Vorwärts", Abendausgabe vom 27.3.1920: Seeckt stellte in einem Interview die Behauptung auf: "Ich habe die Sache kommen sehen. Ich habe gewarnt nach allen Seiten hin. Aber starke, energische Maßnahmen waren leider nicht durchzusetzen. Noske dachte immer, es wird schon gehen." Noske gab in der gleichen Nummer eine Erwiderung: "General von Seeckt kann sich so nicht geäußert haben, weil solche Auslassung zur Wahrheit im schroffsten Gegensatz stände." Seeckt habe immer die Möglichkeit zum Vortrag beim Reichswehrminister gehabt, habe diese Möglichkeit allerdings selten ausgenutzt und "niemals bestimmte konkrete Vorschläge für starke energische Maßnahmen gemacht. Ich habe oft auf Mißstände hingewiesen und dann häufig den Einwand gehört, den General von Seeckt für sein Davieren geltend machte: Man dürfe Truppe und Offizierskorps nicht verprellen."

truppe mehr finden würde.¹⁾ Selbst die offene Kampfansage Lüttwitz' bewog die Regierung nicht, sich seiner durch die Verhaftung zu versichern. Die einzige Maßnahme, zu der man sich damals aufraffte, war die, daß der Reichspräsident dem meuternden General die Verfügungsgewalt über einen Teil der diesem unterstellten Truppen in der Erwartung entzog, der General werde dann seinen Abschied einreichen. Gerade dieses Verhalten Lberts und Noskes verdeutlicht, wie sehr den beiden für die Entwicklung des Heeres verantwortlichen Männern jeglicher Blick für die militärische Lage und das Wissen um die Möglichkeiten, das Instrument des Heeres einzusetzen, mangelte. Nur so konnte es geschehen, daß nicht einmal der Reichswehrminister über die Anzeichen des bevorstehenden militärischen Staatsstreiches ausreichend unterrichtet, geschweige denn über die Kräfte der Rebellen informiert war.

1) vgl. T. Heuss, Kapp-Lüttwitz, Verbrechen gegen die Nation, Berlin 1920, S. 3 - Craig, The Politics, a.a.O. S. 375. Mitglieder der britischen Militärkommission hatten der englischen Regierung schon Ende 1919 über den bevorstehenden Staatsstreich und seine Urheber berichten können. - Troeltsch, Ernst, Spektatorbriefe, hrsg. v. Hans Baron, Tübingen 1924, S. 118. Auch Troeltsch weiß zu berichten, daß die Reichsregierung schon seit geraumer Zeit von der Verschwörungstätigkeit einer Reihe von Generalen und Stabsoffizieren wußte, daß sie aber daran glaubte, die Mannschaft würde nicht "mittun". Der Hauptgeschäftsführer der DNVP, v. Lindener-Wildau, suchte bereits am 8.3.1920 den Staatskommissar für die öffentliche Ordnung, von Berger, auf und unterrichtete ihn über die in der Reichswehr und den Freikorps herrschende Erregung und verdächtige Unruhe (vgl. Liebe, a.a.O. S. 54). Der "Vorwärts", der in der Abendausgabe v. 12.3.1920 kaum mehr als vage Andeutungen über die gärende Unruhe in der Reichswehr gebracht hatte, erschien in der Morgenausgabe vom 13.3.1920 mit den alarmierenden Schlagzeilen "Die Republik in Gefahr" und "Alarmbereitschaft". Er erhob schärfste Vorwürfe gegen den Staatskommissar von Berger, der von den militärischen Vorhaben "nichts gemerkt" habe. Allerdings glaubte der Schreiber doch daran, daß die Reichswehr in ihrer übergroßen Mehrheit die Republik verteidigen werde. "Würde diese Hoffnung trügen, dann wäre für die Arbeiterschaft die Zeit gekommen, ihr Gewicht in die Waagschale der Entscheidung zu werfen. Sie müßte dann mit der Waffe der Arbeitsverweigerung nach bestimmtem Plan der gegenrevolutionären Gewaltregierung das Regieren unmöglich machen.... Noske hat immer wieder... an dem Glauben festgehalten, daß eine ernste Gefahr von rechts nicht besteht und daß er der Reichswehr unbedingt sicher sein kann. Er weiß, was für ihn und für alles davon abhängt, daß er mit diesem Vertrauen jetzt Recht behält... Soweit wie es diesmal gekommen ist, dürfte es nicht kommen und darf es nicht wieder kommen!"

Auf die Seite der Regierung Kapp stellten sich bedingungslos die Brigade- und Divisionskommandeure in Ostpreußen, Schlesien¹⁾, Mecklenburg sowie eine in Thüringen stehende Brigade und die Marinekommandos der Nord- und Ostsee zusammen mit dem Chef der Marineleitung.²⁾ Die in Berlin und in der näheren Umgebung stationierten Truppenteile schlossen sich fast ausnahmslos³⁾ an, fest davon überzeugt, durchaus "verfassungstreu" zu handeln.⁴⁾ Insgesamt dürften sich nach einem Lagebericht, den Noskes Adjutant Major von Gilsa nach dem Scheitern des Putsches veröffentlichte, an Heeresseinheiten rund 20 000 Mann Kapp angeschlossen haben, ein Erfolg der geschickten Agitation, daß die Regierung Kapp-Lüttwitz die Truppenverminderungen nicht durchführen würde.⁵⁾

Die Wehrkreiskommandeure im übrigen Deutschland warteten ab oder waren zumindest nicht willens, sogleich offen für die neue Regierung Partei zu ergreifen. In Dresden zögerte General Maercker tagelang unentschlossen. Ihm hatten die Verschwörer die Aufgabe zuerteilt, die Regierung Bauer während ihres Dresdener Aufenthaltes zu verhaften. Wie schon im Sommer 1919 fühlte sich Maercker auch jetzt wieder berufen, eine ihm als General nicht zustehende politische Vermittlerrolle zu übernehmen. Erst als das Scheitern der Revolte immer offener wurde, und als der General mit seinen Ver-

-
- 1) vgl. Liebe, a.a.O. S.56 u.152, Anm.238 - Der für Schlesien zuständige Kommandierende General von Friedeburg, der anfänglich seine Bereitschaft erklärt hatte, mit den ihm unterstellten Truppen die rechtmäßige Regierung zu unterstützen, überließ das Kommando widerstandslos einem Gefolgsmann der Regierung Kapp-Lüttwitz.
 - 2) vgl. Erich Raeder, Mein Leben, Tübingen 1956, S.182, wo sich Material über die damalige Haltung des Admirals von Trotha befindet, der nach Raeders Ansicht Lüttwitz durch die Behauptung getäuscht wurde, daß er sich in Berlin befinde und selbst an den Vorbereitungen für eine neue Regierung Anteil habe. Aus diesem Grunde habe Trotha keinen Anlaß gesehen, sich den Putschisten entgegenzustellen. - Ähnlich über das Verhalten des Wilhelmshavener Stationskommandanten, Vizeadmiral Michelsen, vgl. Noske, Erlebtes, a.a.O. S.167.
 - 3) vgl. die Ausführungen Noskes im "Vorwärts" vom 2.4.1920. Danach haben sich überhaupt nur zwei Truppenteile des Gruppenkommandos auf die Seite der Regierung Bauer gestellt.
 - 4) vgl. Schüddekopf, a.a.O. S.55, Anm.173
 - 5) vgl. "Frankfurter Zeitung", 1.Morgenblatt vom 18.3.1920

mittlungsvorschlägen in Stuttgart kein Gehör mehr fand, entschied sich Maercker gegen die Kapp-Regierung.¹⁾ In München und unter den bayrischen Truppen herrschte teilweise unverschleierte Sympathie für Lüttwitz und Kapp.²⁾ Aber auch dort stellte sich der Wehrkreisbefehlshaber auf Grund der ihm durch einen Sonderkurier übermittelten Berliner Nachrichten trotz Drängens seines Stabes und seiner Umgebung (Köhn-App) schließlich auf die Seite der Regierung Bauer. Nur einen Tag später beseitigte er, sekundiert von App und Kahr, die sozialdemokratische Regierung Bayerns, die ihm die Ausrufung der Militärdiktatur verweigert hatte.³⁾ General Mäcker in Münster hatte bereits seit längerem durchblicken lassen, daß er alle nationalen Bestrebungen, die sich eine Neuordnung zum Ziel gesetzt hatten, mit Sympathie verfolgen werde. Trotz seiner Ergebenheitsklärung an die Regierung Bauer am 14. März blieb seine Haltung undurchsichtig.⁴⁾ Aus dem Tagebuch des Offiziers vom Dienst im Reichswehrministerium geht hervor, daß Mäcker die Regierung zu erpressen versuchte, indem er eine schriftliche Erklärung darüber verlangte, daß die Regierung den Generalstreik nicht ausgerufen habe. General von Lossberg, Chef des Stabes beim Gruppenkommando II in Kassel, dachte an einen Kompromiß, als er den Reichswehrminister am 16. anrief. Er war der Meinung, die verfassungsmäßige Regierung müsse einen Ausgleich mit den Verschwörern suchen, damit es nicht zur Ausrufung einer Mäckerregierung komme. Moske sollte sich daher an die Spitze einer Militärdiktatur stellen.⁵⁾ Klare und eindeutige Absagen erhielt die Kapp-Regierung nur aus Kassel und Stuttgart.

- 1) vgl. die zeittafelartigen Tagebucheinträge des Offiziers vom Dienst im Reichswehrministerium vom 16. u. 17. März über das undurchsichtige Verhalten Maerckers, Schleicher-Nachlaß, Lüttwitz, a.a.O. S. 86 - F. Stampfer, Die ersten 14 Jahre der Weimarer Republik, Offenbach 1947, S. 170f.
- 2) vgl. demgegenüber das Privatschreiben eines bayrischen Unteroffiziers vom 18.3.1920, das sich in Moskes Nachlaß befindet. Der Schreiber berichtet, daß sich die Bamberger Garnison geschlossen gegen die Offiziere gestellt habe, die "durch die Bank" für Kapp gewesen seien.
- 3) vgl. K. Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S. 146f.
- 4) vgl. Severing I, a.a.O. S. 254ff.
- 5) vgl. Tagebucheintragung des Offiziers vom Dienst im Reichswehrministerium vom 16.3.1920, Schleicher-Nachlaß

Das Gruppenkommando in Kassel ließ wissen, daß die Reichswehr gerade in einer solchen Situation für den Schutz der rechtmäßigen Regierung bis zum letzten Mann zu kämpfen verpflichtet sei.¹⁾ Eine Anzahl von Offizieren war davon überzeugt, von der eidlichen Verpflichtung gegenüber der alten Regierung angesichts der durch das Kapp-Regime angebrachten Verfassungsverletzungen entbunden zu sein.²⁾ Die Haltung der Reichswehr war demnach zu Beginn und während des Staatsstreiches uneinheitlich. Dadurch, daß die Reichswehr in Nord- und Ostdeutschland vorwiegend für die Aufrührer Partei ergrieff, in den anderen Teilen aber zur Regierung stand oder abwartete, war die Gefahr einer Zerteilung des Reiches heraufbeschworen, die den industriellen Westen Deutschlands von der landwirtschaftlichen Basis im Nordosten gelöst haben würde.³⁾

Angesichts einer solchen Situation mußte die Einstellung der militärischen Stäbe in Berlin und vor allem im Reichswehrministerium selbst stark ins Gewicht fallen. Es zeigte sich, daß Lüttwitz in dieser Beziehung zu optimistisch gewesen war.⁴⁾ Im Reichswehrministerium verharrte die Mehrzahl der höheren Offiziere passiv - abwartend, und nur eine kleinere Gruppe von Offizieren, Beamten und Angestellten unter General von Eisehart und Kapitän z. See Canaris schloß sich Kapp an.⁵⁾ Neben dem politisch kaum hervorgetretenen General

1) vgl. Tagebucheintragung des O.v.D. im Reichswehrministerium vom 16.3.1920, Schleicher-Nachlaß

2) vgl. H.v.Metzsch, Vom 13.März, in: "Süddeutsche Monatshefte", 17.Jg., Bd.2, Bonn 1920, S.183f.

3) vgl. Tagebucheintragung des O.v.D. im Reichswehrministerium vom 16.3.1920, Schleicher-Nachlaß

4) vgl. Breucker, a.a.O. S.96 - Lüttwitz' Chef des Stabes, General von Oldershausen und Major von Hammerstein, Lüttwitz' Schwiegersohn, waren der Ansicht, daß sich der von Lüttwitz geplante Staatsstreich gegen die Verfassung richtete und daß die Regierung daher gewarnt werden mußte, sie stellten sich von Anfang an gegen die Aufrührer, obwohl ihnen Lüttwitz das als Gehorsamsverweigerung anrechnete. - Volkmann, a.a.O. S.338f. und 359. - Über Lüttwitz' außenpolitische Pläne, Lüttwitz, a.a.O. S.122 - Ludendorff, Vom Feldherren, a.a.O. S.107, Noske, Erlebtes, a.a.O. S.158

5) vgl. das Schreiben vom 16.März 1920, das Eisehart an die Kapp-Regierung richtete. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - ferner: "Vorwärts", Abendausgabe vom 30.3.1920

Reinhardt hatte Seeckt als Chef des Truppenamtes zunehmenden Einfluß im Ministerium gewonnen. Mancherlei Fühlungnahmen hatten zwischen den Verschwörerkreisen und ihm seit seiner Tätigkeit in Ostpreußen stattgefunden und hatten offenbar werden lassen, daß Seeckts politisches Inzief in mancher Beziehung demjenigen Kapps entsprach.¹⁾ Entscheidend für Seeckts Haltung im Frühjahr 1920 war jedoch, daß er einen Staatsstreich zum damaligen Zeitpunkt für unpassend hielt. Auf Unterstützung im Volk und auf die Beteiligung der gesamten Reichswehr war bei einem restaurativen Umsturzversuch nicht zu rechnen.²⁾ Ausschlaggebend für seine teils unentschlossene, teils abwartende Haltung in den Wochen vor dem 13. März dürften nicht nur diese realpolitischen Erwägungen gewesen sein, sondern auch seine Pläne in bezug auf die Zukunft der Reichswehr. Sie dürfte keiner Zerreißprobe unterworfen werden. Ein Putsch, an dem sich die Reichswehr führend beteiligt hätte, würde jedoch, das wußte niemand besser als Seeckt, auf Jahre hinaus Zwiespalt in ihre Reihen getragen und das militärische Aufbauwerk verzögert haben. Seine auf Schaffung einer einheitlichen Befehls- und Kommandogewalt gerichteten Bestrebungen wären damit zum Scheitern verurteilt worden. Seeckts Gedanken galten demnach beschränkten und realisierbaren Zielen. Waren diese einmal verwirklicht, dann würde die Reichswehr unter seiner Führung ernstzunehmenden nationalen Politikern kaum den Weg zur Restauration versperrt haben. Wie seine Umgebung hoffte auch Seeckt auf eine solche politische Erneuerung; die einzige Bedingung, die er stellte, war, sie dürfte "nur in den verfassungsmäßigen Grenzen" vor

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 216. Danach hat Seeckt seinem Vorgesetzten Reinhardt schon im Herbst 1919 über Luttwitz' Umsturzpläne berichtet.
- 2) vgl. den Brief des Generalleutnants Fischer an Rabenau vom 30.8.1938 über die Stimmung der Reichswehr gegen Seeckt, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 230f.

sich gehen.¹⁾ Gründe persönlicher Art und seine Einstellung zu allen Fragen der soldatischen Disziplin hinderten Seeckt, mit Lüttwitz, dem er "unerlaubte politische Umtriebe" vorwarf, gemeinsame Sache zu machen.²⁾ In Lüttwitz, der mit der Reichswehr Politik zu treiben versuchte, erblickte Seeckt den gefährlichsten, weil einflußreichsten Konkurrenten, gegen den er zeitweise ein militärisches Vinschreiten erwog.³⁾ Gerade für eine auf die Erhaltung der eigenen militärischen Autorität so bedachte Persönlichkeit wie Seeckt mußte daher Lüttwitz' Weigerung, die befohlene Auflösung der Brigade Ehrhardt durchzuführen, verletzend wirken.⁴⁾ Bezeichnend für die Einstellung Seeckts im inneren Widerstreit von soldatischem Gehorsam und mißtrauischer Aversion gegenüber dem republikanischen Regime sind die Tage, die dem Putsch

-
- 1) vgl. Metzsch, Vom 13. März, a.a.O. S. 185ff. - ferner. ein Schreiben Generaloberst Heye an Rabenau vom 7.3.1940 über ein Gespräch des Schreibers mit Kapp: "Ich billigte solche Absichten, (Pläne zur nationalen Erneuerung d. Verf.) riet Kapp aber dringend, noch von solchen Unternehmungen abzusehen..." vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Die Entscheidung darüber, ob Seeckt Noske und Reinhardt rechtzeitig Kenntnis von den Umsturzplänen gegeben hat, ist heute angesichts der einander widersprechenden Aussagen noch nicht eindeutig zu fällen. Vgl. Lüttwitz, a.a.O. S. 101; Noske, Von Kiel bis Kapp, a.a.O. S. 200ff. und Heye Schreiben an Rabenau vom 7.3.1940. "Ich habe, so schreibt Heye, nach einem Gespräch mit Kapp das Reichswehrministerium über dessen Umsturzpläne benachrichtigt. "Ich habe daraufhin sofort dem General von Seeckt in Berlin Meldung von der Unterredung mit Kapp gemacht. Seeckt setzte daraufhin sofort Noske ins Bild, dies weiß ich daher, weil General Reinhardt, der Vorgesetzte Seeckts, mich zur Rede stellte, warum Seeckt nicht erst ihm, sondern gleich Noske von meinem Erlebnis mit Kapp Meldung gemacht habe." Vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
- 2) vgl. Lüttwitz, a.a.O. S. 101
- 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 223 und 216
- 4) Das Gebot straffen Gehorsams war durch das Beispiel des rangältesten Generals seinem inneren Wert nach in Frage gestellt. Seeckt konnte dessen Handlungsweise nicht deken, ohne gleichzeitig sein eigenes Werk zu gefährden. - Vgl. Craig, The Politics, a.a.O. S. 379, Ann. 2

unmittelbar vorausgingen. Er, der unter anderen Umständen sicher versucht hätte, die Differenzen mit Lüttwitz innerhalb der Reichswehr auszutragen, gab seine Zustimmung zu der von der Regierung schließlich beantragten Verabschiedung Lüttwitz'. Als dieser sein Kommando jedoch trotzdem weiterführte, überließ es Seeckt dem Minister; daraus die Konsequenz zu ziehen. Er selbst war bemüht, die weitere Entwicklung aus der Distanz, aber über seinen Adjutanten jeweils genau über die Lage im Ministerium unterrichtet, abzuwarten und sich nach keiner Seite hin festzulegen.¹⁾ Durch diese zweideutige Haltung erschwerte Seeckt die ohnehin schwache Position Moskes und der regierungstreuen Offiziere wie auch der Regierung selbst gegenüber den Herausforderungen Lüttwitz'. In den frühen Morgenstunden des 13. März stellte der Reichswehrminister den Führern der Reichswehr - anwesend waren die Generale Reinhardt, v. Seeckt, v. Eldershausen, v. Oven und Admiral von Trotha, der Chef der Marineleitung - die entscheidende Frage: Wird die Reichswehr die Republik verteidigen? Mit einer derartigen Fragestellung erkannte der Vertreter der Regierung im Grunde bereits die Vormachtstellung des Heeres an, die politische Leitung fügte sich in das Bewußtsein ihrer eigenen Schwäche.²⁾ Das Schicksal des Reiches war der Reichswehr anvertraut, die politische Gewalt begab sich von vornherein der ihr allein zukommenden Befugnis, Entscheidungen von politischer Tragweite zu treffen. Seeckt machte sich zum Sprecher der Generalität. Er rebel-

-
- 1) Die auch von Seeckt angeregte Organisationsform für die Stellung des Chefs der Heeresleitung und die lange gesetzmäßig nicht geklärten Unterstellungsverhältnisse zwischen Heeresleitung und Gruppenkommandos hatte Lüttwitz erst den Vorwand zu seiner Erklärung geliefert, er sei nicht verpflichtet, Weisungen des Chefs der Heeresleitung entgegenzunehmen. Die mangelnde Abgrenzung der Kompetenzen war also auch einer der Gründe dafür, daß der Kapp-Putsch ein solches Ausmaß annehmen konnte. Vgl. Reinhardt, a.a.O. S. 21
 - 2) In einem Rückblick auf die Ereignisse, die zum Kapp-Putsch führten, stellt Moske schon am 2.4.20 im "Vorwärts" fest: "Noch jetzt bin ich der Überzeugung, daß mit ein paar Dutzend Maschinengewehren der ganze Spuk zum Zerflattern zu bringen war."

lierte mit den Worten: "Truppe schießt nicht auf Truppe!"¹⁾ Der militärische Führer, dem man politischerseits zuviel Verantwortung überlassen hatte, handelte jetzt nach Überlegungen, die militärischer Zweckmäßigkeit entsprangen, anstatt sich auf die Funktion des militärischen Beraters zu beschränken. Seeckt war in dieser Stunde trotz des Fides, der ihn wie jeden anderen Reichswehrangehörigen zur Unterstützung der rechtmäßigen Regierung verpflichtete, eher bereit, die Republik und ihren Bestand aufs Spiel zu setzen, als die Einheit der Reichswehr und seine eigenen Pläne für einen ungehinderten Aufbau im Heer zu gefährden. Er überschritt damit die Grenzen seiner militärischen Aufgaben. Sein Handeln unterlag rein militärisch begründeten Aspekten, obwohl er politische Ziele zu verfolgen suchte, nach deren Verwirklichung die Reichswehr, anstatt Instrument zu sein, zum Träger der Politik geworden wäre. Da Seeckts Einstellung von den meisten militärischen Befehlshabern geteilt wurde, konnte sich die Regierung nicht mehr auf ihr militärisches Instrument verlassen.

Offenbar haben weder Noske noch Ebert vermocht, aus dem zweideutigen Verhalten Seeckts die einzig denkbare Folgerung zu ziehen und sich seiner zu versichern oder, mindestens, ihn als Chef des Truppenamtes zu verabschieden. Sein Verhalten hatte indirekt dazu beigetragen, das Ansehen der Regierung zu vermindern, es hatte aber auch ganz deutlich in der Truppe selbst Verwirrung gestiftet, weil Seeckt keine Notwendigkeit gesehen hatte, die einzelnen Wehrkreiskommandos über die Berliner Ereignisse zu informieren.²⁾ Wahrscheinlich

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.221, Noske, Von Kiel bis Kapp, a.a.O. S.209, ders. Erlebtes, a.a.O. S.158ff.

2) vgl. A.Luckau, Kapp-Mutsch, Success of Failure, in: "Journal of Central European Affairs" vol. 7, Jan.1948, S.396ff. Kritisch beurteilte einer der engsten Mitarbeiter Seeckts dessen Haltung vor und während des Putsch. Oberst Hasse berichtete in einer Erwiderung auf die Ausführungen Rabenaus in der Seeckt-Biographie, Seeckt habe die Pflicht gehabt, die Autorität der Regierung zu stützen und sich bedingungslos auf ihre Seite zu stellen. Rabenau versah diese Stelle im Schreiben mit der Bemerkung "Absurd".

wollten. Hört ebensowenig wie Moske durch die Verabschiedung des Chefs der Heeresleitung neuen Zwiespalt in die Truppe tragen. So sehr fühlte sich die Regierung auf die Unterstützung der Reichswehr und Seeckts, der sich bisher noch nicht als offener Gegner des Regimes betätigt hatte, angewiesen.

Die Kabinettsitzung am frühen 13. März ergab, daß nach der vorangegangenen Entscheidung der Generalität keines der anwesenden Regierungsmitglieder mehr willens war, eine Schlacht am Brandenburger Tor zu wagen. "Seeckts Ansicht hatte sich durchgesetzt", schreibt Labenau.¹⁾ Die Politiker, denen seit mehr als einem Jahr die Leitung des Staates zugefallen war, zeigten sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Vor allem die der politischen Gewalt gegenüber dem Heer zufallenden Kontrollaufgaben waren für die unvorbereiteten demokratischen Politiker so überraschend gekommen, als daß sie bereits nach so kurzer Zeit sinnvoll erfüllt werden konnten. Am 13. März war die Regierung Bauer, mit ihr der Wehrminister, nicht einmal orientiert über die Kräfte, die den Auführern zur Verfügung standen, selbst über die Stärke der regierungstreuen Truppen wußte man nicht Bescheid. Der zuständige Ressortminister hielt es nicht für notwendig, die einzelnen Wehrkreiskommandos um Auskunft über die voraussichtliche Haltung ihrer Stäbe und Truppenteile anzugehen. Auch wenn man die Überrumpelung der Regierung in Betracht zieht,²⁾ wird man in dieser Situation einen kaum entschuldbaren Mangel an Einfühlungsvermögen in die militärische, vor allem aber auch in die politische Lage sehen müssen.³⁾ Sie machten sich das Denken der militärischen Führung zu eigen, daß die Reichswehr und mit ihr die Republik dem sicheren Untergang entgegenginge, wenn Reichswehr gegen Reichswehr eingesetzt würde, und gaben so den militärischen Einmischungsversuchen nach, ohne auch nur einen ernstlichen Schritt zur Behauptung des politischen Primates unternommen zu haben.

1) vgl. Labenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a. . S. 222

2) Noch am 1. März 1920 hatte der Reichswehrminister die Möglichkeit eines bevorstehenden Putsches abgestritten.

Vgl. Wheeler, a.a.O. S. 96f.

3) Auch die späteren Aufrufe der Regierung, in denen die Truppe zur Überwachung ihrer eigenen Vorgesetzten aufgefordert wurde, waren Ausdruck vollendeter Hilflosigkeit gegenüber der bewaffneten Macht.

Der Ausbruch des Putsches zeigte, daß erst die Reichswehrführung durch ihre zögernde und undurchschaubare Haltung das Unternehmen ermöglicht hatte. Während des Putsches durchkreuzte sie durch ihr ebenso zweideutiges Verhalten aber auch die Pläne der Rebellen. Seeckt zog im Verlauf des 13. März auf sehr bequeme Weise die Konsequenz aus den Ereignissen: Bis zur Entscheidung über sein Abschiedsgesuch ließ er sich beurlauben, nachdem er sich vorher den Geschehnissen gegenüber passiv verhalten hatte.¹⁾

Die Regierung Kapp-Lüttwitz fand im Reichswehrministerium keine arbeitsfähigen militärischen Stäbe und kaum Mitarbeiter vor, deren sie sich zur Koordination der von ihr im Reich für notwendig gehaltenen militärischen Maßnahmen bedienen konnte. Seeckt wartete in seiner Dienstwohnung untätig ab, ohne sich selbst entscheiden zu müssen. Wie sein mit der Stellvertretung beauftragter Beobachter im Ministerium, Oberst Heye, so versuchte Seeckt im Hintergrund, das weitere Umsichgreifen des Staatsstreiches zu hintertreiben,²⁾ unterstützte aber auch die Regierung bei ihren angeblich "unverantwortlichen", weil die militärische Disziplin untergrabenden Aufrufen an die Truppe nicht.³⁾ Der Aufforderung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, zwischen den beiden Parteien zu vermitteln, leistete Seeckt vorsichtigerweise jedoch keine

-
- 1) vgl. das Schreiben Hasses an Rabenau vom 7.3.1940, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, und den Bericht des Generalleutnants Fischer an Rabenau vom 30.8.1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: "...Als die Brigade Ehrhardt gegen Berlin marschierte, war der General bei einer Abend-einladung. Ich begab mich dorthin, um ihn zu orientieren. In der Erwartung, daß der General sich sofort zum Reichswehrministerium begeben würde, um von dort aus das weitere Ding abzuwarten. Nichts von alledem: er blieb in aller Ruhe bei der Abendgesellschaft..."
 - 2) vgl. das Schreiben Hasses an Rabenau vom 7.3.1940, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Wie Hase über den Putsch und seine Urheber dachte, ergibt sich aus diesem Brief, in dem er allerdings nachträglich seine Sympathien für die Auführer bekundet und lediglich meint, man habe das Unternehmen "wegen der ungenügenden Vorbereitung" rechtzeitig aufgeben müssen. - Vgl. das Schreiben des Generalleutnants Fischer an Rabenau vom 30.8.1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 224f.

Das schnelle Scheitern des Kapp-Putsches und der Übergang zu ruhigerer Entwicklung bot dem republikanisch-demokratischen System eine letzte Chance, sich der zumindest unzuverlässigen militärischen Führung zu entledigen und das Heer endgültig zu demokratisieren. Sie brauchte in diesem Falle nur den Sturm der Entrüstung, der sich in Öffentlichkeit und Volksvertretung gegen das Verhalten der Reichswehr erhob, auszunutzen und andere Persönlichkeiten an der Spitze der Reichswehr das bisher in bezug auf die Demokratisierung der bewaffneten Macht Versäumte nachholen zu lassen. Während der Stuttgarter Tagung der Nationalversammlung am 18.3.1920 verlangte Reichskanzler Bauer "gründliche Säuberung der Reichswehr". Scheidemann (SPD), Burlage (Z) und v. Payer (DDP) pflichteten ihm bei und forderten überdies die Entwaffnung der Truppenteile, die sich auf die Seite Kapps gestellt hatten.²⁾ Für die Gewerkschaften forderte deren Führer Legien in der Nationalversammlung am 29.3.1920 tiefgreifenden Wandel in der Wehrpolitik durch Aufstellung von Sicherheitswehren, in die nur die bereits in den demokratischen Organisationen bewährten Republikaner eintreten dürften.³⁾ Die "Frankfurter Zeitung" hatte schon am 16.3.1920 unter der Überschrift "Kampf gegen die Berliner Diktatur" aus dem Putsch die unzweideutige Folgerung gezogen: "Für die Zukunft bleibt aber für alle die Lehre aus diesen Tagen, ...daß die Militärkaste keinen Staat im Staate mehr bil-

1) vgl. Tagebucheinträge des Offiziers vom Dienst im Reichswehrministerium vom 15. März 1920, Schleicher-Nachlaß. Nach der gleichen Quelle (Eintragung vom 19.3.1920) scheiterte auch eine gemeinsame Vermittlungsaktion Hindenburgs und Groeniers an der Haltung der SPD und der Gewerkschaften.

2) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.332, S.4904 ff.

3) vgl. Nationalversammlung, a.a.O. Bd.332, S.4957ff.

den darf."¹⁾ Der "Vorwärts" kritisierte am 27.3.1920 die Verwirrung, die nach dem Kapp-Putsch über alle Fragen der zukünftigen Wehrpolitik herrschte, und forderte mit deutlicher Spitze gegen Noske, dem man auch jetzt noch blinden Optimismus vorwarf: "Die Umwandlung der Reichswehr aus einem Werkzeug der Gegenrevolution in eine Stütze der Republik ist die dringendste und notwendigste Aufgabe der Gegenwart." Die Unzuverlässigkeit der Reichswehr ergebe sich aus dem Umstand, daß nicht ein einziger Reichswehrtruppenteil den bewaffneten Kampf gegen die Putschisten aufgenommen habe.²⁾ Bezeichnenderweise standen im Mittelpunkt der allgemeinen Auseinandersetzungen jedoch nicht so sehr die rebellierenden Generale, sondern der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung, also die beiden Persönlichkeiten, die die Regierung hatten in Berlin verteidigen wollen. Wie die Leitung der Gewerkschaften forderte Scheidemann als Wortführer der parlamentarischen

- 1) vgl. "Frankfurter Zeitung", 2.Morgenblatt vom 16.3.1920 -- Während die Auseinandersetzungen um die Wehrpolitik vorher in der "Frankfurter Zeitung" keinen großen Raum eingenommen hatten, bezog das der Demokratischen Partei nahestehende Blatt von nun an häufig Stellung zu diesen Fragen. Am 19.3. forderte Ludwig Haas im Leitartikel "umfangreiche organisatorische Änderungen" in der Reichswehr (1.Morgenblatt). Am Tage darauf übte die "Frankfurter Zeitung" anlässlich der Abschiedsgesuche von Noske und Heine Kritik an der Arbeit des Reichswehrministers, der sich allzusehr auf den Kampf gegen links eingestellt und die Reaktion darüber vergessen habe (Abendblatt vom 19.3.1920). Aber der Rücktritt Noskes sei nur ein Nachteil, wenn er nicht zum "Wendepunkt in der Organisation und Leitung der Reichswehr überhaupt" würde. "Worauf es ankommt, ist die Erkenntnis und der Wille: der demokratische Staat schützt sich gegen jeden Umsturz durch sich selbst. Lieber verzichtet er fürs Erste auf Generale, bevor er seine Waffen abermals an die Reaktion ausliefert." (Abendblatt, 23.3.1920) Am 29.3.1920 forderte die Zeitung "Lieber in der heutigen Lage zu wenig Stäbe und zu wenig Führer als unzuverlässige." ("Frankfurter Zeitung", Abendausgabe vom 29.3.1920)
- 2) vgl. "Vorwärts", Abendausgabe vom 27.3.1920, ähnlich auch: "Vorwärts", Morgenausgabe vom 3.4.1920.
- 3) Über die Haltung der Gewerkschaften siehe: Carl Legion, Der Militärputsch, in: "Vorwärts", Abendausgabe vom 8.4.1920 und Morgenausgabe vom 9.4.1920.

Angreifer beider Rücktritt.¹⁾ Noske gab dem allgemeinen Drängen nach und erbat seinen Abschied. Im Zuge des Revirements ließ sich General Reinhardt aus Loyalität gegenüber dem Minister ebenfalls von seinem Amte entbinden. Stattdessen wurde gerade Seeckt mit der Führung der Reichswehr betraut. Abermals glaubte das demokratische Regime, ähnlich wie 1918, sich um jeden Preis, selbst den des etwa von Seeckt immer gehegten Anspruchs der Eigenexistenz des Heeres und einer integrierten Wehrpolitik, mit dem Heer verständigen zu müssen. Das Kabinett Bauer und die Regierung Hermann Müllers, die sein politisches Erbe antrat, standen vor der Notwendigkeit, zunächst der bürgerkriegsähnlichen Zustände im Reich Herr zu werden. Nach Lage der Dinge konnten sie sich dabei nur der Reichswehr, die wenige Tage zuvor noch vielerorts Partei gegen die Republik ergreifen hatte, innerhalb deren aber auch von den Führern regierungstreuer Verbände die Haltung der Regierung in der Frage des Generalstreiks scharf kritisiert wurde,²⁾ bedienen. Erst als sich Regierungsvertreter notgedrungen von dem Streikbeschluss distanzierten, stellten sich viele Befehlshaber der Regierung Bauer wieder zur Verfügung.³⁾ Die Zwangslage der Regierung wurde besonders deutlich, als es darum ging, den Mann zu finden, der die Aktionen der Reichswehr im Inneren leitete und dafür zunächst die Eintracht im Heere selbst wieder herstellte. Hinsichtige Kreise in Regierung und Parlament warnten damals vor einem übereilten Wechsel in der Leitung

1) vgl. Scheidemann, a.a.O. S.408f. - ferner: Noske, Erlebtes, a.a.O. S.164, 177 - Reinhardt, a.a.O. S.20 - "Vorwärts" vom 22.3.1920, Abendausgabe: "Darin sind wir uns alle einig... Noske kann nicht Reichswehrminister bleiben!" Er habe "alle Warnungen in den Wind geschlagen und in einer Welt schönen Wahns gelebt... Sein Schicksal ist tragisch... Noske ist nicht zu halten... Alle Kraft gegen rechts!" Ähnlich auch Friedrich Stampfer im Leitartikel "Zur Regierungsfrage" in der Morgenausgabe des "Vorwärts" vom 25.3.1920.

2) vgl. Maercker, a.a.O. S.354.

3) vgl. Noske, Erlebtes, a.a.O. S.170.

der Reichswehr.¹⁾ Nach seiner Verabschiedung forderte auch Noske zu einer sachlichen Beurteilung der Situation im allgemeinen und der Reichswehr im besonderen auf.²⁾ Vergeblich. Die Begleitumstände der Ernennung Seeckts zum Chef der Heeresleitung lassen erkennen, daß der General die politische Leitung in dieser Frage überspielen konnte. Obgleich Noske spätestens am 13. März die zwiespältige Einstellung des Generals hätte durchschauen müssen, übertrug er ihm am 16. März telephonisch den Oberbefehl über alle im Bereich des Berliner Gruppenkommandos stehenden Truppenteile.³⁾ Der Name Seeckts wurde also offiziell zunächst nur im Hinblick auf die Ersetzung des Generals von Lüttwitz genannt. Währenddessen ließ Seeckt bereits durch sehr aktive Mittelsmänner seine Anwartschaft auf die Führung der Heeresleitung im Offizierskorps vorbereiten. Am 17. März kam es dann zu einem in der Geschichte des preußisch-deutschen Heeres wohl einmaligen Vorgang:⁴⁾ Eine Versammlung von hohen Offizieren maßte sich das Recht an, einen Befehlshaber abzusetzen und einen neuen zu wählen, ein weiterer Beweis dafür, wie weit die Ansätze zu einem militärischen Eigenleben innerhalb der

-
- 1) Einflußreiche sozialdemokratische Kreise hätten Reinhardt gerne als Nachfolger Noskes im Ministerium gesehen, allerdings prophezeite Seeckt, daß eine solche Ernennung an der allgemeinen Opposition des Heeres gescheitert wäre. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 236. - Vgl. auch die Tagebucheintragung des Offiziers vom Dienst im Reichswehrministerium vom 19. März 1920, Schleicher-Nachlaß.
 - 2) vgl. "Vorwärts", Morgenausgabe vom 27.3.1920, wo sich Noske mit einer Fortsetzungsserie von Rechtfertigungsartikeln zu der Entwicklung äußerte, die zu den März-Ereignissen führte.
 - 3) Die offizielle Kommandoübertragung erfolgte am 17. März durch den Berliner Vertreter der Regierung Bauer, Vizekanzler Schiffer. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 227ff.
 - 4) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 225ff., demgegenüber behauptet Wheeler-Bennett, a.a.O. S. 102f., daß Lüttwitz in jener Versammlung Seeckt das Kommando "übergab" habe.

Reichswehr bereits gediehen waren.¹⁾ Wie in den großen und allgemeinen verfassungs- und gesetzmäßigen Regelungen, so trug auch in diesem Einzelfall wieder eine fehlende oder zumindest unklare und uneinheitliche Stellungnahme der politischen Leitung zu der Entwicklung bei und ermöglichte die Beauftragung Seeckts. Statt an den obersten Truppenführer, der besonders der Versuchung ausgesetzt war, auf Grund seiner Machtstellung politisch zu intervenieren, gerade in Krisenzeiten besonders hohe Ansprüche hinsichtlich seiner politischen Verlässlichkeit zu stellen, begnügte man sich mit einer Persönlichkeit, deren große militärische Erfahrungen außer Zweifel standen, die aber die Republik noch wenige Tage zuvor im Stich gelassen hatte. Diesem Mann wurde, zwar nicht formell, aber doch tatsächlich, das gesamte militärische Potential des Reiches anvertraut. Die Gefahr, daß ein militärischer Führer nach eigenem Gutdünken, sei es aus rein militärischen Überlegungen oder aus persönlichen Gründen, unter Mißbrauch der ihm anvertrauten Macht über das Heer verfügen konnte, eine Gefahr, die naturgemäß um so größer wurde, je weniger die Einheit von politischer und militärischer Gewalt verwirklicht und je mehr das Regime auf die militärische Führung angewiesen war, wurde nicht erkannt. Obwohl Seeckts Befugnisse anfangs nur beschränkt gewesen waren und er in der Truppe häufiger Kritik begegnete, konnte der General die Initiative bereits in den ersten Wochen an sich reißen, ohne daß er auf den Widerstand des neuernannten Ressortministers oder der Öffent-

1) Vizekanzler Schiffer hatte in zwei Unterredungen ergebnislos versucht, Seeckt aus seiner Reserve herauszulocken. Trotzdem man also in der Regierung nicht hinreichend über die Einstellung des Generals informiert war und sicherlich in Regierungskreisen keine allzu großen Sympathien bestanden haben mögen, kam es zu der Beauftragung Seeckts. Inwieweit dabei die Fürsprache Eberts maßgebend war und unter dem Druck des Entschlusses der Offiziersversammlung gehandelt wurde, läßt sich nicht nachweisen. Rabenau vermerkt, daß in die amtliche Mitteilung über Seeckts Beauftragung dessen Name erst nachträglich, und zwar handschriftlich, eingesetzt worden ist. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 228.

lichkeit gestoßen wäre.¹⁾ Die Erfolge der Reichswehr bei der inneren Befriedung Deutschlands, vor allem ihr notwendiger Einsatz im Ruhrgebiet und die damit erzwungene Abhängigkeit der Regierung von der Reichswehr und den Freiwilligenverbänden, verstärkten seine anfangs nicht sehr starke Position im Heer²⁾ und stellten die erschütterte Autorität und das Selbstbewußtsein wenigstens zu einem Teil wieder her.³⁾ An der Spitze der Reichswehr wußte sich Seeckt soweit unentbehrlich zu machen, daß Ebert ihn am 6. Juni 1920 endgültig und offiziell zum Chef der Heeresleitung ernannte.⁴⁾ Mit der wenig später erfolgten "vorläufigen" Festlegung⁵⁾ der Kompetenzen des Chefs der Heeresleitung war Seeckts neue Stellung, dem Einfluß des Ministers noch weiter entzogen.⁶⁾ Seine Position hatte sich soweit verstärkt, daß bei der Bildung des Kabinetts Fehrenbach Seeckts Name bereits im Zusammenhang mit der Besetzung des Ministerpostens genannt wurde.⁷⁾

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.228, Anm.6. Rabenau berichtet über diese Tage, daß Seeckt "vollkommen selbstherrlich wesentliche Personalveränderungen, auch in hohen Provinzstellungen vorgenommen" habe.
 - 2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.243f.
 - 3) In einer "Lagebeurteilung" vom 28.3.1920 nimmt Fritsch zu Problemen Stellung, die sich aus dem Kapp-Putsch für die Reichswehr ergaben. Zur "intensiven Kriegsführung" fehlten nach Fritsch' bezeichnendem Urteil damals "auf viele Jahre" die materiellen und personellen Kräfte angesichts der Zersplitterung des Bürgertums gegenüber der wachsenden Gefahr des Bolschewismus. "Die unglückliche Kapp'sche Unternehmung hat zu erneuter Zersplitterung des Bürgertums geführt, die Arbeiterschaft geschlossen nach links vereinigt. Es kommt darauf an, die bürgerlichen Oppositionsparteien zu gemeinsamen Zielen scharf zusammenzufassen und die Mehrheitssozialisten wieder von der übrigen Arbeiterschaft abzuspalten." Vgl. Fritsch-Nachlaß, Bundesarchiv
 - 4) Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.248
 - 5) vgl. in dieser Arbeit S.
 - 6) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.248
 - 7) vgl. den Bericht des ehemaligen Adjutanten Seeckts, von Selchow, vom 30.8.1937 an Rabenau, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Seeckt hat Schleicher mehrfach erklärt, er sei bereit, als Fachminister an einer Regierungsbildung teilzunehmen. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.248

Wenn Seeckt selbst eine Lehre aus dem Kapp-Putsch gezogen hatte, dann die, daß eine unverhüllte Militärdiktatur ohne Unterstützung der Gewerkschaften und der Masse des Volkes keinen Ausweg bot. Der Staatsstreich war nicht nur an der Unzulänglichkeit der Vorbereitung und Durchführung gescheitert, sondern auch daran, daß weder einflußreiche politische noch maßgebende Wirtschaftskreise aktiv für ihn eingetreten waren. Darüber hinaus hatte sein unrühmlicher Verlauf bewiesen, daß innerhalb der Reichswehrführung sowohl im Kreis um Lüttwitz wie auch in der Umgebung Seeckts niemand fähig gewesen war, selbst ein realisierbares politisches Programm aufzustellen. Lüttwitz hatte außer seinen restaurativen Plänen nur sehr vage Überlegungen darüber angestellt, wie sie womöglich mit Hilfe der sozialistischen Arbeiterschaft und der Gewerkschaften verwirklicht werden konnten. Seeckt war einsichtig genug, zu erkennen, daß die nicht hinter Lüttwitz stehenden Kräfte der Reichswehr sich ebenfalls unfähig zur Aufstellung eines aussichtsreichen politischen Programms gezeigt hatten und daß als Folge der März-Ereignisse der "innere Gehalt der Truppe" erschüttert war.¹⁾ Seine eigenen Ziele, voran der Neuaufbau der Armee als Kern des zukünftigen Nationalheeres, konnten nur schrittweise und nicht in offenem Gegensatz zur Republik und ihren verfassungsmäßig an die Macht gelangten Repräsentanten, wenn auch in Distanz zum Regime, verwirklicht werden.²⁾

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.230

2) vgl. die von Fritsch verfaßte und hier bereits zitierte "Lagebeurteilung" vom 28.3.1920. Auch ein so erfahrener Generalstabsoffizier wie Fritsch stellte damals fest: Das Kampfziel der bürgerlichen Parteien und damit auch der durch gemeinsame nationale Haltung ihnen verbundenen Reichswehr dürfe nicht die "gewaltsame Änderung der bestehenden Zustände" sein. "Zur Durchsetzung solcher Ziele fehlen die Kräfte, siehe Kapp, es muß vielmehr" versucht werden, "die ungesunden Erscheinungsformen der heutigen Zustände zu bekämpfen, also Bekämpfung der Korruption, wieder zur Geltung bringen die alten Tugenden, die uns groß gemacht haben.... Gelingt uns das.... dann haben die derzeitigen Demagogen, Leute wie Erzberger, Scheidemann usw., ausgespielt..."

Dazu waren Kompromisse notwendig¹⁾, an der grundsätzlichen Aversion gegen die parlamentarische Demokratie und an seinem Ehrgeiz, in das politische Kräftespiel eingeschaltet zu bleiben, änderte sich bei Seeckt jedoch nichts.²⁾

Neben der Ernennung Seeckts zum Chef der Heeresleitung war der Wechsel an der Spitze des Ministeriums eine der für die Weiterentwicklung des Verhältnisses von politischer und militärischer Gewalt in der Republik bedeutsamsten Folgen des Kapp-Putsches. Die Ablehnung des Scheidemannschen Vorschlages, nach der Verabschiedung Noskes den Sozialdemokraten Erzesinski zum Reichswehrminister zu ernennen, und die Weigerung von Fels, dieses Amt zu übernehmen, bewirkten, daß es im sozialdemokratischen Lager an entsprechenden Persönlichkeiten fehlte, einen grundsätzlichen Wandel in der deutschen Wehrpolitik herbeizuführen, und vor der Arbeiterschaft die Verantwortung für die Reichswehr zu tragen.³⁾

Die Sozialdemokratie verzichtete damit auf eine der Schlüsselpositionen in der Republik. Mit der Ernennung eines "Bürgerlichen", Dr. Gesslers, zum Wehrminister wurden die sozialdemokratischen Versuche, die Umgestaltung der Truppe im demokratischen Sinn zu unternehmen und der Partei die Kontrolle über das Wehressort zu sichern, praktisch

-
- 1) vgl. "Vorwärts", Abendausgabe vom 27.3.1920, und "Frankfurter Zeitung", Abendblatt vom 27.3.1920. Danach hatte Seeckt in einem Presseinterview u.a. ausgeführt, daß ein Berufsheer wie das Deutschland aufgezwungene immer eine Gefahr für den Staat bilde. Deutschland müsse bei der Antente in absehbarer Zeit "eine Art von Volksheer" durchsetzen, das "einen integrierenden Teil der Volksgemeinschaft" darstellen müsse.
 - 2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.238 - ferner: Stampfer, a.a.O. S.203 - "Vorwärts" vom 25.3.1920, Abendausgabe - Gaspar, a.a.O. S.67, Anm.64, glaubt feststellen zu können, daß die SPD mit Rücksicht auf ihre Wählerschaft froh war, der Verantwortung für das Wehressort ledig zu sein. Allordings wäre das Reichswehrministerium ohnehin nur noch beschränkte Zeit, nämlich bis zu den Reichstagswahlen vom 6.Juni 1920, unter sozialdemokratischer Kontrolle geblieben.
 - 3) vgl. Scheidemann, a.a.O. S.410 - Stampfer, a.a.O. S.176f. - Noske, Erlebtes, a.a.O. S.165f.

beendet.¹⁾ Noskes Konzeption, Heer und Arbeiterschaft einander näherzubringen, wurde nicht fortgesetzt, und es liegt nahe, seinen Abgang als Sieg ihrer Gegner innerhalb der SPD anzusehen. Zwar gab auch Gessler während seiner fast achtjährigen Tätigkeit niemals Anlaß zu den geringsten Zweifeln an seiner demokratischen Gesinnung, aber er stand zumindest in den für den Aufbau des Heeres entscheidenden Jahren 1920 bis 1925 vielfach im Schatten des aktiveren, parlamentarisch nicht gebundenen und von der Truppe bald als "profilierter"²⁾ angesehenen Seeckt. Hinzu kam als weitere Urschwernis die Wesensfremdheit der beiden Männer und Seeckts zumindest zeitweilige Anwartschaft auf den Platz Gesslers.³⁾ Seeckt setzte voraus, daß bei einem demokratischen Süddeutschen nichts anderes als Antipathie gegen das Heer zu erwarten war. Gessler wollte und konnte zunächst nicht erkennen, daß der Chef der Heeresleitung die Republik nur bedingt aus Zweckmäßigkeitsgründen tolerierte. Auch war der neue Minister von dem General abhängig, da er anfänglich gegen das starke Mißtrauen der Truppe zu kämpfen hatte.⁴⁾ Er hielt daher an Seeckt fest, obwohl ihm Noske empfohlen hatte, "sich sobald wie möglich Seeckt vom Halse zu schaffen". Noske hatte dem

-
- 1) vgl. ein Schreiben Gesslers an den Grafen Boden vom 29.10.1929, Schleicher-Nachlaß. Der Briefschreiber stellt darin fest, er habe sich "vorbehaltlos" auf den Boden der republikanischen Verfassung gestellt. "Nicht, weil ich glaube, daß sie das letzte Wort in der deutschen Frage sei, sondern, weil ich mir das Heil meines Vaterlandes nur in einer Entwicklung vorstellen kann, die getragen ist von dem Willen der Mehrheit des Volkes. Ich weiß sehr wohl, daß die republikanische Verfassung erst ihren Berechtigungsnachweis erbringen muß, aber jedenfalls ist sie für absehbare Zeit unser Schicksal."
 - 2) vgl. die Stellungnahme des Generals a.D. W.K. Nehring vom 15. Juni 1956 über das Verhältnis des Offizierskorps zum Weimarer Staat, Bundesarchiv Koblenz.
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 245
 - 4) vgl. ein Schreiben des bayrischen Landeskommendanten, General von Moehl, an Seeckt vom 1.6.1920, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Moehl beklagte sich, Gesslers bisherige Tätigkeit habe bewirkt, daß die Reichswehr "diesem Mann alles, oder, wenn Sie wollen, auch gar nichts zutraut. Der Ruf nach Noske ist allgemein..."

General nach seinen eigenen Worten "nie über den Weg getraut".¹⁾ Nachdem er sich einen Einblick in die Arbeit des Ministeriums zu schaffen versucht hatte, verfolgte Gessler die Bemühungen Seeckts, das Heer der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen, mit Mißtrauen, ohne daß ihm als Zivilisten zunächst eine wirkliche Einflußnahme auf die militärische und politische Geschäftsführung des Ministeriums gelungen wäre.²⁾ Gessler war als überzeugter Demokrat fest entschlossen, die Reichswehr "auf breitester demokratischer Grundlage" aufzubauen und jeden, der dazu nicht ehrlich willens war, aus ihren Reihen auszuschließen, dafür sollten bereits entlassene demokratische Offiziere wieder in die Wehrmacht aufgenommen werden. "Jede kastenmäßige Abschließung des Heeres vom Volk muß aufhören."³⁾ Ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Männern blieben nicht aus.⁴⁾ Seeckt war bestrebt, ähnlich wie schon bei Noske⁵⁾ jede direkte Einflußnahme des neuen Reichswehrministers auf das Heer zu hintertreiben.⁶⁾ Er fühlte sich schon bald als

- 1) vgl. Noske, *Erlebtes*, a.a.O. S.166 -- Diese späteren Äußerungen Noskes stehen allerdings im Widerspruch zur Praxis während seiner Amtsführung, vor allem hätte Noske derartige Einwände sicherlich bereits mitgeteilt, als er durch ein im "Berliner Tagblatt" veröffentlichtes Interview Seeckts angegriffen worden und von dem General beschuldigt worden war, alle militärischen Warnungen vor demputsch in den Wind geschlagen zu haben. In seiner Erwiderung in der Abendausgabe des "Vorwärts" vom 27.März 1920 erwähnte Noske dieses Mißtrauen dem General gegenüber jedoch nicht.
- 2) Dr.Gessler erklärte dem Verfasser im Jahre 1953, er habe die Tätigkeit Seeckts auf Grund der ihm frühzeitig zugegangenen Warnungen von Anfang an kritisch-mißtrauisch beobachtet.
- 3) Gesslers Programmrede in der Nationalversammlung, am 29.März 1920, *Nationalvers.* Bd.332, S.4959f.
- 4) vgl. Rabenau, *Seeckt - Aus seinem Leben*, a.a.O. S.244, 267, 273, 393, Memorandum des Generalleutnants Lieber zur Biographie Rabenaus, *Seeckt-Nachlaß*, Mikrofilm
- 5) vgl. Seeckts Schreiben an Noske vom 16.Januar 1920, *Seeckt-Nachlaß*, Mikrofilm
- 6) vgl. Rabenau, *Seeckt - Aus seinem Leben*, a.a.O. S.244. Der "Vorwärts" kritisierte derartige Bestrebungen Seeckts bereits in der Abendausgabe vom 22.April und in den Morgenausgaben vom 23. und 24.April 1920.

Chef der Heeresleitung so unangreifbar und unersetzlich, daß er bereits im September 1920 sein Abschiedsgesuch einreichte.¹⁾ Kurz darauf aber wurde der Chef der Heeresleitung veranlaßt, das Gesuch zurückzuziehen.²⁾

Wie sehr sich seine Position von Monat zu Monat verstärkte, beweisen schon die Gespräche um die Kabinettsverweiterung im Herbst 1921, an denen Seeckt als Vertrauensmann des Kanzlers Wirth zusammen mit Schleicher beteiligt gewesen zu sein scheint.³⁾ Im Januar 1922 suchte er, allerdings erfolglos, die Ernennung Rathenaus zum Außenminister zu vereiteln.⁴⁾ Aber noch war es nicht, wie in den Herbst- und Wintermonaten des Jahres 1923⁵⁾, zur Gewohnheit geworden, daß Seeckt gehört wurde, sobald es galt, eine neue Kabinettsliste aufzustellen, und daß seine Zustimmung oder Ablehnung über das geplante Kabinett entschied.

Während der für die weitere Entwicklung der Republik und ihres Heeres entscheidenden Jahre nach 1920 setzten sich weder Seeckt als der militärische Führer noch die Vertreter der ständig wechselnden Regierungen für eine Verschmelzung von demokratisch-republikanischem Staatsbewußtsein und der Geist des Heeres ein. Seeckt tat es nicht, weil er danach trachtete, sich kraft seiner starken militärischen Stellung auch politischen Einfluß zu erhalten und zu diesem Zweck das Heer als integren, neutralen Machtfaktor in steter Bereitschaft zu wissen, die Politiker aber versäumten es, weil sie das Problem nicht in seiner vollen Tragweite erkannten oder sich in ihrer Stellung zur Reichswehr sogar von parteipolitischen Zweckmäßigkeitsrücksichten leiten ließen.

Weitere unmittelbare und für das Verhältnis der Reichswehr zum Staat bedeutsame Folgen des Kapp-Putsches waren die Ernennung eines parlamentarischen Staatssekretärs für das Reichswehrministerium, die Aufstellung von Heereskammern,

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.245

2) dto. S.246

3) dto. S.265

4) dto. S.311

5) vgl. das Kapitel über den Ausnahmezustand 1923/24, insbesondere den Abschnitt über Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt.

das Ausscheiden der "reaktionärsten" Elemente aus dem Heer, dessen Abschirmung gegenüber den unzuverlässigen militärischen Hilfstruppen, aber auch wachsende Einsicht gegenüber manchen Erfordernissen des republikanischen Staates in höheren Offizierskreisen.¹⁾ Das alles waren Schritte und Entwicklungen, die geeignet waren, eine Wiederannäherung von Heer und Republik anzubahnen. Demgegenüber ergaben sich aber auch eine Reihe folgenswerer, für die Gestaltung der Beziehungen von politischer und militärischer Gewalt außerordentlich belastender Momente aus den März-Ereignissen: die zunehmende Abneigung der Arbeiterschaft gegen die Reichswehr, deren verstärkte Neutralisationstendenzen und vermehrte Traditionsbedürfnisse und nicht zuletzt Seecks Aktivität gegen alle von außen kommenden Bestrebungen, politische Kontrolle über das Heer auszuüben und den militärischen Einfluß auf die politische Entwicklung herabzumindern. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, wenn auch nur mittelbar, die auf den Putsch folgende allgemeine innenpolitische Entwicklung: Nicht, wie auch in der Reichswehrführung befürchtet und wie nach dem fehlgeschlagenen Rechtsputsch zu erwarten war, die republikanischen Parteien²⁾, sondern die Parteien der Rechten und Äußersten Linken erhielten bei den ersten Reichstagswahlen nach dem Kriege das Votum der Wähler.³⁾ In der Absicht, Verstöße einzelner militärischer Führer und Truppenteile gegen die Verfassung zu ahnden, erfolgte noch während der März-Unruhen die Bildung eines parlamentarischen Unter-

1) vgl. in dieser Arbeit S. 125

2) vgl. Fritsch's "Lagebeurteilung" vom 28.3.1920. Fritsch war der Auffassung, daß sich das Regime nach dem Scheitern des Kapp-Unternehmens der "radikalen Arbeiterschaft zuwenden" und dadurch, wie Fritsch glaubt, selbst radikalisiert würde. Fritsch-Nachlaß, Bundesarchiv Koblenz

3) Fehrenbachs Regierungserklärung vom 28.6.1920 drückte die Hoffnung aus, daß die Neuorganisation des Heeres mithelfen werde, die durch den Putsch zwischen Volk und Heer entstandene Kluft wieder zu überbrücken. Dieses Ziel könne erreicht werden, wenn sich die Reichswehr mehr als bisher als Teil des Volkes fühle und gleichzeitig alle Kreise des Volkes der Reichswehr mehr Verständnis entgegenbrachten. Vgl. RT, a.a.O. Bd.344, S.12

Untersuchungsausschusses im Reichswehrministerium, dem bis 1. September 1920 als Beiter mit dem Rang eines Staatssekretärs der Sozialdemokrat Christian Stock und, allerdings nur bis Ende Mai 1920, als Unterstaatssekretär dessen Parteifreund Bernhard Rausch beigegeben wurden - eine organisatorische Einrichtung, die als erster Schritt zur Ernennung eines ständigen parlamentarischen Staatssekretärs genommen werden konnte.¹⁾ Stock trat jedoch nach Abschluß der Arbeiten des Untersuchungsausschusses wegen der sich ihm im Reichswehrministerium entgegenstellenden Widerstände schon am 1.9.1920 zurück.²⁾ Dem Bestreben, die Reichswehr mehr als bisher parlamentarisch zu kontrollieren und aus ihrer Isolierung herauszulösen, entsprach auch die Errichtung der Heeres- und Marinekammer als demokratisches Gegengewicht zu Heeres- und Marineleitung, weiter die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und die mit Beginn der Kämpfe im Ruhrgebiet erstmals geübte Gepflogenheit, den innerhalb des Reiches operierenden größeren Truppenverbänden sogenannte Regierungskommissare als politische Berater und Vertreter der Regierung zur Seite zu stellen. Allen diesen demokratischen Gesichtspunkten entsprechenden Einrichtungen war jedoch eins gemeinsam: entweder existierten sie nur kurze Zeit und erlangten keinerlei Bedeutung, das gilt vor allem für die Institution der Heeres-, bzw. der Marinekammer, die überhaupt nur insgesamt zweimal, 1921 und 1922, zusammentraten³⁾ und sich dem stabilen militärischen System gegenüber nicht durchzusetzen vermochten, da ihre Befugnisse nur wirtschaftlicher und materieller Art waren. Auch die Kontroll- und Vermittlertätigkeit des Regierungskommissars Severing während der Unruhen im Ruhrgebiet verlief wenig erfolgreich, so daß von dieser Seite kaum ein Ansatz zur

1) vgl. "Vorwärts", Abendausgabe vom 27.3.1920 - Um eine eingehende Untersuchung der März-Vorgänge durchzuführen, seien mit Unterstaatssekretär Stock vier Dozernate im Ministerium eingerichtet, die von je einem Zivilisten und einem Offizier geleitet würden, meldete der "Vorwärts" am 18.4.1920. Vgl. Abschnitt über das Staatssekretariat im RM.

2) vgl. Schüddekopf, a.a.O. S.114

3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.256

Parlamentarisierung gegeben schien.¹⁾ Auch hier ergab sich wieder ein Versagen der leitenden Politiker, denen es meist nicht nur an der notwendigen Erfahrung auf militärpolitischem Gebiet, sondern auch an der erforderlichen Einsicht in militärische Notwendigkeiten fehlte.

Eine andere Folgeerscheinung der März-Ereignisse hätte sich unter anderen Umständen günstig auf die Entwicklung des Heeres auswirken können. Die Fronten innerhalb der militärischen Führerschicht begannen sich abzuzeichnen. Eine Reihe von politisch besonders aktiven Elementen wurden im Rahmen der Heeresverminderung zusammen mit den Helfern Kapps und Lüttwitz' verabschiedet, nachdem die demokratischen Kräfte, an ihrer Spitze der Reichspräsident, die sofortige Entwaffnung und Auflösung aller auführerischen Truppenteile und eine gründliche Umorganisation der Reichswehr gefordert hatten. Seeckt, der sich trotzdem bezeichnenderweise alle Maßnahmen vorbehielt, die die Strafverfolgung von Offizieren betrafen, konnte und wollte im Hinblick auf die von ihm erstrebte Homogenität des Offizierskorps nicht verhindern,²⁾ daß 852 höhere Offiziere und Beamte durch die Untersuchungen des Parlamentsausschusses belastet

1) vgl. Severing I, a.a.O. S.262ff.

2) vgl. "Frankfurter Zeitung", 27.3.1920, Abendblatt. In einem Interview hatte Seeckt erklärt, wer sich als Offizier schuldig gemacht habe, müsse fort. - Die erste Bekanntgabe von Entlassungen, Beurlaubungen und zivilgerichtlichen Verfahren durch Gessler erfolgte am 7.4.1920. Gessler stellte dabei fest, die Organisation des Ministeriums könne "im Augenblick nicht völlig umgestaltet werden, es kommt darauf an, nicht nur die alten Offiziere abzusetzen, sondern auch die richtigen Leute auf die einzelnen Posten hinzubringen." Vgl. "Vorwärts" vom 7.4.1920, Abendausgabe. Wahrscheinlich vermutete der "Vorwärts" richtig, als er in der Abendausgabe vom 24.3.1920 bemerkte: "An leitenden militärischen Stellen scheint man eine geradezu wahnsinnige Angst vor scharfem Zugreifen zu haben, man fürchtet offenbar neue Meutereien, wenn gegen die Führer des militaristischen Putsches mit dem scharfen Schwert vorggegangen wird, den anzuwenden das Interesse des Staates dringend erheischt...."

wurden.¹⁾ Er verband nämlich die Verjüngung der Offizierskorps mit den von ihm verlangten Säuberungsmaßnahmen. Im Vergleich etwa mit der gerichtlichen Verfolgung der unter der Eisner-Regierung begangenen Straftaten zeigte sich die republikanische Justiz den nationalistischen Aufführern gegenüber jedoch nachsichtig: gemäßigte Linkspolitiker wie Thbert sprachen sich eindeutig dagegen aus, daß die Truppe durch rigorose Untersuchungs- und Säuberungsmaßnahmen in Unruhe versetzt werden sollte.²⁾ Hinsichtlich der Beziehungen zwischen Reichswehr und Freikorps begegneten sich die Wünsche der Heeresleitung mit denen der demokratischen Politiker.³⁾ Die durch die Freikorps repräsentierte Ära der

-
- 1) vgl. die allerdings nicht belegten Hinweise bei I.H. Pollmüller, Die Reichswehr in der Republik, in: "Frankfurter Hefte", Jg. 1946, S. 835, und Waite, a.a. . S. 162, Thbert, a.a.O. S. 37. - Der "Vorwärts" bemängelte am 28.3.1920, daß Seeckt, anstatt die Reichswehr sofort von unzuverlässigen Elementen zu säubern, diese Säuberung hinauschiebe und eine Großaktion gegen die "lästigen Ausländer" durchführe, ein Verhalten Seeckts, das der "Vorwärts" "skandalös" nennt. ("Vorwärts", 28.3.1920) Das Blatt übte in den folgenden Wochen und Monaten immer wieder Kritik an Truppenkommandeuren und anderen Offizieren, die trotz ihrer Sympathien oder ihres Eintretens für Kapp-Lüttwitz nicht entlassen wurden. (vgl. "Vorwärts" vom 28.3.1920, Morgenausgaben vom 2.4.1920, 3.4.1920, 8.4.1920, Abendausgabe vom 8.4.1920) Andererseits sah das Blatt Anlaß zu der Befürchtung, daß diejenigen Kräfte in der Truppe, die sich gegen den Putsch gestellt hatten, nun von ihren militärischen Vorgesetzten dafür bestraft würden. (vgl. die Morgenausgaben des "Vorwärts" vom 3.4., 6.4., 23.4. und die Abendausgabe vom 22.4.1920) - Demgegenüber ließ noch in der Reichstagsitzung vom 27.1.1921 eine demokratische Partei wie das Zentrum durch ihren Sprecher erklären: "Wir verlangen nicht, daß in der Reichswehr nur solche Offiziere gehalten werden, die dem monarchischen Gedanken feierlich abgeschworen haben." Reichstagsverh., a.a.O. Bd. 347, S. 2202)
 - 2) vgl. R.G.L. Waite, Vanguard of Nazism, The Freecorps Movement, in: Post-War Germany 1918-1923, Cambridge 1952, S. 162
 - 3) "Entwaffnung der staatsfeindlichen Elemente und Stärkung der Staatsgewalt im Inneren" forderte auch Fritsch in einer "Lagebeurteilung" am 26.7.1920. Wollte man den äußeren Bolschewismus abwehren, so müsse "man vor allem im Inneren Ordnung halten" und versuchen, "die alte mit der neuen Weltanschauung auszugleichen, die Klassengegensätze zu beseitigen. Damit schaffen wir zugleich die beste Grundlage für eine allgemeine Grundlage, die uns vom Joch der Entente befreien soll, ohne uns unter das Joch des Bolschewismus zu bringen..."



politischen Abenteuer sollte ein baldiges Ende finden, das entsprach auch Seeckts Wunsch. Ihm war jegliche militärische Machtbildung außerhalb des regulären Heeres nur Notbehelf.¹⁾ Generalleutnant Bergmann vom Gruppenkommando I in Berlin, die Generalmajor Haas und von Möhl in Württemberg und Bayern und Generalleutnant von Lequis fühlten sich nach dem Putsch durch die nervöse Spannung in der Truppe zu einer Neuorientierung der Reichswehr der Republik gegenüber verpflichtet. Sie suchten nach einem Weg, wie das Heer in seiner Gesamtheit endlich zu einer zuverlässigen Stütze des Staates und der rechtmäßigen Regierung werden konnte.²⁾

Demgegenüber blieb die sozialistische Arbeiterschaft, die für sich in Anspruch nahm, die Republik durch ihren Generalstreik gerettet zu haben, nach dem Staatsstreich erst recht gegen die Reichswehr eingenommen. Sie fühlte sich durch die teilweise brutale militärische Niederschlagung der Unruhen in West- und Mitteldeutschland durch die Reichswehr provoziert³⁾ und war weniger als zuvor bereit, die Aufforderung des "Vorwärts" vom 25.3.1920 (Abendausgabe) zur "Aufstellung ganz neuer Formationen aus gewerkschaftlich organisierten Arbeitern" zu befolgen. Da auf der anderen Seite auch die verschiedenen Regierungen weiter versäumten, die Reichswehr dem Volk durch entsprechende propagandistische Maßnahmen näherzubringen, bahnte sich statt der in einem Industriestaat wie dem deutschen unerläßlichen Annäherung

1) Schon anfangs 1919 hatte Seeckt gefordert: "Sobald Lage es gestattet, alle Freikorps und Sonderverbände auflösen." Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.466, vgl. auch Rabenau, dto. S.475, Severing II, a.a.O. S.117, S.129, Severing I, a.a.O. S.365 f.

2) vgl. Metzsch, 13.März, a.a.O. S.183ff. - ferner: Noske, Erlebtes, a.a.O. S.170 ff. - Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954, S.150

3) Über die psychologischen Auswirkungen des Staatsstreiches innerhalb der Arbeiterschaft vgl. u.a. Ernst Troeltsch, Spektatorbriefe, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924, S.129ff.

zwischen Heer und Arbeiterschaft eine weitere Vertiefung der beiderseitigen Gegensätze an. Die Neutralisierungs- und Abschirmungstendenzen beim Heer wurden dadurch gefördert, die beginnende Isolierung der Reichswehr vom Volksganzen war nur denkbar auf dem Boden ihres gespannten Verhältnisses zur Arbeiterschaft, die nicht zu Unrecht die Reichswehr als den eigentlichen Gewinner aus den März-Wirren hervorgehen und in dem von ihr verkörperten Staatsgedanken eine Gefahr für die Republik sah.¹⁾ Die verstärkten Neutralisierungstendenzen richteten sich nach der Verabschiedung der aktivsten Teilnehmer am Kapp-Putsch auch gegen jene Offiziere und Mannschaften, denen die militärischen Vorgesetzten prodemokratische Gesinnung, d.h. eine aktive Parteinahme für die Republik, vorwerfen zu müssen glaubten.²⁾ Gestärkt gingen aus dem Putsch die "Kompromißler" und Opportunisten im Offizierskorps hervor, die der abwartend-paktierenden Linie Seeckts zu folgen gewillt waren,³⁾ sie bildeten von nun an die große Masse des Offizierskorps der Reichswehr. Der aus der Vorkriegszeit übernommene Grundsatz des "unpolitischen Heeres" bekam unter Seeckt andere Vorzeichen: Ein nach dem Scheitern des Putsches drohender Zwist innerhalb des Offizierskorps war durch den Chef der Heeresleitung zwar vermieden worden. Der soldatische Fachmann Seecktscher Prägung wurde höherer, auf die Politik wirksam werdender Eigenverantwortlichkeit und Bindung durch seine oberste Führung enthoben, da Seeckt dem Offizier die Verantwortung für eine eigene politische Einstellung abnahm. Eine solche Haltung und Erziehung verstieß, von Seeckt allerdings kaum beabsichtigt, gegen die besten preußischen Traditionen, wie sie im Schaffen Scharnhorsts oder Clausewitz verkörpert sind.⁴⁾ Infolgedessen gewöhnte sich das

1) vgl. RT Bd.358, S.9006, Wilh.Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten, 2.Bd., Stuttgart 1948, S.34off.,

"Frankfurter Zeitung", 1.Morgenausgabe vom 19.März 1920

2) vgl. Schüddkopf, Heer und Republik, a.a.O. S.110, Anm.338 - Julius Leber, Ein Mann geht seinen Weg, a.a.O. S.269f.

3) vgl. Bracher, a.a.O. S.83

4) vgl. Sauer, a.a.O. S.260f. - dort auch über die soziologischen Aspekte der Offiziersauswahl, S.257ff.

Offizierskorps daran, die Entscheidungen, die der höchste militärische Führer traf, in jedem Fall zu befolgen, auch dann, wenn sie einmal im politischen Zwiellicht erfolgten. Der so erzogene Reichswehroffizier übte selbst politische Abstinenz, ohne von seiner Führung das gleiche zu fordern. Die von Seeckt auch in politischen Angelegenheiten geforderte absolute Gehorsamspflicht gegenüber dem Chef der Heeresleitung - sie stellte die zwangsläufige Folge des Verzichts auf politische Eigenverantwortlichkeit bei den militärischen Unterführern dar - verlich der sogenannten politischen Neutralität der bewaffneten Macht in den Jahren nach 1920 zunehmend zwiespältige Züge.¹⁾ Parallel mit der Neutralisation des Heeres entwickelte und verstärkte sich in der Reichswehr seit 1920 der Hang zur Traditionspflege. War schon in den ersten Anfängen des neuen Heeres das Bestreben offenbar geworden, soweit als eben möglich an die Formen und das Wesen der kaiserlichen Armee anzuknüpfen, so wurde diese Tendenz nach Seeckts Ernennung zum Chef der Heeresleitung noch deutlicher.²⁾ Seeckt und seine Umgebung sahen in der Reichs-

-
- 1) Als Seeckt am 18. April 1920 an die Spitze der Heeresleitung trat, veröffentlichte er einen Erlaß an die Reichswehr. Während es im Entwurf noch u.a. hieß: "Ich kann nicht verlangen, daß ein jeder im Wandel der Zeit mit dem Herzen bei der Sache ist, mit dem Kopf muß aber jeder dabei sein, sonst ist er nicht ehrlich gegen sich selbst und gegen die Kameraden", war dieser Satz im Erlaß folgendermaßen abgeändert: "Es ist nicht zu erwarten, daß ein jeder den Wandel der Zeit in seinem Herzen begrüßt. Durchdrungen muß aber jeder von uns von der inneren Überzeugung sein, daß nur, wenn der Soldat treu zu seiner verfassungsmäßigen Pflicht steht, der Weg wieder aufwärts führt." Bei Rabenau, S. 239f., bewußt fortgelassen sind die Teile des Erlasses, in denen Zuversichtsstimmungen Seeckts der Republik gegenüber anklingen. So forderte Seeckt: "Jeder an seiner Stelle hat die Pflicht, mitzuhelfen, daß das Vertrauen der Reichswehr zur Regierung und zu den höchsten Kommandostellen, daß aber ebenso das Vertrauen zwischen Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren und das Vertrauen des Volkes zur Reichswehr aufrechterhalten und, so es verloren gegangen, wiederhergestellt wird." Vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Rabenau, Seeckt, a.a.O., S. 239f.
- 2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 469f. - H.v. Seeckt, Die Reichswehr, Leipzig 1933, S. 15f.

wehr den "monarchischen Rest" in einem glanzlosen republikanischen Staatswesen, und sie handelten danach: Das Traditionsdenken des neuen Heeres wurzelte in der Vergangenheit und galt der Zukunft, der Grundentscheidung für oder gegen den neuen Staat ging man auf diese Weise aus dem Wege.¹⁾

Für Seeckt war demnach die Traditionspflege in der Reichswehr nur ein Mittel, um das Heer möglichst wenig vom demokratischen Geist in sich aufnehmen zu lassen und die künstliche Isolierung des Heeres solange beizubehalten, wie der Weimarer Staat nicht dem von der Reichswehr, d.h. von ihm selbst entworfenen Bild vom Staat entsprach.

Der Kapp-Putsch und die auf ihn folgende Entwicklung hatten bewiesen, daß der Reichspräsident ebenso wie der durch ihn beauftragte Reichswehrminister den Oberbefehl nur formal besessen hatten, die wirkliche Macht lag beim obersten militärischen Führer. Seeckt übernahm diese Funktion praktisch bereits während des Putsches. Er verfügte damit über die Macht, nach der er in zahlreichen Stellungnahmen zur Frage des höchsten militärischen Führers immer wieder gestrebt hatte. In seine Hände war die Wiederherstellung der Regierungsgewalt gelegt, vorausgesetzt, daß die Einheit der Reichswehr behauptet werden konnte. Was Groener²⁾ vorausgesagt hatte, trat ein: Die Reichswehr wurde zum Instrument in der Hand eines Generalissimus und fühlte sich, ihrem Streben nach einer persönlichen Autorität an der Spitze des Heeres, auch als solches. Die auf die März-Ereignisse des Jahres 1920 folgenden Monate leiteten bereits jene Entwicklung ein, zu deren Höhepunkt der Ausnahmezustand im Winter 1923/1924 wurde.

1) vgl. Rabenau, a.a.O. S. 469 und 485f.

2) vgl. in dieser Arbeit S. 50

Reichswehrführung und Innenpolitik vor und während
des Ausnahmezustands 1923/1924

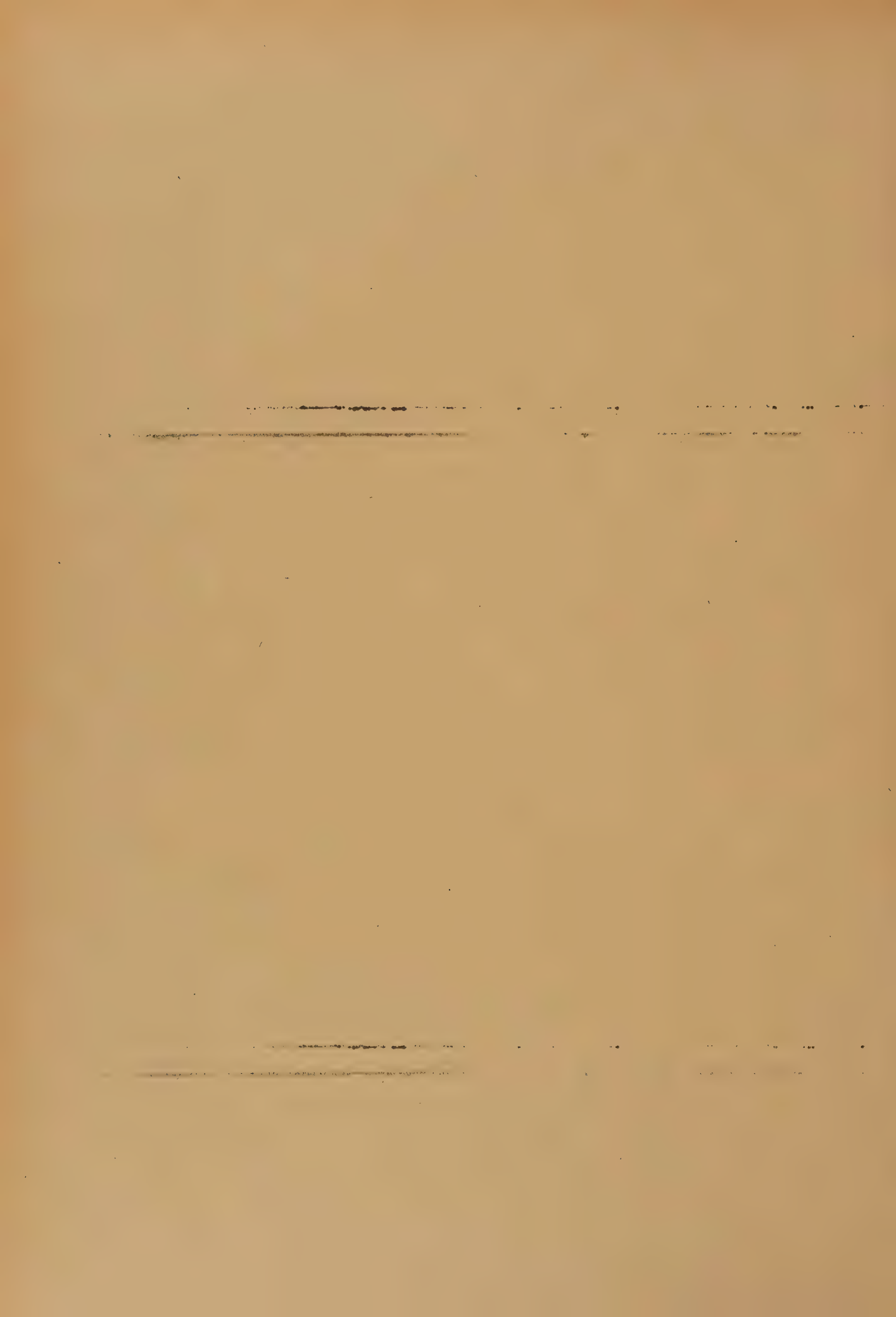
Deutschlands politische Lage in der ersten Hälfte des Jahres 1923 stand im Zeichen des Kampfes an der Ruhr und der ständig zunehmenden wirtschaftlichen Depression. Umstürzlerische, separatistische und partikularistische Bewegungen breiteten sich über das ganze Reich aus. Eine "neue große Revolution" schien einem Mann wie Groener nahe bevorzustehen.¹⁾ In derartigen Krisenzeiten mußte beinahe von selbst die bewaffnete Macht an politischem Gewicht gewinnen. Durch Poincarés Politik an der Ruhr und die gleichzeitige Bedrohung an der polnischen Grenze wurden vorbereitende Gegenmaßnahmen auf deutscher Seite ausgelöst, die ganz offenbar eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen politischen und militärischen Spitzen herbeiführten, aus der sich Ansätze für ein späteres dauerhaftes und vor allem vertrauensvolles Verhältnis von Heeresleitung und Reichsregierung hätten ergeben können.²⁾

1) vgl. Groeners Brief an Abert vom 1.11.1923, Groener-Nachlaß, Mikrofilm

2) vgl. Seeckts Denkschrift vom 28.3.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - ferner: Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O., S.323 f. - Seeckt hatte zunächst daran gedacht, mit Unterstützung der Ruhrindustrie und bewaffneter Freiwilligenverbände die Franzosen wieder aus dem Ruhrgebiet zu werfen. Er hatte sogar mit Abert über die Verteidigungspläne für die Reichshauptstadt gesprochen, war sich aber im Verlauf des Sommers bewußt geworden, daß derartige Pläne das Heer überfordert haben würden. Für militärische Aktionen gegen den französischen Ruhreinbruch fehlten der Reichswehr moderne, entscheidende Waffen. Bei einem französischen Angriff auf Mitteldeutschland oder gar einem kombinierten französisch-polnisch-tschechoslowakischen Vorgehen aber hätte sich die Reichswehr keinesfalls auf den passiven Widerstand beschränkt. "Militärisch betrachtet können wir nur hoffen, daß eine kriegerische Entscheidung noch hinausgeschoben wird, denn wir rechnen bestimmt damit, mit der Zeit noch stärker zu werden", vermerkte Seeckts Adjutant von Selchow am 15.2.1923 in seinem Tagebuch (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm). - G...F. Hallgarten, Stinnes, Seeckt und Hitler, in: "Geist und Tat", 9.Jg., Frankfurt Sept.1954, S.266ff.

Während der ersten Monate des ereignisreichen Krisenjahres 1923 nahm Seeckt "gegen seine sonstige Gewohnheit" regelmäßig an den Sitzungen des Reichskabinetts teil.¹⁾ Tatsächlich ^{galt} er schon damals als "der starke Mann".²⁾ Die unter dem alliierten Druck sich versteifende Haltung der deutschen Politik und die "de-facto-Blockierung" der Kontrollarbeit der IMKK boten ihm Gelegenheit, die geheimen Aufrüstungsmaßnahmen sogar mit Billigung der zivilen Stellen zu beschleunigen.³⁾ Trotzdem zeigte sich sehr deutlich, daß diese Zusammenarbeit nur unter dem Zwang der dem Reich von außen drohenden Gefahr zustande gekommen war.⁴⁾ Zusammenstöße zwischen politischer und militärischer Gewalt wie etwa die polizeiliche Verhaftung des Hamburger Beauftragten der Heeresleitung und die dabei erfolgte Aufdeckung von Absprachen zwischen Reichswehr und Selbstschutzorganisationen im Mai 1923 deuteten auf die fortdauernden Spannungen zwischen Politikern und Militärs hin.⁵⁾ Seeckt und sein politischer Berater Schleicher waren durchaus entschlossen, es auf eine Machtprobe zwischen Heeresleitung und Regierung, in diesem Falle vor allem mit der preußischen Regierung, ankommen zu lassen: Für die Reichswehrführung durfte es in diesem Punkt keine Zugeständnisse geben, die für die Zukunft als

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.323f.
 - 2) vgl. Selchows Tagebucheintragung vom 20. Januar 1923 über einen Besuch von Frau von Seeckt beim amerikanischen Botschafter Houghton (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm).
 - 3) vgl. Memorandum des Generalleutnants von Lieber, das dieser für Rabenau verfaßte (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm). - ferner: Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S.266f. - Severing II, a.a.O. S.118ff. Von der Reichsregierung gefördert und von der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden preußischen Regierung widerstrebend geduldet, konnte die geheime Aufstellung von Zeitfreiwilligenverbänden 1923 größere Ausmaße annehmen. - Schüddekopf, a.a.O. S.138, Rosenberg, a.a.O. S.401.
 - 4) vgl. die retrospektiven Ausführungen im Tagebuch von Selchows vom 20.9.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
 - 5) vgl. Rabenau, Aus seinem Leben, a.a.O. S.329, Schüddekopf, a.a.O. S.142f.



Präsidentenfall für eine erfolgreiche politische Kontrolle der Reichswehr angesehen werden konnten. Schleicher drohte mit dem Ausnahmezustand und militärischen Gegenmaßnahmen. Seeckt brach seine Dienstreise ab.¹⁾ In der Frage der nicht legalisierten Zeitfreiwilligen- und Wehrverbände, die das Verhältnis der Reichswehrführung zu den verschiedenen Regierungen seit 1919 belastet hatte, kam es erst nach langwierigen Auseinandersetzungen am 30. Juni 1923 zu einem Übereinkommen, das geheim war und von beiden Seiten zunächst mit Befriedigung aufgenommen wurde.²⁾ Als "völkische Gegenreichswehr"³⁾ hatte die Führung der Reichswehr diese Verbände zwar nach außen hin immer wieder abgelehnt und tatsächlich wohl auch als unzuverlässige und unruhige Bundesgenossen betrachtet. Andererseits aber bildeten die nationalen Verbände eine Art Kräfte-Reservoir, auf das die Heeresleitung in Krisenzeiten und im Kriegsfall zurückgreifen konnte.⁴⁾ Severings Vorstellungen, der vor den innenpolitischen Gefahren gewarnt hatte, die durch gut ausgerüstete, hinsichtlich ihrer politischen Absichten aber unkontrollierbare Verbände entstehen konnten, hatten namentlich den Reichswehrminister überzeugt.⁵⁾

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.329, Severing, a.a.O. S.118

2) Seeckt hatte sich von Anfang an nur widerwillig mit den von den verschiedensten politischen Gruppen aufgestellten Wehrverbänden eingelassen. Diese bedrohten seiner Ansicht nach allein durch ihre Existenz die Einheit der Reichswehr, die nach Seeckts Willen der einzige Waffenträger des Reiches bleiben sollte. Nur die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes ließ Seeckt diese Ansicht vorübergehend zurückstellen. Das Vorhandensein der Wehrverbände stellte zusammen mit der Erklärung des passiven Widerstandes eine schwere moralische Belastung für die Reichswehr dar, die sich mit Ausnahme kleiner, aber vom Ministerium zentral gelenkter Sabotageunternehmen zur militärischen Untätigkeit verurteilt glaubte. Vgl. Tagebucheintragung von Seeckts Adjutanten, v. Selchow, v.28.3.1923, ferner: das Lieber-Memorandum, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Severing II, a.a.O. S.115ff. - Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.328ff.

3) vgl. Rosenberg, a.a.O. S.403

4) vgl. die für Rabenau bestimmte Denkschrift des Generals von Lieber, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Seeckt widersetzte sich u.a. auch den Versuchen Thyssens, mit Hilfe des nach dem Kapp-Putsch entlassenen Generals von Watter Freiwilligenverbände zu bilden, die nicht gleichzeitig der Reichswehr unterstellt waren.

5) vgl. Severing II, a.a.O. S.115ff.

Von jetzt an war die Reichswehr verpflichtet, weder mit den unzuverlässigen Verbänden zusammenzuarbeiten noch die Aufstellung neuer derartiger Formationen zu fördern. Trotzdem erweckte die Übereinkunft den Eindruck, als ob die Reichswehrrführung in dieser Frage die Politiker überspielt hätte, denn die Verantwortung für Demobilisation und Auflösung des illegalen Heeres wurde dem Text nach den zivilen Behörden zugeschoben, die Reichswehr ihrerseits aber fuhr fort, dort, wo es ihr zweckmäßig erschien, auf die Unterstützung der "schwarzen" Verbände zurückzugreifen.¹⁾ Das politische Primat der zivilen Gewalt blieb wieder nur soweit gewahrt, wie sich die Reichswehrrführung vom Zusammengehen mit der Regierung Nutzen versprach, war das nicht der Fall, mußte sie befürchten, zwischen den "Mühlsteinen" der miteinander im Kampf um die Macht rivalisierenden Bewegungen "zermalmt" zu werden, so beschritt die Reichswehrrführung eigene Wege, dann war sie sogar entschlossen, "als Machtmittel einer Reichsregierung" auszuschcheiden,²⁾ ohne daß man seitens der politischen Gewalt ernsthaft den Versuch unternommen hätte, sie daran zu hindern. Diese Entwicklung der Reichswehr zum politischen Machtfaktor, während der sie sich entgegen dem Wortlaut der Verfassung als gleichberechtigte selbständige verfassungsmäßige Gewalt fühlte, belastete das Verhältnis von Reichswehrrführung und Regierung während des ganzen Krisenjahres 1923.

1) Seeckts Stellung zur Diktaturfrage

Die Frage nach den allgemeinen Folgen der Entwicklung, durch die die Reichswehr während des Krisenjahres 1923 zum politischen Machtfaktor wurde, leitet über zu der für das Thema dieser Arbeit besonders bedeutsamen Frage nach der Haltung des Chefs der Heeresleitung. Auf der Suche nach Belegen für

1) vgl. Leo Lania, Der Hitler-Ludendorff-Prozeß, Berlin 1925, S.51 - Seyering, a.a.O. S.119ff.

2) vgl. Groeners Schreiben an Abert vom 1.1.1923, Groener-Nachlaß, Mikrofilm

Seeckts Stellungnahme zum Problem der Diktatur in den Veröffentlichungen, die der General allerdings erst Jahre nach den hier zu behandelnden Ereignissen sowie unter dem Eindruck des Scheiterns des von ihm angestrebten außenpolitischen Kurses schrieb,¹⁾ wird man dort bezeichnenderweise nur auf verschwindend wenige direkte Hinweise über innenpolitische Fragen im allgemeinen und auf die Diktaturfrage im besonderen stoßen. Es entsteht sogar der Eindruck, als ob der Verfasser dieser Veröffentlichungen, die politische Probleme, Gedanken über Feldherrntum und über das Verhältnis zwischen Staatsmann und höchstem militärischen Führer zum Gegenstand haben, "Innenpolitik" mit "Parteipolitik" gleichzusetzen und sein Desinteresse an Fragen der Innenpolitik hervorzukehren versuchte. Seeckts Äußerungen über das Verhältnis von militärischer Führung und politischer Leitung sind uneinheitlich, unklar, ja, sogar widerspruchsvoll. Zwar erkennt er einerseits durchaus die Notwendigkeit an, daß sich Heer und Heerführung zumindest in Friedenszeiten der Politik und dem Wohl der Nation unterzuordnen haben²⁾, befürwortet auf der anderen Seite aber sogar noch im Jahre 1933, daß es der Reichswehrführung möglich sein müsse, den ihr angebracht erscheinenden Einfluß auf die "innere politische Lage" auszuüben.³⁾ Die Forderung, daß die Reichswehr unpolitisch zu sein hat, daß sie, mit Seeckts Worten, "außerhalb der Politik gehalten wird", daß sie "keinen Einfluß auf Regierungsmaßnahmen zu nehmen hat", will Seeckt bezeichnenderweise nur für die eigentliche Truppe gelten lassen. Er unterstreicht diesen Gedankengang noch eigens, indem er fortfährt: "Dieser Grundsatz der unpolitischen Armee darf aber nicht so ausgelegt werden, daß die Leitung der Armee, also

1) vgl. Hans von Seeckt, Gedanken eines Soldaten, Leipzig 1935, ders., Die Reichswehr, Leipzig 1933, ders., Moltke, ein Vorbild, Berlin 1931, ders., Die Zukunft des Reiches, Berlin 1929

2) vgl. Seeckt, Gedanken, a.a.O. S.39f., S.26, S.89, S.92f.

3) vgl. Seeckt, Reichswehr, a.a.O. S.79 - Die Ausführungen Seeckts über die dem Heer zuzubilligenden eigenen Lebensbedingungen im Staat, in: Zukunft des Reiches, a.a.O. S.191, Gedanken, a.a.O. S.89

das Reichswehrministerium, von der Entwicklung der allgemeinen Staatspolitik ferngehalten wird."¹⁾ Im Rahmen einer Art "Vertragstheorie", die Seeckt für die Beziehungen von Heer und Staat entwickelt,²⁾ räumt Seeckt der Reichswehr, gemeint ist wieder die Führung der Reichswehr, gleichsam als Äquivalent für die Erfüllung der ihm in den Krisen- und Anfangsjahren der Republik übertragenen militärischen Aufgaben, auch Rechte bei der Einflußnahme auf die politischen Geschicke dieses Staates ein. Damit war primär zwar nicht an militärische Einmischungen in die Innenpolitik gedacht, praktisch lief aber eine solche Zielsetzung auf derartige

1) vgl. Seeckt, Reichswehr, a.a.O. S.79

2) vgl. Seeckt, Gedanken, a.a.O. S.93, S.131

Einmischungen hinaus.¹⁾

- 1) In ähnlicher Weise wie Seeckt, wenn auch weniger umfassend in politischer Hinsicht, nahmen auch andere aus seiner Schule hervorgegangene Standesgenossen und der Reichswehr nahestehende Persönlichkeiten in dem Bestreben, die potentielle Schwäche des Hunderttausend-Mann-Heeres durch theoretisch vorbereitende Leistungen zu ersetzen, an der geistigen Auseinandersetzung um die deutsche Wehrpolitik nach 1918 teil. Wie der damalige junge Truppenoffizier Curt Hesse in seiner Schrift mit dem programmatischen Titel "Von der nahen Era der jungen Armee", so vertraute die geistige Führerschicht des Heeres darauf, daß die Reichswehr "einmal ihre Stunde haben" werde. (vgl. Curt Hesse, Von der nahen Era der jungen Armee, Berlin 1925, S.20) Eine Reihe dieser Betrachtungen zeugen davon, daß man das Problematische der Stellung der Reichswehr innerhalb des republikanischen Staates erkannt hatte, verraten aber zugleich auch, wie bei Seeckt, ein ähnlich großes Maß an Unsicherheit im Hinblick auf die Gestaltung des Verhältnisses von politischer Leitung und militärischer Führung und die damit zusammenhängenden Probleme. Für die Stellung ihrer Verfasser exemplarisch ist der Hinweis des späteren Leiters der Presseabteilung im Reichswehrministerium Karl Ludwig von Oertzen auf die Funktion, die das Heer und in diesem Falle die Reichswehr im demokratischen Staatswesen inne habe: Oertzen ist davon überzeugt, daß das Heer "innenpolitisch das Zünglein an der Waage" zu bilden habe. (vgl. K.L. von Oertzen, Politik und Wehrmacht, in: "Wissen und Wehr", 9.Jg., Berlin 1928, Heft 5, S.264) Obwohl auch Oertzen auf der einen Seite das politische Primat bejaht (vgl. K.L. von Oertzen, Bekenntnis verpflichtet zur Erkenntnis, in: Wehrgedanken, hrsg. von F.v.Cochhausen, Hamburg 1933, S.54ff. - ferner: Politik und Wehrmacht, a.a.O. S.265), läßt er die Frage nach dem Umfang, in welchem der höchste militärische Führer an der politischen Willensbildung mitbeteiligt ist, offen. (vgl. Oertzen, Politik und Wehrmacht, a.a.O. S.264) Vom Heerführer fordert Oertzen Standhaftigkeit, wenn es darum geht, sich den stets wechselnden Einflüssen der Tagespolitik zu verschließen, und lehnt die Demokratisierung des Offizierskorps und der Truppe als zu gefährlich ab. (vgl. Bekenntnis, a.a.O. S.9f.) Auch Friedrich von Rabenau untersucht das Problem der Unterordnung der militärischen unter die politische Gewalt, eine aktive politische Betätigung des höchsten militärischen Führers hält er für "beinahe nicht mehr denkbar" angesichts der "heutigen, so komplizierten Verhältnisse". (vgl. F.v.Rabenau, Die alte Armee und die junge Generation, Berlin 1925, S.94) Wie Oertzen erkennt Rabenau das Primat des Politischen an: "Die Armee als Ganzes hat unleugbar stets politische Funktionen. In dieser Beziehung ist jedoch das Heer Instrument..." (vgl. Die alte Armee, a.a.O. S.124 - ferner: Erich

Obwohl Seeckt schon ausgangs 1922, also rund ein Jahr vor Ausbruch der Novemberkrise, dem Reichskabinett erklärt hatte: "In Deutschland kann niemand einen Putsch machen als ich, und ich erkläre Ihnen, ich mache keinen",¹⁾ beschäftigte er sich in den darauffolgenden Monaten eingehend mit dem Für und Wider eines solchen Unternehmens. In seiner Stellungnahme zu allen derartigen Plänen und zur Verstärkung seines Einflusses überhaupt zeichnen sich vier nicht immer deutlich voneinander abgrenzbare Phasen ab: die erste, als er hoffte, über die von ihm selbst geschaffene Stellung eines Generalissimus als Militärdiktator an die Macht zu gelangen; dann konzentrierten sich seine Pläne auf die Bildung eines nationalen Direktoriums; später hat ihm kurze Zeit auch die Aufstellung einer eigenen Regierung vorgeschwebt, ohne daß er diesen Plan allerdings über den 3. November hinaus ernstlich verfolgt hätte; schließlich begann er mit den Vorbereitungen für eine Kandidatur zu den Präsidentschaftswahlen. Seeckt hat also innerhalb eines Zeitraumes von kaum einem Jahr eine für unser Thema aufschlußreiche Wandlung hinsichtlich seiner Bereitschaft, die politische Führung zu übernehmen, durchgemacht. Sie soll im folgenden näher untersucht werden.

Marcks, Clausewitz' Lehre vom Kriege, in: "Wissen und Wehr", 11. Jg., Berlin 1930, S. 275)

- 1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 341 und ähnlich S. 342: "Auf die Frage Eberts, hinter wem die Reichswehr stehe, erwiderte Seeckt im Frühjahr 1922: 'Die Reichswehr steht hinter mir'. Der letzte Chef des Heerespersonalamtes vor 1933, General v. d. Bussche-Ippenburg, schrieb dem Verfasser hierzu erläuternd: 'Die Version, Seeckt habe seiner Zt. durch die Bemerkung 'Die Reichswehr steht hinter mir' den Reichspräsidenten Ebert sozusagen an die Wand gedrückt, ist eine falsche Auslegung... Diese Bemerkung sollte nur heißen: 'Die Reichswehr gehorcht mir und damit Ihnen, Herr Präsident!'" - Auch der Reichswehrminister Gessler war davon überzeugt, daß der General nicht zu putzschönen beabsichtigte, derartige Pläne hätten zu Seeckt nicht gepaßt, äußerte er dem Verfasser gegenüber.
- Schüddekopf, a.a.O. S. 119, Anm. 264

Daß Seeckt willens war, vor allem während der entscheidenden Krisen eine gewichtige Rolle in der deutschen Politik zu spielen, um dann als de-facto-Oberbefehlshaber den Weimarer "Staat zu überwinden"¹⁾, daß er politischen Ehrgeiz und politische Ziele hegte, erwies sich bereits Mitte Januar 1923. Damals war Cuno, von Seeckt offenbar stark unterstützt, bereit, den Parlamentarismus in Deutschland wie einen "Krebsschaden" zu beseitigen und eine Art ziviler Diktatur zu errichten.²⁾ In den darauf folgenden Monaten bietet Seeckts Korrespondenz ebenso wie der Inhalt zahlreicher Besprechungen eine Reihe von Anhaltspunkten dafür, daß der General sich damals mit dem Plan trug, selbst an die Spitze einer Militärdiktatur zu treten.³⁾ Auch auf Informationsreisen nach Süddeutschland suchte er sich über Wesen und Ziele der nationalen Kampfverbände ("Orgesch", "Deutscher Kampfbund"), die dort eine besondere Machtstellung erobert hatten, zu orientieren und diese Verbände womöglich als Verbündete zu gewinnen, da ihm bekannt war, daß sie sich angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Cuno'schen Politik an der Ruhr gleichfalls den nationalen Umschwung in Gestalt einer "starken" Regierung ersehnten und dabei auf die sozialen wie nationalen Strömungen weiter Volkskreise rechnen konnten. Durch die Aufnahme solcher hochpolitischen Gespräche verließ Seeckt selbst den von ihm für alle Angehörigen der Reichswehr als verbindlich aufgestellten Kurs der parteipolitischen Neutralität, indem er sich der staatlichen Kontrolle entzog und selbst Politik zu

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.386

2) vgl. Tagebucheintragung des Adjutanten v.Selchow am 19.1.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Seeckt kannte Cuno bereits seit Jahren und hatte im März 1920 sogar angeboten, ihm einen Ministerposten zu vermitteln.

3) vgl. die an Rabenau gerichtete Denkschrift des Generalleutnants von Lieber. Dieser erwähnt Zusammenkünfte und Kontaktaufnahmen Seeckts mit Stinnes und Thyssen im Frühjahr 1923. Danach hat Seeckt zeitweise an ein gegen die östlichen Verbündeten Frankreichs gerichtetes deutsch-österreichisch-ungarisches Bündnis gedacht. (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm)

treiben versuchte. An die Stelle der Anschauung vom instrumentalen Charakter des Heeres setzte Seeckt die seinige von der zeit- und zweckbedingten Partnerschaft zwischen Regierung und Heer in diesem Staat. Als Ziel dieser Partnerschaft sah Seeckt in erster Linie das Wiedererstehen einer starken Armee. Zur Verwirklichung dieses Zieles glaubte er sich verpflichtet, statt der politischen Kontrolle über das Heer umgekehrt die Reichswehrführung den republikanischen Staat wenn nicht kontrollieren zu lassen, so doch notfalls durch das Veto der Reichswehrführung gegen Regierungsentscheidungen die Politik zu beeinflussen.

Aus der Folge der genannten politischen Gespräche sind vor allem die Unterredungen mit Forstrat Ischerich, dem ehemaligen Führer und Gründer der im Sommer 1921 aufgelösten bayrischen Selbstschutzorganisation "Orgesch", am 15. Februar,¹⁾ mit Ludendorff am 20. Februar und mit Hitler am 11. März bemerkenswert. Sie verliefen insgesamt für Seeckt unbefriedigend, da er den Wehrverbänden nicht den Einfluß innerhalb der Reichswehr und im Staat einräumen konnte, den sie forderten.²⁾ Mit Ludendorff suchte sich Seeckt, wahrscheinlich auf Veranlassung deutscher Industrieller³⁾, über die Kompetenzverteilung und die Bereitstellung der vaterländischen Verbände im Falle eines Krieges mit Frankreich sowie im Hinblick auf die Verhältnisse nach einer nationalen Erhebung zu einigen.⁴⁾ Daß sich Seeckt am 11. März auf Anregung Luden-

1) vgl. Denkschrift des Majors Tschunko für Rabenau vom 13.2.1939, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

2) Vor allem mußte der Wunsch der Freikorps nach Beibehaltung ihrer Führer selbst im Rahmen eines Reichswehr-Einsatzes stärkste Mißbilligung bei der Heeresleitung finden. (vgl. Caro-Oehme, a.a.O. S.155)

3) vgl. von Selchows Tagebucheintragung vom 15.2.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

4) Ob Seeckt Ludendorff damals den Oberbefehl über die gesamte Reichswehr oder nur über Teile derselben und die Wehrverbände antrug, ist nicht einwandfrei zu klären. Im Befragungsprotokoll Joachim v. Stülpnagels vom 19.2.1952 beharrte Stülpnagel darauf, daß Seeckt damals Ludendorff den Oberbefehl überlassen hatte, wenn dieser die Verfassung nicht antastete. - Demgegenüber Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.331, Anm.2, und Ludendorff, Vom Feldherren, a.a.O. S.220f., Caro-Oehme, a.a.O. S.158f.

dorffs Hitler zu einer Unterredung "zur Verfügung stellte"¹⁾, erscheint in diesem Zusammenhang auffällig. Seeckt hatte erkannt, daß Hitlers Bewegung, die durch Münchner Reichswehrdienststellen lange Zeit gefördert worden war, im Süden ähnliche Ziele verfolgte, wie er selbst von Berlin aus. Es mußte ihm deshalb daran liegen, sich ein persönliches Bild zu machen.²⁾ In der "vorläufigen Marschrichtung", d.h. darüber, daß es galt, das mißliebige demokratische Regime abzulösen, waren sich der rechtsradikal Parteiführer und der General einig³⁾; über die Mittel und Methoden zur Verwirklichung ihrer Absichten gingen beider Ansichten allerdings beträchtlich auseinander. Hitler beanspruchte für sich und seine Partei die Führung im Kampf gegen die Republik und freie Hand gegen die "November-Verbrecher". Für Seeckt, der immer noch hoffte, nicht gegen den Reichspräsidenten vorgehen zu müssen, waren diese Forderungen unannehmbar. Außerdem fühlten sich die beiden Männer zu sehr als Konkurrenten um die Anwartschaft auf den ersten Platz in einer zukünftigen nationalen Diktatur, als daß sich der revolutionäre Doktrinär Hitler und der Aristokrat Seeckt nicht gegenseitig hätten beargwöhnen müssen. Beide waren sich dabei bewußt, daß es sowohl dem Parteiführer als auch dem General an Resonanz im Volke fehlte, um allein, ohne die Unterstützung des anderen, einen Putsch wagen zu können.⁴⁾ Seeckt hatte den Politiker Hitler bezeichnenderweise

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.347

2) vgl. von Selchows Denkschrift vom 30.7.1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - ferner: W.Görlitz, H.Quint, Adolf Hitler, Stuttgart 1952, S.177f. - Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S.271

3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.66off. "Das, was in dieser Bewegung den Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestrebenen Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft." Seeckt schrieb diese Zeilen zwar erst 1930 an eine Zeitung, trotzdem wird man nicht fehlgehen in der Annahme, daß derartige Gedankengänge auch bereits sieben Jahre früher sein Handeln bestimmten.

4) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.348

nicht völlig zu durchschauen vermocht, während der innenpolitisch erfahrenerer Schleicher Hitler sofort ablehnte: "Der nicht!"¹⁾

Die engsten Mitarbeiter Seeckts ahnten, daß die von ihrem Chef angestrebte Generalissimus-Stellung als Voraussetzung für die Durchführung seiner Absichten dienen sollte. Man versäumte in der Heeresleitung und teilweise auch von den Gruppen- und Wehrkreiskommandos aus keine Gelegenheit, dem Ehrgeiz und der Aktivität des Generals die Richtung zu geben, die den Interessen der Reichswehr zu entsprechen schien.²⁾ Radikaler gesinnte Offiziere des Ministeriums, denen Seeckts politische Aktivität bei der Umwandlung in Richtung auf ein autoritäres und nationales Regime nicht genügte, spielten wenige Wochen später mit dem Gedanken, den Chef der Heeresleitung durch eine andere, tatkräftigere Persönlichkeit zu ersetzen.³⁾ Das Beispiel Mussolinis, der mit Unterstützung des Staatsoberhauptes die Macht errungen hatte, übte damals im deutschen Offizierskorps offensichtlich große Anziehungskraft aus.⁴⁾

1) vgl. L.Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen-Stuttgart 1951, S.116

2) vgl. ein an Seeckt gerichtetes Schreiben Oberst Wilhelm Heyes, in dem dieser noch am 6.November 1923 feststellte, die ostpreußische Reichswehr stehe den nationalsozialistischen Bestrebungen kritisch gegenüber, weil deren Verwirklichung die Gefahr einer polnisch-litauischen Intervention in Ostpreußen heraufbeschwöre. Als Ausweg empfahl Heye eine Militärdiktatur unter Seeckt. Vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

3) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.364

4) vgl. Befragungsprotokoll Joachim v.Stülpnagels vom 19.2. 1952: "Ich habe damals stark auf Seeckt eingewirkt, um ihn zur Übernahme der Macht zu bewegen. Seeckt hat diesem Gedanken zugestimmt, aber mir mein scharfes Drängen verargt. Seeckt war in politischen Dingen immer stark, wenn es sich um die Defensive handelte, aber schwach, wenn es auf eigene Initiative ankam." - H.Hierl, Im Dienst für Deutschland, Heidelberg 1954, S.19 - Im Ministerium habe man allgemein gehofft, daß Seeckt als nationaler Diktator die verworrene innenpolitische Lage im Sinne "einer starken Reichsgewalt in Ordnung" bringen würde. Hr. Hierl, habe damals die politische Zurückhaltung Seeckts kritisiert.

Wenn man in Seeckts Umgebung wie aber auch von seiten der Oberbefehlshaber drängte¹⁾, geschah es außerdem auch noch aus der Befürchtung heraus, "daß eine Rechtsrevolution über das Reich hinwegbrausen" würde, auf deren Entwicklung und Folgen die Reichswehr ohne Einfluß geblieben wäre, wenn es ihr nicht vorher gelang, sich rechtzeitig einzuschalten.²⁾ Sicherlich war es nicht nur und nicht in erster Linie restaurativer Ehrgeiz oder gar das Machtstreben eines militärischen Usurpators, die zu derartigen Überlegungen in der Heeresleitung und in hohen militärischen Kommandostellen führten. Diese Überlegungen werden verständlich nur vor dem allgemeinen politischen Hintergrund der Sommer- und Spätsommermonate des Jahres 1923: Die Wirtschaftskrise trieb dem Höhepunkt zu, als der passive Widerstand an der Ruhr die letzten Rücklagen der Reichsbank aufgezehrt hatte und als Folge davon immer breitere Bevölkerungsschichten unter Teuerung und Lebensmittelnot zu leiden hatten. Dieser wirtschaftlichen Entwicklung entsprach die wachsende Unruhe und Erbitterung im Volke und der populäre Ruf nach einem baldigen politischen Systemwechsel. Die völlige Auflösung der wirtschaftlichen und der staatlichen Ordnung schien bevorzustehen. Streiks und Hungerunruhen in allen Reichsteilen, separatistische Loslösungstendenzen im Rheinland, in Bayern und in Ostpreußen, Umsturzpläne von seiten der sich gegenseitig befehdenden radikalen Linken und Rechten, die in ihren Machtbasen Mitteldeutschland und Bayern Kräfte zum Angriff auf Berlin zu konzentrieren begannen, das alles war, wenn man die bedrohliche außenpolitische Lage des Reiches berücksichtigt, zuviel, als daß die Berliner Zentralregierung ohne neuerliche Inanspruchnahme des Ausnahmezustands und der Reichswehrführung hätte Herr der Lage bleiben können. Am Ende dieser Entwicklung standen die Verkündung des Ausnahmezustandes am 27. September und die Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag am 13. Oktober

1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.366

2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.359

1923, das der Regierung in wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht freie Hand gab.

Die offene Gegnerschaft großer Teile der Rechten, so namentlich der Anhänger Ludendorffs und Hitlers sowie der Kreise um den Geheimrat Heinrich Glass¹⁾, von denen sich Seeckt hinsichtlich seiner nationalen Ziele überflügelt sah, und die Angriffe der Linksparteien gegen den politischen Kurs der Reichswehrführung nötigten Seeckt in den Sommermonaten des Jahres 1923 eine gewisse Zurückhaltung auf. So blieben die Vorstellungen Hasses, Stülpnagels, Fritsch's, Schleichers und anderer Mitarbeiter, aber auch ziviler Politiker und einflußreicher Organisationen bei Seeckt²⁾ wirkungslos, und, da sich Seeckt überdies nicht gern von seinen Untergebenen drängen ließ, geriet er mit seinen Diktaturplänen gegenüber den süddeutschen Konkurrenten in Verzug. Offensichtlich unentschlossen führte Seeckt zur gleichen Zeit mit deutschnationalen Parteiführern, die einen "Militärkanzler wollen"³⁾, und mit Ebert-Strasemann Gespräche. Letztere bezogen sich auf die Bildung einer mit Diktaturvollmachten ausgestatteten Regierung Strasemann. "Seeckt erklärte sich zwar einverstanden, aber nicht mit vollem Herzen".⁴⁾ Die Übertragung der vollziehenden Gewalt an den Reichswehrminister und nicht, wie Seeckt gehofft hatte, an den Chef der Heeresleitung, bewirkte bei Seeckt einen deutlichen Meinungsumschwung. Wenige Tage vor dem 26. September hatte

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 387

2) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 353 - ferner: Lania, a.a.O. S. 52ff. - vgl. Ritter, Goerdeler, a.a.O. S. 466, Anm. 2, wonach die Annahme, auch Schleicher habe Seeckt zur Übernahme der Diktatur gedrängt, fragwürdig ist.

3) vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 23. und 24. und 25. 9. 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: Seeckt habe sich den Parteiführern gegenüber bereit erklärt, "ein loyales Angebot" anzunehmen. Seeckts Mitarbeiter waren daraufhin der Meinung, daß ihr Chef nicht mit einer Partei allein paktieren dürfte. Auch über diese Vermittlungsversuche war Seeckt "etwas pikiert...", es zieht aber doch".

4) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 23. 9. 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

Gessler dem Reichspräsidenten seine Vorschläge für eine betont zivile Aufmachung des Ausnahmezustandes unterbreitet. Durch die Ernennung von Regierungskommissaren sollten die Ausnahmebefugnisse der militärischen Befehlshaber stark beschnitten werden. Selbstverständlich waren diese Vorschläge, mit denen sich die Regierung ihre Handlungsfreiheit zu bewahren und gegen militärische Übergriffe zu sichern suchte, bei Seeckt auf Ablehnung gestoßen.¹⁾

Nach der Ernennung Gesslers zum Inhaber der vollziehenden Gewalt am 26. September scheint sich Seeckt enttäuscht selbst von der weiteren politischen Entwicklung ausgeschaltet zu haben.²⁾ Zwar war, sehr zu Seeckts Genugtuung, der Konflikt von Reichswehr und Rechtsorganisationen, vorläufig vermieden worden³⁾, auch änderte sich durch Gesslers Beauftragung an den tatsächlichen Machtverhältnissen nichts, da der Chef der Heeresleitung auf Grund seiner gesetz- und verfassungsmäßig nicht begrenzten Befugnisse namentlich während eines Ausnahmezustands in militärischen Angelegenheiten vom Wehrminister unabhängig blieb⁴⁾, trotzdem war für ihn, der danach getrachtet hatte, das demokratisch-parlamentarische Regime auf legale Weise zu überwinden, damit eine weitere bedeutungsvolle Schranke errichtet werden. Auch zeigte sich jetzt, daß der General von Seeckt zuletzt doch nicht Politiker genug war, um die nationalgesinnten Kreise und Gruppen straff zusammenfassen zu können, die zu diesem Zeitpunkt weniger denn je bereit waren, sich den zufälligen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag zu beugen, nachdem ihnen die Kanzlerschaft Cunos monatelang ein baldiges Ende des deutschen Parlamentarismus verheißen hatte.⁵⁾ Wieder, wie schon

1) vgl. Schlottnner, a.a.O. S.92, Hasses Tagebucheintragung vom 27.9.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

2) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 27.9.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.352

4) vgl. Wheeler-Bennett, Nemesis, a.a.O. S.131

5) vgl. Stresemann, Vermächtnis, a.a.O. I, S.73

im Kapp-Putsch, vermißt man bei Seeckt und in der Reichswehrführung überhaupt das einheitliche, klare innenpolitische Programm. Wie seine verschiedenen Versuche, andere Persönlichkeiten vorzuschieben, beweisen, hat sich Seeckt selbst nicht zum Diktator berufen gefühlt und Pläne diktatorialer Art, bei denen ihm selbst die führende Rolle zufiel, nur in Ermangelung anderer, "stärkerer" Persönlichkeiten gefaßt.¹⁾ Er war, soweit es sich um die Diktatur- und Staatsstreichpläne handelte, keineswegs Herr der Entwicklung, sondern wurde von ihr getrieben. Ebert hatte Gessler auf Anraten Stresemanns den Vorzug gegeben. Daran, daß der Reichspräsident einen von der Reichswehrführung unternommenen Staatsstreich gebilligt oder auch nur geduldet hätte, war nun nicht mehr zu denken. Noch entscheidender mögen bei dem Verzicht auf Seeckts Diktaturpläne Überlegungen realpolitischer Art gewirkt haben. Im Ausland würde man eine offene oder versteckte Militärdiktatur, bei der der Führer der Reichswehr eine Rolle spielte, nicht widerstandsfähig hingenommen haben.²⁾ Im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Frankreich wäre eine rasche deutsche Niederlage jedoch unausbleiblich gewesen, da auf wirksame russische Unterstützung noch nicht zu rechnen war. Innenpolitisch waren die diktatorischen Experimente Ludendorffs und Lüttwitz' geeignet, Seeckt deutlich zu machen, daß sich ohne die Arbeiterschaft kein Militärdiktator behaupten konnte. Im Hinblick auf Seeckts Festhalten am Legalitätsprinzip ist auch der Wandel in den Anschauungen seiner Umgebung bezeichnend: In den Aufzeichnungen des Chefs des Truppenamtes über die Aussichten des Putsches heißt es in der ersten Dezemberhälfte: "... es wird entweder mit roher Gewalt eingegriffen und Deutschland völlig umgedreht (Putsch). Ein derartiger Eingriff gibt nur einen Augenblickserfolg, kann aber niemals die endgültige Gesundung bringen. Auf einen

1) vgl. Seeckts Brief an seine Schwester vom 18.11.1923, Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.384

2) vgl. Dankschrift Prof. Martin Spahn für Seeckt vom 12.12.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

Putsch von rechts kommt einer von links usw. Bleibt nur die legale Entwicklung.“¹⁾ Demnach hatten Seeckt und seine Umgebung wahrscheinlich erkannt, daß die Zeit für die Reichswehr arbeitete. Der militärischen Führung war bei der Handhabung des Ausnahmezustands leicht Gelegenheit gegeben, gegen die ihrer Meinung nach unerträglichsten Mißstände im Reiche vorzugehen, in dem die auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die Ordnung wieder herzustellen und überdies in der deutschen Jugend wieder nationale Begeisterung zu wecken suchte.²⁾ Für eine in jenen Herbstwochen ihrer Dauer nach noch nicht abzusehende Zeitspanne konnte der Chef der Heeresleitung, obwohl durch die Verfassung nicht eigens dazu bestimmt, aber trotzdem vollkommen legal, die Arbeit der Exekutive beeinflussen. So gesehen würde eine aktive Beteiligung von Führung und Truppe an einem Putsch eine ganz im Sinne des Heeres sich abzeichnende Entwicklung gefährdet und zumindest unterbrochen haben, von der sich die Reichswehr eine Festigung ihrer Position im Volke erhoffen konnte.³⁾ Die Verantwortung wäre dem Heer zugefallen, und Seeckt als Diktator und gleichzeitiger Führer der bewaffneten Macht hätte die von ihm bislang heftig bekämpfte offene Politisierung der Truppe nicht mehr verhindern können. Trotz dieses auch nach außen hin in Erscheinung tretenden Wandels in den Auffassungen der militärischen Führung wurden die Versuche, Seeckt zur Teilnahme und militärischen Leitung des beabsichtigten Staatsstreiches zu bewegen, allerdings erfolglos, sogar bis in den November

- 1) vgl. Hässels Tagebucheintragung vom 11.12.1923 nach einem retrospektiven Vortrag Schleichers vor den Offizieren des Ministeriums - ferner Wheeler, a.a.O. S. 129. Wheeler zitiert ein Schreiben Seeckts an den Geheimrat Glass, in welchem Seeckt die Aufgaben der Reichswehr in jenen unruhigen Zeiten skizziert und ankündigt, daß er selbst an der Spitze der Reichswehr jeden Aufruhr, sei es von links oder von rechts, mit Gewalt niederschlagen werde.
- 2) vgl. H. Brauweiler, Generale in der deutschen Republik, Berlin 1932, S. 50ff. (Verfügung des Reichswehrministers über die Handhabung des Ausnahmezustands vom 19.10.1923) - ferner Rabenau, Seeckt-Aus seinem Leben, a.a.O. S. 371.
- 3) vgl. Rabenau, a.a.O. S. 386f.

hinein fortgesetzt.¹⁾ Die breite Front der Befürworter einer Diktatur reichte anfangs von den Anhängern der äußersten nationalen Rechten über Zentrumskreise um den damaligen Abgeordneten Franz von Papen bis hin zu führenden Mitgliedern des KPD.²⁾ Ob Seeckt innerlich völlig auf seine bisherigen Pläne verzichtet hatte, bleibt dahingestellt, ein derartiger Verzicht hätte allzuwenig einer überlittenen Preisgabe geglichen,³⁾ obwohl sicherlich nicht nur taktische Erwägungen der Grund waren.

- 1) vgl. den Bericht eines Stabsoffiziers aus dem Reichswehrministerium vom 11.11.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Wenn Seeckt wollte, so stellt der Briefschreiber fest, das Königtum der "Erschönten Retter" Deutschlands werden und dadurch weitere "Lendenaktionen" im Stile des Hitler-Putsches vereiteln. - ferner: Der Hitler-Putsch, München 1924, S.23
- 2) vgl. Stresemann, Vermächtnis I, a.a.O. S.207ff. Stresemann führte kurz nach Ausbruch des Münchner Putsches in einer Rede aus: "Die Hoffnungslosigkeit der Lage hat dazu geführt, daß die Menschen nach neuen Formen, nach neuen Persönlichkeiten, nach neuen Ideen suchen. Der Ruf nach Diktatur erfolgt. Was in ihm liegt, hat den einen berechtigten Kern, daß der gewöhnliche Gang des Parlamentsbetriebes in Zeiten der Not nicht das aufhalten darf, was notwendig ist. Die Abklärung habe durch die Verhängung des Ausnahmezustands bewiesen, daß sie gewillt sei, "aus den Tatsachen die Konsequenz zu ziehen" und "dem Streik der Parteien eine Wendung herbeizuführen, allein, auch die Diktatur und der Diktator würden den gleichen Schwierigkeiten gegenüberstehen. Es käme in dieser Situation auf die "Persönlichkeit", auf die "Idee" und die Planungen an. - Rebenau, Seeckt, a.a.O. S.353 - F.von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S.14 - Otto Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S.59.
- 3) vgl. W. von Rheinbaben, Viernach Deutschland, Berlin 1954, S.187 - Seeckts ablehnende Haltung trug ihm die gehässige Feindschaft der extremen Rechtsgruppen ein, die selbst vor Attentaten gegen den Chef der Heeresleitung nicht mehr zurückschreckten. Ein großer Teil der deutsch-nationalen Presse verurteilte Seeckts "Nichthandeln". - vgl. G.Gumbel, Vermächtnis verfallen der Feme, Berlin 1929, S.198 - ferner: verschiedene Tagebucheinträge Hasses, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

Seeckt beschäftigte sich in der Folgezeit vornehmlich mit Überlegungen zur Bildung eines unter seiner Leitung stehenden nationalen präsidentialen Direktoriums ohne sozialistische Mitglieder, das der Kontrolle des Reichstags und damit der politisch-zivilen Kontrolle überhaupt weitgehend entzogen bleiben sollte.¹⁾ Zur gleichen Zeit, aber unabhängig von Seeckts Bemühungen, fanden in der Regierung Beratungen statt, die ebenfalls die Schaffung eines mit außergewöhnlichen Vollmachten ausgestatteten obersten Gremiums zum Gegenstand hatten.²⁾ Im Anschluß daran verhandelte Stresemann, für den auch etwaige diktatorische Maßnahmen nur Mittel zum Zweck der Wiedererlangung verfassungsmäßiger Zustände waren, mit Seeckt am 4. Oktober über dessen Bereit-

-
- 1) Seeckt hatte dabei an den Botschafter und Industriellen Wiedfeldt, den Wirtschaftler Minoux und wahrscheinlich auch Kahr gedacht. Vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 346 - Gustav Stresemann, Vermächtnis, Bd. 1, hrsg. von Henry Bernhard, Berlin 1952, S. 198 - Hallgarten, Stinnes, a.a.O. Dokumente 5 + 6 über Unterredungen des amerikanischen Botschafters Houghton mit Stinnes am 21. Sept. und 6. November 1923.
 - 2) Der Gedanke eines nationalen Direktoriums fand im Spätsommer 1923 sehr viel Anklang. Namentlich in Bayern traten einflußreiche Kreise dafür ein, eine nationale und konservative Regierung unter Sammlung aller Kräfte und mit Sanktionierung durch den Reichspräsidenten vorzubereiten. - vgl. Schwend, a.a.O. S. 210 - Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S. 280; Hasses Tagebucheintragung vom 2. + 4. 10. 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: "Im Reichskabinett ringen zwei Ansichten um die Lösung: entweder Neubildung des Kabinetts ohne Sozialdemokraten oder Bildung eines Direktoriums unter Ausschluß des Reichstages... Seeckt, der für die zweite Lösung der kommende Mann ist, hält sich klugerweise ganz zurück." Schleicher scheint in diesen Tagen ebenfalls in der Reichskanzlei verhandelt und ein Direktorium: Gessler-Minoux-Seeckt vorgeschlagen zu haben. Minoux hätte abgelehnt. In einer Unterredung zwischen Seeckt und Stresemann habe Seeckt, wie Hasse meint, "scharfe Bedingungen" gestellt. Das Auswärtige Amt intrigiere gegen den General. - ferner: Hitler-Prozeß, a.a.O. S. 110ff., wo Aussagen Ludendorffs zitiert werden, denen zufolge Stresemann im Oktober erklärt hätte, sein Parlament sei das letzte parlamentarische.

willigkeit zur Teilnahme, ohne daß der Kanzler allerdings von Seeckts Plänen gewußt hätte. Erst die Ereignisse des 8. und 9. November und die Absagen verschiedener für das Direktorium in Aussicht genommener Persönlichkeiten beendeten die Verhandlungen. Nur verhältnismäßig kurze Zeit scheint sich Seeckt mit der Absicht beschäftigt zu haben, durch Bildung eines parlamentarisch gebundenen Kabinetts Einfluß auf die politische Entwicklung zu gewinnen.¹⁾ Solche Pläne stießen selbst in seiner Umgebung auf Ablehnung. Im Falle einer parlamentarischen Lösung der Krise zog man in der Heeresleitung ein Kabinett Wiedfeldt, in welchem Seeckt als Vizekanzler oder als Reichswehrminister und Inhaber der vollziehenden Gewalt in jedem Fall starken Einfluß ausüben konnte, ohne jedoch selbst die Last der Verantwortung zu tragen, einem Kabinett Seeckt vor.²⁾ Seeckt entwarf Ende Oktober sein Programm für eine Regierung des Ausnahmezustands und des Übergangs.³⁾ Darin suchte der General zu beweisen, weshalb gerade in jenen Wochen ein Soldat die Geschicke Deutschlands lenken müsse. Nach einleitenden Feststellungen zum Übergangscharakter der zu bildenden Regierung, die ihre Hauptaufgabe darin sehen sollte, Bestand und Einheit des Reiches zu wahren, legte Seeckt skizzenhaft die Grundzüge der geplanten Außen- und Innenpolitik dar. Aus ihnen spricht sein Bekenntnis zu konservativen Gedankengängen: Ganz im Sinn der alten Reichsverfassung befürwortete Seeckt die Vereinigung der Ämter des preußischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers⁴⁾ und eine baldige Verfassungsreform auf föderativer Grundlage, außerdem Abschaffung von Tarifverträgen und Liquidation von Kartellverbänden und Gewerkschaften. Das Regierungsprogramm war

1) vgl. das Schreiben des Grafen Westarp vom 8.6.1938 an Rabenau, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

2) vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 23. u. 26.10.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. - Hasse meinte, es sei in jedem Falle besser, Seeckt als Reichswehrminister auch in Zukunft weiter "von Soldaten betreuen zu lassen". Am 26.10. vermerkte Hasse u.a.: "Seeckt ist jetzt bereit, selbst ein Kabinett zu bilden."

3) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

4) Der gleiche Vorschlag war von Seeckt bereits 1919 gemacht worden.

auf die Mitwirkung eines allerdings unter Druck gesetzten Staatsoberhauptes abgestimmt, ein Zeichen dafür, daß Seeckt eine Machtübernahme gegen Eberts Willen nicht in Erwägung zog und sich zumindest für einen "halblegalen" Weg entschieden hatte. Die nicht ganz ohne Seeckts Zutun zustande gekommene, aber durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder ausgelöste Krise des ersten Kabinetts Stresemann und die in Berlin umgehenden Gerüchte über den Vormarsch der durch nationale Wehrverbände verstärkten bayerischen Division nach Norden boten Seeckt Gelegenheit, sich dem Reichspräsidenten, von dem anzunehmen war, daß er Stresemann wegen der Differenzen mit den sozialdemokratischen Ministern fallen lassen würde, als neuer Reichskanzler zur Verfügung zu stellen. Seeckt machte dabei die Bedingung, daß die neue Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie und auf der Grundlage seines Programms ihre Arbeit aufnehmen konnte. Diese Forderung und Seeckts Haltung in der bayerischen Frage bewirkten bei Ebert, der ursprünglich selbst an ein Kabinett unter Seeckt gedacht hatte, einen Meinungsumschwung. Ebert dürfte in dieser Stunde erkannt haben, daß er sich mit der Erfüllung der Forderungen Seeckts diesem und der Reichswehr ausgeliefert hätte und daß ein Nachgeben der Politiker gegenüber den Ansprüchen der Heeresleitung den Beginn einer unverhüllten Militärdiktatur bedeutet hätte. Als politischer Taktiker wußte Ebert seine Ablehnung geschickt zu bemänteln, indem er Seeckt mitteilte, er könne ihn als Chef der Heeresleitung in dieser Situation nicht entbehren. Für den General, der bisher noch gehofft hatte, daß ihm die politische Macht organisch, mit Einwilligung des Reichspräsidenten zuwachsen würde, kam die Absage Eberts enttäuschend.¹⁾ Er wie viele seiner Untergebenen hatten sich von der Unterredung am 3. November eine Wendung in der deutschen Innenpolitik versprochen. In der Reichs-

1) vgl. das Befragungsprotokoll des Generals Joachim von Stülpnagel vom 19.2.1952, Institut für Zeitgeschichte, München

wehr wartete man geradezu darauf, daß der General jetzt ohne Töbert handeln und die Macht an sich reißen würde¹⁾, ein Beweis dafür, wie sehr die künstliche Isolierung des Heeres Wirklichkeit geworden und wie wenig sich das Heer noch als Werkzeug in der Hand der politischen Leitung fühlte. Töbert hat sich durch die Drohungen des Generals zwar nicht einschüchtern lassen, aber auch nicht die Kraft aufgebracht, diese an Insubordination angrenzende Handlungsweise zu ahnden.

Der schnelle Zusammenbruch des Münchener Putsches wirkte ernüchternd auf alle, die in Norddeutschland Umsturzabsichten gehegt hatten. Auch für Seeckt kam die Übertragung der vollziehenden Gewalt und der damit verbundene Machtzuwachs²⁾ angesichts des Zwistes mit den bayrischen und norddeutschen Nationalisten zu spät. Obwohl das Gesetz staatlichen Handelns und damit die Macht, die er sich jahrelang erhofft hatte, am 8. November in seiner Hand lag, blieb Seeckt einsichtig genug, die tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland nicht zu verkennen.³⁾ "Eingriffe Unberufener in die Ordnung des Reiches und der Länder wird die Reichswehr unter meiner Führung mit Nachdruck zurückweisen, von welcher Seite sie auch kommen mögen."⁴⁾ Die Einheit der Reichswehr, Seeckts Werk, war durch einen Rechtsputsch bedroht. Und als aus dem Kreis höherer Offiziere heraus nach der Währungsreform Mitte November 1923 nochmals der Gedanke auftauchte,⁵⁾ den "ganzen Regierungsapparat" gewaltsam zu beseitigen, beschäftigte sich Seeckt wahrscheinlich bereits mit Plänen, die der Vorbereitung seiner Kandidatur für die nächsten Präsidentschaftswahlen gelten sollten. Jeder Staatsstreich,

1) vgl. das Schreiben Westarps an Rabenau vom 8.6.1938, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 376

3) vgl. das Schreiben Seeckts an seine Schwester vom 18.11.1923, Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 384

4) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 376f., Stroschmann, Vermächtnis I, a.a.O. S. 204f.

5) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 388

der sich gegen die Person Therts gerichtet hätte, würde zweifellos aber die Position eines zukünftigen Reichspräsidenten, für die sich Seeckt damals berufen fühlte, geschwächt haben¹⁾, so daß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß Seeckt im Dezember 1923 keinesfalls daran gedacht hat, gegen das Staatsoberhaupt Gewalt anzuwenden.

2) Die Reichswehrführung und die Aktion gegen Sachsen-Thüringen

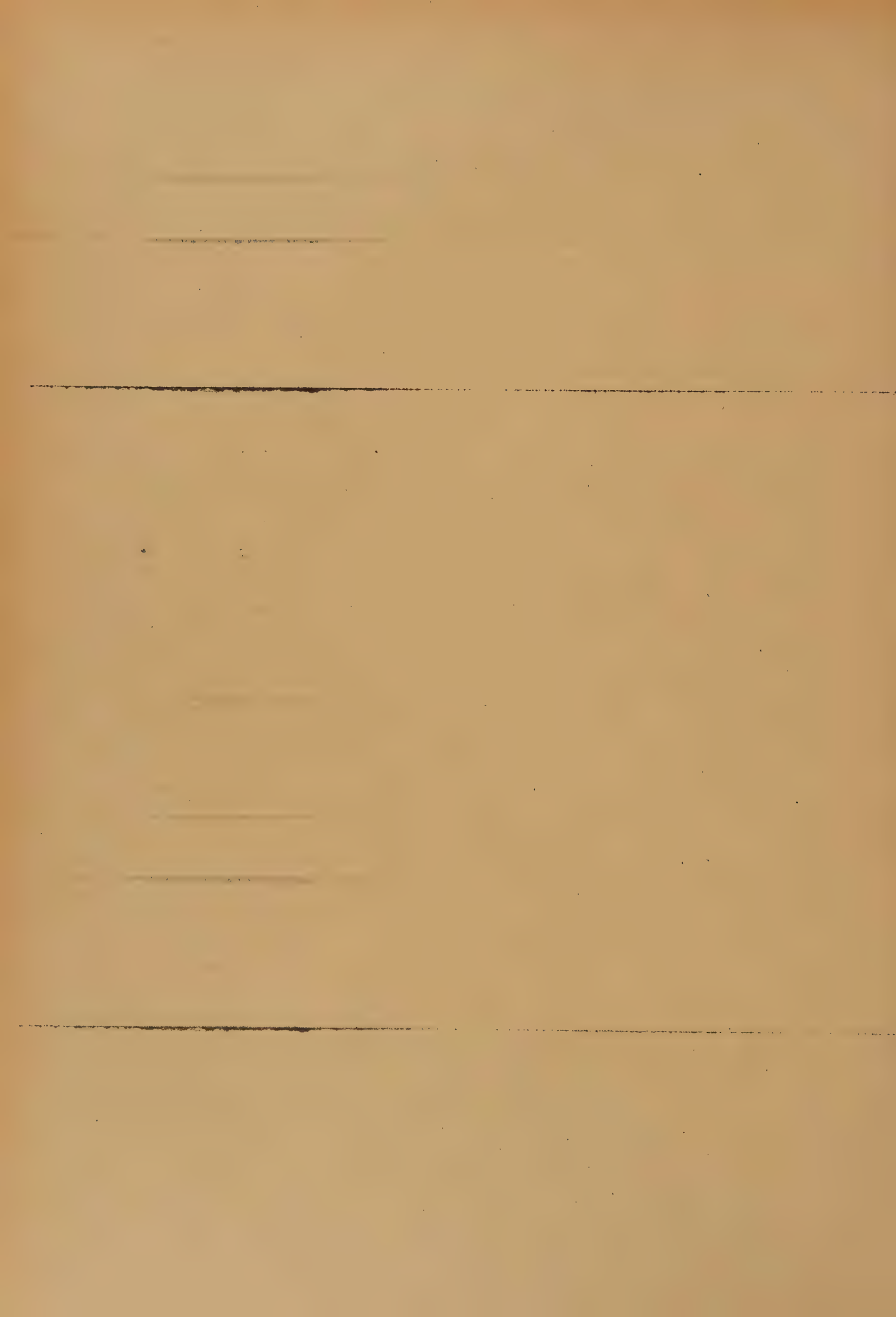
Der Putsch des Majors Buchrucker in Küstrin Anfang Oktober, der, wenn notwendig, zur Verhaftung Seeckts führen sollte²⁾, wurde für die Kräfte des linken und rechten Radikalismus zum Angriffssignal.³⁾ Die Linksradikalen fühlten sich durch die Gefahr einer Rechtsdiktatur bedroht, die rivalisierenden Gruppen aus dem nationalen Lager verdoppelten ihre Anstrengungen zur Errichtung der Diktatur. Die Reichswehrführung entledigte sich der unbequemen, weil schlecht kontrollierbaren Arbeitskommandos, indem sie ihre Zustimmung zu der von Regierung und Öffentlichkeit beantragten Auflösung der betreffenden Verbände gab. Nachdem die Gefahr eines Krieges mit Frankreich beseitigt schien, sollte in Deutschland nur die Reichswehr allein tragen dürfen. In dem von Seeckt geplanten "Führer- und Kaderheer" war für das Freikorps-System kein Platz.⁴⁾ Allerdings sollte sich bald zeigen, daß es für Regierung und Reichswehrführung leichter war, Freiwillige aufzurufen, als die Verbände später aufzulösen. In der deut-

1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.387

2) vgl. W.Breucker, Die Tragik Ludendorffs, Stollham 1954, S.99

3) Die Undurchsichtigkeit der Beziehungen zwischen Reichswehr und 'Arbeitskommandos', die von der Reichswehrführung absichtlich herbeigeführt worden war, verleitete Buchrucker zu seinem Unternehmen. Ganz im Gegensatz zu Buchruckers Erwartungen unterdrückte die Reichswehr gewaltsam den mit unzulänglichen Mitteln unternommenen Versuch. vgl. B. Buchrucker, Im Schatten Seeckts, Berlin 1928, S.40ff. - ferner: Craig, a.a.O. S.403, Anm.5, wo die Möglichkeit angedeutet wird, daß Seeckt schon vor dem Putsch über Buchruckers Vorhaben unterrichtet war.

4) vgl. Seeckt, Reichswehr, a.a.O. S.14f.



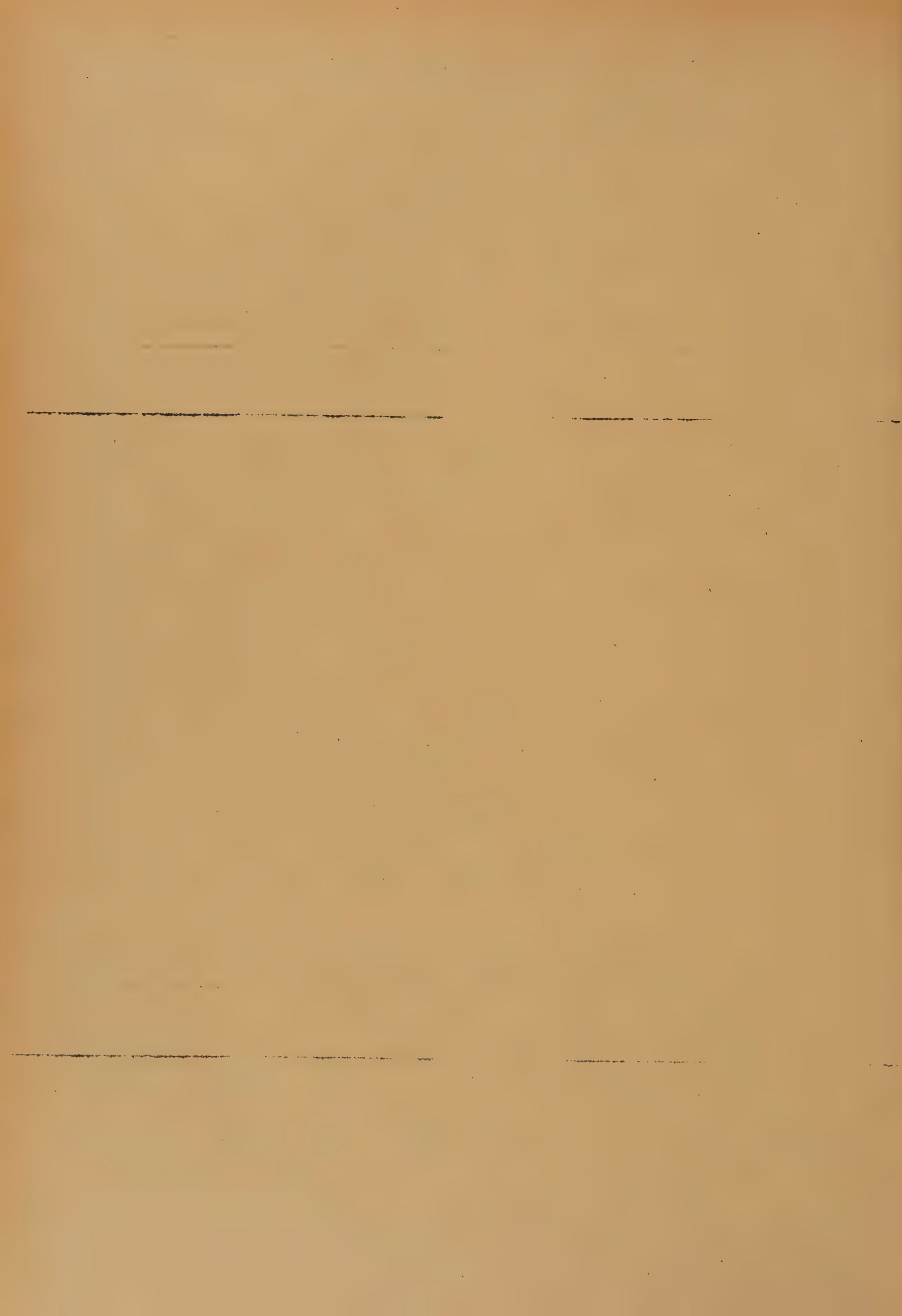
schon Öffentlichkeit nahm man die loyale Haltung der Reichswehr während des Buchrucker-Putsches und die Ankündigung zur Auflösung der Arbeitsgruppen mit Erleichterung auf.¹⁾

Zur gleichen Zeit erwiesen sich die in den Kraftzentren des linken und rechten Radikalismus ausbrechenden Unruhen als weitaus gefährlicher für den Bestand des Reiches. Während die Vorgänge in Bayern schließlich nicht nur die Einheit der Kommandogewalt und der Reichswehr, sondern auch die Einheit des Reiches bedrohten, handelte es sich in Sachsen zunächst im wesentlichen nur um einen Konflikt der Dresdener Regierung mit dem örtlichen Reichswehrbefehlshaber und dem Reichswehrminister.²⁾ Angesichts der kritischen Gesamtlage hätten sich Reichsregierung und Reichswehrführung zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden müssen. Im September 1923, als die Krise ihrem Höhepunkt zutrieb, war das Gegenteil der Fall. "Stressemann zieht nicht gegen Bayern, Abert nicht gegen Sachsen", mit diesen Sätzen beleuchtete der Chef des Truppenamtes aus der Sicht der Reichswehrführung heraus nur einen Teil der bestehenden Differenzen.³⁾ Im Reichswehrministerium trat Gessler für die gleichmäßige Anwendung der Reichsexekution gegen Sachsen und Bayern ein, doch wäre Seeckt nicht mit der norddeutschen Reichswehr gegen die 7. Division marschiert. Gegen den Minister hatten sich die Angriffe der sächsischen Regierung hauptsächlich gerichtet. Es ist wahrscheinlich, daß Seeckt ihn in seiner kompromißlosen Haltung Sachsen gegenüber nicht noch eigens bestärken

1) vgl. "Frankfurter Zeitung", zweites Morgenblatt v. 28.10.1923. Bei der Niederschlagung des Küstriner Aufstands habe die Reichswehr ihre Pflicht "einwandfrei erfüllt", stellte das Blatt fest. - Das Offizierskorps der Reichswehr habe den Küstriner Putsch "als absurd abgetan". (Aus einem Schreiben des ehemaligen Generals Walther K. Nohring vom 15.6.56, das sich abchriftlich im Bundesarchiv befindet.) ferner: Schlottner, a.a.O. S. 45f.

2) vgl. Schlottner, a.a.O. S. 58ff.

3) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 12.10.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.



mußte und daß er sich auf diese Weise auch nicht zu "exponieren" brauchte.¹⁾

Ein militärisches Eingreifen der Reichswehr in Mitteldeutschland entthob die Heeresleitung der Sorge, etwa gegen die bayerische Reichswehr antreten zu müssen, für ein gleichzeitiges Vorgehen in Mitteldeutschland und Bayern waren die der Reichswehrführung zur Verfügung stehenden Kräfte nämlich zu schwach. Daß ein so einflußreicher Demokrat wie der Reichswehrminister Gessler sich für die Durchführung der Reichsexekution in Sachsen einsetzte, entthob die Militärs der Sorge, daß sich die Reichsregierung doch noch für den Vorrang einer Reichsexekution im Süden entscheiden könnte.²⁾ Die Diskussion um eine bewaffnete Intervention in Mitteldeutschland entbehrte demnach, soweit sie die Reichswehr betraf, ernsthafter Problematik. Für eine Auseinandersetzung mit linksgerichteten Kräften konnte die Reichsregierung jederzeit auf die Reichswehr rechnen.³⁾

Thart hat als Arbeiterführer die Aktivität des Reichswehrministeriums in der sächsischen Frage gegen eine sozialdemokratisch-kommunistische Regierung sicher nicht gerne gesehen. Ihm lag zu sehr an der weiteren Unterstützung durch Gewerkschaften und Arbeiter, als daß er dem Drängen des Reichswehrministeriums ohne weiteres hätte nachgeben können. Ähnlich wie der Reichspräsident der SPD und den Gewerk-

1) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 12.10.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: "Seeckt ist in allen Fragen Sachsens und Bayerns zurückhaltend. Er unterstützt uns und den Minister wenig. Es soll alles gut laufen, ohne daß er sich exponiert."

2) Die "Frankfurter Zeitung" hielt in ihrer ersten Morgenausgabe vom 1.11.1923 das militärische Vorgehen gegen Sachsen für durchaus gerechtfertigt, da die Regierung Zeigner zu einer "Gefahrenquelle für das Reich" geworden sei.

3) vgl. "Frankfurter Zeitung", zweite Morgenausgabe vom 14.10.1923. Fünf Tage später, in der zweiten Morgenausgabe vom 19.10.1923, glaubt das Blatt eindringlich davor warnen zu müssen, daß sich die Volksvertretung und die zuständigen Ausschüsse mit den internen Vorgängen im Heer zu wenig beschäftigten.

schaften gegenüber suchte sich Stresemann vor allem das Einverständnis der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zu erhalten, die aus Furcht vor einer militärischen Überumpelung in Mittelddeutschland und den erwarteten Gegenreaktionen der Arbeiterschaft mit dem Austritt aus der Regierung drohten.¹⁾ Die Ablehnung des Ebertschen Kompromißvorschlages durch die Regierung Zeigner bewahrte den Reichskanzler vor der nicht leichten Wahl, zwischen den Forderungen der Reichswehr und denen seiner Ministerkollegen eine Entscheidung treffen zu müssen. Zeigners Nein verschaffte Stresemann, der davon überzeugt war, daß die Hauptgefahr nicht von rechts, sondern von links drohte, und dessen Politik gegenüber Mittelddeutschland daher von Anfang an in einem gewissen Gegensatz zu seinem Verhalten gegen Bayern stand, in Sachsen freie Hand.²⁾ Von jetzt an glaubte er nicht mehr mit der fast zwangsläufigen Gegnerschaft der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder in allen Dingen, die die sächsische Frage betrafen, rechnen zu müssen.

Zwei Motive bestimmten die weitere Verhaltensweise der Berliner politischen und militärischen Zentralstellen. Die Behauptung des mitteldeutschen Glacis durch die Reichswehr war für sie überaus wichtig. Weder politische noch militärische Stellen hätten der Besetzung dieses Raumes durch umstürzlerische Kräfte und damit der Zweiteilung Deutschlands tatenlos zusehen dürfen. Der andere Grund, der für den Vorrang der militärischen Aktionen gegen Sachsen und später auch gegen Thüringen angeführt werden konnte, war die Gefahr, daß die Berliner Zentralgewalt zwischen zwei Feuer geraten

-
- 1) vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 11.12.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Noske, Erlebtes, a.a.O. S.235. Noske berichtet über eine für die damalige Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung bezeichnende Äußerung des Parteivorsitzenden Otto Wels, der erklärt hatte, es sei besser, mit den Massen zu irren, als die Massen gegen sich zu haben.
- 2) vgl. Stresemann, Vornächtnis I, a.a.O. S.168

wäre, sobald die norddeutschen Nationalisten mit den süddeutschen gemeinsame Sache machten. Die Position, von der aus Berlin die Lage beherrschte, konnte für diesen Fall nur der mitteldeutsche Raum sein.¹⁾ Daher stellte, ungeachtet aller Kontroversen, der Aufmarsch gegen Sachsen und Thüringen tatsächlich in strategischer Hinsicht die einzige aussichtsreiche Reaktion auf die Drohungen der bayrischen Nationalisten dar. Ohne daß es zu einem Konflikt zwischen nord- und süddeutscher Reichswehr gekommen wäre, wurde so einem geplanten Marsch von Süden her auf Berlin ein Riegel vorgeschoben.²⁾ Primär waren damit zwar militärische Überlegungen für die militärische Intervention in Mitteldeutschland maßgebend, sie deckten sich jedoch in diesem Fall mit den politischen Notwendigkeiten.

Das Vordringen der Reichswehrtruppen in das sächsische Industriegebiet am 22. Oktober, dem gleichen Tage, an dem in Bayern die Verpflichtung der 7. Division erfolgte, ließ in Sachsen vorübergehend die politische Initiative auf militärische Stellen übergehen. Die militärische Lage und ausbleibende Weisungen der Berliner politischen Stellen machten sofortige Entscheidungen untergeordneter örtlicher Befehlshaber oft erforderlich, ohne daß die Reichsregierung oder der Inhaber der vollziehenden Gewalt, Reichswehrminister Gessler, in jedem einzelnen Fall vorher um ihr Einverständnis befragt werden konnten. Der Überzeugung, daß dieser zeit- und umstandsbedingte Initiativwechsel von den politischen Stellen auf die militärischen Instanzen notwendig war, verließ damals vor allem der Befehlshaber des Dresdner Wehrkreises, General Müller, deutlich Ausdruck.³⁾ Aber Stroseemann war nicht gewillt, während der militärischen Operationen gegen Sachsen und Thüringen die Reichswehr-

1) vgl. Gesslers Rede vor dem Reichstag am 23.11.1923, in: Reichstagsverhandlungen Bd.361, S.12257

2) vgl. E. Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, Erlench-Zürich 1954, Bd.1, S.376

3) vgl. Schlottner, a.a.O. S.88

kommandeure Entscheidungen von politischer Tragweite fällen zu lassen. Er suchte die militärischen Einmischungsversuche bereits unmittelbar nach dem Einmarsch in Sachsen zurückzuweisen. "Um die Gesetze zu wahren", so interpretierte Stresemann am 18.11.1923 vor dem Zentralvorstand der DVP seine Haltung gegenüber Sachsen, "wurde im Kabinett Wort darauf gelegt, daß das Einschreiten gegen Sachsen nicht als eine militärische Aktion aufzufassen sei, sondern daß der Reichskanzler die Verantwortung dafür übernehmen müsse."¹⁾ Der Reichskanzler und nicht etwa der Reichswehrminister als Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannte den zivilen Reichskommissar für Sachsen. Dieser, der Abgeordnete der DVP Heinze, war zusammen mit den auf Verlangen der sozialdemokratischen Minister hingsetzten Regierungskommissaren, deren Einsetzung die sozialdemokratischen Minister empfohlen hatten, bestrebt, die politischen Direktiven zu verwirklichen und dafür zu sorgen, daß sich die militärischen Aktionen der Reichswehr möglichst im verfassungsmäßigen Rahmen hielten. Die Einsetzung der mit Kontrollbefugnissen ausgestatteten Kommissare rief zwar eine Reihe von Kompetenzstreitigkeiten zwischen militärischen und politischen Stellen hervor, im ganzen behielt die Reichsregierung jedoch trotz des vom Reichswehrministerium ausgeübten Druckes das Heft in der Hand. In der Praxis konnte die Ernennung ziviler "Kontrollleure" im militärischen Operationsgebiet bereits als eine erste Maßnahme zur Beseitigung des Militärregimes und gegen den damaligen Inhaber der vollziehenden Gewalt, den Reichswehrminister, angesehen werden; allerdings wurde damit zu gleicher Zeit auch der Zustand nach dem 8. November eingeleitet, als Seeckt an die Spitze des Ausnahmeregimes trat. Im Reichswehrministerium war man sich der Tatsache, daß die Reichsregierung durch die Einsetzung ziviler Kommissare die politische Initiative zu einem großen Teil wieder gewann, durchaus bewußt und machte aus der Ver-

1) vgl. Stresemann, Vermächtnis I, a.a.O. S.229

Ärgerung hierüber kein Hehl. Schleicher trat als Sprecher des Ministeriums auf und übte an Stressemanns Maßnahmen heftige Kritik. In einem Gespräch mit dem Kanzler kündigte Schleicher diesem wegen seiner Haltung in der sächsischen Frage sogar das Vertrauen der Reichswehr.¹⁾ Auf der gleichen Linie lagen die Rücktrittsabsichten Gesslers, der durch seine Demission das gesamte Kabinett zum Rücktritt zwingen wollte, und das Abschiedsgesuch des Dresdener Wehrkreisbefehlshabers.²⁾ Die Verärgerung der Reichswehrführung und namentlich ihrer militärischen Spitzen war nicht überraschend: Es war der Reichsregierung, eigentlich zum ersten Male nach Kriegsende, gelungen, das Selbständigkeitsstreben der Reichswehr in Grenzen zu halten und politischen Einmischungsversuchen einzelner militärischer Führer wirkungsvoll zu begegnen. Wie schon verschiedentlich bei Beginn der militärischen Intervention gegen Sachsen-Thüringen zeigten sich auch hinsichtlich der zukünftig den beiden Ländern gegenüber einzuschlagenden Politik unterschiedliche Auffassungen im Reichswehrministerium und bei den zivilen Stellen. Die Heeresleitung plante, Sachsen den Status einer Reichsprovinz zu geben, um so etwaige kommunistische Unruhen von vornherein unterbinden zu können. Seeckt war aber nicht mehr willens, sich in dieser Frage unnötig zu exponieren oder es mit dem Kanzler auf eine Machtprobe ankommen zu lassen. So verzichtete man im Reichswehrministerium auf die entsprechenden Pläne.³⁾ Der Kanzler, der die militärische Intervention in Mitteldeutschland zur Kernfrage seiner gesamten Innenpolitik erhoben hatte, und mit ihm die politische Gewalt konnten sich trotz großer Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Aktion in Mitteldeutschland gegenüber militärischen Übergriffen durchsetzen. Wenn das politische Primat nicht bis in alle Einzelheiten zum Tragen kam, dann

1) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O., S. 367

2) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 31.10.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

3) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 11.12.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

lag das an der im Hinblick auf die politische Praxis verfehlten Konstruktion des Artikels 48 der Reichsverfassung und vor allem an seiner Handhabung, die gegen das Primat des Politischen verstieß, bei dessen Anwendung namentlich die Exekutive der politischen Kontrolle entzogen wurde. Der Entschluß zum militärischen Vorgehen gegen Sachsen-Thüringen war in gleichem Maß von politischen wie von militärischen Überlegungen beeinflusst. Der Hang zur militärischen Eigenmächtigkeit scheiterte in Mitteldeutschland an der Politik des verantwortlichen Staatsmannes. Im Einsatz gegen den Kommunismus funktionierte das Heer als Instrument der Reichsgewalt.

3) Die Reichswehrführung im Konflikt mit Bayern

Folgenschwerer war der Konflikt, der sich fast zur gleichen Zeit zwischen der Berliner Zentralgewalt und der Münchener Landesregierung sowie zwischen Heeresleitung und bayrischem Landeskommandanten entwickelte. Die Weigerung von Lossows, des bayrischen Divisionskommandeurs, ein durch Gessler ausgesprochenes Verbot des Münchener "Völkischen Beobachters" selbst gegen den Willen der bayrischen Regierung durchzusetzen, gab den Anstoß zum Konflikt.¹⁾ Unter anderen, d.h. normalen Umständen wäre ein solcher Vorfall von der Reichswehrführung intern und disziplinar geregelt worden, ja, ein Mann wie Seeckt hätte die Einmischung ziviler Stellen nicht einmal geduldet. Allerdings handelte es sich bei dem Verbot des "Völkischen Beobachters" und seiner Durchsetzung um eine letztlich polizeiliche Aufgabe, die die Truppe, sichtlich zum Nachteil der politischen Gewalt, über-

1) vgl. S. Griebel, Die Geschichte des "Völkischen Beobachters" von 1920-1923, phil. Diss., München 1955, S. 70 - Im September 1923 ließ es die bayrische Regierung wegen des Verbots auf einen Konflikt mit der Reichsregierung ankommen, vier Wochen später verbot sie die Zeitung selbst.

forderte und ihr wesensfremde Aufgaben anvertraute. Durch Aufträge wie diesen verstärkten die Repräsentanten der verschiedenen republikanischen Regierungen die ohnehin vorhandene Tendenz zur Isolierung. Darüber hinaus wurde auch dadurch die militärische Führung in ihrer Auffassung bestärkt, nicht nur Instrument, sondern Partner der Regierung zu sein.

Lossow glaubte damals, auf die in der bayrischen Gruppe und vor allem auch innerhalb des Offizierskorps der Division für die Hitler-Bewegung bestehenden Sympathien Rücksicht nehmen zu müssen, als er sich weigerte, den Berliner Befehl auszuführen.¹⁾ Zu einem Zeitpunkt, da Gemeinsamkeiten in der Zielsetzung und gemeinsame Gegensätze zur Reichsregierung die bayrischen nationalen Kreise und die Reichswehrführung eigentlich in eine gemeinsame Front hätten drängen müssen, entstand so infolge der Befehlsverweigerung Lossows ein Konflikt zwischen den politischen und militärischen Spitzen in München auf der einen und dem Chef der Heeresleitung auf der anderen Seite. Dieser löste erst die seit längerem drohende Kontroverse zwischen dem Reich und Bayern aus.²⁾ Seeckt hatte jahrelang die Entwicklung in Süddeutschland mit besonderer Anteilnahme verfolgt und versucht, auf mehreren Informationsreisen und nicht zuletzt über seine in München weilende Frau Einblick in die dortigen Verhältnisse zu gewinnen.

1) Bereits Ende Januar hatte Lossow die Heeresleitung wissen lassen, daß die ihm unterstellte Division in einem Kampf gegen Nationalisten wahrscheinlich versagen würde. Vgl. Selchows Tagebuch vom 30. Januar 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. - Ein Versuch Gesslers, in persönlicher Aussprache mit Lossow in Augsburg den Konflikt durch den Rücktritt Lossows zu lösen, scheiterte, da Lossow nicht nach Augsburg kam. Vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 17.10.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

2) vgl. Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, Beiträge zur bayrischen Frage in der Zeit von 1918-1933, München 1954, S.223, Eyck, a.a.O. I., S.357, Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.355ff., Rosenberg, a.a.O. S.417f. - Stresemann, Vermächtnis I, a.a.O. S.168ff.

nen.¹⁾ Er sympathisierte mit den Restaurationsbestrebungen des Kreises um Kahr. Auf der anderen Seite war es aber gerade für einen Mann wie Seeckt, dem die Staatsform als solche belanglos erschien, der sich dem republikanischen Regime einzig im Gedanken an die Erhaltung von Armee und Reich zur Verfügung gestellt hatte, schwer, sich mit den partikularistischen Zielen Kahrs zu identifizieren. Die Erklärung des Ausnahmezustands durch die bayrische Landesregierung und die darauf folgende Ausrufung des Reichsausnahmezustands offenbarte unversehens die Gefahr einer bewaffneten Auseinandersetzung.²⁾ Für Seeckt ergab sich die Frage: Sollte er die Staatsautorität in gleicher Weise gegen Angriffe von rechts wie bisher von links verteidigen, d.h. norddeutsche Truppen gegen süddeutsche ins Feld führen. In diesem Fall loyaler Haltung der Reichsregierung gegenüber gefährdete er sein eigenes Werk, die einheitliche Reichswehr. Aber auch die andere Möglichkeit, daß Seeckt selbst an einer nationalen Erhebung gegen das Regime führend teilgenommen hätte, schied aus, wie wir im ersten Abschnitt dieses Kapitels sahen. Diese Überlegungen veranlaßten den General, in Berlin und München zur Zurückhaltung zu mahnen und zeitweise sogar zu erwägen, selbst als Friedensstifter nach München zu fahren.³⁾ Anstatt den General von Lossow wegen einer militärischen Befehlsverweigerung unter Anklage zu stellen, sah Seeckt in ihm vor allem ein Opfer der deutschen Nachkriegspolitik. Die beiden Generale trennten zwar eine Reihe

1) Seeckt hatte, teilweise mit Wissen Gesslers, seit 1922 vertrauliche Gespräche mit einer Anzahl namhafter bayrischer Politiker gepflogen und sich außer mit Oscherich, Ludendorff und Hitler auch durch den Präsidenten des Reichswirtschaftsrates, von Braun, den oberbayrischen Regierungspräsidenten von Kahr und den bayrischen Ministerpräsidenten Held über 'bayrische Sorgen' unterrichten lassen. Vgl. das Schreiben der Adjutantur im Reichswehrministerium an Seeckt vom 5.5.1922, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. - Craig, a.a.O. S.417.

2) Der bayrische Ausnahmezustand wurde am 26.9. morgens, der Reichsausnahmezustand am 26. abends erklärt.

3) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.356

persönliche, aber kaum entscheidende weltanschauliche Gegensätze. Um so heftiger mißbilligte Seeckt, daß Lossow politisch tätig wurde und auf diese Weise einen Teil der Reichswehr politischen Einflüssen aussetzte. Wollte Seeckt eine politische Rolle spielen, dann mußte er die gesamte Reichswehr uneingeschränkt zu seiner Verfügung haben. General von Lossow seinerseits war Diktaturplänen gegenüber aufgeschlossen. Die labilen Machtverhältnisse in der Reichshauptstadt und im übrigen Deutschland waren geeignet, gerade im konservativen Bayern Sympathien für ein Regime diktatorialer Art aufkommen zu lassen.¹⁾ Nach der Ausrufung des Reichsausnahmestandes konnte der bayrische Landeskommandant geltend machen, daß Kahr berechtigt sei, bis zur Entscheidung der von Lossow als rein politisch angesehenen Kontroverse zwischen München und Berlin über die 7. Division zu verfügen. In den Beziehungen des Münchener Divisionskommandos zu den nationalen Gruppen und Verbänden Süddeutschlands offenbarte sich bereits das Bestreben der Reichswehr, mit einer Massenbewegung ins Gespräch zu kommen, nachdem immer deutlicher geworden war, daß die SPD oder die Gewerkschaften nicht willens oder fähig waren, der Reichswehr den nötigen Rückhalt zu geben. Obwohl der General als Bayer die Maßnahmen der "preußischen" Heeresleitung mehrfach kritisiert hatte,²⁾

-
- 1) Lossow kannte sich in der Taktik der nationalen Verbände und Gruppen Süddeutschlands aus, seitdem er als Kommandeur der Münchener Infanterieschule seinen Untergebenen den Besuch namentlich der nationalsozialistischen Versammlungen förmlich empfohlen hatte. Eine kleinere Anzahl höherer Offiziere in einflußreichen Stellungen und nicht wenige junge Offiziere der 7. Division neigten zum Nationalsozialismus. Vgl. das Befragungsprotokoll v. Stülpnagels v. 19.2.1952, aus dem hervorgeht, daß die Heeresleitung Lossow bereits seit längerem nicht mehr getraut hatte. - Demgegenüber Lossows Schießbefehl im Falle eines Zusammenstoßes mit Nationalsozialisten vom 7.11.1923. Vgl. Hitler-Prozeß, a.a.O. S. 10.
 - 2) vgl. Thilo Vogelsang, Die Reichswehr in Bayern und der Münchner Putsch 1923, Dokumentation, in: "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte", 5. Jg. 1957, H. 1, S. 97ff.: Vor allem aus dem zweiten hier wiedergegebenen Dokument läßt sich ersehen, welche große Rolle das Denken in Landeskontingenten bei den bayrischen Militärs immer noch spielte, d.h. daß das Seecktsche Ziel der Einheitswehrmacht damals noch nicht erreicht war.

scheint er bis in die Sommermonate des Jahres 1923 hinein mit der Bildung eines Direktoriums in Berlin, das sich auf die Reichswehr stützte, einverstanden gewesen zu sein. Später hat Lossow wenigstens zeitweise damit gerechnet, in Gemeinschaft mit Hitler, Ludendorff und Kahr die nationale Revolution von München aus auslösen und die Reichswehrführung veranlassen zu können, sich der Erhebung anzuschließen, sofern sich Ludendorff an der Erhebung beteiligte.¹⁾ Daß sich in einem solchen Fall Seeckt nochmals wie 1920 passiv verhalten könnte, wollte Lossow ebenso wenig glauben wie, daß die Reichsregierung durch die norddeutsche Reichswehr unterstützt werden könnte.²⁾ Als jedoch im Herbst 1923 immer offener wurde, daß Seeckt zögerte und für einen "Staatsstreich um jeden Preis" nicht mehr zu gewinnen war, fand sich Lossow auch mit dem mehr partikularistischen Kurs Kahrs ab. Zu seiner Rechtfertigung gab Lossow an, Reichsregierung und damit auch das Reichswehrministerium ständen unter marxistischem Druck. Gerade Lossows Verhaltensweise ist bezeichnend für die Folgen der ungenügenden verfassungsrechtlichen oder gesetzlichen Abgrenzung zwischen politischen und militärischen Kompetenzen, aber auch der militärischen Befehlsbefugnisse des Chefs der Heeresleitung seinem Untergebenen in München gegenüber. Eine sinnvolle Abstimmung der politischen und militärischen Kompetenzen im Bereich der Beziehungen zwischen Reich und Bayern war in der Verfassung nicht erreicht worden. Dadurch, daß die Ausführung eines militärischen Befehls, in diesem Fall eines Befehls des Chefs der Heeresleitung, durch den vom Reichspräsidenten ernannten bayrischen Landeskommendanten von der

1) vgl. Wheeler, a.a.O. S. 192. Schwend, a.a.O. S. 192. Er werde sich an jedem Putsch beteiligen, der ihm mehr als 50 Prozent Erfolgsaussichten böte, soll General von Lossow im September 1923 erklärt haben. Vgl. Wheeler, a.a.O. S. 192.

2) Klarer als Lossow sah Hitler die spätere Haltung der Reichswehr in Erinnerung an die Ereignisse im Jahre 1920 voraus. Vgl. Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S. 274ff. und 293, Anm. 70.

Zustimmung der bayrischen Landesregierung abhängig gemacht war¹⁾, daß aber andererseits mit der Ausführung dieses Befehls der bayrische Landeskommendant nichtmilitärische Aufgaben übernommen hätte, wurde entweder die Einheitlichkeit des militärischen Oberbefehls in Frage gestellt oder aber die Reichswehr zweckentfremdet eingesetzt.

Seeckt beschränkte sich vor der Öffentlichkeit bewußt darauf, das Verhalten Lossows weniger vom politischen als vom militärisch-disziplinaren Standpunkt, d.h. als Eingriff in die von ihm als Chef der Heeresleitung für sich allein beanspruchte militärische Kommandogewalt, zu verurteilen.²⁾

Die Beilegung des Konfliktes mit Bayern war daher für Seeckt identisch mit der Wiederherstellung der einheitlichen Kommandogewalt durch Ablösung von Lossows. Aber gerade die Frage der Verabschiedung des bayrischen Landeskommendanten machte Kahr zur Prestigefrage, in der er nicht nachgeben wollte. Der Umstand, daß Seeckt sich wenigstens in dieser wichtigen Frage notgedrungen hinter die Regierung stellen und ihren Standpunkt Lossow gegenüber teilen mußte³⁾, leitete jene Entwicklung ein, die wenige Wochen später auch formell mit der Ernennung Seeckts zum Inhaber der vollziehenden Gewalt anerkannt wurde. Die Verpflichtung der bayrischen Truppen am 22. Oktober schien Seeckts politische Vermittlungsaktionen ein jähes Ende zu bereiten, auch seine Versuche, den militärischen Konflikt zu bereinigen, waren damit trotz seines Aufrufes an die 7. Division, dem Reich

1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.357

2) vgl. Byck, a.a.O. I, S.357, Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.357

3) Stresemanns Ansicht dazu finden wir wiedergegeben in einer Rede, die er am 18.11.1923 vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hielt. vgl. Stresemann, Vermächtnis I, a.a.O. S.230

die Treue zu halten, gescheitert:¹⁾ Dieses für Seeckt enttäuschende Ergebnis, in dem er eine Folge der mangelnden Verhandlungsbereitschaft Kahrs erblicken mußte, veranlaßte ihn, sich nach dem 22. Oktober größere Zurückhaltung aufzuerlegen. Die Reichswehr hatte zu diesem Zeitpunkt praktisch aufgehört, ein einheitliches Ganzes zu sein, der Waffengang zwischen süd- und norddeutscher Reichswehr schien bereits unvermeidlich. In Bayern wie im übrigen Reich glaubten die meisten Politiker an die Notwendigkeit, daß die Reichswehr für die Verwendung als innerstaatliche Polizeitruppe mobilisiert werden müsse. Die Reichswehr geriet dadurch in die Gefahr, in parteipolitischen Sinn politisiert und verwendet zu werden.²⁾

Das Schicksal Deutschlands schien wieder einmal vom Schicksal seines Heeres abzuhängen, nachdem in den vorhergehenden Jahren mehrfach Präzedenzfälle für die Verwendung des Heeres im Inneren geschaffen worden waren. Stresemann hat als einziger der führenden Politiker damals die Gefahr erkannt, die dem Heer dadurch drohte, daß ihm Aufgaben gestellt wurden, die es seiner Organisation und Erziehung entsprechend nicht zu lösen vermochte.³⁾ Er versuchte daher, die politi-

-
- 1) Seeckt war bereits durch die ohne sein Wissen wenige Tage vorher vollzogene Verstärkung der 7. Division gereizt. vgl. Schwend, a.a.O. S. 234 - ferner: Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 358 - Noch vor der Verpflichtung, über deren Zweckmäßigkeit das höhere Offizierskorps der 7. Division durchaus nicht einer Meinung war, verlangte Lossow, daß jeder Offizier aus der Truppe auszuscheiden habe, der nicht zur Verpflichtung auf den bayrischen Staat bereit sei. Mit Ausnahme des Generalmajors Kress von Kressenstein waren alle anwesenden Offiziere der Ansicht, daß sie sich zunächst im Interesse der inneren Geschlossenheit ihrer Division dem General von Lossow unterstellen mußten, solange dieser alles tue, um den Konflikt mit dem Reichswehrministerium nicht unnötig zu verschärfen. Vgl. Vogelsang, Dokumentation, a.a.O. S. 97f.
 - 2) vgl. ein Schreiben General Groeners an den Reichspräsidenten Ebert vom 1.11.1923 über die Lage der Reichswehr zwischen den Fronten, Groener-Nachlaß, Mikrofilm. - Nürnberger Dokumente, Bd. 21, a.a.O. S. 44ff.
 - 3) vgl. Stresemann, Vermächtnis, a.a.O. I, S. 172, 230, 241f.

schen Probleme des Konfliktes mit Bayern von den militärischen zu trennen und jene militärisch bedingten Überlegungen, die die militärische Seite der Auseinandersetzung in den Vordergrund zu schieben versuchten, nicht entscheidend werden zu lassen. Dementprechend leistete er auch den Ratschlägen Gosslers, der ein scharfes Vorgehen gegen Bayern empfohlen hatte, keine Folge aus der Befürchtung heraus, daß die politische Lage durch ultimative Forderungen an die bayrische Regierung erschwert würde.¹⁾ Er hoffte, daß die Wiederunterstellung der bayrischen Division unter die Befehlsgewalt des Wehrministeriums nun, nachdem die kommunistischen Unruherde in Mitteldeutschland angegriffen wurden, möglich sein werde und eine allgemeine Entspannung nahe bevorstehe. Unter diesen Umständen hätte sich dann auch die bayrische Regierung zum Hinlenken gezwungen gesehen, dem Rechtsradikalismus in ganz Deutschland aber wäre so eine entscheidende Schlappe zugefügt worden. Allein, das Gewicht der militärischen Argumente hätte sich gegenüber den durch politische Rücksichten diktierten hinhaltenden Widerstand Stresemanns in der bayrischen Frage ebenso hinweggesetzt wie gegenüber den Seecktschen Vermittlungsaktionen, die letztlich auch militärisch begründet waren. Daß es unter diesen Umständen im Spätherbst 1923 nicht zu einem bewaffneten Zusammenstoß nord- und süddeutscher Truppen kam, ist eine der Folgen des Hitler-Putsches gewesen. Hitlers geplantes Vorgehen gegen Berlin veranlaßte Lossow schließlich zu einem Frontwechsel, sein zeitweiliges Paktieren mit den Nationalsozialisten war Ausdruck des bei einer Reihe von höheren Reichswehroffizieren vorhandenen Bestrebens gewesen, der Reichswehr im Volke eine Basis zu verschaffen.

1) vgl. Schlottnner, a.a.O. S.92f. und 94 - Schwend, a.a.O. S.225. Zur gleichen Zeit fühlte sich Stresemann auch von Seeckt unter Druck gesetzt, der gedroht hatte, die nationalen Kreise ließen sich nur noch kurze Zeit zurückhalten. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.359

Während das Reich dem Höhepunkt der Krise entgegenging, war die allerdings nur noch auf ein vages politisches Zusammenspiel abgestimmte Verbindung zwischen Heeresleitung und bayrischem Generalstaatskommissar noch nicht abgebrochen. Auch der Konflikt der Heeresleitung mit dem Kommandeur der 7. Division hatte die beiden Dienststellen nicht daran gehindert, die Verbindung durch Kuriere aufrechtzuerhalten.¹⁾ Ein bereites Zugnis für die Ende Oktober / Anfang November immer noch schwankende Haltung Seeckts stellen die beiden Schreiben an Kahr vom 2. (Entwurf) und 5. November dar. Zur gleichen Zeit, als Reichspräsident und Reichsregierung schon über eine Reichsexekution gegen Bayern beratschlagten, und nur wenige Tage, bevor Seeckt offiziell mit dem Schutz der Verfassung betraut wurde, deutete er in seinem Schreiben die Möglichkeit an, daß Kahr als Mitglied für ein kommendes nationales Direktorium in Frage komme. Dem Manne gegenüber, der sich durch sein Verhalten als Gegner der Verfassung ausgewiesen hatte, sprach der zu ihrem Schutz bestellte Führer des Heeres unumwunden aus, er sei der Überzeugung, daß "in vielen und grundlegenden Fragen" eine weitgehende Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen bestehe.²⁾ In dieser Feststellung kann vielleicht bereits ein vager Hinweis auf einen bevorstehenden politischen Umschwung gesehen werden, die von Kahr sehnlichst erwartete Ankündigung über den

-
- 1) vgl. Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S.293, Anm.65, und Hitler-Prozeß, a.a.O. S.200ff. und S.243ff. - Selchow, der Adjutant Seeckts, hörte später, die Besprechungen des bayrischen Unterhändlers seien erfolgreich verlaufen.
 - 2) vgl. Entwurf und Brief vom 2. bzw. 5.11.1923 - Im Entwurf führt Seeckt noch weiter aus, daß ihm daran liege, das Gemeinsame in beider Anschauungen hervorzuheben. Beide Schriftstücke sind in der Seeckt-Biographie nicht vollständig und überdies nicht voneinander getrennt wiedergegeben. Wesentliche Passagen über Seeckts Verhältnis zur Republik sind von Habermas fortgelassen worden, weil ihre Veröffentlichung 1940 nicht opportun erschien.

Zeitpunkt dieses Umschwungs enthielt sie aber nicht.¹⁾ Bei grundsätzlicher Übereinstimmung in allen das Regime betreffenden Fragen stellte Seeckt fest, daß man nur hinsichtlich der Mittel und Methoden zur Erreichung des von beiden gleichermaßen erstrebten Zieles differiere.²⁾ Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kahr und ihm erschienen Seeckt demnach unbedeutend im Vergleich mit dem Gegensatz, in welchem er sich zur Regierung Stresemann befand, von der er annahm, sie befände sich zu sehr unter sozialdemokratischem Druck. Seeckt wiederholte dann in Grundzügen das Programm, das er bereits im Dezember 1918 vor der Offiziersversammlung aufgestellt hatte. Bei der Verwirklichung dieses Programms sei die Reichswehr berufen, "eine bedeutende Rolle zu spielen". Wichtiger sind die Briefstellen, in denen Seeckt das Verhältnis der Reichswehr zur Republik berührt. Grundsätzlich war Seeckt danach, wie im Fall des Kabinetts Stresemann, willens, das politische Gewicht des Heeres zur Durchsetzung aller der Reichswehr vorschwebenden Ziele zu verwenden, wenn sich eine Regierung nicht von vornherein wie diejenige Cuno mit den politischen Zielen der Reichswehr identifizierte.³⁾ In der Reichswehr wollte Seeckt nicht ein Instrument der legalen Regierung, sondern das "Instrument der Reichsautorität" sehen.⁴⁾ Daß die Erhaltung der Reichsautorität für Seeckt

- 1) In diesem Zusammenhang hob Seeckt im Entwurf außerdem hervor, daß es ihm in seiner Stellung nicht möglich sei, seine innersten Beweggründe jederzeit und für jedermann zu offenbaren.
- 2) Gegenüber der Regierung Cuno und ihrer Innenpolitik habe Seeckt nur soweit Einfluß nehmen müssen, wie ihm das für die Unterstützung des Kanzlers in allen Wehrfragen notwendig erschienen sei.
- 3) Am Schluß seines Entwurfes kommt Seeckt noch einmal auf das Verhältnis der Reichswehr zu Stresemann zu sprechen. Nur so lange, wie die Reichswehr die Regierung Stresemann stütze, könne sich diese halten, aber er könne nicht dafür einstehen, daß dies auch auf die Dauer der Fall sein werde. Seeckt hat diese Angriffe auf Stresemann später in seinem Schreiben vom 5. November fallen gelassen, wahrscheinlich, weil sich Stresemanns Position inzwischen wieder gefestigt hatte und weil inzwischen die für ihn enttäuschende Unterredung mit Thart am 3. November stattgefunden hatte.
- 4) vgl. Entwurf vom 2.11.1923

nicht unbedingt gleichbedeutend mit der Erhaltung des Weimarer Staates gewesen ist, beweist die Forderung: die Weimarer Regierung sei ihm kein "noli me tangere", obwohl die verfassungsmäßigen Wege und Formen seiner Ansicht nach "nur im Fall äußerster Not aufgegeben werden sollten".¹⁾ Nur wenn dadurch kein neuer Bürgerkrieg heraufbeschworen würde, könne man auch an eine Verfassungsreform denken, fuhr Seeckt fort. Eine gewaltsam herbeigeführte Verfassungsreform widersprach tatsächlich seinem Bestreben, Reich und Armee zu erhalten. In dieser Denkweise liegt wahrscheinlich auch der Schlüssel für Seeckts Verhalten in den darauffolgenden Tagen: Er war einsichtig genug, eine staatliche und gesellschaftliche Restauration nicht um jeden Preis durchsetzen zu wollen. Seeckts Sätze spiegeln ebenso letzte Vorbehalte gegenüber gewaltsamen Umsturzversuchen wie eine gereizte Reserviertheit der Republik gegenüber wider, eine Konsequenz seines zweiseitigen Kompromisses zwischen Anerkennung der Republik als zeitweise unvermeidbarer Staatsform und heftiger Skopsis gegenüber ihrer Lebensfähigkeit. Aber diese Haltung ließ den Führer der Reichswehr auch in der Praxis nur bedingt zum ausführenden Organ der Reichsregierung werden. Seeckt hat in den beiden Schriftstücken - ganz eindeutig im handschriftlichen Entwurf vom 2. November und vorsichtiger und in abgeschwächter Form auch in der endgültigen Fassung seines Briefes - das von ihm in seinen späteren Schriften grundsätzlich vertretene Prinzip des politischen Primates zugunsten einer gleichberechtigten Partnerschaft der politischen und militärischen Gewalt aufgegeben, ja sogar die Kontrollfunktionen der Reichswehr über die nach Reichswehrauffassung von der Gunst der Parteien abhängigen Regierungen zu begründen versucht. Selten ist diese Auffassung Seeckts vom Status der bewaffneten Macht in der Republik so schroff zum Ausdruck gebracht worden, wie gerade an dieser Stelle. Die Erkenntnis, daß die Zeit fehlte, um mit Kahr zu einer Einigung zu gelangen und die Macht in Deutschland bis zur Stabilisierung der

1) vgl. Entwurf vom 2.11.1923 und Schreiben vom 5.11.1923

Währung zu übernehmen¹⁾, sowie die Enttäuschung über den Abfall der bayrischen Reichswehr und schließlich eine Reihe von Differenzen mit den maßgeblichen Repräsentanten der Republik, die in jene Wochen fielen, haben Seeckt bei seiner Stellungnahme inspiriert. Der eigentliche Zweck des Schreibens war eine Warnung an die Adresse Kahrs. Die Reichswehr werde zwar nicht gegen die nationalen Kräfte marschieren, aber sie könne auch unverantwortliche Eingriffe nicht dulden. Neben dem offensichtlichen Bestreben, den Konflikt mit Bayern doch noch in letzter Minute beizulegen, diente das Schreiben Seeckts vor allem der Rechtfertigung gegenüber den nationalen Gruppen. Indem der General deren Programm grundsätzlich beipflichtete, suchte er sich für alle denkbaren späteren Möglichkeiten das Wohlwollen der genannten Gruppen zu erhalten.

Das bisherige enge Vertrauensverhältnis zwischen dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten und dem konservativen General, das allerdings schon seit längerem durch das Mißtrauen Therts gegenüber dem außenpolitischen Kurs Seeckts belastet gewesen war, blieb seit der strikten Ablehnung der Seecktschen Kanzlerschaft durch Thert am 3. November getrübt. Das Staatsoberhaupt hatte vom Führer des Heeres die Vorbereitung des Aufmarsches gegen Bayern gefordert, und Seeckt war nicht willens gewesen, als ausführendes Organ der politischen Leitung zu gehorchen.²⁾ Die Zusammenarbeit des Chefs der Heeresleitung mit dem Reichskanzler Stresemann hatte bereits seit dessen Amtsantritt zu wünschen

1) vgl. Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S. 278

2) vgl. Craig, a.a.O. S. 416, Anm. 5. Auch der Reichswehrminister war in den Kabinettsberatungen der Ansicht, daß die Reichswehr kaum gegen die 7. Division eingesetzt werden könnte.

übrig gelassen.¹⁾

Manche Berührungspunkte und Stresemanns wiederholte Annäherungsversuche zeugten davon, daß der Kanzler darauf bedacht war, die bewaffnete Macht wieder zu einer zuverlässigen Stütze der Regierung werden zu lassen. Wie Seeckt hielt auch Stresemann ein starkes Heer für den wichtigsten Faktor auf dem Wege zu einer erfolgreichen Außenpolitik, er erkannte die schwierige Situation der Reichswehr durchaus an und bewies mit einer Reihe von Äußerungen in den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft eine verständnisvolle Haltung gegenüber den Belangen des Heeres und seiner Führung.²⁾ Aber gerade seine überaus vorsichtige, auf den allmählichen Abbau der Versailler Verpflichtungen gerichtete Politik, die sich im Jahr 1923 bereits anbahnte, mußte Seeckt trotz mancher Annäherung in der politischen Zielsetzung unverständlich erscheinen. Stresemanns Wille, den politischen Einfluß der Reichswehr, in welchem der Kanzler eine Gefährdung des von

1) vgl. H.W. Gatzke, Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954, S.37f. - Dementgegen stehen die allerdings in diesem Punkte ungenauen Angaben Selchows in seinem für Rabenau bestimmten Memorandum vom 30.7. 1937: "Am Vorabend seiner ersten Ernennung zum Reichskanzler war der damalige Außenminister (sic!) Stresemann bei Seeckt erschienen. Eine zweite Besprechung wurde im Reichskanzler-Palais für den nächsten Abend vereinbart. - Seeckt war allein dort zu Gast. Der damalige Legationssekretär Stresemanns, Thlers, mit dem ich befreundet war, hat mir damals von dem Abend erzählt, daß im Anschluß an ein Essen Stresemann, Frau Käthe Stresemann, Seeckt und Thlers am Kamin die Richtlinien für die weitere Innenpolitik besprochen hätten. Stresemann hatte sich an diesem Abend voll und ganz für die nationalen Interessen der Reichswehr eingesetzt. - Und auch Seeckt äußerte sich tags darauf befriedigt, sehr befriedigt über diese Aussprache." Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

2) vgl. Stresemann, Vermächtnis I, a.a.O. S.230, und vor allem 241 f., wo Stresemann in seiner letzten Reichskanzlerrede gegenüber Kritikern an seiner Einstellung gegenüber dem Chef der Heeresleitung betonte, daß "das Instrument der Reichswehr" zerbrechen müsse, "wenn die Autorität der Befehlsgewalt sich nicht durchsetzen" könne, "ebenso wie das Instrument der Reichswehr zerbrechen würde, wenn sie von irgend jemand zu partipolitischen Zwecken mißbraucht werden könnte." Stresemann beschloß seine entsprechenden Ausführungen mit Dankesworten an die Schöpfer des Heeres.

ihm postulierten Vorrangs der Außenpolitik erblickte, zu beschränken und die Reichswehr wieder zum politischen Mittel zu machen, stieß sofort auf den heftigen Widerstand Seeckts.¹⁾ Der General hatte in Stresemann bald den überlegenen Gegenspieler erkannt und begegnete den Bemühungen des Kanzlers um eine Wiederannäherung von Politikern und Militärs mit Mißtrauen.²⁾ Stresemann aber verfügte bei seinem Amtsantritt über keinerlei reale Macht, um seinen politischen Entschlüssen Geltung zu verschaffen; seine Versuche, über den Chef der Heeresleitung in der Reichswehr ein Instrument für seine zukünftige Innen- und Außenpolitik zu gewinnen, waren daher sicherlich vom Bewußtsein der Notwendigkeit getragen. Wenn diese Versuche bereits im Anfangsstadium der Beziehungen scheiterten, so lag das zu einem großen Teil an der kühlen Zurückhaltung Seeckts, dem ein Kanzler, der die Reichswehr wieder mehr an die Republik binden wollte, unbequem war, und an dem Verhalten der zahlreichen Mittelsmänner offizieller und nichtoffizieller Art, über die Seeckt und Stresemann miteinander verkehrten.³⁾ So konnte ein von geistiger Verbundenheit getragenes direktes Gespräch zwischen dem verantwortlichen Staatsmann und dem Führer des Heeres nicht stattfinden. Natürlich hatten

- 1) Über die Beziehungen zwischen Seeckt und Stresemann in den fraglichen Wochen und Monaten s.auch: Edgar Viscount d'Abernon, in: Botschafter der Zeitwende, 2.Bd., Leipzig 1930, S.314. - Gatzke, a.a.O. S.6 ff., 12 ff., 25. - Im Manuskript eines von Major Ebeling am 27.12.1938 im Reichssender München gehaltenen Vortrags findet sich folgende für Seeckt bezeichnende Warnung, die Seeckt anlässlich eines Kasinofestes kurz nach Stresemanns Ernennung aussprach: "So lange Sie, Herr Reichskanzler, den Weg nationaler Würde gehen, werden Sie das Heer hinter sich haben!" Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
- 2) vgl. eine Niederschrift des Seeckt-Adjutanten von Selchow über einen Besuch Stresemanns bei Seeckt und einen Gegenbesuch des Generals am 13. und 14.8.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
- 3) vgl. Henry Bernhard, Seeckt und Stresemann, in: Deutsche Rundschau, 79.Jg. 1953, S.468f. - Vermächtnis, Bd.1, a.a.O. S.218.

die daraus entstehenden Unstimmigkeiten weitreichende politische Konsequenzen.¹⁾ Die Kabinettskrise Ende Oktober schien Seeckt noch einmal die Gelegenheit zu bieten, sich des Konkurrenten zu entledigen, nachdem die Oktoberwochen für Seeckt wie für Stresemann eine Machtsteigerung gebracht hatten: für Seeckt mittelbar durch die Ernennung Gesslers zum Inhaber der vollziehenden Gewalt und für Stresemann unmittelbar durch die Annahme des von ihm vorgeschlagenen Ermächtigungsgesetzes. Der Nachfolger Stresemanns konnte nach Lage der Dinge nur Seeckt sein. In Erwartung des kommenden Wechsels in der Reichskanzlei kündigten Seeckt wie Schleicher dem Kanzler das Vertrauen der Reichswehr.²⁾ In dem Augenblick

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 358. - Zum ersten Male weiteten sich die Gegensätze zwischen Seeckt und Stresemann zum offenen Konflikt aus, als Stresemann mit dem Vorschlag der bayrischen Regierung, die zwischen Berlin und München strittigen Fragen durch den Reichsrat entscheiden zu lassen, einverstanden war. Seeckt wollte dagegen damals zunächst nichts davon wissen, daß eine Angelegenheit, die er als rein militärische ansah, nicht durch ihn, sondern durch ein politisches Gremium, den Reichsrat, geklärt werden sollte. Er fühlte sich durch diese Regelung als Chef der Heeresleitung in seiner Autorität angegriffen und lehnte Stresemanns Handlungsweise als einen Eingriff in ihm allein zustehende Kompetenzen ab. Als er schließlich nach dem 22.10. doch mit einer Erledigung der Angelegenheit durch den Reichsrat einverstanden war, geschah es, um vielleicht auf diese Weise noch eine Einigung zu erzielen und einen bewaffneten Konflikt mit den bayrischen Truppen und Wehrverbänden zu vermeiden. Seeckts Überlegungen waren demnach auch in dieser Einzelfrage vor allem rein militärisch bedingt, sie entsprachen seinem Wunsch nach Erhaltung der militärischen Einheitlichkeit. Stresemann ging von politischen Erwägungen aus. Vor allem der Umstand, daß beider Wünsche, wenn auch aus verschiedener Zielsetzung, schließlich zusammentrafen, ließ nach außen hin die politische über die militärische Konzeption siegen.
- 2) Stresemann muß zudem auch geahnt haben, daß er Eberts Vertrauen nicht mehr in früherem Maße genoß, nachdem die sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett ausgeschieden waren. Bezeichnend für den Wandel im Verhältnis der beiden Politiker ist der Umstand, daß Ebert in den ersten Novembertagen ohne Wissen des Kanzlers den Chef der Heeresleitung beauftragte, mit dem deutschen Botschafter in Washington wegen der Bildung eines neuen mit besonderen Vollmachten versehenen Kabinetts Fühlung zu nehmen. - vgl. Seeckts Schreiben an Wiedfeldt vom 4.u.10.11.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm → Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 370.



wo der verantwortliche Leiter der Deutschen Politik des Instruments am dringlichsten bedurfte, versagte sich ihm die Führung der Reichswehr, genau wie sie sich Ebert wenige Tage zuvor, am 3. November, versagt hatte. Der Wille Stresemanns, die politische Kontrolle über die Reichswehrführung zu behaupten, hatte sich nicht durchzusetzen vermocht. Bezeichnend für die starke Position Seeckts ist der Umstand, daß die Gegner Stresemann in der DVP sich der Thesen Seeckts bedienten. Unter Hinweis auf die Einwände der Reichswehr gegen den Kanzler verlangten sie dessen Demission.¹⁾ Stresemann sah sich also gerade beim starken rechten Flügel seiner eigenen Partei, der glaubte, in Seeckt den Mann, der Stresemann ablösen konnte, gefunden zu haben, des politischen Rückhaltes beraubt.²⁾ Was die innen- und außenpolitischen Krisen des Reiches im zweiten Halbjahr 1923 nicht vermocht hatten, die Mißtrauenserklärung der Reichswehr brachte es zustande: Stresemann wurde selbst schwankend und stellte schließlich sein Amt zur Verfügung, obwohl der Reichswehrminister in seiner Besprechung den offenen Bruch zwischen Reichswehr und Kanzler zu vermeiden gewußt hatte.³⁾ Wieder zeigte sich, wie

1) vgl. Schlottner, a.a.O. S. 101 f. - Hallgarten, Stinnes, a.a.O. S. 276

2) vgl. Hasses Tagebucheintragung v. 4.10.1923. Seeckt hatte seit langem geglaubt, daß die Hauptwiderstände gegen seine Direktivums- oder Regierungspläne aus dem Auswärtigen Amt und damit von Stresemann herrührten.

3) Gessler hatte den Kanzler nur dadurch zu beschwichtigen vermocht, daß er feststellte, der General habe in diesem Fall nicht im Namen der Reichswehr sprechen können, das stehe nur dem Minister zu. - Vgl. Eyck, a.a.O. S. 362. - Bernhard, a.a.O. S. 469; Stresemann, Vermächtnis II, a.a.O. S. 199; Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 367f. - Über die Kontroverse Seeckt-Stresemann und über dessen Differenzen mit dem rechten Flügel der DVP unterrichtet v. Selchow seine Eintragung vom 5.11.1923. Selchow war der Ansicht, daß Stresemann in dieser Angelegenheit eine "Jugentaktik" angewendet habe. "Wieder versucht er (Stresemann - der Verf.) sich ganz aus der Klause zu ziehen und läßt diesmal die Schuld auf Seeckt, wohl um einen Keil in das gute Einvernehmen zwischen Ebert und Seeckt zu treiben! Er versucht die Reichswehr zu mißkreditieren (Putsch?) und Seeckts Stellung zu schwächen, um die seinige zu stärken." - ferner: der in dieser Hinsicht besonders aufschlußreiche Brief des DVP-Abgeordneten v. Bersner an Seeckt vom 7.11.1923, beide Schriftstücke im Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm; Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 370, und Bernhard, a.a.O. S. 469.

wenig die Reichswehr den politischen Notwendigkeiten entsprechend aufgebaut und organisiert worden war. Wie immer, wenn es Seeckt als Führer der bewaffneten Macht notwendig erschien, versuchte er das ihm anvertraute Heer politisch einzusetzen und dem leitenden Staatsmann seine eigene, aus militärischer Perspektive herrührende Anschauung aufzudrängen. Die ihm als dem wirklichen Führer des Heeres gewährte Handlungsfreiheit gestattete es ihm sogar, auf die Tätigkeit anderer Ressorts bestimmenden Einfluß auszuüben. Stieß Seeckt bei diesen Bestrebungen auf Widerstand, wie bei Stresemann, wäre er auch bereit gewesen, kraft seiner Stellung stärkeren Druck auf die Regierung auszuüben, indem er ihr die Unterstützung der Reichswehr entzog. Die fehlenden verfassungsmäßigen Kompetenzbeschränkungen, die innere und äußere Notlage des Reiches und nicht zuletzt die der deutschen Nachkriegspolitik meist mangelnde Anschlußkraft, den daraus für das Verhältnis der Reichswehr zur Republik drohenden Gefahren zu begegnen, versetzten ihn dazu in die Lage.¹⁾

1) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Im Nachlaß befindet sich auch ein Aufsatz aus der "Revue militaire Française" vom 1.6.1925, in welchem unter anderem aus der Perspektive jener Jahre ausgeführt wird: "An die Stelle der Allmacht des Kaisers hat Seeckt einfach die seinige gesetzt. Unabhängig und unverantwortlich, stark durch seine Person, die ihm erlaubt, alles zu wagen und unbehelligt von der Kontrolle des Parlaments, verwaltet er nicht allein die Personalfragen der Offiziere, sondern die ganze Armee mit seiner Autorität, die Wilhelm II in seinen Glanztagen niemals gekannt hat. Auf allen Stufen der Hierarchie ist das Kommando ganz allein durch ihn festgesetzt." Diese Überlegungen des ausländischen Beobachters sind, bezieht man sie auf die Jahre von 1920 - 1924, nicht ganz von der Hand zu weisen, für die Mitte des Jahres 1925 und die damaligen Machtverhältnisse treffen sie allerdings nicht mehr zu. (Als Übersetzung aus dem Französischen in den Nachlaß aufgenommen.)

252

Daß Stresemann, nachdem es zwischen Ebert und Seeckt zu einer Art erzwungenen Versöhnung gekommen war, weiter amtierte, ohne die entscheidende Kraftprobe mit dem General zu wagen, beweist, daß er sich damals den Militärs gegenüber noch nicht stark genug fühlte, oder aber, daß er Seeckts Pläne doch nicht völlig durchschaute. In jedem Fall stellte der Kompromiß einen politischen Fehler Stresemanns dar, denn an eine vertrauensvolle Zusammenarbeit der höchsten militärischen und politischen Spitze war nun erst recht nicht mehr zu denken. Seeckt muß zu diesem Zeitpunkt zwar eingeschaut haben, wie stark die Kräfte waren, die von rechts bis links eine Militärdiktatur oder ein Kabinett unter seiner Leitung ablehnten, aber ebenso sehr hoffte er weiter darauf, daß die Reichswehr in der zukünftigen Entwicklung als einzige intakte Macht in der Weimarer Republik dahin noch weiter an Einfluß gewinnen würde.¹⁾

- 1) vgl. einen Erlaß Seeckts an die Reichswehrkommandeure vom 4.11.1923, in welchem Seeckt feststellte, er ver spreche sich einzig von der im Rahmen der Verfassung geleisteten Arbeit eine Wendung zum Besseren. Dabei komme es auf die Haltung der Reichswehr an. "Eine Reichswehr, die in sich einig und in Gehorsam bleibt, ist unüberwindlich", mit diesen Worten schloß das Schriftstück, in dem Seeckt bezeichnenderweise auf die Ereignisse in Mitteldeutschland zu sprechen kam, die Vorgänge in Küstrin und Bayern aber unerwähnt ließ. Trotzdem enthielt der Erlaß eine deutliche Absage auch an die nationalistischen Kräfte. (vgl. Schleichers Nachlaß) - Mit der Absage war es Seeckt angesichts der Völkereien nationalistischer und kommunistischer Agitatoren in der Truppe ernst. Wollte er nicht selbst dazu beitragen, daß die Reichswehr wieder politisiert wurde, so mußte er sich jetzt auch zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen nationalistische Aufbruchversuche bekennen. - Vgl. den an den bayrischen Infanterieführer General Smith von der Heeresleitung weitergegebenen Schießbefehl Seeckts im Falle eines nationalsozialistischen Aufstandes, über den sich Angaben im Befreiungsgesprächprotokoll v. Stülpnagels vom 19.2.1952 befinden. - Über die Erfolge radikaler Agitatoren in der Truppe s. Stresemann, Vermächtnis, 2. Bd., a.a.O. S.225 - ferner: M. Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt o.J., S.383, ebenso verschiedene Schreiben von Heeresangehörigen und Zivilisten, die sich in den Nachlässen Seeckts und Schleichers befinden, Stampfer, a.a.O. S.376.

4) Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt.

Der Hitler-Stab ließ Seeckt eine Entscheidung ab. Jetzt stand neben der Einheit der Reichswehr auch die Einheit des Reiches auf dem Spiel. Die Erkenntnis der damit verbundenen Gefahren -- am 8. und 9. November war in Berlin noch nicht bekannt, in welchem Ausmaß sich die 7. Division an dem Putsch beteiligte¹⁾ -- veranlaßten Seeckt zur Aufgabe seiner bisherigen Überzeugung, wonach Reichswehr nicht gegen Reichswehr eingesetzt werden dürfte.²⁾ Reichsregierung und Heeresleitung kamen jetzt die auf Gesslers energisches Drängen durchgeführten Vorbereitungen für eine militärische Intervention gegen Bayern zuzustatten.

Für die politische Leitung des Reiches ergab sich in dem Augenblick, als der Ausbruch eines Bürgerkrieges nahe bevorzustehen schien, eine Zwangslage: Sie stellte in dieser Situation alle Bedenken zurück und legte das Schicksal des Reiches wiederum in die Hände Seeckts.³⁾ Als neuer Inhaber der vollziehenden Gewalt erhielt Seeckt unbegrenzte Vollmachten übertragen, die weit über diejenigen seines

1) vgl. Stresmann, Verhältnisse I, a.a.O. S. 205 --

Auch das Reichswehrministerium und mit ihm der Chef der Heeresleitung befanden sich in der Unklarheit über die Lage der 7. Division. Für Seeckt mag es daher eine große Beruhigung bedeutet haben, als er am frühen Morgen des 9. November zuverlässige Nachrichten aus Bayern erhielt und erfuhr, daß sich die bayrische Division ausnahmslos gegen den Putsch stellte. Er versicherte die Division seines Vertrauens und kündigte sogar eine mögliche Unterstellung weiblicher Verbände unter den Befehl Lossows an. Vgl. Vogelsang, Dokumentation, a.a.O. S. 99f.

2) Selchows Tagebuch-Eintragung vom 9. November 1923 zufolge zeigte sich Seeckt beim Erhalt der Nachricht vom Putsch nicht so sehr von dem Ereignis selbst als vielmehr davon beeindruckt, daß keine Nachrichten über die Haltung der bayrischen Truppen vorlagen. (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Eintragung von Selchows vom 9. November 1923) -- Bis dahin hatte Seeckt gehofft, allein durch Drohungen die bayrischen Rechtskreise einschüchtern und von Putschabsichten zurückschrecken zu können. Vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 376; Bullock, Allan, Hitler, Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1953, S. 106.

3) vgl. Rabenau, Seeckt -- Aus seinem Leben, a.a.O. S. 376

Vorgängers Gesellsamer hinausgingen. Er verfügte durch den Erlass des Reichspräsidenten vom 8. November 1923 über die volle Exekutivgewalt und war nur noch dem Reichspräsidenten allein verantwortlich. Der stets prätendierte Anspruch der Reichswehr, Verkörperung des Staates zu sein, war damit ganz legitim Wirklichkeit geworden. Der Umstand, daß dem General eine solche Überfülle von Kompetenzen von den demokratischen Politikern eingeräumt wurde, war ein Beweis dafür, daß selbst so geschickte politische Taktiker wie Hert und Stresemann keinen anderen Ausweg mehr wußten.¹⁾ Sie mußten darauf vertrauen, daß der Mann, der als einziger über die reale Macht des Reiches verfügen konnte, sich im Interesse der Reichswehr auf die Seite der Regierung stellen würde.

Die Uneinigkeit unter den bayrischen Nationalisten wirkte in Berlin ermutigend: die Reichsregierung sah darin eine Verminderung der Gefahr für die Spaltung Deutschlands. Für die Reichswehr schien doch noch die Hoffnung zu bestehen, daß der Konflikt mit der bayrischen Division auf friedliche Weise beigelegt wurde. Für Seeckt war das ein Grund mehr, die Gelegenheit, die ihm die Übertragung der vollziehenden Gewalt zur Durchsetzung seiner eigenen Pläne bot, ungenützt vorübergehen zu lassen.²⁾ Seeckt erkannte wohl, daß die ihm übertragenen Befugnisse zu spät in seine Hände gelangt waren. Nach dem Münchener Putsch war der Ausnahmezustand sowohl aus außen- wie innenpolitischen Gründen kein Instrument zur Durchsetzung seiner eigenen Ziele mehr.³⁾ Seeckt "blieb wohl auch deshalb passiv, weil er, letztlich keine Herrschernatur und sich der Grenzen seiner Kraft zutiefst bewußt, auf den gewissensentlastenden Zwang aller politischen Fakten und Faktoren wartete".⁴⁾

1) Überzeugte Republikaner wie Braun und Severing waren ebenfalls der Ansicht, daß nur ein Mann mit der Autorität Seeckts die Lage retten könnte. - vgl. Braun, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, S. 135, u. Severing II, a.a.O. S. 134.

2) vgl. Schwand, a.a.O. S. 249 - Frankreich hatte am 8.11.23 durch seinen Botschafter ausdrücklich erklären lassen, daß es die Ausrufung der Diktatur im Reich oder in einem Teil desselben nicht widerstandslos hinnehmen würde. - Stresemann, Vermächtnis I, a.a.O. S. 205f.

3) vgl. Krausnick, a.a.O. S. 610

4) H. Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstands gegen Hitler, in: "Das Parlament", Beilage vom 24. November 1954, S. 610.

Seecht hat Monate später, am 12. August 1924, allerdings im Hinblick auf das Eingreifen des Reiches in Mitteldeutschland, die Aufgaben des Ausnahmezustandes dahingehend beschrieben, daß dadurch der Zivilverwaltung der Weg für eine organische Weiterbildung der Reichsverfassung gewiesen und der Anfang "einer neuen positiven Innenpolitik" gemacht werden sollte.¹⁾ Die Erklärung des militärischen Ausnahmezustandes überantwortete das Schicksal des Reiches wieder wie schon verschiedentlich nach 1918 der Reichswehrführung. Wie sich aus den Ausführungen Seechts ergibt, war die Reichswehr, zumindest anfangs, gewillt, schon während des Sonderregimes durch ihre Tätigkeit die spätere Politik im voraus festzulegen. Wenn auch weniger dem Wortlaut der Verfassung nach, so stellte doch die Handhabung des Artikels 48 in der Praxis eine Gefahr für die Behauptung des politischen Primates dar. Die Reichswehr war mit der Ablösung Gesslers als Inhaber der vollziehenden Gewalt durch den obersten militärischen Führer mehr als lediglich politisches Instrument geworden. Ihr Führer blieb infolge der weitgehenden Selbstausschaltung der politischen Instanzen nicht mehr auf die Rolle desjenigen, der Befehle ausführt, beschränkt, sondern hatte selbst Entscheidungen von politischer Tragweite zu fällen. Er war außerdem nicht genötigt, so, wie es unter anderen Umständen unumgänglich gewesen wäre, gegen die der politischen Leitung nicht loyal gegenüberstehenden Elemente in der Reichswehr vorzugehen. Die Folge war eine zusätzliche Verstärkung der bereits seit längerem innerhalb der Reichswehr wirksam gewordenen Tendenz zur Isolierung vom Staatsganzen. Diese Entwicklung und die sich daraus ergebenden Gefahren konnten der Öffentlichkeit natürlich nicht lange verborgen bleiben. So übte die Presse frühzeitig Kritik an der Art, wie die Heeresleitung den Ausnahmezustand handhabte: "In Wirklichkeit haben wir öffentlich zwei Regierungsformen nebeneinander: Die eine ist die der militärischen Befehlshaber, die auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten

1) vgl. Schüddekopf, a.a.O. S. 203

jetzt die gesamte vollziehende Gewalt... in der Hand haben... wenn dieser Zustand weiter bestehen bleibt,...so kann es im natürlichen Gang der Dinge dahin kommen, daß die Zivilregierung...überhaupt in den Hintergrund rückt, so wie im Kriege vor der JHL. 'Wenn Seeckt regiert und diktiert, dann ist die ganze Kabinettspielerei belanglos', hat auf der Vertreterversammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Herr Geissler mit schöner Offenlegung seiner Wünsche bekundet...¹⁾

Eine Fülle politischer, wirtschaftlicher, sozialer und vor allem militärischer Aufgaben drängte seit dem 8. November 1923 auf den General und die Reichswehr ein. Während Seeckt sich ihrer vor allem auf dem wirtschaftlichen und sozialen Sektor mit Geschick entledigte und sich die wirtschaftliche Lage unter dem Schutz der Reichswehr stabilisieren konnte, hielten die Meinungsverschiedenheiten Seeckts mit den maßgebenden Politikern an und beharrte die Reichswehrführung auf dem bisherigen militärpolitischen Kurs. Den Sturz des zweiten Kabinetts Strassmann hat Seeckt allerdings nicht ausgelöst, wenn er auch die Schwierigkeiten, denen Strassmanns Kabinett gegenüberstand, vorausgesehen und nicht dazu beigetragen hatte, sie zu vermindern. Die Regierung stürzte vor allem über die Angriffe der Sozialdemokratie, die damit dem Willen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen glaubte.²⁾

Mit dem Beginn der Gespräche um die Kabinettsneubildung zeigte sich, daß zu jener Zeit kein deutscher Politiker an die Aufstellung einer arbeitsfähigen Regierung denken konnte, ohne vorher das Einverständnis des Chefs der Heeresleitung gewiß zu sein.³⁾ Auch der Reichspräsident zog Seeckt bei

1) vgl. den Leitartikel der "Frankfurter Zeitung" im Abendblatt vom 19.11.1923

2) Die Verbitterung der Arbeiterschaft gegen das Fortbestehen des Ausnahmezustands und das Verbot der KPD richtete sich damals weniger gegen Seeckt als gegen den Reichskanzler. - vgl. Schlottner, a.a.O. S.111 f. - ferner Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.384

3) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 22. und 30.11.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

den Verhandlungen verschiedentlich zu Rat.¹⁾ Ende November erwies sich, daß nur zwei Männer über das weitere Schicksal Deutschlands entscheiden konnten: Thert, hinter dem immer noch ein großer Teil der Arbeiterschaft stand, und Seeckt, der sich auf die Reichswehr stützte. Während Seeckts Umgebung immer noch erwartete, daß der General selbst dem Reichspräsidenten die Stirn bieten würde, sah Seeckt seine Aufgabe vor allem darin, die Position des Staatsoberhauptes nicht durch die Reichswehr zu erschüttern und den Ausnahmezustand vorläufig möglichst lange aufrechtzuerhalten. Der nun beginnende Kampf um den Ausnahmezustand und seine Aufrechterhaltung kam einer Kraftprobe zwischen dem Reichspräsidenten und dem Führer des Heeres gleich. Thert glaubte,

- 1) Am 17. November vermerkt Hasse in seinem Tagebuch, Seeckt habe zu einem Vorschlag Therts, den Abgeordneten Albert mit der Regierungsbildung zu beauftragen, Stellung nehmen müssen. Dabei hätten sich bereits ernste Differenzen über die voraussichtlichen Nachfolger Stresemanns ergeben. Am 18. November berichtet Hasse darüber, daß er und Seeckt sich über den kommenden Kanzler den "Kopf zerbrochen" hätten. Für den 19. November findet sich bei Hasse eine Tagebucheintragung, daß Seeckt mit "Männern der Wirtschaft" verhandelt habe. Gessler sei niedergedrückt über die Lage und verstimmt über Seeckt. Am 22. November wurde Seeckt wieder von Thert empfangen. Es stellte sich heraus, daß zwischen den beiden Männern keine Einigkeit darüber bestand, wer die Nachfolge Stresemanns antreten sollte. Als Kanzler kam Seeckt für Thert nicht mehr in Betracht, selbst als Reichswehrminister wollte er den General in keinem Kabinett haben. Am 24. November trafen Seeckt und der Abgeordnete Albert zusammen, um eine Ministerliste aufzustellen. Am 25. November verhandelte Seeckt mit dem bairischen Oberbürgermeister Jarres über eine Regierungsbildung, daneben wurde auch Gesslers Name wieder genannt, am 26. wieder mit Albert. Als der General jedoch von dessen Absicht hörte, den Ausnahmezustand so bald wie möglich zu beenden, zog er sich von den Gesprächen mit dem Abgeordneten sofort zurück. Am Abend des 26. November fand ein Treffen Seeckts mit den Führern der beiden Rechtsparteien statt. Am 29. November wurde Marx als möglicher Kandidat für den Reichskanzlerposten genannt. Hasse bemerkt dazu, er glaube nicht, daß Marx die Stellung Seeckts angreife, stellt gleichzeitig aber fest, daß das Vertrauen der Rechtskreise zu Seeckt schwinde. - vgl. zu den entsprechenden Daten die Eintragungen in Hasses Tagebuch, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

von Stresemann bestärkt, daß angesichts der fortschreitenden Konsolidierung die baldige Beendigung des Ausnahmezustandes zwangsläufig erfolgen müßte. Mit Ebert forderte ein großer Teil der republikanischen Öffentlichkeit die Aufhebung des Ausnahmezustands.¹⁾ Außerhalb der Reichswehr gab es nur wenige Stimmen, die seine Beibehaltung befürworteten. Als der Reichspräsident bei Seeckt durchblicken ließ, daß er einen schnellen Abbau des Ausnahmezustandes anstrebte, stieß er bei dem General auf heftigen Widerstand.²⁾ Seeckt sah in dieser Ankündigung eine persönliche Niederlage, um so mehr, als Ebert zu erkennen gegeben hatte, daß für eine gewisse Übergangszeit wieder der Reichswehrminister die vollziehende Gewalt übernehmen sollte, und weigerte sich daher entschieden, zu "übereilten" Maßnahmen seine Zustimmung zu geben.³⁾ Mit der von ihm während des Ausnahmezustandes geleisteten Reformarbeit sollte der Weg für eine spätere positive Innenpolitik gewiesen werden, wie es Seeckt später ausdrückte.⁴⁾ Das bedeutete, daß der General die ihm zur Verfügung stehende Frist möglichst auszunutzen hatte, um sein Streben nach Stärkung der Reichsautorität Wirklichkeit werden zu lassen. Schleicher, damals noch Sprecher der Heeresleitung, forderte am 11. Dezember 1923 zu diesem Zweck in einem Vortrag verstärkte Exekutivmöglichkeiten für Reichswehr und Polizei. Zuvor hatte er seiner Befriedigung darüber Ausdruck verliehen, daß sich die Reichswehr als zuverlässiges Werkzeug in der Hand ihres Führers erwiesen habe, und nachdrücklich vor jeglicher Agitation gegen die Reichswehr gewarnt. Der Ausnahmezustand biete die Gelegenheit, alle für die weitere Entwicklung wichtigen deutschen Innenministerien mit zuverlässigen Persönlichkeiten zu besetzen, das gelte vor allem für

1) vgl. "Frankfurter Zeitung", Abendblatt vom 19.11.1923, zweites Morgenblatt vom 5.2.1924.

2) vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 17. bis 19. November 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

3) vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 20. und 22. November 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

4) vgl. Schüddekopf, a.a.O. S. 203.

Preußen, wo man die SPD-Zentrum-Koalition mit Hilfe des rechten Zentrumsflügels beseitigen müsse.¹⁾ Die Reichswehr versuchte also, der deutschen Innenpolitik eine Richtung zu geben, die ihren eigenen Zielen entsprach. Der Ausnahmezustand bot Seeckt eine Handhabe dazu, da der Begriff in der Reichsverfassung nicht einmal in Umrissen abgegrenzt war.²⁾ Niemand vermochte daher zu verhindern, daß Seeckt seine Vollmachten so auslegte, wie er es wollte.³⁾ Übergriffe militärischer Befehlshaber und Dienststellen, die in Verfolg derartiger Zielsetzung öfter vorkamen, lösten in der demokratischen Öffentlichkeit leidenschaftliche Proteste aus.⁴⁾ Als Seeckts Absicht offenkundig wurde, in die Reichs- und Ländergesetzgebung einzugreifen, wozu er sich als Inhaber der vollziehenden Gewalt berechtigt glaubte, erwachsen ihm aus derartigen Plänen zwangsläufig neue Differenzen.⁵⁾ In der Öffentlichkeit sprach man damals bereits von einer durch Seeckt eingeleiteten Reichsreform. Seeckts Planungen brachten ihn auch in Verbindung mit dem Königsberger Oberbürgermeister Goerdeler, dessen Denkschrift zur Lage in Preußen im Dezember 1923 Seeckts Interesse gefunden hatte. In dem durch Schleicher ausgearbeiteten Antwortschreiben zieht Seeckt eine Umbildung der Länder und Provinzen in

-
- 1) vgl. Hasses Aufzeichnungen über den Vortrag Schleichers vom 11.12.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm
 - 2) vgl. "Frankfurter Zeitung", Abendblatt vom 15.2.1924 -- A. von Freytag-Loringhoven, *Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit*, München 1924, S.151 ff.
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.384. Seeckt schrieb am 18.11.1923 an seine Schwester u.a.: "Ich habe die mir zugefallene Macht in etwas weiterem Sinne aufgefaßt, als sie gemeint war, um zu versuchen, trotz aller Schwierigkeiten etwas Gutes in Gang zu bringen..." -- "In allen demokratisch eingestellten Parteien wird von Tag zu Tag stärker empfunden, wie schwer das Militärregiment, zu dem der übermäßig lang andauernde Ausnahmezustand führt, mit dem Geist unserer demokratischen Reichsverfassung vereinbar ist." "Frankfurter Zeitung" vom 5.2.1924, zweites Morgenblatt.
 - 4) vgl. "Frankfurter Zeitung", zweites Morgenblatt vom 5.2.1924, Abendblatt vom 12.2.1924, zweites Morgenblatt vom 15.2.1924
 - 5) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.389

Verwaltungsbeziehungen in Betracht. Die im Hinblick auf die Innen- und Außenpolitik wichtigsten Befugnisse sollten allerdings unter die ausschließliche Gesetzgebung des Reiches fallen.¹⁾ In einer zweiten, am 4. Februar 1924 verfaßten Denkschrift, der Seeckt offenbar bewußt den Titel "Preußen und Reich"²⁾ gab, trat der General wieder für eine durchgreifende Reform der Reichsverfassung ein. Im Unterschied zur ersten Denkschrift ließ die zweite keinen Zweifel daran, daß an eine antiparlamentarische Neuordnung nicht zu denken sei. Seeckt sprach sich in dieser Denkschrift für eine "kleindeutsche Lösung" durch Bildung Großpreußens und Ablehnung einer zu zentralistischen Reichsverfassung aus. In Anlehnung an die alte Reichsverfassung sollte der in Preußen gewählte Staatspräsident zugleich deutsches Staatsoberhaupt sein und den preußischen Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Reichskanzler berufen.³⁾

Auf welcher Seite Seeckt gesinnungsmäßig stand, ergibt sich aus seinem Verhalten Lossow gegenüber und aus der Art, wie er die militärischen Teilnehmer am Hitler-Putsch maßregelte. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Münchner Infanterieschule. Bereits in der ersten Oktoberhälfte war der Chef der Heeresleitung gewillt gewesen, die Kriegsschule aufzulösen, weil er auf die dort herrschende unruhige Stimmung

1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 389f. - Gerhard Ritter, Karl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954, S. 125f.

2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 394, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Denkschrift vom 4. Februar 1924.

3) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Denkschrift vom 4. Februar 1924, Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 394ff. - Seeckt sprach in der genannten Denkschrift auch von der Freiheit des Individuums, nichts lag ihm dabei wahrscheinlich ferner als die Anerkennung des liberalen Freiheitsbegriffes: "In der deutschen Eigenart liegt der starke Hang zum Eigenleben und, wenn man ihm freies Spiel läßt, zur politischen Atomisierung. Seeckt war nur bereit, dieser Tendenz "bis zu einer gewissen Grenze" Rechnung zu tragen.

hingewiesen worden war.¹⁾ Eine entsprechende Anregung bei der Reichsregierung wurde von dieser "zurückgestellt", ein Verhalten, über das Seeckt "empört" war, weil er darin einen Eingriff in seine Befugnisse sah.²⁾ Während die demokratische Öffentlichkeit daher nach dem November-Putsch um so eher durchgreifende Maßnahmen gegen die meuternden Kriegsschüler erwarten konnte, verzichtete Seeckt jetzt sogar auf die Auflösung der Infanterieschule und begnügte sich mit ihrer Verlegung von München auf den abgelegenen Truppenübungsplatz Ohrdruf. Zur Verurteilung der Meuterer selbst fand er kaum mehr als "harte Worte".³⁾ Wie schon nach den März-Ereignissen des Jahres 1920 ging der Chef der Heeresleitung auch jetzt wieder nicht mit der gleichen Energie gegen die rechtsradikalen Elemente vor, die er gegen kommunistische Gruppen innerhalb der Reichswehr unter allen Umständen angewandt hätte.⁴⁾ Dem entsprach auch Seeckts

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.357f., Einzelheiten über Haltung und Stimmung in der Münchner Infanterieschule gibt ein dienstliches Schreiben wieder, das der in München zur Schulung weilende Leutnant Leist an seinen Bataillonskommandeur, Oberstleutnant von Hammerstein, Magdeburg, am 22. Oktober 1923 richtete, und in welchem der junge Offizier seinen Kommandeur um Verhaltensmaßregeln bat. Vgl. Thilo Vogelsang, Die Reichswehr in Bayern und der Münchner Putsch, Dokumentation, in: "Vierteljahresshifte für Zeitgeschichte", 5. Jg. 1957, H.1, S.95ff. Zusammen mit einigen wenigen vom gleichen Regiment abkommandierten Kameraden fühlte sich der betreffende Offizier, obwohl mit den Völkischen sympathisierend, auch nach der Inpflichtnahme der bayrischen Truppen weiter an die Befehle der Heeresleitung gebunden. Er bat den Oberstleutnant von Hammerstein, "unter den jetzigen Umständen zum Bataillon zurückkehren zu dürfen. Besonders leitet mich hierbei die Befürchtung, daß ich bei einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Bayern nicht mehr rechtzeitig von hier wegkommen könnte." Vogelsang, Dokumentation, a.a.O. S.96
 - 2) vgl. Tagebucheintragung des Generalmajors Hasse vom 21. Oktober 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.377ff., Hermann Teske, Die silbernen Spiegel, Heidelberg 1952, S.29f.
 - 4) vgl. General Günter von Blumentritt, Memorandum, Institut für Zeitgeschichte, München - Blumentritt berichtet von einem sehr bezeichnenden Vorfall: Bei einem im Jahre 1923 stattfindenden Kasinofest fanden in Seeckts Anwesenheit Hakenkreuz-Embleme als Tischschmuck Verwendung. - Foertsch, Schuld und Verhängnis, a.a.O. S.18f.

Haltung im Fall Lossow. Indem sich der Chef der Heeresleitung "verpflichtet" fühlte, dem bayrischen Divisionskommandeur zu bescheinigen, daß es ihm gelungen sei, "seine Division fest in der Hand zu behalten", Seeckt sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem "ausgesprochenen Verdienst" Lossows,¹⁾ zeigte er bereits den von der Heeresleitung beabsichtigten Weg zur Lösung des Konfliktes mit der bayrischen Division auf. In den abschließenden Verhandlungen im Februar 1924, an denen außer den bayrischen Vertretern, Staatsminister Matt und dem Gesandten Bayerns in Berlin, von Preger, Reichskanzler Marx, der Reichswehrminister und Seeckt beteiligt waren, vertrat Gessler im Gegensatz zum Chef der Heeresleitung wesentlich schärfere Maßnahmen, mit denen er Lossows Verhalten geahndet wissen wollte.²⁾ Seeckt, der die Gefahr der Abspaltung des bayrischen Teils der Reichswehr bereits als beseitigt ansehen konnte, verurteilte zwar die Verstöße des bayrischen Divisionskommandeurs gegen die militärische Disziplin, war aber bereit, es unter Schonung der bayrischen Empfindungen bei der Pensionierung Lossows bewenden zu lassen.³⁾ In einem mit der bayrischen Regierung

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.381, Brief Seeckts vom 12.Januar 1924 an seine Frau Dorothea, Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.380f.
 - 2) für die nachfolgenden Ausführungen vgl. vor allem Schwend, a.a.O. S.254ff.
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.380, Hasses Tagebucheintragung vom 16.Januar 1924 - Eine Reihe von Offizieren in Stabs- und Kommandeursstellungen mußten nach dem 9.November 1923 allerdings verabschiedet werden oder reichten selbst ihr Abschiedsgesuch ein, weil sie sich zu sehr exponiert hatten, darunter Oberst Hierl, die Majore Haselmeyer und Mühnlein und Hauptmann Röhm. - Rückblickend berichtet der damalige Leutnant und spätere General Walter K.Nehring am 15.Juni 1956 über die Haltung des ostpreussischen Offizierskorps. Der Hitler-Putsch habe die dort stationierten Offizierskreise kaum berührt. Allerdings seien eine Reihe von Fähnrichen und ein Leutnant des Infanterie-Regiments 2 in die Putsch-Pläne verwickelt gewesen. Während die Fähnriche mit "geringen Strafen" davonkommen seien, wurde der Leutnant, "obwohl ein tüchtiger Offizier über dem Durchschnitt,...dienstentlassen." Abschrift dieses Schreibens befindet sich im Bundesarchiv, Koblenz.

geschlossenen Übereinkommen setzten Reichsregierung und Heeresleitung im Grunde nochmals ausdrücklich die Anerkennung der Einheit des Heeres und des Oberbefehls vonseiten der bayrischen Regierung durch.¹⁾

Die zunehmende Konsolidierung im Winter 1923/1924 beeinflusste auch das Verhältnis von Reichswehrführung und Reichsregierung. Das Gefühl gegenseitiger Abhängigkeit, das auf dem Höhepunkt der Krise Ende Oktober - Anfang November vorhanden gewesen war, wich nun, da die Gefahr beseitigt schien, bei beiden Teilen zunächst wieder dem Drang zu vermehrter Selbständigkeit. Die Konflikte mit den Zivilbehörden, die sich über militärische Eingriffe beschwerten, nahmen in den ersten Monaten des Jahres 1924 beträchtlich zu. Seeckt gewährte mit Sorge die Anzeichen zunehmender Politisierung der Truppe. Die zwangsläufige Beschäftigung mit der Innenpolitik während des Ausnahmezustands gefährdete seinen Grundsatz, daß die Reichswehr politisch neutralisiert werden mußte, wenn sie ihm jederzeit zur Verfügung stehen sollte.²⁾ Dieser Gefährdung hoffte Seeckt mit konsequenten Entpolitisierungsmaßnahmen begegnen zu können. Wenn Reichswehrkommandeure infolge des Ausnahmezustandes auch politisch tätig

1) vgl. "Frankfurter Zeitung", zweites Morgenblatt vom 5.2.1924, Abendblatt vom 12.2.1924, zweites Morgenblatt vom 15.2.1924. Mit der Ankündigung von der bevorstehenden Aufhebung des Ausnahmezustands, so erklärte das Blatt, "wird endlich einem Zustand ein Ende gemacht, der seit Monaten in weiten Kreisen als eine schwere Beeinträchtigung der Rechtssicherheit empfunden worden ist und dessen Handhabung in zahlreichen Fällen zu berechtigter Kritik Anlaß gegeben hat." Folge vor allem dieser heftigen Kritik sei die Beendigung des Ausnahmezustands. - ferner: "Frankfurter Zeitung", Abendblatt vom 15.2.1924 und vom 29.2.1924, wo davon gesprochen wird, daß die Handhabung des Ausnahmezustandes den Militärbehörden...viele Sympathien" gekostet hätte. Das militärische Ausnahmeregime sei "immer unerträglicher geworden".

2) vgl. Hasses Tagebucheintragung vom 26.5.1924, Seeckts Nachlaß, Mikrofilm

sein müßten, so sei es ihre Sache, zu verhindern, daß "die Erhebung der Reichswehr über die politischen Gegensätze hinaus zum überparteilichen Werkzeug der Reichspolitik" nicht gefährdet würde, hieß es in einem Rundschreiben des Chefs der Heeresleitung an die beiden Befehlshaber der Reichswehr-Gruppenkommandos vom 31. Januar 1924.¹⁾ "Auch als Inhaber der vollziehenden Gewalt wird der Reichswehrführer nicht Politiker, sondern er bleibt Soldat und handelt nach dem Willen seiner Vorgesetzten allein für das Staatsganze..." Die Erkenntnis, daß die scharfe Waffe, die ihm mit dem Ausnahmezustand in die Hand gegeben war, durch längere Anwendung, wenn möglich an Wert einbüßte, hat Seeckt schließlich schwankend in seinem Vorhaben werden lassen, den Ausnahmezustand möglichst lange beizubehalten.²⁾ So verlockend die Ausdehnung des Ausnahmeregimes zu einer Art Dauerzustand dem General auch zeitweise angesichts der ihm vorschwebenden Reformpläne scheinen mochte, hinter der Gefahr, die das Heer durch die allmähliche Politisierung bedrohte, traten alle diese Bedenken zurück.³⁾ Seeckt war nicht fähig, bei den demokratischen Parteien und Massenorganisationen Bundesgenossen zu gewinnen, sein Ansehen hatte, zumindest in nationalistischen

-
- 1) vgl. Schleicher-Nachlaß, Erlaß des Chefs der Heeresleitung an die Befehlshaber der beiden Gruppenkommandos vom 31. Januar 1924
 - 2) Am 11. Januar glaubte Hassel, Seeckt wolle es noch auf einen Kampf mit der Regierung wegen der Beibehaltung des Ausnahmezustands ankommen lassen. - Vgl. Hassels Tagebucheintragung vom 11.1.1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - ferner: M. von Stockhausen, Sechs Jahre Reichskanzlei, Bonn 1954, S. 101 - Obwohl Seeckt dann Ende Januar der Auseinandersetzungen überdrüssig war, konferierte er doch noch mit Vertretern der Deutschnationalen, die für die Verlängerung des Ausnahmezustands eintraten, und erweckte bei seinen Gesprächspartnern den Eindruck, als sei er in dieser Frage gleicher Meinung. Indem er die Rechtskreise hinter sich hielt, gewann Seeckt für seine eigenen Entscheidungen Zeit. Vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S. 391
 - 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 394 und 398 - Severing I, a.a.O. S. 441, Severing II, a.a.O. S. 2f.

Kreisen, durch das Verbot der extremen Parteien sehr gelitten. Ohne einen wie auch immer gearteten Rückhalt sah sich Seeckt der Gefahr gegenüber, daß sich seine Macht rasch verbrauchte. Als der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 2 Seeckt am 18. Februar schriftlich aufforderte, den Ausnahmezustand nicht zu früh aufzuheben, da sich die Lage in Nordostdeutschland noch nicht genügend stabilisiert hätte, antwortete ihm Seeckt am 21. Februar lakonisch, er wünsche, "den Ausnahmezustand nicht versacken zu lassen und die Reichswehr möglichst bald wieder aus der Politik herauszunehmen."¹⁾ Es ist bemerkenswert, daß es demnach - abgesehen von Seeckts Präsidentschaftsplänen - in erster Linie rein militärisch bedingte Überlegungen waren, die ihn bewogen, sich für die baldige Aufhebung der Ausnahmemaßnahmen einzusetzen. Obwohl der General, ähnlich wie später die Reichsregierung, nicht davon überzeugt war, daß die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht doch von extremen Gruppen zur Anstiftung neuer Unruhen ausgenutzt werden würde,²⁾ war es demnach nicht etwa in erster Linie die Rücksicht auf die Wünsche der Regierung gewesen, die Seeckts neue Einstellung in dieser Frage herbeigeführt hatte.

In Aufzeichnungen über eine Unterredung mit dem Grafen Westarp vom 23. Februar hebt Seeckt hervor, sein Entschluß zur Aufhebung des Ausnahmezustands sei aus eigener Initiative und ohne Druck von anderer Seite erfolgt. Er habe dabei namentlich militärischen Erwägungen Rechnung getragen, um die Reichswehr nicht länger zweckentfremdet einsetzen und

-
- 1) vgl. das Schreiben des Generals von Tschischwitz an Seeckt vom 18. und Seeckts Antwort vom 21. Februar 1924, Schleicher-Nachlaß, Hasses Tagebucheintragung vom 18. Februar 1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, wo die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands für Sachsen befürwortet wird.
 - 2) vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 11. und 12. 11. 1923, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

mit politischer Verantwortung belasten zu müssen.¹⁾ Schleicher und eine Anzahl von Wehrkreiskommandeuren hielten die Beendigung des Ausnahmezustandes aus den gleichen Gründen für erforderlich.²⁾ Im Kabinett hat man Seeckts Haltung nicht durchschaut und ihn für inkonsistent gehalten. Der General habe durch seine schwankende Einstellung in der Frage des Ausnahmezustandes "an Wirkung im Kabinett eingebüßt", schreibt sein Biograph.³⁾ Als Seeckt Anfang Februar im Interesse des Heeres beim Reichspräsidenten energisch die Aufhebung des Ausnahmezustandes beantragte, widersetzte sich die Regierung diesem Antrag. Sie fühlte sich jetzt nicht stark genug, um ohne Ausnahmegesetzgebung weiter zu regieren, und versuchte eine Verlängerung zu erreichen⁴⁾, obwohl namentlich Stresmann und Marx, allerdings erfolglos, lange für die Beendigung des Ausnahmezustandes gekämpft hatten. Der Reichspräsident folgte dem Antrag Seeckts trotzdem und hob den Ausnahmezustand mit Wirkung vom 1. März 1924 auf.⁵⁾

Ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Verhältnisses von Reichswehrführung und Republik begann. Die Rückgabe der vollziehenden Gewalt im Frühjahr 1924 bedeutete den endgültigen Verzicht Seeckts auf eine Machtposition diktatorischer Art, aber auch den Beginn einer Periode wachsender Einflußnahme der demokratischen Kräfte auf die Reichswehr.

- 1) vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - In den gleichen Aufzeichnungen erwähnt Seeckt außerdem als Beweggrund für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, daß er die Sozialdemokratie nicht unter der Parole "Belagerungszustand" in die Reichstagswahlen habe gehen lassen wollen. Außerdem sei die Reichswehrführung im Notfall jederzeit in der Lage, den Belagerungszustand wieder einzuführen. - In der schon erwähnten Denkschrift über den Ausnahmezustand vom 29.2.1924 nimmt Seeckt im gleichen Sinn zu seinen Maßnahmen Stellung. Vgl. Rabenau, Seeckt-Aus seinem Leben, a.a.O. S. 398
- 2) vgl. Rabenau, Seeckt-Aus seinem Leben, a.a.O. S. 396 - Hasso vermerkte am 25. Febr. allerdings, daß Seeckt "etw. gegenüber "zu weich" sei, wahrscheinlich wolle er seine Kräfte für die Reichspräsidentschaft aufsparen. Leider habe er sich inzwischen die "Ultrarechts-Kreise" zu Gegnern gemacht, auf die er bei seinen Plänen nicht verzichten könne vgl. Hasses Tagbucheintragung vom 25.2.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
- 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 394, 396f.
- 4) vgl. Hasses Tagbucheintragungen vom 7.2.1924
- 5) vgl. Schulthess' europäischer Geschichtskalender, 65. Bd., S. 19

Reichswehrführung und Reichsregierung bis zur Verabschiedung Seeckts

In den zweieinhalb Jahren, die zwischen der Aufhebung des Ausnahmezustands und der Entlassung Seeckts lagen, trat angesichts der fortschreitenden Konsolidierung im Reichsinneren die innenpolitische Problematik mehr als bisher in den Schatten der Außenpolitik, obwohl die innenpolitischen Krisen in den Anfangsjahren der jungen Republik eigentlich bis 1933 niemals völlig überwunden werden konnten und sich die Bemühungen der demokratischen Kräfte um vermehrte politische Einflußnahme auf das Heer seit 1924 noch verstärkten. Auch die Reichswehrführung beschäftigte sich in dieser Periode mit außenpolitischen Problemen, wie ihre Haltung bei der Annahme des Dawes-Planes durch den Reichstag im Mai 1924¹⁾, Seeckts Widerstand gegen die "Locarno- und Genf-Politik"²⁾ und Seeckts persönliche Fühlungnahme mit sowjet-russischen Diplomaten und Militärs beweisen.³⁾ Die Zeit bis zur Verabschiedung Seeckts stand deutlich im Zeichen einer ständig zunehmenden Machteinbuße der Heeresleitung. Dies war vielfältig begründet. Schon als Inhaber der vollziehenden Gewalt hatte Seeckt die Kreise um Hitler, Ludendorff und um den Justizrat Glass enttäuscht, denen er im nationalistischen Sinn nicht aktiv genug gewesen war. Im demokratischen Lager aber war man seit den November-Ereignissen noch mißtrauischer gegenüber der Reichswehrführung und ihrer republikanischen Zuverlässigkeit geworden. Zur gleichen Zeit verstärkten die Erfolge der Stresemannschen Verständigungspolitik, zu denen Seeckt aus Zweckmäßigkeitserwägungen selbst mehrfach beitrug, das innenpolitische Prestige

1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.404ff.

2) dto. S.430, 418ff.

3) dtol S.429ff.

der Regierung.¹⁾ Auf der anderen Seite mußte Seeckt bestrebt sein, mehr als das während des Ausnahmezustands möglich gewesen war, innenpolitisch in den Hintergrund zu treten und dabei doch seine Aufmerksamkeit auf das Anlaufen der Wahlkampagne zu richten, deren Vorbereitungen der General, wie einer seiner Adjutanten berichtet, geradezu "leidenschaftlich" betrieb.²⁾

"Wir müssen Macht bekommen, und sobald wir die Macht haben, holen wir uns selbstverständlich alles wieder, was wir verloren haben!"³⁾ Mit diesen Worten umriß Seeckt Stresemann gegenüber am 24. Juni 1925 sein militärpolitisches Programm. Bei seiner Verwirklichung konnte er der Unterstützung der Mehrheit in Regierung und Reichstag sicher sein. So trat im letzten Stadium der Ära Seeckt die eigentliche militärische Aufgabe, der Aufbau und das Streben nach Revision des militärischen Teiles der Versailler Vertragsbestimmungen, bei der Arbeit der Reichswehrführung in den Vordergrund. Nach dem Vorbild der preußischen Heeresreform sollte die Reichswehr personell wie materiell auf einen Höchststand gebracht werden. Soweit die dabei entstehenden Aufgaben gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstießen, wurden sie unter der Verantwortung besonders ausgewählter aktiver und

-
- 1) So wurde Seeckt in der Frage der alliierten Reparationswünsche aus innenpolitischen Gründen zum Helfer Stresemanns. Die Reichswehrführung setzte sich vor allem bei den Deutschnationalen für die Annahme des Dawes-Abkommens ein, weil Seeckt befürchtete, daß die Nicht-Akzeptanz des Dawes-Abkommens eine neue schwere Krise für das Reich heraufbeschwören würde, als deren Folge er eine Reichstagsauflösung und Wahlerfolge der Linksparteien voraussah. Vgl. das Befragungssprotokoll J.v. Stülpnagels, a.a.O. - Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S. 405. Seeckt glaubte, daß Abert an einer solchen Entwicklung interessiert wäre, und sah deshalb namentlich im Reichspräsidenten einen Opponenten. Vgl. den Brief Seeckts an seine Frau vom 29.8.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
 - 2) vgl. das Schreiben des ehemaligen Seeckt-Adjutanten von Linstow an Rabenau vom September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
 - 3) vgl. L. Nyck, Neues Licht auf Stresemanns Politik, in: "Deutsche Rundschau", Heft 2, Jg. 1955, S. 112

ehemaliger Offiziere ausgeführt, ohne daß die Reichswehrführung dadurch von vornherein kompromittiert werden konnte.¹⁾ Diese illegale Tätigkeit sollte dem Staatsganzen dienen, brachte jedoch die meisten der mit ihrer Durchführung beschäftigten Offiziere in Verbindung mit republikfeindlichen Kräften. "Äußere Gewalten haben uns hier in den letzten Jahren in ein gewisses Halbdunkel, in eine Atmosphäre der Geheimhaltung und der Verschleierung gedrängt, die unter den damaligen Verhältnissen als das kleinere Übel in Kauf genommen werden mußte. Auf die Dauer betrieben aber bildet dieses getarnte Wesen und die mit ihm zwangsläufig verbundenen Unklarheiten eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Bestand, Befehls-Disziplin und Moral des Heeres..."²⁾ kommentierte Schleicher an der Jahreswende 1926/1927 diese Entwicklung in der Reichswehr.

Seeckt, der nach wie vor danach strebte, sich "den ständigen Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu wahren,"³⁾ hatte nicht vorausgesehen, daß sich die Autorität des republikanischen Regimes infolge der innenpolitischen Konsolidierung und einer erfolgreichen Außenpolitik wieder festigen würde. Der von Seeckt seit dem Frühjahr 1924 für notwendig gehaltene

1) vgl. Opening Statement der Anklage vom 5.2.1948, Teil C. Die geheime Aufrüstung - Über die seit 1924 in größerem Rahmen durchgeführte geheime Aufrüstung vgl. auch den Brief Krupps an Seeckt vom 25.11.1926, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. - Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.423ff., Wheeler-Bennett, a.a.O. S.163ff., Craig, The Politics, a.a.O. S.397ff., und Georges Castellan, Le réarmement clandestin du Reich 1930-1935, Paris 1953.

2) Schleichers Schreiben an Heye zur Jahreswende 1926/27, Schleicher-Nachlaß. - Zur gleichen Zeit war die Reichswehrführung auf jede Weise bestrebt, die Truppe von allen Elementen, die den Antipolitisierungsmaßnahmen entgegenarbeiteten, zu säubern, eine Entwicklung, von der allerdings vornehmlich nur diejenigen Reichswehrangehörigen betroffen wurden, die sich durch ihre republikanische Gesinnung verdächtig gemacht hatten. - Vgl. die Aufzeichnungen des späteren Generalleutnants Lieber vom 14.12.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, ein Schreiben Seeckts an Stresemann vom 11.2.1925, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm - Schreiben der T 1/III, ohne Datum, Schleicher-Nachlaß.

3) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.405

Kurs der Zurückhaltung in der Innenpolitik hatte eine Reihe für die Reichswehr nachteiliger Folgen. Besonders schwerwiegend waren in diesem Zusammenhang die deutschen Zugeständnisse in bezug auf die von der Reichswehrführung vergeblich abgelehnte weitere Durchführung der alliierten Militärkontrolle vom September 1924 bis Januar 1925 sowie hinsichtlich der von den ehemaligen Feindmächten im Sommer 1925 geforderten Beschränkung der Befugnisse des Chefs der Heeresleitung.¹⁾ Im Kabinett scheint man in beiden Fällen angesichts der zunächst unnachgiebigen Haltung des Generals nur daran gedacht zu haben, wie man ihn zu einem Meinungsumschwung bewegen konnte.²⁾ Auf eine durch den Abgang Seeckts etwa ausgelöste Krise wollte es die Regierung nicht ankommen lassen, da sich zu diesem Zeitpunkt kaum ein Nachfolger für den Posten des Chefs der Heeresleitung gefunden hätte.³⁾ So waren die Versuche seiner in- und ausländischen Gegner, im Sommer 1924 einen Sturz des Chefs der Heeresleitung herbeizuführen, erfolglos geblieben. Die Reichswehr verfügte damals noch über ein zu großes innenpolitisches Gewicht, als daß eine deutsche Regierung vermocht hätte, die von militärischer Seite kommenden Einwände bedenkenlos zu unter-

1) Nach dem Entzug der Kommandogewalt schwankte Seeckt zwischen der Erkenntnis der Niederlage, die er erlitten hatte, und dem Gedanken, daß der Verzicht als solcher im Hinblick auf seine Erfolgsaussichten bei den Präsidentschaftswahlen nicht so schwerwiegend sei. Vgl. Rabenau, Aus seinem Leben, a.a.O. S.421 und 560.

2) vgl. Stresemann, Vermächtnis II, a.a.O. S.152

3) vgl. den Brief Seeckts an seine Frau vom 26.8.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, und: Rabenau, Seeckt- Aus seinem Leben, a.a.O. S.417f. - Im Verlauf der Auseinandersetzungen mit Stresemann hatte Seeckt auch bei der Presse Unterstützung gesucht. - Über Seeckts Drohungen, zurückzutreten, vgl. das Rundschreiben des Gruppenkommandos I an die Generalität der Reichswehr vom 28.6.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

drücken.¹⁾ Seeckt hielt "Widerstand gegen Regierungsentscheidungen" noch für "denkbar".²⁾ Die als Entschädigung für den erlittenen Prestigeverlust gedachte Beförderung Seeckts zum Generaloberst war geradezu ein Zeichen für die Unsicherheit, die in Regierungskreisen gegenüber der Reichswehrführung selbst dann noch herrschte, als Seeckt vor allem auf Gosslers Drängen und im Hinblick auf die von den Alliierten angedrohten Repressalien schließlich in die Durchführung der Generalinspektion einwilligte und sich später sogar die Kommandogewalt formell entziehen ließ. Unter der geistigen Führung Stresemanns hatte die Regierung hinsichtlich der alliierten Militärkontrolle und der militärorganisatorischen Forderungen der Westmächte ebenso wie in rein außenpolitischen Fragen alle Einwände der Reichswehrführung zurückweisen können und die militärischen Führer, wie bei ihren Verhandlungen über die Durchführung der alliierten Militärkontrolle und die allerdings nur formale Beschneidung der Kommandogewalt Seeckts, fühlen lassen, daß sich nicht die Politiker den Militärs, sondern umgekehrt diese sich der

1) Auf Agentenmeldungen vom Dezember 1924, wonach die Intente auf Empfehlung deutscher Stellen die Verabschiedung Seeckts erzwingen würde, versicherte der Befehlshaber der bayrischen Division, General von Kress, Seeckt am 2. Dezember 1924 seines Bestandes und riet dem Chef der Heeresleitung, in einem solchen Fall einen Staatsstreich gegen die erfüllungswillige Regierung zu unternehmen, denn dann sei "...der Fall gegeben, daß nichts anderes übrig bliebe, als zur Wahrung der Ehre und Würde des Vaterlandes und zum Schutz der in ihrer Existenz bedrohten Reichswehr die Militärdiktatur auszurufen." Vgl. den Brief des Generals von Kress an Seeckt vom 2.12.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. In ähnlichem Sinn äußerten sich im gleichen Zeitraum andere militärische Führer und rechtsstehende Politiker. Vgl. das Rundschreiben des Reichswehr-Gruppenkommandos I an die Generalität vom 28.6.1924, und den Brief des Freiherrn von Lersner an Seeckt vom 24.12.1924, beide Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, ähnliche Fürsprache-Angebote gingen von Tirpitz aus, vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.410. - In einem Schreiben an die Geschäftsstelle der Demokratischen Partei in Berlin vom 2.11.1924 (Schleicher-Nachlaß) äußert sich der Professor August Leichsering über die Gefahren eines erneuten, mit Unterstützung der Reichswehr durchgeführten Rechtsputsches.

2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.410

politischen Konzeption zu beugen hatten.¹⁾ Innenpolitisch war damit 1924/1925 wieder der Durchbruch zum Primat des Politischen gelungen. Trotzdem hielt es die Regierung für geraten, Seeckt, gleichsam zur Entschädigung, am 1. Januar 1926 zum Generaloberst befördern zu lassen.²⁾

Insgesamt war die Verminderung des politischen Einflusses der Reichswehrführung ebenso sehr das Ergebnis einer günstigen politischen Entwicklung wie die Folge der selbst auferlegten Zurückhaltung Seeckts, seiner politischen Irrtümer und nicht zuletzt seiner bereits geschwächten Gesundheit, die ihn daran hinderte, so für seine Ziele einzutreten, wie es unter anderen Umständen vielleicht der Fall gewesen wäre.

Das unerwartete Ableben Eberts im Februar 1925 und die Bildung der Politischen Abteilung im Reichswehrministerium am 1. Februar 1926 beschleunigten den politischen Entmachtungsprozeß, den die Heeresleitung bereits seit dem Frühjahr 1924 durchgemacht hatte. Zwar war gerüchtweise bereits Wochen vor Eberts Tod vom Rücktritt des Reichspräsidenten gesprochen worden, dabei war im Zusammenhang mit der Nachfolge auch der Name Seeckts gefallen,³⁾ trotzdem waren die Wahlvorbereitungen Seeckts, der sich möglichst lange aus dem innenpolitischen Kampf heraushalten wollte, noch nicht über Planungen hinausgeraten. Die Wahlpropaganda für Seeckt sollte auf den von der Reichswehr während und nach dem Ausnahme-

1) "Es war ein voller Sieg Stresemanns über Seeckt", kommentiert Seeckts Biograph Rabenau den Entzug der Kommandogewalt. Vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.421

2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.427

3) vgl. Tagebucheinträge Seeckts vom 11.2., 12.2. und 27.2.1925. Sicher hat Seeckt den Tod Eberts persönlich sehr bedauert, nachdem gerade in den vorangehenden Wochen wieder eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Männern stattgefunden hatte. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.412f.

zustand errungenen Erfolgen aufbauen.¹⁾ Als Seeckt sich so plötzlich vor die Notwendigkeit gestellt sah, seine Wahlvorbereitungen entweder zu intensivieren oder ganz auf die Kandidatur zu verzichten, mußte er feststellen, daß sein bisheriger innenpolitischer Berater Schleicher ihn nicht mehr unterstützte.²⁾ Schleicher suchte bereits damals einen Weg zu Stresemann, der eine Präsidentschaftskandidatur sowohl Gesslers wie Seeckts aus außenpolitischen Gründen für untragbar hielt. Vor allem nachdem sich Seeckt stärker als je zuvor von ihm schon im Dezember 1918 proklamierten militärpolitischen Kurs bekannt hatte, traten die Unterschiede in den politischen Grundkonzeptionen Schleichers und Seeckts

-
- 1) vgl. Memorandum von Linstows für Habenau vom September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm -- Im Schleicher-Nachlaß befinden sich Hinweise auf eine Kommandeursbesprechung im Januar 1925, wo Major von Oertzen, der Leiter der Ministeriums-Pressestelle, über die zukünftige Pressearbeit und die Herausgabe einer Lehrkorrespondenz, bei der das Ministerium als Initiator jedoch nicht in Erscheinung treten sollte, sprach. -- Ein an Seeckt gerichtetes Schreiben des Scherl-Vertreters Eugen Zimmermann vom 8.10.1924 (Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm). Der Scherl-Verlag bot Seeckt zwei Tageszeitungen zum Verkauf an, die der Reichswehrführung eine stärkere Einflußnahme auf die öffentliche Meinung ermöglichen sollten. Die längere Zeit andauernden Verhandlungen scheinen vor allem daran gescheitert zu sein, daß zunächst General Hasse, der Chef des Truppenamtes, es abgelehnt hatte, für diesen Zweck Gelder aus dem vor der Öffentlichkeit streng geheim gehaltenen "Russenfonds" zur Verfügung zu stellen, und Seeckt aus diesem Grunde an Schacht verwiesen hatte, damit Seeckt sich und die Reichswehr nicht derart exponierte. Vgl. Hasses Tagebucheinträge vom 24.1.1924 und 9.2.1924, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Phelps, Seeckt-Dokumente, a.a.O. S.1015.
- 2) vgl. das Befragungsprotokoll Joachim von Stülpnagels vom 19.2.1952. Stülpnagel bemerkt dort, daß Seeckt die repräsentative Stellung des Reichspräsidenten wahrscheinlich sehr gelegen habe, daß er aber selbst, obwohl zu den engsten Mitarbeitern Seeckts gehörend, niemals davon hörte, daß Seeckt nach dieser Stellung getrachtet habe. Ihm sei anzunehmen, daß "Frau von Seeckt ihn in dieser Stellung gern gesehen hätte."

wieder zutage.¹⁾ Seeckt hat Schleicher diese Obstruktion im Frühjahr 1925 nicht vergessen.²⁾ Er selbst verfügte nicht über die Gabe, zu überzeugen und politische Kleinarbeit zu leisten, so hatten alle seine Vorstöße, die die weitere Entwicklung in einem für ihn förderlichen Sinn beeinflussen, auf Grund deren die Rechtsparteien ihm später als Reichspräsidenten eine Art Blankovollmacht erteilen sollten, nicht den erhofften Erfolg.³⁾ Seeckt war sich daher, wie schon 1920 und 1923, bald bewußt, daß er auch 1925 wieder nicht über die notwendige Popularität verfügte.⁴⁾ Er hat unter dieser Erkenntnis, die für ihn das Ende all seiner weitgespannten Hoffnungen, auf legalem Wege an die Macht zu gelangen, bedeutete, mehr gelitten, als er seinen Mitarbeitern eingestehen wollte. Enttäuscht über diesen persönlichen Mißerfolg legte er sich von nun an größere Zurückhaltung in allen die Innenpolitik betreffenden Fragen auf und wandte

-
- 1) Zur Jahreswende 1926/1927 schrieb Schleicher an Hoyer (Schleicher-Nachlaß): "Äußere Gewalten haben uns hier in den letzten Jahren in ein gewisses Halbdunkel und der Verschleierung gedrängt, die unter den damaligen Verhältnissen als das kleinere Übel in Kauf genommen werden mußte." Auf längere Zeit betrieben bilde diese Haltung eine Gefahr für den Bestand des Heeres. "Es ist ein Widerspruch in sich, wenn die Wehr des Staates diesem Staat gleichgültig, vielleicht sogar feindlich gegenübersteht. Die übliche Erklärung oder besser gesagt Ausrede: 'Unsere Einstellung wäre eine ganz andere, wenn sich die Verhältnisse im Staat konsolidieren und bessern würden...' Ist nicht stichhaltig... Nein, machen wir uns nichts vor, daran liegt es nicht, sondern zuerst und vor allem an der Einstellung zur Frage: Monarchie oder Republik?... Nicht Monarchie oder Republik ist jetzt die Frage, sondern, wie soll diese Republik aussehen? Und da liegt es doch wirklich auf der Hand, daß sie nur nach unseren Wünschen aufgebaut werden kann, wenn wir... unermüdlich an diesem Bau mitarbeiten... Unsere Einstellung zum Staat wird dadurch freier, positiver und ehrlicher..."
- 2) vgl. von Linstows Memorandum für Rabenau vom September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: Die damalige Haltung Schleichers "...führte dann auch zu einer persönlichen Entfremdung zwischen ihm und seinem unentbehrlichen politischen Helfer Schleicher".
- 3) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.412
- 4) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.413

sich noch mehr seinen militärischen Aufgaben zu. Seine Versuche, auch nach dem Scheitern der Kandidatur die "Hand drin zu behalten"¹⁾, waren Ausdruck verhaltener Resignation: Seeckt sah in Deutschland keine staatsmännische Persönlichkeit, die die politischen Ziele der Reichswehrführung hätte verwirklichen können. Seine Kritik an Kandidaten wie Jazres und Gessler fiel dementsprechend abfällig aus.²⁾ Die Kandidatur Hindenburgs hat Seeckt von Anfang an beunruhigt, ein Umstand, der sehr früh in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist.³⁾ Ein im Grunde seines Wesens so selbstherrlicher Militär wie Seeckt empfand sofort, daß mit dem Tag, an dem Hindenburg als Reichspräsident sein Amt anträte, nicht mehr der Chef der Heeresleitung, sondern der Generalfeldmarschall-Reichspräsident zur autoritären Spitze der Reichswehr werden würde. Während sich Jbert der Reichswehr in vieler Hinsicht hatte verpflichtet fühlen müssen, würde Hindenburg von Anfang an ihr Vertrauen genießen. Der Reichswehr bedeutete die Wahl des ehemaligen Generalfeldmarschalls, mit dessen Namen für die Truppe ebenso wie für weite Teile des Volkes noch immer die Gloriolen des siegreichen Feldherren verknüpft war, eine Festigung ihrer Stellung im republikanischen Staatswesen.⁴⁾ Durch Hindenburg war aber andererseits die Bindung der Reichswehr an die Republik verstärkt: Von nun an war das Heer, dessen Beziehungen zum neuen Oberbefehlshaber bald denen der alten Armee zum obersten Kriegsherrn gleichen, für einen Staatsstreich gegen die Republik und damit

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.413

2) vgl. Tagebucheintragung Dorothea von Seeckts vom 11.3.1925, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm; Stresemann, Vermächtnis II, a.a.O. S.284; Notizen über einen Truppenamts-Vortrag des damaligen Oberstleutnants von Schleicher vom 24.4.1925, Schleicher-Nachlaß.

3) vgl. das Schreiben eines ungenannten Absenders an Schleicher vom 14.4.1925, Schleicher-Nachlaß, Seeckts Bemerkungen zu seiner Entlassung vom 14.10.1926, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

4) vgl. Opening Statement der Anklage vom 5.2.1948, "Die Reichswehr und die Weimarer Republik", Schreiben des Generalmajors Erich Marcks an Rabenau vom 1.8.39, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

auch gegen das Staatsoberhaupt nicht mehr zu gebrauchen. Nachdem es Seeckt bisher gelungen war, dem Reichspräsidenten Ebert keine Verfügung über die Reichswehr zu belassen und die Truppe in kühler Distanz zu ihrem Oberbefehlshaber zu erziehen, mußte der Eintritt Hindenburgs in das politische Leben Seeckts Position in der Reichswehr schwächen und damit zugleich auch seinen Einfluß auf die allgemeine Politik schmälern. So gestaltete sich das Verhältnis der beiden Männer von Beginn an nicht günstig und gelangte niemals "über den Grad einer kühlen Korrektheit hinaus..."¹⁾ Hindenburg, der bis zu seiner Wahl nicht viel von der Republik und ihren Repräsentanten gehalten hatte und Berufspolitikern gegenüber stets mißtrauisch gewesen war, nahm nach seiner feierlichen Amtseinführung den auf die Republik geleisteten Eid aus einer Art soldatischer Verpflichtung heraus ernst. Aus dem gleichen Grunde blieb er auch als Reichspräsident stets Offizier und als solcher dem Heer verbunden. Über seinen "in der Verfassung nicht vorgesehenen" Sohn Oscar,²⁾ der dem Staatsoberhaupt als militärischer Adjutant zugeteilt worden war, ergaben sich freundschaftliche Beziehungen zu dessen früherem Regimentskameraden von Schleicher und zu von Hammerstein-Quord, dem späteren Chef der Heeresleitung, sowie später auch zu jenen Kreisen, mit welchen den Reichspräsidenten gesellschaftliche Beziehungen verbanden (u.a. Treviranus und Oldenburg-Januschau). Seeckt stand außerhalb dieses Kreises. Er suchte und fand keinen Anschluß und

1) vgl. das Memorandum des ehemaligen Seeckt-Adjutanten Köstring für Rabenau vom 29.7.1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: "Ich hatte oft das Empfinden, daß von Seiten des Generalfeldmarschalls hierbei mehr entgegenkommen Seeckt gegenüber geboten wurde, als er erwiderte.", Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.565; Seeckt schreibt in seinen Bemerkungen zur Entlassung: "Der Reichspräsident sah in mir den eigentlichen Herren des Heeres, dessen Namen innen und außen mehr als seiner mit allen militärischen Dingen verknüpft war." - Memorandum des Generalmajors Erich Mareks für Rabenau vom 1.8.1939, Seeckt-Nachlaß; Mikrofilm.

2) vgl. Foertsch, a.a.O. S.32

fühlte sich zurückgesetzt, weil er mit ansehen mußte, wie sich das politische Schwergewicht immer mehr von der Heeresleitung weg verlagerte.¹⁾ Dem Grafen Westarp gegenüber führte er baredte Klage über diese Entwicklung: Als Chef der Heeresleitung werde er nur noch dann gehört, wenn es speziell die Behandlung militärisch-fachlicher Fragen betreffe, während er früher bei der Entscheidung aller politischen Entschlüsse zugezogen worden sei.²⁾ Tatsächlich beschränkte sich Seeckt lediglich von jetzt an mehr auf die Erfüllung der Aufgabe, die dem militärischen Fachmann in einem Staatswesen, in dem das Primat der politischen Gewalt gewahrt ist, vorbehalten bleiben soll: auf die Stellung des militärischen Vertreters und Beraters im Ministerium, der sich der Erziehung und dem Aufbau des Heeres zu widmen hat.³⁾ Die politische Entmachtung der Heeresleitung wurde gefördert durch die Aufstellung der Politischen Abteilung im Reichswehrministerium. Am 1. Februar 1926 wurde Schleicher vom Reichswehrminister zum Leiter dieser neugegründeten Dienststelle ernannt. Schleichers Ehrgeiz hatte es fertig gebracht, die Kompetenzkonflikte zwischen Minister und Chef der Heeresleitung und das daraus folgende Bestreben Gesslers, sich einen eigenen Stab für die Bearbeitung militärisch-politischer Angelegenheiten zu schaffen, gegen seinen früheren Gönner Seeckt auszunutzen. Von jetzt an informierte er die Heeresleitung nur noch so weit über politische Vorgänge, wie er es für nötig erachtete. Für Gessler bedeutete die Bildung der Politischen Abteilung, des späteren Ministeramtes, eine

-
- 1) Immerhin unterbreitete Seeckt trotzdem noch anfangs 1926 dem Reichskanzler Luther auf dessen Vorschlag seine Gedanken zur Regierungsbildung, ein Zeichen, welchen politischen Einfluß er immer noch besaß, vgl. Stresemann, Vermächtnis II, a.a.O. S. 383, Craig, a.a.O. S. 422, Anm. 1.
 - 2) vgl. Cuno Graf Westarp an Hohenau vom 8.6.1938, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
 - 3) An den Putschplänen Glass', Hugenbergs und des Generals a.D. von Moehl im Mai 1926, die "in Verbindung mit Teilen der Reichswehr" ausgeführt werden wollten, deren Ausführung jedoch durch die wachsame Polizei verhindert wurde, war Seeckt nicht beteiligt. Vgl. Stresemann, Vermächtnis II, a.a.O. S. 404, Severing II, a.a.O. S. 78f., Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, II, a.a.O. S. 96

Beschränkung der Befugnisse seines unbequemen Untergebenen Seeckt und damit gleichzeitig eine Verstärkung seiner eigenen Position.¹⁾ Schleicher sah die neue Stellung als Ausgangsbasis für die eigene aktivere politische Tätigkeit an. Die vor allem innenpolitisch bedingten Gegensätze zu Seeckt hatten ihn gehindert, jemals ein vertrauteres Verhältnis zu seinem Chef zu finden: Der liberaleren Konzeption Schleichers, der sich schon frühzeitig von Vorurteilen dem Sozialismus gegenüber freigemacht hatte, stand seit Dezember 1918 die konservative Seeckts gegenüber.²⁾ Obwohl Seeckt voraussehen konnte, daß die Politische Abteilung ihn in seinem Wirken beeinträchtigen würde, arbeitete er dieser Entwicklung kaum entgegen.³⁾ Zur gleichen Zeit erzwangen die Linksparteien, ähnlich wie 1920 und 1922, im Verein mit der preußischen Regierung die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung der Verhältnisse bei der Reichswehr, ohne daß es der Reichswehrführung gelungen wäre, die Bildung und Tätigkeit dieser Kommission zu hintertreiben.⁴⁾ Das war ein bedeutsamer Schritt in Richtung auf eine stärkere Kontrolle der bewaffneten Macht und ein Zeichen für das allmähliche Erstarken der politischen Gewalt.

- 1) Dr. Otto Gessler erklärte dem Verfasser in einer Unterredung am 7.9.1953, daß er die Bildung des späteren Ministeramtes für falsch gehalten habe. Während seiner Amtszeit habe er sich auch stets gegen Schleicher durchgesetzt. Als sein Nachfolger General Groener ihm einmal dargelegt habe, daß Schleicher unter ihm, Groener, die politischen Angelegenheiten erledige, habe Gessler ihn vor Schleicher gewarnt.
- 2) vgl. von Linstows Memorandum für Rabenau vom September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. - Daß auch Schleicher gewillt war, zur Durchsetzung seiner Ziele das politische Gewicht des unter seinem obersten militärischen Führer straff zusammengefaßten Heeres "in die Waagschale" zu werfen, beweist sein Briefwechsel mit Heye an der Jahreswende 1926/27. (vgl. Schleicher-Nachlaß)
- 3) vgl. Schreiben des Generaloberst Heye an Groener vom 23.9.1929, Groener-Nachlaß, Mikrofilm
- 4) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.431f.

Im Spätsommer 1926 beging Seeckt mehrere eigenmächtigkeiten von politischer Tragweite. In den Jahren vor 1925 wären sie womöglich für ihn ohne Folgen geblieben, jetzt boten sie den letzten Anlaß zu einer Verabschiedung. Vorangegangen war bereits eine längere Periode der Mißhelligkeiten zwischen Seeckt und dem Reichswehrminister, die zu einer starken Entfremdung geführt hatte.¹⁾ Die Übergriffe Seeckts, die fast in den gleichen Zeitraum fielen, und durch die Seeckt weitere, bisher dem Minister vorbehaltene Befugnisse an sich zu reißen versuchte, ließen Gessler energisch auf die Verabschiedung Seeckts hinwirken.²⁾ Besonders schwerwiegend war die Teilnahme des ältesten Kronprinzensohnes an Übungen der süddeutschen Reichswehr gewesen. Seeckt hatte die Erlaubnis hierzu ohne vorherige Rücksprache mit dem Minister gegeben. Der Prinz jedoch war auf Wunsch Seeckts, dem selbst Bedenken wegen etwaiger politischer Weiterungen gekommen waren, lediglich als Zuschauer eingeladen worden und daher nur in der Traditionsuniform aufgetreten.³⁾ Auf keinen Fall verfolgte

- 1) Gessler fühlte sich immer wieder vom Chef der Heeresleitung übergangen. Minister und Chef der Heeresleitung sahen sich vom Frühjahr 1926 bis zu den Herbstmanövern des gleichen Jahres im ganzen nicht mehr als viermal. Gessler, der wiederholt gebeten hatte, bei politisch bedeutsamen Entscheidungen, für die er als Ressortminister die Verantwortung trug, vorher durch die Heeresleitung unterrichtet zu werden, war, nachdem er schon einmal im Frühjahr den Reichskanzler Marx wegen des eigenmächtigen Vorgehens Seeckts um Entlassung gebeten hatte, nicht mehr gewillt, länger "den Hampelmann" zu spielen. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.553.
- 2) Seeckt hatte einen vom Reichswehrminister zur Bestrafung eingereichten Offizier für die Beförderung zum General vorgeschlagen, ohne den Minister darüber zu unterrichten, vgl. Reichswehr und Reichsregierung, in: "Der Monat", Jg.1948/1949, Heft 6, S.103. Außerdem hatte der Chef der Heeresleitung eigenmächtig eine Verfügung über das Duellwesen im Offizierskorps herausgegeben und sich, vom Minister zur Rede gestellt, geweigert, sie zurückzunehmen. Vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.545.
- 3) vgl. Heinrich von Viettinghoff, Zeugenschrifttum, Institut für Zeitgeschichte - ferner: vgl. den abschließenden Bericht des Kommandeurs des I.R. 9 vom 8.11.1926, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

Seeckt also eine politische Absicht¹⁾, als er seine Einwilligung erteilte. Gessler erkannte die Gelegenheit und machte aus den Vorfällen, die zu anderer Zeit im Dienstbetrieb des Ministeriums sicherlich nicht das Aufsehen erregt hätten, eine Frage seines persönlichen und politischen Ansehens und des politischen Primats. Er hielt den Zeitpunkt für gekommen, sich von Seeckt zu trennen. Das Aufsehen, das der Fall erregte, stärkte Gesslers eigene Position und bot ihm den nötigen Rückhalt bei seinem Vorgehen gegen Seeckt. Gerade das letzte Vorkommnis war ursprünglich keineswegs derart hochpolitisch, wie die stark aufgebauchten Presseangriffe vermuten ließen. Das den Demokraten nahestehende "Berliner Tageblatt" hatte damit begonnen in der Annahme, Gessler sei der Verantwortliche. Ihn hoffte die Zeitung zu Fall zu bringen, nachdem er sich kurz vorher von den Demokraten losgesagt hatte.²⁾ Der Minister, der in den vorangehenden Monaten mehr als früher den "Herr-im-Haus-Standpunkt" hervorzukehren versucht hatte, war möglicherweise schon im August über die Manöverteilnahme des Prinzen unterrichtet worden, hatte dem

-
- 1) demgegenüber: K.H. Berndorff, General zwischen Ost und West, Hamburg 1951, S.144 - Das Zentrums-Blatt "Kölnische Volkszeitung" lehnte derartige Gedanken ab. Vgl. Nr.744 vom 7.10.1926 und Nr.746 vom 8.10.1926.
- 2) vgl. Reichswehr und Reichsregierung, a.a.O. S.103, mit Hinweisen des ehemaligen Redakteurs Kempner, der damals als erster in Berlin den Fall aufgegriffen hatte.

Vorgang aber keine größere Wichtigkeit beigemessen.¹⁾

Es ist nicht mit hinreichender Sicherheit zu klären, wie die verschiedenen Unterredungen Gesslers und Seeckts in den Tagen vor der Verabschiedung verlaufen sind. Wahrscheinlich hat Gessler zunächst in der Voraussicht, Seeckt würde doch nicht darauf eingehen, diesem das bedingungslose Versprechen abverlangt, daß wichtige Entscheidungen zukünftig nur noch dem Minister vorbehalten bleiben dürften.²⁾ Seeckt glaubte, diesen Vorschlag ohne Gefahr für sich ablehnen zu können, eine Einstellung, die von einer verhängnisvollen Überschätzung seiner eigenen Position zeugt. Er schlug seinerseits erfolglos vor, die ganze Angelegenheit bei einer disziplinarischen Maßregelung bewenden zu lassen. Gessler wies diesen Vorschlag mit der Bemerkung ab, daß durch eine öffentliche Maßregelung der Posten des Chefs der Heeresleitung für immer "desavouiert" würde.³⁾ Die Drohungen Seeckts

-
- 1) In einem Schreiben des Chefs des Stabes im Wehrkreis-kommando 2, Hausser, an Schleicher vom 22.10.1926 (Schleicher-Nachlaß) heißt es, in hohen Marinekreisen kursiere ein Gerücht, wonach "Gessler schon im Laufe des Sommers davon habe läuten hören, daß ein Beiwohnen des Prinzen Wilhelm an Übungen eines Reichswehrtruppenteils beabsichtigt sei. Der Reichswehrminister Gessler hätte den Chef der Heeresleitung gefragt, ob diese Gerüchte zuträfen. Der General von Seeckt wäre der Beantwortung dieser Frage ausgewichen und hätte auch während der Manöver keine Gelegenheit genommen, den Reichswehrminister aufzuklären." Für die Annahme, daß der Reichswehrminister von der Sache wußte, sprechen auch seine späteren Äußerungen dem Verfasser gegenüber: Seeckt habe zwar verschiedentlich geglaubt, ihn von wichtigen dienstlichen Angelegenheiten nicht benachrichtigen zu brauchen. Seeckt habe aber geirrt, wenn er glaubte, daß Gessler als Minister auf seine Informationen angewiesen gewesen sei. Seeckt habe vor allen Dingen nicht damit gerechnet, daß der Minister durch eine Anzahl von Offizieren jederzeit über alles auf dem Laufenden gehalten wurde.
 - 2) Hinweise in einem Brief des Generals a.D. v.d.Bussche-Ippenburg an den Verfasser vom 19.4.1955
 - 3) vgl. Schleicher-Nachlaß, Aufzeichnungen über eine Ansprache Gesslers vor einem Offizierslehrgang am 18.10.1926.

bestärkten den Minister nur in seinem Entschluß, endlich eine Entscheidung beim Reichspräsidenten und im Kabinett herbeizuführen.¹⁾ In einer offensichtlich von Gessler selbst inspirierten Erklärung des "Demokratischen Zeitungsdienstes" wurde festgestellt: "Der dem Parlament und dem Volk Verantwortliche ist der Reichswehrminister. Er kann diese Verantwortung nicht tragen, wenn er nicht über alles unterrichtet ist, was im Reichsheer und in der Flotte geschieht."²⁾ Mit dem Vorsatz, solchen Eigenmächtigkeiten müsse endlich ein Riegel vorgeschoben werden,³⁾ begab er sich zu Hindenburg. Gessler führte später selbst die von ihm erzwungene Verabschiedung Seeckts als Beweis für die Überlegenheit der politischen Leitung dem Chef der Heeresleitung gegenüber an.⁴⁾ Wie weit Schleicher auf die Verabschiedung Seeckts Einfluß gehabt hat, entzieht sich heute der genauen historischen Überprüfung.⁵⁾ Fraglos hätte aber gerade seine rechtzeitige Vermittlungsaktion Seeckts Situation verbessern können. Aber der sonst in allen politischen Taktiken so erfahrene Schleicher hielt sich diesmal auffallend zurück. Bis auf ein bagatellisierendes, aber ungeschicktes Dementi nach den ersten Berliner Pressemeldungen ließ Schleicher durch nichts erkennen, daß er an der Beilegung des Konflikts interessiert gewesen wäre.⁶⁾ Für dieses Ver-

-
- 1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.544
 - 2) vgl. "Kölnische Zeitung", Nr.747 v.7.Oktober 1926
 - 3) vgl. J.Schmidt-Pauli, General von Seeckt, Berlin 1937, S.137, ferner: Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.391, S.7999f. Gessler nahm im Reichstag erst nach der Sommerpause in der Sitzung vom 10.11.1926 Stellung zu den Vorgängen, die zu Seeckts Verabschiedung geführt hatten. Dabei bezeichnete er sein eigenes Verhalten dem Chef der Heeresleitung gegenüber als "Akt der Staatsraison", die stark genug sei, "sich gegen jedermann durchzusetzen".
 - 4) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S.552
 - 5) General a.D. v.d.Bussche, seinerzeit einer der engsten Freunde und Mitarbeiter Schleichers, schrieb dem Verfasser hierzu am 28.4.1955, daß er nicht an eine Mitwirkung Schleichers bei der Entlassung Seeckts glaube.
 - 6) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.534 - ferner: "Kölnische Volkszeitung" Nr.795 v.4.10.1926, Nr.739 vom 6.10.1926.

halten dürfte die vollkommene Entfremdung zwischen Schleicher und Seeckt der Grund gewesen sein. Aber auch der Umstand, daß Schleicher als Leiter der Politischen Abteilung von Seeckt nicht offiziell über die dem Prinzen Wilhelm erteilte Genehmigung informiert worden war, hat Schleichers Handeln sicherlich beeinflusst.¹⁾ Seeckt hat später sogar an eine Initiative Schleichers bei der Pressekampagne geglaubt, der auf diese Weise "planmäßig" versucht habe, sich des politischen Widersachers zu entledigen. Schleicher bestätigte diese Annahme, indem er einem Adjutanten gegenüber äußerte, es sei "etwas Wahres" an den Gerüchten, die wissen wollten, daß er, Schleicher, die Verabschiedung Seeckts zielbewußt herbeigeführt habe.²⁾

Auf dem Höhepunkt der Seeckt-Krise, die sich ohne weiteres zu einer Regierungskrise hätte ausweiten können,³⁾ sollte sich erweisen, daß Seeckt den gegen ihn geführten Angriffen nicht mehr gewachsen war. Ungedank dessen, daß er bereits lange Zeit die Innenpolitik Schleicher überlassen und dadurch selbst zur Lahmlegung seines innenpolitischen Einflusses beigetragen hatte, hielt Seeckt auch im Herbst 1926 seine Stellung noch für unerschütterter. Er glaubte immer noch, Bedingungen stellen zu können, ja, er rechnete fest damit, daß ein Teil des Kabinetts seine Partei ergreifen würde, obwohl er jahrelang versäumt hatte, sich in der Regierung und den demokratischen Institutionen Freunde zu gewinnen.⁴⁾

1) Es erscheint mehr als fraglich, daß der sonst so vorzüglich unterrichtete Schleicher gerade in diesem einen Fall nicht so rechtzeitig unterrichtet gewesen sein sollte, daß er den Minister nicht noch hätte benachrichtigen können. Vgl. das Memorandum v. Linstows für Rabenau vom September 1937, Niederschrift Köstrings vom 29.7.1937, beide Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Schleicher habe die Spannungen zwischen Minister und Chef der Heeresleitung noch dadurch vertieft, daß er die vorzeitige Veröffentlichung des Seecktschen Abschiedsgesuches in der Presse ermöglichte.

2) vgl. v. Linstow an Rabenau im September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm

3) vgl. "Kölnische Volkszeitung" Nr. 744 vom 7.10.1956

4) vgl. Köstring an Rabenau im September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

Das rächte sich jetzt. Die Front seiner Gegner reichte vom Kabinett bis in den Reichstag: Die Anhänger der Weimarer Koalition sahen in Seeckt den hartnäckigsten Repräsentanten des "monarchischen Restes" in der Republik¹⁾, die große Masse der Nationalen lehnte Seeckt als Steigbügelhalter des Systems ab. Die einen erwarteten von der Ablösung Seeckts die Annäherung von Reichswehr und Republik, die anderen hofften auf einen Nachfolger, der, tatkräftiger als Seeckt, die Reichswehr gegen die Republik einsetzen würde.²⁾ Die bedeutungsvolle Verlagerung des politischen Schwergewichts von der militärischen auf die politische Spitze hatte Seeckt im Herbst 1926 noch nicht erkannt, obschon sich dieser Prozeß bereits seit dem Sommer 1924 angebahnt hatte. Anders ist seine Erwartung, das von ihm eingereichte Abschiedsgesuch würde, wie schon zu wiederholten früheren Malen, vom Reichspräsidenten nicht genehmigt³⁾ werden, und seine Rücktrittsdrohung allein würde genügen, um die Regierung unter Druck zu setzen, nicht zu erklären. Seeckt und seine Umgebung

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.469

2) vgl. "Kölnische Volkszeitung" Nr.744 vom 7.10.1926. Der Leitartikel des Blattes nannte den Fall "eine jener Torheiten... die in Deutschland... immer dann begangen werden, wenn alles in bester Ordnung ist." Damit sei "die Frage nach dem wirklichen Verhältnis des Chefs der Heeresleitung zum Wehrminister aufgerollt." Es sei jetzt notwendig, daß Gessler "mit jeder Entschiedenheit die Grenzen der Verantwortung" ziehe. "Es gibt nur einen Wehrminister. Der Chef der Heeresleitung ist nicht Minister, er ist nicht Politiker und darf es nicht sein. Der Fehler Seeckts liegt vor -- sogleich muß klare Bahn geschaffen werden." - ferner: "Germania", Abendblatt vom 4.10.1926, Wesentlich zurückhaltender in ihrer Stellungnahme ist die "Kölnische Zeitung", Nr.743 vom 6.10.1926. Das Blatt sprach erst am 7.Okt.1926 (Nr.747) von einer "bedauerlichen Unkorrektheit" Seeckts. - ferner: Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.391, S.8006ff., Sitzung vom 10.11.1926: Für das Zentrum, die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die SPD pflichteten die Abgeordneten Ersing, Haas, Cremer und Schmidt den Ausführungen Gesslers bei, der von Seeckts Verabschiedung als "Akt der Staatsraison" gesprochen hatte. (S.8000)

3) vgl. Tagebucheintragung Dorothea v. Seeckts, v.8.10.1926, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

hofften immer noch darauf, daß Hindenburg den Organisator der neuen Reichswehr halten und dafür den Reichswehrminister Gessler entlassen würde, ein Grund mehr für die erstaunliche Inaktivität Seeckts in den Tagen bis zur Genehmigung seines Abschiedsgesuches.¹⁾

Hindenburg war sich mit Gessler, Marx und Stresemann - dieser trat allerdings während der Krise nach außen hin wenig in Erscheinung - darin einig,²⁾ daß zum damaligen Zeitpunkt vor allem im Hinblick auf die außenpolitische Situation Deutschlands jeder Zwischenfall vermieden werden mußte,

1) vgl. Rabenau, Seeckt - Aus seinem Leben, a.a.O. S.537

2) Stresemann hat bei der Verabschiedung Seeckts keineswegs die Rolle gespielt, die ihm die zeitgenössische Literatur in vielen Fällen zudiktierte. Vgl. Caro-Ochse, a.a.O. S.189, Brauweiler, Generale, a.a.O. S.40, Bernhard, Seeckt und Stresemann, a.a.O. S.47ff. Seeckt selbst belastete den Außenminister nicht mit dieser Verantwortung. Vgl. Mitteilungen von Selchows zur Biographie an Rabenau, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Im Gegenteil, Seeckt tat nach seiner Entlassung Hinweise auf ein mögliches Mitwirken Stresemanns "lächelnd" ab, er und Stresemann seien sich in den zurückliegenden Wochen und Monaten näher gekommen.

In ähnlichem Sinn äußert sich Köstring in seinen Mitteilungen an Rabenau aus dem Jahr 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm: "Wir waren der Auffassung, daß Stresemann hinter der Verabschiedung Seeckts stände; ich frug ihn danach: 'Ich glaube nicht, aber es wird ihm in der Linie seiner Politik liegen.' Entgegengesetzter Meinung war der damalige Major Marcks, der am 1. August 1938 an Rabenau schrieb, daß Stresemanns Einfluß im Kabinett entscheidend für den Sturz Seeckts geworden sei. Stresemann habe damit seinem Freunde Briand ein Opfer bringen wollen, vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Stresemann war selbst bemüht, Zusammenhänge zwischen dem Auswärtigen Amt und der Verabschiedung Seeckts in Abrede zu stellen, es habe sich bei dem Vorgang "lediglich um eine Angelegenheit der militärischen Disziplin" gehandelt.

Vgl. Stresemann, Vermächtnis, a.a.O. 3.Bd., S.84. - Immerhin hatte sich der Konflikt zwischen Heeresleitung und Auswärtigem Amt im Frühjahr 1926 so weit zugespitzt, daß die Heeresleitung die Telephonate des Außenministers überwachen ließ. Vgl. Gatzko, Rearmement, a.a.O. S.13.

der die bereits zugesagten Räumungen weiterer Besatzungszonen verzögern konnte. Auch an innenpolitische Rückwirkungen wurde gedacht: Der Vorfall konnte erneute parlamentarische Vorstöße der Linksparteien wegen einer Neuregelung des Ersatzwesens in der Reichswehr zur Folge haben und hätte ihnen daher zukünftig vermehrten Einfluß auf die Truppe verschafft.¹⁾ Hindenburg entsprach also lediglich der im Kabinett vorherrschenden Auffassung, als er, den Darlegungen Gesslers und Marx' folgend, Seeckts Abschiedsgesuch genehmigte.²⁾

Wieder tauchte vereinzelt in hohen Stäben und in Seeckts engerer Umgebung der Plan auf, zu vermitteln³⁾ oder sogar bewaffneten Widerstand gegen die Verabschiedung des Chefs der Heeresleitung zu leisten⁴⁾, ein Unternehmen, das bei Hindenburgs Mentalität, der in einer solchen Aktion eine Fronde gegen den Oberbefehlshaber gesehen hätte, bestimmt auf dessen schärfste Ablehnung gestoßen wäre. Seeckt, für den Hindenburgs Entschlossenheit überraschend kam, hat in diesen Stunden mit sich gekämpft, schließlich aber die auf einen Staatsstreich gerichteten Pläne Fritsch's und Köstrings mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Funktion der Wehrmacht, so stellte Seeckt damals eindeutig fest, bestehe vor allem darin, sich der politischen Leitung zu fügen. Auch dürfe das im Aufbau der Reichswehr Erreichte

-
- 1) vgl. Aufzeichnungen Schleichers über eine Ansprache Gesslers vor einem Offizierslehrgang am 18.10.1926, Schleicher-Nachlaß.
 - 2) Eine Meldung des "Völkischen Beobachters" Nr.242 vom 19.11.1926 über ein Dementi aus dem Präsidialbüro Hindenburgs könnte allerdings darauf hinweisen, daß auch Hindenburg bereits im Spätsommer Kenntnis von der Teilnahme des Prinzen Wilhelm an Manövern der Reichswehr hatte. Unterstellte man die Richtigkeit dieser Meldung, so würde Seeckt jedoch wohl kaum mit Schweigen darüber hinweggegangen sein.
 - 3) vgl. "Kölnische Volkszeitung" Nr.746 vom 8.10.1926
 - 4) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, g.a.O. S.536, Köstrings Mitteilungen zur Biographie aus dem Jahr 1937 u. von Linstows Niederschrift für Rabenau vom September 1937, beide im Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm, Faber du Faur, a.a.O. S.126.

nicht seinetwegen aufs Spiel gesetzt werden.¹⁾ Seeckt fühlte sich zwar von Hindenburg "im Stich gelassen"²⁾, erkannte aber in diesem entscheidenden Moment, wo allein der Versuch eines bewaffneten Aufbruchs beträchtliche Unruhe hätte stiften können, das Primat der Politik an. Maßgeblich für diese Anerkennung dürfte in erster Linie der Umstand gewesen sein, daß sich Seeckt als Offizier außerstande sah, jetzt, da der Reichspräsident gegen ihn entschieden hatte, Widerstand zu leisten, noch dazu in einer Angelegenheit, die viel weniger die Reichswehr insgesamt als Seeckt persönlich betraf.³⁾ Solange er hatte hoffen können, daß nur Gessler, der nach Seeckts eigenen Worten jahrelang "als der dem General von Seeckt genehme und bequeme Reichswehrminister durchgegangen" war⁴⁾, und wenige andere auf seine Ablösung hinarbeiteten, hat er sicherlich nicht daran gedacht, von seinem Posten zu weichen. Gegenüber der Frage, ob er als Chef der Heeresleitung das Wagnis eines Staatsstreiches gegen den Feldmarschall verantworten durfte, konnte es für Seeckt nach Hindenburgs Entscheid. als Antwort nur den bedingungslosen Verzicht geben. Die Periode der Nachkriegswirren, während

-
- 1) vgl. Köstrings Mitteilungen zur Biographie, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm
 - 2) vgl. von Linstows Mitteilungen an Rabenau vom September 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. Sie enthalten den Hinweis auf ein Schreiben Seeckts an den General v. Mackensen, in welchem Seeckt feststellte, er könne Hindenburg wegen dessen Haltung bei der Verabschiedung künftig nicht mehr mit seinem militärischen Titel anreden.
 - 3) "Mein Mann sagte zu mir, wenn es sich um einen anderen gehandelt hätte, würde ich gesagt haben, Herr Feldmarschall, nun wollen wir mal kämpfen. Um meinen eigenen Kopf konnte ich das natürlich nicht vorschlagen." Vgl. Dorothea von Seeckt, Mitteilungen zur Biographie, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm. "Gegen den Feldmarschall darf ich nichts tun", antwortete Seeckt seinem Adjutanten auf dessen Frage nach den Möglichkeiten eines bewaffneten Widerstandes. Vgl. Köstrings Niederschrift für Rabenau aus dem Jahr 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
 - 4) vgl. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben, a.a.O. S. 559 - In einem Gespräch mit Köstring hat Seeckt noch am 6.10.1926 angedeutet, daß er ein Eingreifen Stresemanns zu seinen Gunsten im Kabinett für möglich halte, so groß sei die Antipathie Stresemanns gegen Gessler. Vgl. Köstrings Niederschrift für Rabenau aus dem Jahr 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

deren antidemokratische Truppenformationen den Bestand der Demokratie gesichert hatten, gehörte der Vergangenheit an.¹⁾ Daher fiel Seeckts Entscheidung noch zwingender als 1920 und 1923 zuungunsten des bewaffneten Staatsstreiches und der Militärdiktatur aus. Das Offizierskorps lehnte sich nicht gegen die politisch begründete Maßregelung seines langjährigen Führers auf. Der Gedanke der Staatsraison erwies sich gegenüber dem der Bindung an den militärischen Führer als der stärkere. Die Truppe sah in der Verabschiedung des Chefs der Heeresleitung keinen Systemwechsel, solange Hindenburg als autoritative Spitze und Gessler als Minister blieben.²⁾ Für die politische Leitung des Reiches

-
- 1) vgl. Köstrings Niederschrift für Rabenau vom Jahr 1937, Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.
- 2) vgl. ein Schreiben Major v. Oertzens an Schleicher vom 5.1. 1927 über ein Gespräch mit Gessler, Schleicher-Nachlaß, und Schleichers schon zitiertes Schreiben an Heye zum Jahreswechsel 1926/27, Schleicher-Nachlaß. "...Ein guter Engel hat die Reichswehr vor jedem Protest beim Ausscheiden des Generaloberst v. Seeckt bewahrt...", obwohl die Gegner der Reichswehr damit gerechnet hätten, um später den Nachweis zu führen, daß die Reichswehr kein zuverlässiges Instrument in der Hand der verfassungsmäßigen Gewalten sei. "Die Haltung der Reichswehr in allen Krisen der letzten Jahre ist deshalb in diesen Kreisen eine schwere Enttäuschung gewesen. Die Reichswehr sollte von dieser Linie nicht um eine Haarsbreite abweichen. Sie darf immer nur von einem, ihrem obersten Führer, politisch in die Waagschale geworfen werden. Alles andere ist von Übel. Das meinte auch der Generaloberst von Seeckt, als er seiner Zeit zum Ausdruck brachte, daß in der Reichswehr nur der Chef der Heeresleitung einen Putsch machen könnte..." Bei geschicktem Vorgehen müsse es der Reichswehr allmählich gelingen, eine ähnlich sakrosankte Stellung einzunehmen, wie die Heere Englands und Frankreichs in diesen Staaten. Er sehe als die beste Reichswehrpolitik an, "daß bei zu starkem Ausschlagen des Regierungspendels nach rechts oder links ganz unmerklich die entgegengesetzte Schulter belastet werden muß." Schleicher, wohl der gewichtigste "Innenpolitiker" unter den maßgeblichen Männern des Reichswehrministeriums, war ebenso wenig wie Seeckt etwa, grundsätzlich gegen das Ausspielen der Reichswehr im politischen Kampf, und als Militär war ihm genau wie Seeckt bewußt, daß die Reichswehr unter diesen Umständen fest in der Gewalt ihres obersten militärischen Führers bleiben mußte. Angesichts einer solchen Zielsetzung liegt es nahe, daß sich Schleicher hinsichtlich der angeblich "sakrosankten" Stellung der englischen bzw. der französischen Wehrmacht im Staat zu einer Fehlinterpretation verleiten ließ.

hatte vor allem Gessler eine unmißverständliche Entscheidung zugunsten des politischen Primates herbeigeführt und jeden Kompromiß und damit die Kapitulation der zivilen Gewalt vor der militärischen abgelehnt, weil dadurch das mühsam gewonnene Übergewicht der politischen Leitung erneut in Frage gestellt worden wäre. Deutlicher als das 1926 in Deutschland der Fall war, scheint man diese Hintergründe im westlichen Ausland erkannt zu haben.¹⁾ Die Regierung hatte ihren Willen zur politischen Selbstbehauptung bewiesen. Wie Seeckt im Hinblick auf die nach seinem Rücktritt zu erwartenden Republikanisierungsversuche richtig vorausgesehen hatte,²⁾ drängten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag, die die durch den Wechsel in der Heeresleitung hervorgerufene Einflußminderung der Reichswehrführung erkannt hatten, sofort in den ersten Sitzungen nach der Sitzungspause im November-Dezember 1926 darauf, daß die längst fällige Republikanisierung der Reichswehr eingeleitet werden sollte. Davon sollte in erster Linie die Organisation und personelle

1) vgl. "Der Eindruck in Frankreich", in: "Kölnische Volkszeitung" Nr.747 vom 8.Okt.1926, und Nr.748 vom gleichen Tage. Danach legte die englische und französische Presse den Rücktritt Seeckt als ein Symptom für das Erstarken des republikanischen Regimes in Deutschland aus. In Frankreich erhoffte man sich außerdem noch Erleichterungen für die weitere deutsch-französische Annäherung. Die französische Presse hatte in Seeckt das Haupthindernis für den Erfolg der Stresemannschen Frankreich-Politik gesehen. Demgegenüber bezeichnete die "Kölnische Zeitung", Nr.748 vom 7. und Nr.750 vom 8.Okt.1926, alle ausländischen Kombinationen, der Rücktritt Seeckts habe außenpolitische Gründe gehabt, als unrichtig.

2) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.558

Besetzung der Heeresleitung sowie das Ersatzwesen der Reichswehr betroffen werden.¹⁾

-
- 1) vgl. Reichstagsverhandlungen, a.a.O. Bd.391, S.7985 und 8027. Löbe forderte am 10.Nov.1926: "Ohne Zerschlagung der Heeresleitung keine Reichswehrreform", Personalamt und Bildungswesen der Reichswehr sollten parlamentarischen Staatssekretären anvertraut werden. Vgl. außerdem Schüddkopf, a.a.O. S.213, Anm.566, und S.217f. - Im Führerkorps des Heeres machte sich nach Seeckts Abgang das Fehlen einer starken Führerpersönlichkeit bemerkbar. Die Abwehr der sozialdemokratischen Versuche, die Reichswehr zu republikanisieren, erfolgte seitens der Divisionskommandeure nicht mehr mit der unter Seeckt gewohnten Einheitlichkeit. Zwei Generäle waren nicht der Meinung, daß "die Armee zum jetzigen Staat und den ihn tragenden Parteien eine auf die Dauer zweckmäßige und haltbare Stellung einnimmt." Vgl. das Schreiben des Oberstleutnants von Bonin (Heeresorganisationsabt.) an Schleicher vom 15.Dezember 1926, Schleicher-Nachlaß. Außerdem enthält General Hasses Lagebericht vom 30.11.1926 Material über die Reaktion der Reichswehr auf die Verabschiedung Seeckts. Vgl. Seeckt-Nachlaß, Mikrofilm.

Zusammenfassung

Die Rückschau auf die Entwicklung des Verhältnisses von Reichsregierung und Reichswehrführung und seine innenpolitischen Folgen in der ersten Hälfte der Weimarer Republik führt zu den folgenden zusammenfassenden Feststellungen:

Formal hatten die Schöpfer der Wehrverfassung das Primat der politischen Gewalt in der Weimarer Verfassung und im Wehrgesetz zu sichern versucht. In der politischen Praxis der spannungsgeladenen Krisenjahre von 1919 bis 1924 scheiterte die Ausführung dieser gesetzlichen Regelungen. Zunächst nötigte der militärische Teil des Friedensvertrages Deutschland ein Berufsheer auf, das seinem Wesen nach die Absonderung von Volk und Staat begünstigte. Dieser von außen kommende Zwang wäre aber in ähnlicher Weise zu umgehen gewesen, wie das, wenn auch nur in unbedeutendem Umfang etwa mit den geheimen Wiederaufrüstungsmaßnahmen geschehen ist. Bedeutungsvoller für die spätere Entwicklung war dagegen der unter dem Gesetz innerer Schwäche stehende Anfang der jungen Republik. Im neuen Staatswesen vermochten die in sich gespaltenen demokratischen Kräfte dessen Schutz nicht selbst zu übernehmen. Als Ebert und mit ihm Noske die Deutschen aufriefen, die Republik vor dem Abgleiten in das Chaos zu bewahren, da stellten sich nur wenige Arbeiter, dafür aber um so mehr Kräfte aus den bisher staatstragenden, daher zum meist antirepublikansichen Kreisen zur Verfügung.

Völlig fehlten der deutschen Wehrverfassung nach 1919 jene organisatorischen Regelungen, die in der Praxis die tatsächliche Unterordnung der bewaffneten Macht erst gewährleisten. Die Organisation der eigentlichen militärischen Spitzengliederung und damit auch die Festlegung der Kompetenzen des höchsten militärischen Führers durch Gesetz unterblieb oder wurde allein in die Hände von Offizieren gelegt. Solange eine politisch aktive und ehrgeizige Persönlichkeit die autonome Machtposition des Chefs der Heeresleitung behauptete, konnte das politische Gewicht des Heeres unter

Ausnutzung der rechtlich nicht abgegrenzten Befugnisse dieser Stellung leicht zur Durchsetzung eigener, gegen die Republik gerichteter Pläne verwendet werden.

Der historische Ablauf vom Tage des "Bündnisses" zwischen Regierung und Führung des Heeres an bis zur Verabschiedung Seeckts offenbart verschiedene Stadien des Spannungsverhältnisses von Republik und Heer, während deren häufig jene Perioden, in denen sich das republikanische Regime zu festigen schien, mit solchen Perioden zusammenfielen, in denen sich die Reichswehrführung nicht auf der Höhe ihrer politischen Aktivität zeigte. Umgekehrt suchte sich die militärische Führung dem politischen Primat mehr und mehr zu entziehen und ein entstehendes politisches Vakuum auszufüllen, sobald eine Regierung der politischen Situation nicht gewachsen war.

Nach dem Zusammenbruch an den äußeren Fronten sollte der Pakt vom 9. November 1918 das innere Chaos verhüten und, dem Willen der Volksbeauftragten gemäß, die Grundlage für die Legalität des republikanischen Regimes schaffen helfen. Auf der einen Seite standen die Exponenten der politischen Gewalt, die Volksbeauftragten, denen die Verantwortung - nicht die Macht - durch einen Akt revolutionärer Umwälzung überraschend zugefallen war, auf der anderen als gleichberechtigte Partner die Führer des Heeres, die dieses Heer vor der Revolutionierung zu bewahren und seinen Korpsgeist zu erhalten trachteten. Entscheidend für die Verlagerung der Schwergewichte war, daß die bewaffnete Macht von Anfang an weniger auf die Unterstützung des republikanischen Regimes angewiesen war als dieses auf die Hilfe des Heeres. Aus dieser Sicht heraus leitete die Absprache zwischen Groener und Thert für das noch ungefestigte Staatswesen einen Zustand latenter Gefährdung durch eine kraft Tradition und innerer Geschlossenheit überlegene militärische Gewalt ein und damit zumindest in Krisenzeiten den vorübergehenden Verzicht der politischen Leitung auf das ihr zustehende Primat. Die immerhin vorhandenen, wenn auch

nur schwachen Möglichkeiten für eine demokratisch-republikanische Durchdringung des Heeres, die sich aus dem militärischen Zusammenbruch ergaben, wurden von den Politikern der unfertigen Republik nicht genügend erkannt. So führte der Aufbau der Reichswehr nicht über die Aufstellung eigener republikanischer Formationen oder wenigstens über die Durchsetzung der vorhandenen Truppenverbände mit zuverlässigen Kräften, sondern notgedrungen über die allmähliche Verringerung der Freiwilligentruppen auf die von den Feindmächten zugestandenen Stärken. Unter dem der Republik zumeist nur mit inneren Vorbehalten dienenden Offizierskorps war die Reichswehr so nichts anderes als der "monarchische Rest" des einstigen Kaiserheeres.¹⁾ Das war nicht zuletzt die Folge des aus der preußisch-deutschen Verfassung vor 1918 verständlichen antimilitärischen Affekts bei den Menschen demokratischer oder sozialistischer Gesinnung.

Im Kapp-Putsch traten die Spannungen zwischen Republik und Heer erstmals in ihrer vollen Bedrohlichkeit zutage. Damals trugen Erwägungen über Erfolgsaussichten und politische Zweckmäßigkeit bei den maßgebenden Reichswehrführern dazu bei, daß die Truppe in ihrer Gesamtheit nicht aktiv gegen die Republik Partei ergriff. Allerdings hätten sich Regierung und Volksvertretung nach dem Scheitern des Putsches über die zweideutige Haltung von Führung und Truppe klar sein müssen. Bei durchgreifenden Heeresreformen und Kontrollmaßnahmen konnten sie der Zustimmung der deutschen Öffentlichkeit sicher sein, trotzdem entschlossen sie sich lediglich zu unzulänglichen, noch dazu kurzlebigen Teilmaßnahmen. Ein befehlsgewaltiger Generalissimus leitete den Aufbau der Reichswehr in dem nun folgenden Zeitabschnitt, wobei er bestrebt war, das Heer weitgehend der politischen Kontrolle zu entziehen und gegenüber allen von außen kommenden Einwirkungen zu neutralisieren. Zudem bestärkte der während des März-Putsches offenbar gewordene innere Zwist im Heer den Kurs seiner Führung, die die Erhaltung der militärischen Einheit über die politischen Erfordernisse stellen zu müssen glaubte.

1) vgl. Rabenau, Seeckt, a.a.O. S.469

Im Herbst 1923 stand die Reichswehrführung auf dem Gipfelpunkt ihres politischen Einflusses und ihrer Macht. Bis Anfang 1924 sollte das Gewicht der Reichswehr noch über das eines politischen Instruments hinausreichen. Das unterschiedliche Verhalten der Berliner politischen und militärischen Zentralstellen gegenüber Sachsen auf der einen und Bayern auf der anderen Seite entsprang nicht so sehr der Tendenz der militärischen Führung, von den Kommunisten angezettelte Unruhen rücksichtslos niederzuwerfen, Rechtsputsche aber weitgehend zu tolerieren, als vielmehr dem Umstand, daß die Heeresleitung in Mitteldeutschland über absolut verläßlich Truppen verfügen konnte. Da das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen und Thüringen gleichmaßen im Rahmen der politischen Zielsetzung wie auch strategischer Überlegungen erfolgte, fand sich die militärische Führung sogar mit der Einsetzung ziviler Reichs- und Regierungskommissare ab.

Anders war die Situation gegenüber Bayern. Dort leisteten der örtliche Reichswehr-Befehlshaber und die ihm unterstellten Truppenteile den aus Berlin ergehenden Weisungen keine Folge mehr. Ein Umschwung zugunsten der Reichspolitik wäre unter Umständen nur noch durch einen Entscheidungskampf zwischen norddeutscher und süddeutscher Reichswehr zu erreichen gewesen. Das lag damals jedoch aus innen- wie außenpolitischen Gründen weder im Interesse der Reichsregierung noch in dem der Reichswehrführung. Es kam daher, genau wie 1920, nur zum bewaffneten Einsatz gegen Links. Die Reichswehr hatte im November 1923 trotz ihrer Abneigung gegen das politisch schwache Regime nicht geputscht. Mit Ausnahme der bayrischen Division hatte sie als Ganzes ihre Geschlossenheit bewahren können und war nicht zum Instrument des Rechtsradikalismus geworden. Sie verhinderte den Ausbruch eines offenen Bürgerkrieges und leistete auf sozial- und wirtschaftspolitischem Gebiet während des Ausnahmezustands zum allgemeinen Nutzen erfolgreiche Arbeit. Versuche der militärischen Führung, darüber hinaus auf innenpolitischem Gebiet in freizügiger Auslegung des Artikels 48 vollzogene Tatsachen zu schaffen

oder die Kontrolle über die Personalpolitik in Reich und Ländern zu erlangen, blieben praktisch bedeutungslos.

Mit der inneren Konsolidierung Deutschlands wurde auch die Reichswehr zunehmend auf die Funktionen verwiesen, die ihr im Staatsorganismus zukamen. Der Präsidentenwechsel, Schleichers wachsender Einfluß und der Umstand, daß sich Seeckt seit dem Frühjahr 1924 nicht mehr auf der Höhe seiner früheren politischen Aktivität zeigte, bewirkten eine deutliche Machteinbuße des Chefs der Heeresleitung und erleichterten es den politischen Instanzen, einen Teil der Kontrollfunktionen über die bewaffnete Macht zurückzugewinnen, eine Entwicklung, die Seeckt teilweise bemerkte und der er doch nicht entgegenzuwirken vermochte. Durch seine Verabschiedung im Herbst 1926 führte die Reichsregierung zwar eine unmißverständliche Entscheidung zugunsten des politischen Primates durch, eine allgemeine Revision der seit 1919 beim Aufbau der Reichswehr begangenen Versäumnisse war dadurch allein jedoch noch nicht zu erreichen.

Die künstliche Isolierung und Neutralisation der Reichswehr gegenüber dem Weimarer Staat bestand fort und ließ Truppe und Führung schließlich sogar untätig zusehen, wie die ihrem Schutz anvertraute Republik und die ihr wesensfremd gebliebene Verfassung vom Nationalsozialismus bedrängt wurden, bis dann in den Jahren nach 1933 dieselbe künstliche Isolierung auch dem Heer zum Verhängnis wurde.

Quellen- und Literaturverzeichnis

QUELLEN

- a) unveröffentlichte
- b) veröffentlichte

a) Handakten zu den Nürnberger Prozessen

OKW-Prozeß:

- 1) Opening Statement der Anklage vom 5.2.1948
(Rep. 501 IV B 94) "Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919 bis 1933".
A. Die Rüstungsbeschränkungen gemäß dem Vertrag von Versailles.
B. Organisation der deutschen Wehrmacht.
C. Die geheime Aufrüstung: Von Seeckt 1920 - 1926.
- 2) Closingbrief für Generalfeldmarschall Georg von Küchler vom August 1948, (Rep. 501 IV F 11)
"Die Tätigkeit des deutschen Generalstabs",
"Die außenpolitische Lage Deutschlands nach 1919 und die deutsche Aufrüstung".
- 3) Verteidigungs-Dokumentenbuch für Generaladmiral Schniewind, (Rep. 501 IV M 5) "Das deutsch-polnische Verhältnis von 1920 - 1933"

IMT-Prozeß:

- 1) Schlußplaidoyer für die USA gegen die angeklagten Organisationen (Rep. 501 IV C 51)
- 2) Schriftsatz des US-Chief of Council for War Crimes: Grundlagen über die Organisation der deutschen Wehrmacht (Rep. 501 V C 101)
- 3) Verteidigungs-Dokumentenbuch Nr.1 betr. die Zusammensetzung und Tätigkeit des angeklagten Personenkreises (Generalstab und OKW) (Rep. 501 V C 102)
- 4) Closingbrief for the US. General Staff and High Command. (Rep. 501 V C 111)
- 5) American Prosecution Document Book Nr.10 against the Reichsregierung (Rep. 501 V Ce 160)
- 6) Schriftsatz der amerikanischen Anklagebehörde gegen die Reichsregierung (Rep. 501 V Ce 166)

1. Die ... (Bsp. 5.1 v. 0.1.0)
2. Die ... (Bsp. 5.1 v. 0.1.0)
3. Die ... (Bsp. 5.1 v. 0.1.0)

1. Die ... (Bsp. 5.1 v. 0.1.0)
2. Die ... (Bsp. 5.1 v. 0.1.0)
3. Die ... (Bsp. 5.1 v. 0.1.0)

Nachlaß des Generalobersten Werner von Fritsch,
Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß des Generals Wilhelm Groener, Mikrofilm

Nachlaß des Reichsministers a.D. Gustav Noske,
Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß des Generals Kurt von Schleicher 1918 bis 1933,
Bundesarchiv Koblenz, Institut für Zeitgeschichte,
München

Nachlaß des Generals Hans von Seeckt, Mikrofilm

Protokoll einer Befragung des Generals Joachim von
Stülpnagel durch das Institut für Zeitgeschichte am
19.2.1952, München, Institut für Zeitgeschichte

General Günther von Blumentritt, Niederschrift,
Zeugenschrifttum des Instituts für Zeitgeschichte,
München, ZS 208

Generalleutnant Heinrich von Vietinghoff, Niederschrift,
Zeugenschrifttum des Instituts für Zeitgeschichte,
München, ZS 166

- b) Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919,
mit Erläuterungen und Sachregister von G. Anschütz,
Berlin 1921

Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919,
hrsg. von Edouard Heilfron, Band 1 - 7, Berlin 1919

Die Verhandlungen der verfassungsgebenden National-
versammlung. Stenographische Berichte, Berlin 1919 f.

Die Verhandlungen des Reichstages. Stenographische
Berichte und Anlagen, Berlin 1920 ff.

Heeresverordnungsblatt, Jg. 1919, 1920

Leitfaden für Erziehung und Unterricht, hrsg. vom
Reichswehrministerium, Berlin 1931

Mommsen, Wilhelm

Franz, Günther, Deutsche Parteiprogramme, V. Die Partei-
entwicklung nach dem Kriege 1918 - 1932, Leipzig 1933

Protokoll der Parteikonferenz in Weimar am 22. und
23. März 1919, Berlin 1919

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten
in Weimar vom 10.-15. Juni 1919, Berlin 1919

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd.13, 14 und 21, ed. S.P.A., Joosten, Nürnberg 1947 ff.

Reichsgesetzblatt, Jahrgang 1919

Sozialdemokratie und Wehrfrage. Dokumente aus einem Jahrhundert Wehrdebatten, zusammengestellt von Karl Drott, Berlin-Hannover 1956

Wehrgesetz vom 23.März 1921 in der Fassung des Gesetzes zur Abänderung des Wehrgesetzes vom 18.6.1921, mit Einleitung von Paul Semmler, Berlin 1921

BIOGRAPHIENDARSTELLUNGENALLGEMEINE LITERATUR

d'Abernon, Edgar V., Ein Botschafter der Zeitwende, 3 Bde. Leipzig 1930

Albertini, Rudolf v., Politik und Kriegsführung in der deutschen Kriegstheorie von Clausewitz bis Ludendorff, in: "Schweizerische Monatsschrift für Offiziere aller Waffen", 59.Jg., Heft 1 + 2, Frauenfeld 1947

Allemann, F.R., Die Nemesis der Ohnmacht, in: "Der Monat", 7.Jg., Heft 80

Allemann, F.R., Was ist eine demokratische Armee? in: "Der Monat", 7.Jg. Heft 81

Ambrosius, Lothar, Die historische Entwicklung des militärischen Oberbefehls, phil.Diss. Hildesheim 1939

Apelt, Willibalt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946

Aubin, H., Wehrkraft, Wehrverfassung und Wehrmacht in der deutschen Geschichte, in: "Jahresberichte der Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur", Breslau 1937

Baden, Prinz Max v., Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin, Leipzig, 1928

Barth, Oberhard, Die Stellung der Streitkräfte im Staat, in: "Zeitschrift für Politik", N.F. 1.Jg. Heft 2, Juli 1954

Beck, Ludwig, Generaloberst von Seeckt zum 70.Geburtstag, in: "Militärwissenschaftliche Rundschau", 1.Jg., Heft 3, Berlin 1936

Beck, Ludwig, Studien, Stuttgart 1955

Becker, Otto, Weimarer Reichsverfassung und nationale Entwicklung, Berlin 1931

Beckmann, Ewald, Der Dolchstoß-Prozeß in München vom 19.10.-20.11.1925, München 1925

Benoist-Méchin, Jacques, Geschichte der deutschen Armee nach dem Waffenstillstand, 1.Bd., Berlin 1939

Berndorff, R.H., General zwischen Ost und West, Hamburg 1951

Bernhard, Georg, Die deutsche Tragödie, der Selbstmord einer Republik, Prag 1933

Bernhard, Henry, Seeckt und Stresemann, in: "Deutsche Rundschau", 79.Jg., Heft 5, Darmstadt 1953

Bernhard, Henry, Finis Germaniae, Stuttgart 1948

Bernstein, Eduard, Die deutsche Revolution, Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921

Bernstein, Richard, Der Kapp-Putsch und seine Lehren, Berlin 1920

Beuter, Paul, Wesen und Organisation des Reichsheeres und seine Bedeutung für die Wirtschaft, rechts- und staatswiss. Diss., Gießen 1926

Beyerhaus, Gisbert, Einheitlicher Oberbefehl, ein Problem des Weltkrieges, München 1938

Bimarcus, Politisierung der Reichswehr? in: "Deutsche Republik", 1.Jg., Heft 6, Frankfurt 1927

Blank, Herbert, Soldaten, Oldenburg 1932

Blank, Herbert, Schleicher, Hitler? - Cromwell!, Leipzig 1932

Bleck, Otto, Das deutsche Wehrwesen in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart-Berlin 1936

Blenk, Karl Richard, Der Militärische Oberbefehl, jur.Diss., Murnau 1931

Blood-Ryan, H.W., The Great German Conspiracy, London 1943

Blücher, Wipert v., Deutschlands Weg nach Rapallo, Wiesbaden 1951

Böckmann, Herbert v., Die Wandlung des deutschen Soldaten, Darmstadt 1952

Böckmann, Herbert v., Krieg und Politik, in: "Wehrwissenschaftliche Rundschau", 3.Jg., Heft 1, Darmstadt 1953

Böhme, Hermann, Der Eid des Soldaten, in: "Deutsches Recht", Berlin 1935

Bohn, Helmut, Der Oberbefehl, in: "Die Gegenwart", 9.Jg., Heft 5, Frankfurt 1954

Bornhardt, Alfred (Pseud.), Das Janusgesicht der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1953

Borstell, Werner v., Deutsches Soldatentum und deutscher Sozialismus, in: "Wissen und Wehr", 15.Jg., Berlin 1934

Bracher, Karl-Dietrich, Auslösung einer Demokratie, in: "Faktoren der Machtbildung", Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd.2, Berlin 1952

Bracher, Karl-Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik, Berlin 1955

Brammer, Karl, Fünf Tage Militärdiktatur, Berlin 1920

Braun, M.J., Die Lehren des Kapp-Putsches, in: "Internationale", Nr.23, Leipzig 1923

Braun, Otto, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949

Brauweiler, Heinz, Wehrverfassung und Gewaltenteilung, in: "Jahrbuch der politischen Forschung", hrsg. v. F.Berber, Bd.1, Berlin 1933

Brauweiler, Heinz, Generale in der deutschen Politik, Berlin 1932

Brecht, Arnold, Vorspiel zum Schweigen, Wien 1948

Breucker, Wilhelm Die Tragik Ludendorffs, Stollhamm 1953

Breuer, Robert, Die Schwarze Reichswehr, in: "Deutsche Republik", 1.Jg., Heft 22, Frankfurt 1927

Bronnen, Arnold, Rossbach, Berlin 1930

Bronsart v. Schellendorf, Paul, Geheimes Kriegstagebuch 1870-1871, herausgegeben von Peter Rassow, Bonn 1954

Brügmann, Arnold, Staat und Nation im Denken Carl v. Clausewitz, phil.Diss., Heidelberg 1934

Brüning, Heinrich, Ein Brief, in: "Deutsche Rundschau", 73.Jg., Darmstadt, Juli 1947

Buchner, Max, Auf dem Wege nach Weimar und von Weimar nach Potsdam, München 1933

Buchrucker, Bruno, Im Schatten Seeckts, Berlin 1928

Canaris, Wilhelm, Politik und Wehrmacht, in: "Wehrmacht und Partei", Leipzig 1939

Caro, Kurt
Oehme, Walter, Schleichers Aufstieg, Berlin 1933

Carr, S.H., German-Soviet Relations Between the two World Wars, Baltimore 1951

- Caspar, Gustav-Adolf, Die sozialdemokratische Partei Deutschlands und das deutsche Wehrproblem in den Jahren der Weimarer Republik, phil.Diss. Berlin 1954
- Castellan, Georges, Le réarmement clandestin du Reich 1930 - 1935, Vu par le 2^e Bureau de l'Etat-Major Français, Paris 1953
- Choltitz, Dietrich v., Soldat unter Soldaten, Zürich 1951
- Clausewitz, Karl v., Vom Kriege, 16.Aufl., hrsg. von W.Bahlweg, Bonn 1952
- Clausewitz, Karl v., De la Guerre, Paris 1955
- Cochhausen, Friedrich v., Schöpfer und Gestalter der Wehrkraft, Berlin 1935
- Collenberg, Rüd. v., Die staatsrechtliche Stellung des preußischen Kriegsministers von 1867 bis 1914, in: "Wissen und Wehr", 8.Jg., Berlin 1927
- Conrad, Hermann, Geschichte der deutschen Wehrverfassung, München 1939
- Conze, Werner, Das Erbe des Kaiserreiches (1871 - 1914), in: "Politisch-Soziale Korrespondenz", Nr.15, 4.Jg., Bonn 1955
- Conze, Werner, Zum Sturze Brünnings, in: "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 1.Jg., H.3, 1953, S.273
- Craig, Gordon A., Briefe Schleichers an Groener, in: "Welt als Geschichte", 11.Jg., Heft 11, Stuttgart 1951
- Craig, Gordon A., The Reichswehr and Nationalsozialism, in: "Political Science Quarterly", vol.53/2, Juni, Lancaster 1948
- Craig, G.A., The Politics of the Prussian Army 1640-1945, Oxford 1955
- Demeter, Karl, Das deutsche Offizierskorps in seinen historisch-soziologischen Grundlagen, Berlin 1930
- Deuerlein, Ernst, Wehrordnung und Föderalismus in Deutschland, Teil II, 1919-1935, in: "Wehrwissenschaftliche Rundschau", 6.Jg. Heft 6, Frankfurt 1956
- Deutsch, Julius, Wehrmacht und Sozialdemokratie, Berlin 1927
- Deutsch, Julius, Alte Reichswehr oder neues Volksheer, in: "Die neue Gesellschaft", 2.Jg., 3.Heft, Bielefeld 1955
- Dittmann, Wilhelm, Das politische Deutschland vor Hitler, Zürich-New York 1945

Abert, Friedrich, Schriften, Aufzeichnungen, Reden, 2.Bd. Dresden 1926

Ahmke, Horst, Militärischer Oberbefehl und parlamentarische Kontrolle, in: "Zeitschrift für Politik", N.F. 1.Jg., Berlin Dez.1954

Ellwin, Thomas, Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise, München 1954

Andres, Franz-Karl, Politik und Kriegsführung, in: "Der deutschen Tragödie erster Teil", Stuttgart 1948

Andres, Franz-Karl, Reichswehr und Demokratie, München 1919

Erler, Fritz, Demokratie und bewaffnete Macht, in: "Gewerkschaftliche Monatshefte", 4.Jg., Heft 6, Köln 1954

Schenburg, Theodor, Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik, in: "Schriftenreihe für Geschichte und Politik", Heft 10, München 1954

Eyck, Erich, Neues Licht auf Strassemanns Politik, in: "Deutsche Rundschau", 81.Jg., Heft 2, Baden-Baden 1955

Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bde., Erlenbach/Schweiz, 1954/1956

Epstein, Julius, Aus unveröffentlichten Dokumenten: Der Seeckt-Plan, in: "Der Monat", 1.Jg., Heft 2, München 1948

Faber du Faur, Kurt v., Macht und Ohnmacht, Stuttgart 1953

Fischer, Rudolf, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1932

Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt o.J.

Fischer-Baling, Eugen, Politik und Kriegseromantik, in: "Der Monat", 1.Jg., Heft 2, München 1948

Foerster, Friedrich-Wilhelm Ein Dokument zur Reichswehr- und Stahlhelmpolitik, Wiesbaden 1927

Foerster, Wolfgang, Der Feldherr Ludendorff im Unglück, Wiesbaden 1952

Foerster, Wolfgang, Aus der Gedankenwerkstatt des deutschen Generalstabes, Berlin 1931

Foerster, Wolfgang, Zur geschichtlichen Rolle des preussisch-deutschen Generalstabes, in: "Wehrwissenschaftliche Rundschau", 1.Jg., Heft 8, Darmstadt 1951

Foertsch, Hermann, Schuld und Verhängnis, Stuttgart 1951

Foertsch, Hermann, Kriegskunst heute und morgen, Berlin 1939

Foertsch, Hermann, Wehrmacht und öffentliche Meinung, in: "Zeitschrift für Politik", Bd.23, Berlin 1933

Franke, Helmut, Staat im Staate, Magdeburg 1924

Freytag-Loringhoven, Axel v., Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit, München 1924

Fried, J.H., Fascist Militarisation and Education for War, in: "The Third Reich", London 1955

Friedensburg, Ferdinand, Die Weimarer Republik, Berlin 1946

Friesenhahn, Ernst, Der politische Eid, Bonn 1928

Gatzke, H.W., Stresemann and the Rearmament of Germany, Baltimore 1954

Gessler, Otto, Der Aufbau der neuen Wehrmacht, in: "Zehn Jahre deutsche Geschichte", Berlin 1928

Gessler, Otto, Träger der Reichsgewalt, Hamburg 1931

Görlitz, Walter, Der deutsche Generalstab, Frankfurt o.J.

Görlitz, Walter

Quint, Herbert, Adolf Hitler, Stuttgart 1952

Görlitz, Walter, Hindenburg, Bonn 1953

Grau, Richard, Die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten, in: Handbuch des deutschen Staatsrechts, 2.Bd., Tübingen 1932

Greiner, Helmut, Die oberste Wehrmachtführung 1939-43, Wiesbaden 1951

Griebel, Sonja, Die Geschichte des "Völkischen Beobachters" von 1920 - 1923, phil.Diss., München 1955

Groener-Geyer, Dorothea, General Groener, Frankfurt 1954

Groener-Geyer, Dorothea, Eine Denkschrift Groeners - Zur Organisation der Obersten Militärbehörden, in: "Die Gegenwart", 9.Jg., Heft 201, Frankfurt 1954

Groener, Wilhelm, Politik und Kriegführung, Stuttgart 1920

Groener, Wilhelm, Lebenserinnerungen, Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957

Guderian, Heinz, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951

Gumbel, Emil, Julius, Verräter verfallen der Feme, Berlin 1929

Haack, R. v., Generaloberst von Seeckt, in: "Wissen und Wehr", 17.Jg., Berlin 1936

Haas, Ludwig, Der Kampf um die Reichswehr, in: Deutsche Republik", 1.Jg., Heft 14, Frankfurt 1927

Hallgarten, George M.F., Stinnes, Seeckt und Hitler, in: "Geist und Tat", 9.Jg., Heft 9, Frankfurt 1954

Hallgarten, George M.F., General Hans v. Seeckt and Russia, in: "Journal of Modern History" XI, Chicago, März 1949

Hammer, Walter, Theodor Haubach zum Gedächtnis, Frankfurt 1955

Hammerstein, Ludwig v., Die Gegenseite, in: "Die Welt", Hamburg vom 17.7.1947

Handbuch der neuzeitlichen Wehrwissenschaften, hrsg. von Hermann Franke, 4 Bde., Bd.1: Wehrpolitik und Kriegführung, Bd.2: Das Heer, Berlin-Leipzig 1936/1939

Harms, B., Recht und Staat im neuen Deutschland, 2 Bde., Berlin 1929

Haselmayer, Friedrich, Die Entwicklung der deutschen Wehrverfassung im Hinblick auf deren politische Grundgedanken, in: "Deutsche Verwaltungsblätter", Bd.83, 1935

Hass, Hermann, Der Kanzler und das Heer, Bismarcks Wehrpolitik in den Grundzügen, Berlin 1939

Haubach, Theodor, Reichswehr und Macht, in: "Deutsche Republik", 1.Jg., Heft 6, Frankfurt 1926/27

Haubach, Theodor, Militärische und politische Gewalt, in: "Die Gesellschaft", 1.Jg., Heft 7, Berlin 1924

Haupt, Paul, Das Militärproblem, Braunschweig 1921

Heckel, Johannes, Wehrverfassung und Wehrrecht des Großdeutschen Reiches, Hamburg 1939

Heidegger, Herm., Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870-1920, Göttingen 1956

Heinz, Friedrich-Wilhelm, Die Nation greift an, Berlin 1933

Hellpach, H., Ein politischer General, in: "Neue Züricher Zeitung", vom 24.4.1929

Herschel, H., Reichswehr und Politik, in: "Germania"
Berlin vom 3. und 5. März 1921

Herzfeld, Hans, Das Problem des deutschen Heeres 1919/45,
Laupheim 1952

Herzfeld, Hans, Das deutsche Heer als geschichtliches
Problem, in: "Zeitschrift für Politik", N.F., 1.Jg.,
Berlin Dez. 1954

Herzfeld, Hans, Zur neueren Literatur über das Heeres-
problem in der deutschen Geschichte, in: "Vierteljahres-
hefte für Zeitgeschichte", H. 4, Okt. 1956

Hesse, Kurt, Der Feldherr Psychologos, Berlin 1932

Hesse, Kurt, Von der nahen Ära der jungen Armee,
Berlin 1925

Heuß, Theodor, Die Stellung der Reichswehr, in: "Wille
und Weg", 6.Jg., Berlin 1931

Heuß, Theodor, Kapp-Lüttwitz - Das Verbrechen gegen die
Nation, Berlin 1920

Heuß, Theodor, Friedrich Naumann, Der Mann, das Werk, die
Zeit, Stuttgart 1937

Hierl, Konstantin, Grundlagen einer deutschen Wehrpolitik,
München 1930

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918/1945,
Heidelberg 1954

Hildebrandt, Walter, Politik und Kriegführung in neuer
Sicht, in: "Wehrwissenschaftliche Rundschau", 5.Jg.,
Darmstadt, März 1955

Hilleke, Heinrich, Der Kriegsbegriff und seine Stellung
in der Weltordnung, phil. Diss., Göttingen 1932

Hitler, Adolf, Mein Kampf, Berlin-München 1939

Hitler, Adolf, Reichswehr und deutsche Politik, in:
"Militärwissenschaftliche Rundschau", 9.Jg., Heft 1,
Berlin 1944

Hoehn, Reinhold, Scharnhorst

Horkenbach, Cuno, (Hrsg.) Das Deutsche Reich von 1918 bis
heute, Berlin 1930

Hossbach, Friedrich, Von der militärischen Verantwort-
lichkeit in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg, Göttingen 1948

Hossbach, Frierich, Zwischen Wehrmacht und Hitler, Wolfenbüttel 1949

Hubert, Ernst Rudolf, Heer und Staat in der deutschen Geschichte, Hamburg 1943

Hubert, Ernst Rudolf, Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, Bd.2, Deutsche Verfassungsdokumente der Gegenwart 1919-1951, Tübingen 1951

Hüsing, Walter, Die neue deutsche Wehrverfassung, 1920

Jacob, Berhold, Das neue deutsche Heer und seine Führer, Paris 1936

Jedlicka, Ludwig, Ein Heer im Schatten der Parteien, Die militärpolitische Lage Österreichs 1918-1938, Graz-Köln 1955

Jost, H., Die Wehrmacht im neuen Staat, in: "Wissen und Wehr", 15.Jg., Berlin 1934

Kabisch, Ernst, Groener, Leipzig 1932

Kamecke, O., Parlamentarisches System und Wehrmacht, in: "Deutsche Wehr", 32.Jg., Oldenburg 1928

Kandler, Johannes, Der deutsche Heeresetat vor und nach dem Krieg, Leipzig 1930

Kautsky, Karl, Wehrfrage und Sozialdemokratie, Berlin 1928

Kautter, Eberhard, Sozialismus und Wehrwille in deutscher Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1944

Kayser, Walter, Die nationalpolitische Bedeutung der Wehrmacht, Hamburg 1937

Kehr, Eckehart, Zur Soziologie der deutschen Reichswehr, in: "Neue Blätter für den Sozialismus", 1.Jg., Potsdam, 1930

Kempener, W., Reichswehr und Reichsregierung, in: "Der Monat", 1.Jg., Heft 6, München 1948/49

Kessel, Eberhard, Bismarck und die "Halbgötter", Zu dem Tagebuch von Paul Bronsart von Schellendorf, in: "Historische Zeitschrift", 181.Bd., H.2, 1956

Kesselring, Albert, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953

Kiessling, B., Deutschlands Reichsheer der Zukunft, Berlin 1919

Kloeber, W.v., Vom Weltkrieg zur nationalen Revolution, München-Berlin 1933

Koch, F.

Reinhardt, W., Die Reichswehr, in: "Handbuch der Politik" 3.Bd., Berlin 1921

Koenigsbeck, Otto, Der militärische Oberbefehl im deutschen Reich, seine historische Entwicklung und seine Bedeutung nach geltendem Reichsrecht, jur.Diss., Breslau 1932

Kolbe, R., Die Befehlsbefugnisse in der Reichswehr, in: "Germania", Berlin 21.Februar 1920

Krausnick, Helmut, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: "Das Parlament", Beilage vom 24.11.1954, Bonn 1954

Krelle, Willi, Militarismus, in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", 107 Bd., Tübingen 1951

Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.), Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1919-1920, Berlin 1940

Kühl, Otto, Die Entwicklung des militärischen Oberbefehls im preußischen und deutschen Heer vom Jahr 1850 bis zur Gegenwart in staatsrechtlicher Hinsicht betrachtet, jur.Diss., Erlangen 1929

Kundt, Jaspar, Der Weg des österreichischen Bundesheeres seit 1919, in: "Wissen und Wehr", 19.Jg., Berlin 1938

Langenbach, Hans Joachim, Sozialdemokratie und Wehrpolitik, in: "Die neue Gesellschaft", 2.Jg., Heft 1, Bielsfeld 1955

Lania, Leo, Der Hitler-Ludendorff-Prozess, Berlin 1925

Leber, Julius, Ein Mann geht seinen Weg, Berlin 1952

Levi, Paul, Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie, 2.Aufl., Berlin 1929

Lehmann-Russbüdt, Otto, Die Reichswehr, Berlin 1930

Liebe, Werner, Die Deutschnationale Volkspartei 1918-1924, Düsseldorf 1956

Liebmann, Curt, Die Entwicklung der Frage eines einheitlichen Oberbefehls im Weltkrieg, in: "Wissen und Wehr", 8.Jg., Berlin 1927

Liebmann, Curt, Zur Frage der einheitlichen Kriegsführung, in: "Wissen und Wehr", 5.Jg., Berlin 1924

Liepmann, Rudolf, Die polizeilichen Aufgaben der deutschen Wehrmacht, in: "Leipziger rechtswissenschaftliche Abhandlungen", Heft 16, Leipzig 1926

Lindemann, F., Die staatserhaltende Kraft des deutschen Soldatentums, in: "Militärwissenschaftliche Rundschau", 1.Jg., Berlin 1936

Linnebach, Karl, Deutsche Heeresgeschichte, Hamburg 1935

Loebells Jahresberichte über das Meer- und Kriegswesen, 39.-43.Jg., Berlin 1922 - 1926

Luckau, Alma, Kapp-Putsch - Success or Failure? in: "Journal of Central European Affairs", Vol.7, No.4, Baltimore Jan. 1948

Ludendorff, Erich, Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung, München 1940

Ludendorff, Erich, Der totale Krieg, München 1935

Lufft, H., Republik und Armee, in: "Deutsche Arbeit", 15.Jg., Köln 1930

Lüttwitz, Walther v., Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934

Maercker, R., Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Leipzig 1922

Maier, Alfons, Die verfassungsrechtliche und staatspolitische Stellung der deutschen Wehrmacht im Überblick über die Jahre 1919-1933, Jena 1933

Marcks, Erich M., Staat und Wehrmacht, in: "Wissen und Wehr", 11.Jg., Heft 5, Berlin 1930

Martini, Winfried, Das Ende aller Sicherheit, Eine Kritik des Westens, Stuttgart 1955

Mass, Heinrich, Deutsche Wehr in Vergangenheit und Gegenwart, München 1933

Meier-Welcker, Hans, Deutsches Heerwesen im Wandel der Zeiten, Arolsen 1954

Meier-Welcker, Hans, Die Stellung des Chefs der Heeresleitung in den Anfängen der Republik, Zur Entstehungsgeschichte des Reichswehrministeriums, in: "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 4.Jg., 1956, 2.Heft

Meissner, Heinrich-Otto, Der Kriegsminister 1814-1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte, Berlin 1940

Meissner, Otto, Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler, Hamburg 1950

Metzsch, Horst v., Bemerkungen über Heer und Demokratie, in: "Wissen und Wehr", 10.Jg., Berlin 1929

Metzsch, Horst v., Zeitgemäße Gedanken um Clausewitz, in: "Schriften der Hochschule für Politik", Berlin 1937

Metzsch, Horst v., Bemerkungen über Heer und Pazifismus, in: "Wissen und Wehr", 10.Jg., Berlin 1929

Metzsch, Horst v., Vom 13.März, in: "Süddeutsche Monatshefte", 17.Jg., 2.Bd., Bonn 1920

Metzsch, Horst v., Wehrwende, Berlin 1930

Metzsch, Horst v., Über die Staatsformen, in: "Wissen und Wehr", 1.Jg., Berlin 1920

Meyer, A.O., Bismarck und Moltke vor dem Fall von Paris und beim Friedensschluß, in: "Stufen und Wandlungen der deutschen Einheit", hrsg. v. K. v. Raumer und Th. Schieder, Berlin 1943

Mierendorff, Carl, Aufgeklärter Militarismus, in: "Die Gesellschaft", 6.Jg., Heft 1, Berlin 1929

Mohler, Armin, Die konservative Revolution in Deutschland, 1918-1932, Stuttgart 1950

Mommsen, Wilhelm, Politik und Kriegführung, Marburger Universitätsreden, Bd.4, Marburg 1940

Moser, Otto, Die obersten Gewalten im Weltkrieg, Stuttgart 1931

Mossakowsky, L., SPD und Wehrmacht, in: "Gewissen", 11.Jg., Berlin 1929

Müller-Brandenburg, Hermann, Offizier und Republik, Berlin 1919

Müller-Franken, Hermann, Die November-Revolution, Berlin 1931

Mueller-Hillebrand, Burkhardt, Das Heer 1933-1945, 1.Bd., Darmstadt 1954

Mueller-Loebnitz, L., Politik und Wehrmacht als Mittel der Kriegführung, in: "Militärwissenschaftliche Rundschau", 1.Jg., Heft 6, Berlin 1936

Mueller-Loebnitz, L., Das Problem "Kriegführung und Politik", in: "Wissen und Wehr", 18.Jg., Berlin 1937

Müller-Schöll, Walter, Schleicher - Deutschlands Schicksal?, Berlin 1933

Muff, Wolfgang, Clausewitz heute und morgen, in: "Wissen und Wehr", 11. Jg., Berlin 1930

Muff, Wolfgang, Was muß bleiben?, in: "Wehrgedanken", Hamburg 1933

Nickolaus, Günter, Die Milizfrage in Deutschland von 1848 bis 1933, in: "Schriften der Kriegsgeschichtlichen Abteilung im Hist.Seminar der Fr.Wilh.Universität Berlin", Berlin 1933

Niedermayer, Oskar v., Wehrpolitik, Berlin 1939

Niemann, Alfred, Revolution von oben, Umsturz von unten, Berlin 1920

Nord, Reinhold, Die deutsche Heeresverfassung nach den Weltfrieden von Tilsit und Versailles, in: "Wehrrechtliche Abhandlungen", Heft 2, Berlin 1936

Noske, Gustav, Von Kiel bis Kapp, Berlin 1920

Noske, Gustav, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach 1947

Obermann, Emil, Vom preußischen zum deutschen Militarismus, Heidelberg, phil.Diss., 1950

Oertzen, Friedrich W. v., Die deutschen Freikorps 1918-1923, München 1937/39

Oertzen, Karl Ludwig v., Deutsches Reichsheer-Handbuch, 2 Bde., Berlin 1923/24

Oertzen, Karl Ludwig v., Politik und Wehrmacht, in: "Wissen und Wehr", 9.Jg., Berlin 1928

Oertzen, Karl Ludwig v., Rüstung und Abrüstung, Berlin 1929

Oertzen, Karl Ludwig v., Der Feldherr in Freiheit und Bindung, in: "Wissen und Wehr", 15.Jg., Berlin 1934

Oertzen, Karl Ludwig v., Grundzüge der Wehrpolitik, Hamburg 1938

Olden, Rudolf, Hindenburg oder die Geschichte der preußischen Armee, Nürnberg 1948

Oncken, Hermann, Politik und Kriegführung, Berlin 1948

Osthold, Paul, Die Schuld der Sozialdemokratie, Berlin 1932

Otto, Rudolf, Die Organisation des Heeres in der Übergangszeit, jur.Diss., Greifswald 1921

Papen, Franz v., Der Wahrheit eine Gasse, München 1952

Paulus, G., Reichswehr und Freikorps, in: "Geschichte in der Schule", Heft 6, Leipzig 1949, 2.Jg.

Pechel, Rudolf, Diese Generale und wir, in: "Deutsche Rundschau", 77.Jg., Darmstadt 1951

Peters, Max, Friedrich Ebert, Berlin 1954

Phelps, R.H., Aus den Groener Dokumenten, in: "Deutsche Rundschau", 76. und 77.Jg., 1950/1951

Picht, Werner, Wiederbewaffnung, Pfullingen 1954

Picht, Werner, Der deutsche Soldat in der Armee von morgen, in: "Veröffentlichungen des Instituts für Staatslehre und Politik", Bd.4, München 1954

Picht, Werner, Demokratische Armee?, in: "Merkur", 6.Jg., Stuttgart 1952

Picht, Werner, Vom Wesen des Krieges und vom Kriegswesen der Deutschen, Stuttgart 1952

Picht, Werner, Der Begriff Militarismus, in: "Geschichte und Wissenschaft und Unterricht", 5.Jg., Stuttgart 1954

Poetzsch-Heffter, Fritz, Volk und Heer, in: "Deutsches Recht", 5.Bd. Berlin 1935

Poll, Bernhard, Die Reichsleitung, die Oberste Heeresleitung und der Abschluß des Waffenstillstands November 1918, in: "Jahres- und Tagungsbericht der Görres-Gesellschaft 1954", Köln 1955

Pollmüller, Ignatz, H., Die Reichswehr in der Republik, in: "Frankfurter Heft", 2.Jg., Frankfurt 1946

Raab, Friedrich, Die Vertragsverletzungen bei Auferlegung und Durchführung des Diktates von Versailles, Berlin 1934

Rabenau, Friedrich v., Die alte Armee und die junge Generation, Berlin 1925

Rabenau, Friedrich v., Seucht - Aus seinem Leben 1918-1936, Leipzig 1940

Raeder, Erich, Mein Leben, Tübingen 1956

Rathmann, Lothar, Märzstürme 1920, Berlin 1954

Rau, Karl, Der Wehrgedanke in Deutschland nach dem Weltkrieg von 1918-1921, phil.Diss., Würzburg 1936

Regels, Oskar, Staatsverfassung und Wehrverfassung, Berlin 1925

Reibnitz, Kurt v., Im Dreieck Hitler-Schleicher-Hindenburg, Dresden 1933

Reichel, Joachim v., 14 Jahre, 14 Köpfe, Berlin 1933

Reinhard, Wilhelm, 1918/1919 - Die Wehen der Republik, Berlin 1932

Reinhardt, Hellmut, Von der Organisierung der Wehrkraft, in: "Wehrwissenschaftliche Rundschau", 1.Jg., Heft 9/10, Darmstadt 1951

Reinhardt, Walter, Wehrkraft und Wehrwille, Berlin 1932

Rittau, Martin, Die Kommandogewalt in der deutschen Wehrmacht", in: "Wissen und Wehr", 6.Jg., Berlin 1925

Rheinbaben, Werner v., Viermal Deutschland, Berlin 1954

Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk, 1.Bd., München 1954

Ritter, Gerhard, Das Problem des Militarismus in Deutschland, in: "Historische Zeitschrift", Bd.177, Februar 1954

Ritter, Gerhard, Die Lehre Carl von Clausewitz' vom politischen Sinn des Krieges, in: "Historische Zeitschrift", Bd.167, 1943

Ritter, Gerhard, Nemeses der Macht? Zu Wheeler-Bennetts Buch über das deutsche Soldatentum 1918-1945, in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 20.4.1955

Rosenberg, Arthur, Geschichte der Weimarer Republik, Karlsbad 1935

Rosinski, Herbert, The German Army, Washington 1944

Rosbach, Gerhard, Mein Weg durch die Zeit, Weilburg 1950

Rothenbücher, Paul, Der Streit zwischen Bayern und dem Reich und die Verpflichtung der 7.Division, in: "Archiv für öffentliches Recht", Neue Folge 771

Rothfels, Hans, Carl von Clausewitz, Politik und Krieg, Eine ideengeschichtliche Studie, Berlin 1920

Rothfels, Hans, Zehn Jahre danach, in: "Vierteljahresshifte für Zeitgeschichte", 5.Jg., 3.Heft, Stuttgart 1955

Rothfuchs, Karl Heinz, Militärischer Oberbefehl und Zivilstaatsverfassung, jur.Diss., Breslau 1941

Ruttmann, Karl, Die alte und die neue Wehrverfassung, jur.Diss., Erlangen 1925

Scheidemann, Philipp, Memoiren eines Sozialdemokraten, 2 Bde., Dresden 1928

- Scheidemann, Philip., Der Zusammenbruch, Berlin 1921
- Schemann, Ludwig, Wolfgang, Kapp und das Märzunternehmen vom Jahr 1920, München-Berlin 1937
- Schering, Walter M., Wehrphilosophie, Leipzig 1939
- Schering, Walter M., Die Kriegphilosophie von Clausewitz, Hamburg 1935
- Schleich, Bernhard, Wehrgedanke und Staat, Berlin 1934
- Schlottnor, Erich-Heinz, Stresemann, der Kapp-Putsch und die Ereignisse in Mitteldeutschland und in Bayern im Herbst 1923, phil.Diss., Frankfurt 1948
- Schmidt-Pauli, Edgar v., General von Seeckt, Berlin 1937
- Schmitt, Karl, Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar, Hamburg 1940
- Schmitthenner, Paul, Politik und Kriegführung in der neueren Geschichte, Hamburg 1937
- Schuddokopf, Otto Ernst, Das Heer und die Republik, Quellen zur Politik der Reichswehrführung, 1918-1933, Hannover, Frankfurt 1955
- Schulte, P., Die Herrschaft der militärischen Pläne in der Politik, in: "Büddeutsche Monatshefte", Sept. 1924
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender für die Jahre 1919, 1920, 1923, 1924, 1926, München 1920, 1921, 1924, 1925, 1927
- Schwend, Karl, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur, München 1954
- Schwerin von Krosigk, Lutz, Es geschah in Deutschland, Tübingen-Stuttgart 1951
- Seeckt, Hans v., Deutschland zwischen Ost und West, Hamburg 1933
- Seeckt, Hans v., Die Reichswehr, Leipzig 1933
- Seeckt, Hans v., Gedanken eines Soldaten, Berlin-Leipzig 1935
- Seeckt, Hans v., Die Zukunft des Reiches, Berlin 1929
- Seeckt, Hans v., Landesverteidigung, Berlin 1930
- Seeckt, Hans v., Moltke, Berlin 1931
- Seeckt, Generaloberst v., Ein Erinnerungsbuch, hrsg.v. P. . Forster, L.O. Volkmann, Horst von Metzsch, Berlin 1937

- Senftleben, Otto, Deutsches Wehrrecht, Berlin 1935
- Senger und Etterlin, Frido v., Von Schlieffen zur Europa-Armee, in: "Außenpolitik", Heft 2, 1952
- Severing, Karl, Mein Lebensweg, 2 Bde., Köln 1950
- Severing, Karl, 1919-1920 im Wetter- und Watterwinkel, Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927
- Sieber, Rolf, Die staatsrechtliche Stellung des Reichswehrministers im Vergleich mit den entsprechenden staatsrechtlichen Verhältnissen in der Reichsverfassung von 1871, Dresden 1933
- Speidel, Helm., Reichswehr und Rote Armee, in: "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 1. Jg., Heft 1, München 1953
- Spieker, Karl, Reichswehrsorgen, in: "Deutsche Republik", 2. Jg., Heft 8, Frankfurt 1927
- Spieker, Karl, Geheimfonds der Reichswehr?, in: "Deutsche Republik", 1. Jg., Heft 4, Frankfurt 1926
- Stadelmann, Rudolf, Moltke und der Staat, Krefeld 1950
- Stampfer, Friedrich, Die ersten vierzehn Jahre der deutschen Republik, Offenbach 1947
- Steinbömer, Gustav, Wehrmacht und politisches System, Berlin 1928
- Stier-Somlo, Fritz, Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Bonn 1920
- Stockhausen, Max v. Sechs Jahre Reichskanzlei, Bonn 1954
- Stresemann, Gustav, Vermächtnis, 3 Bde., Berlin 1932/33
- Teske, Hermann, Die silbernen Spiegel, Heidelberg 1952
- Thomée, Gerhard, Der Wiederaufstieg des deutschen Heeres 1918 bis 1938, Berlin 1939
- Thyssen, Fritz, I paid Hitler, New York 1942
- Tormin, Walter, Zwischen Räte-diktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954
- Troeltsch, Ernst, Spektatorbriefe, hrsg. v. Hans Baron, Tübingen 1924
- Vagts, Alfred, History of Militarism, London 1938

Vallentin, Antonia, Stresemann, Leipzig 1930

Vogelsang, Thilo, Die Reichswehr in Bayern und der Münchner Putsch 1923, in: "Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 5. Jg., 1957, 1. Heft, S. 91 ff.

Volkman, Erich-Otto, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930

Volkman-Leander, Bernhard v., Soldaten oder Militärs?, München 1935

Vorwerk, H., Die Wehrverfassung des zweiten und dritten Reiches, Berlin 1938

Waite, Robert G.L., Vanguard of Nazism, The Freecorps Movement in Post-War-Germany 1918-1923, Cambridge 1952

Weber, A., Die politischen Anschauungen des Generals von Clausewitz, in: "Vergangenheit und Gegenwart", 28. Jg., Leipzig und Berlin 1938

Weber, K., Zur Geschichte des deutschen Militarismus, in: "Neue Welt", 9. Jg., Heft 13, Berlin (Ost) 1954

Weber, Josef, Was ist Militarismus?, Speyer 1954

Westarp, Graf Kuno v., Das Ende der Monarchie am 9. XI.1918, abschließender Bericht nach den Aussagen der Beteiligten, hrsg. von Werner Conze, Stollham-Berlin 1952

Widdecke, Erich, Deutschlands Wehrmacht und der Marxismus, in: "Der Deutschen-Spiegel", 5. Jg., 3. Heft, Berlin 1930

Wheeler-Bennett, John, Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954

Winter, Albert, Armee und Sozialismus, München 1933

Woertz, Franz, Die Verschwörung der Offiziere, in: "Die Tat", 22. Jg., Leipzig 1930

Zimmermann, Werner G., Bayern und das Reich 1919/1923, München 1953

N.N., Zur Entlassung Seeckts, in: "Deutsche Treue", Heft 1, 1926

N.N., Der Hitler-Prozeß, München 1924

N.N., Der "Konzern" um Oberst von Schleicher, in: "Weltbühne", 24. Jg., Berlin 1928

N.N., Die Kriegführung in ihrer Beziehung zur Staatskunst, in: "Deutsche Wehr", 44. Jg., Oldenburg 1940

N.N., Politisierung der Wehrmacht, in: "Militärwochenblatt", 116. Jg., Berlin 1931

N.N., (MJL), Seeckt, Stalin und Europa, in: "Der Monat", 1. Jg., München 1948/49

N.N., Die Spitzenorganisation der Wehrmacht, in: "Deutsche Wehr", 32. Jg., Oldenburg 1928

N.N., Was ist eine demokratische Armee?, in: "Die Aussprache", 3. Jg., Heft 7, Bad Salzig 1952

N.N., Wehrmacht und politisches System, in: "Militärwochenblatt", 114. Jg., Berlin 1929

N.N., Der Weg der Wehrmacht durch den Weimarer Staat, in: "Deutsche Wehr", 38. Jg., Heft 14, Oldenburg 1934

N a c h t r a g

Ritter, Gerhard, Das Verhältnis von Politik und Kriegführung im bismarckischen Reich, in: "Deutschland und Europa, Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes", Düsseldorf 1951

L e b e n s l a u f

Am 3. November 1925 wurde ich in Essen-Mühlheim als Sohn des kaufm. Angestellten Dr. jur. Günther Kamps und seiner Ehefrau Margrit, geb. Westrum, geboren. Nach Besuch der Grundschule in Kassel und der Realgymnasien bzw. Oberschulen in Kassel, München und Koblenz erhielt ich anlässlich der Einberufung zur Wehrmacht im Frühjahr 1943 den Reifevermerk des Realgymnasiums in Koblenz. Es folgten Fronteinsätze im Osten und Westen, während deren ich dreimal verwundet wurde. Nach fünfjähriger Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion konnte ich kurz vor Beginn des Sommersemesters 1950 in einer Sonderprüfung mein Abitur ablegen. Seitdem habe ich an der Universität in Münster Geschichte, Publizistik und Öffentliches Recht studiert. Ich habe die Vorlesungen und Übungen der Herrn Professoren Beyerhaus, Conze, Eitel, Foerste, Grundmann, Haacke, Hagemann, Heselhaus, Hübinger, Klein, Ludat, von Raumer, Ritter, Scupin, Trunz, Wacke, Wegener und von Wiese besucht. Vom SS. 1955 bis zum SS. 1956 war ich zur Vorbereitung meiner Promotion beurlaubt. Für die freundliche Förderung der vorliegenden Arbeit schulde ich Herrn Professor Dr. Werner Conze aufrichtigen Dank.

Götz Kamps

